



I. germ. 28 - 2

<36638857300014

<36638857300014

Bayer. Staatsbibliothek

Rx

J. germ 28

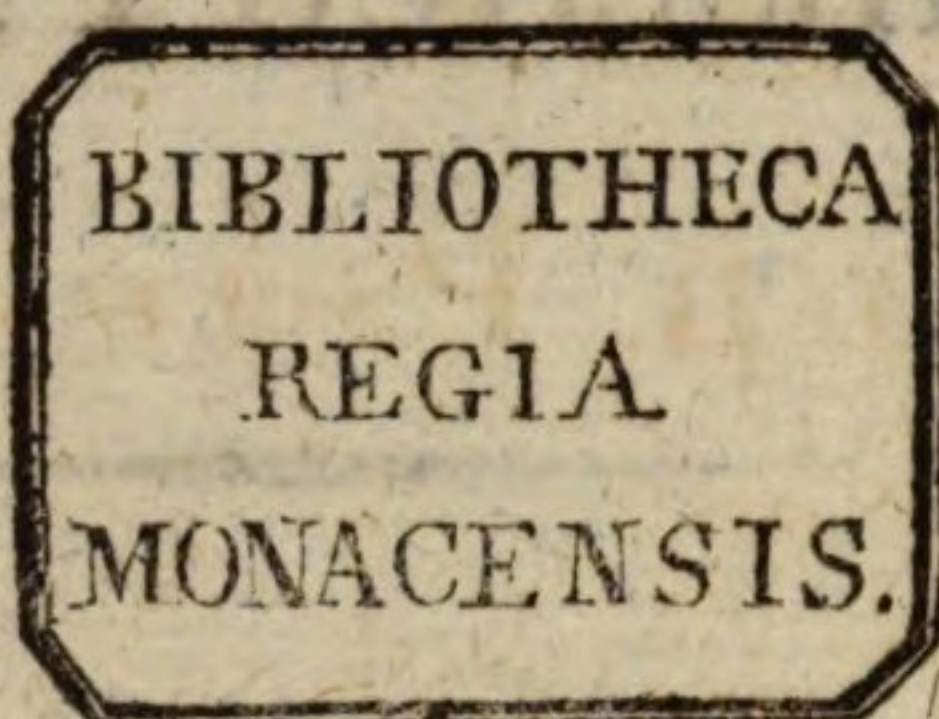
Systematische Darstellung
des
im Königreich Westphalen
geltenden
Napoleonischen Privatrechtes.

R
Von
D. Karl Franz Ferdinand Bucher,
ordentlichem Professor der Rechte und Beisitzer des Spruchcollegiums
auf der Friedrichsuniversität zu Halle.

Z w e i t e r B a n d.

Halle und Berlin,
in den Buchhandlungen des Hallischen Waisenhauses.

1809.



Zweiter Band.

Halle und Berlin.

in den Buchhandlungen des Hallischen Verlags.

1809.

Den beiden
würdigen Seniores der Iuristenfacultäten
zu Marburg und Halle

H e r r n
Dr. Iohann Peter Bucher

und

H e r r n
Dr. Iohann Christian Woltaer

Z u m Z e i c h e n
inniger Liebe und Hochachtung
gewidmet.

Den beiden
vorigen Senatoren der Universität
zu Marburg und Halle

Herrn
Dr. Johann Peter Bucher

Herrn
Dr. Johann Christian Wollast

Zum Zeichen
inniger Liebe und Hochachtung
gewidmet

V o r r e d e.

Bei dem zweiten Bande meiner systematischen Darstellung des Napoleonischen Privatrechts, kann ich um so mehr den Wunsch und die Hoffnung einer günstigen Aufnahme hegen, da der erste nicht nur den Beifall eines ächten französischen Juristen, der selbst bei der Abfassung des neuen Gesetzbuches thätig mitgewirkt hat, und gegenwärtig von unserm Königreich als Minister der Justiz verehrt wird, zu erhalten das Glück hatte; sondern auch durch die schriftlichen Aeusserungen der achtungswürdigsten deutschen Gelehrten als zweckmässig anerkannt worden ist. Auf die faden Bemerkungen eingebildeter Halbfranzosen werde ich nicht die mindeste Rücksicht nehmen, aber die gegründeten Einwürfe gelehrter Männer werde ich mit Vergnügen annehmen, auch wohl in dem Intelligenzblatt unserer Literaturzeitung, oder in dem Archive, das ich künftig mit Hn. Professor Dabelow, herauszugeben willens bin, öffentlich darauf antworten.

Zu sehr bin ich selbst davon überzeugt, dass meine Schrift noch viele Mängel an sich trägt, als dass eine genaue Kritik mir nicht willkommen seyn würde; auf der andern Seite aber

bin ich mir bewußt, nicht ohne Fleiß und Sorgfalt gesammelt und geprüft zu haben. Natürlich mußte ich vieles minder wichtige Detail dem mündlichen Vortrag, oder einer anderweiten Lectüre überlassen, und war weit entfernt, die arrogante Absicht nur einen Augenblick zu unterhalten, eigentliche Gelehrte belehren zu wollen; bloß meinen Zuhörern und solchen Lesern, die keine Zeit haben, sich selbst mit den Hülfsmitteln gehörig zu beschäftigen, wollte ich einen, in Hinsicht auf die Form wissenschaftlichen, in Hinsicht auf den Gegenstand möglichst treuen Ueberblick über das ganze Gebiet des neuen Civilrechts gewähren.

Was insonderheit den gegenwärtigen Band betrifft, so wünschte ich von gelehrten Beurtheilern bestimmt zu erfahren, was Sie bei meiner Darstellung der einzelnen Fälle der regulären Intestatfolge zu erinnern finden? Der legale Text ist offenbar, wie auch Maleville zu verstehen giebt, ohne logische Ordnung, und mir scheint meine Darstellung noch immer die natürlichste zu seyn. Doch will ich auch hier mich gerne belehren lassen.

Halle, im Iunius 1809.

Der Verfasser.

Drittes Buch:
O b l i g a t i o n e n r e c h t.

Erster Hauptabschnitt:
von der Entstehung und den Wirkungen der
Verbindlichkeiten.

Quelle: *Livre III. Titre 3.* Decretirt den 7ten, promulgirt den 17ten Februar 1804.

Hilfsmittel: 1) *Motifs par Bigot-Préameneu.* 2) *Rapports par Favard et Jaubert de la Gironde.* 3) *Discours par Mouricauld.* 4) *Traité des obligations par M. Pothier nouv. ed par. M. Bernardi.* 2. vol. 8. Paris 1805.

Erstes Hauptstück:
v o n d e n V e r t r ä g e n.

§. 213.

*Vor Erinnerung. *)*

Vertrag ist eine Uebereinkunft, wodurch eine oder mehrere Personen sich verpflichten, einer oder mehreren andern Personen etwas zu geben, zu thun, oder

*) Art. 1101 — 1107. vgl. Thibaut §. 141. (Eine allgemeine Theorie der Verbindlichkeiten fehlt im *Code Napoléon*, sie ist
Zweiter Band,

nicht zu thun. *) Dem Napoleonischen Rechte liegen bei dieser Lehre hauptsächlich die Eintheilungen in einseitige oder zweiseitige, in wohlthätige oder lästige Verträge, und der letztern in Tausch oder Glücksverträge, zum Grunde. **)

mit den allgemeinen Grundsätzen über die Verträge vermischt worden, so wird z. B. die Eintheilung in natürliche und bürgerliche Verbindlichkeiten nicht besonders dargestellt u. s. w.)

*) Vgl. L. 3. pr. D. XLIV.: „*Obligationum substantia — in eo consistit, — — ut alium nobis obstringat ad dandum aliquid, vel faciendum, vel praestandum.*“ (Das Nichtthun ist in den römischen Definitionen nicht ausdrücklich angeführt, vgl. jedoch L. 75. §. 7. D. XLV, 1.

**) Von *contractibus stricti iuris* und *bonae fidei* von prätorischen und civil Verträgen kann begreiflich keine Rede seyn.

Erster Abschnitt:
von der Constitution der Verträge.

§. 214.

I. von den bei einem Vertrage vorkommenden
Subiecten. *)

Ein Jeder ist fähig einen Vertrag zu schließen, dem das Gesetz es nicht verbietet. Die Ursachen des gesetzlichen Verbotes beziehen sich aber: entweder auf die fehlende Beurtheilung, oder auf Rücksichten des öffentlichen Wohls; namentlich sind ausgeschlossen: Minderjährige, **) Interdicirte, ***) verheirathete

*) Art. 1123 — 25. Zachariä §. 171. vgl. Thibaut §. 142.

**) „*Les mineurs sont regardés, à cause de la foiblesse de leur raison, et à cause de leur inexpérience, comme incapables de connoître l'étendue de leurs engagements: on peut contracter avec eux; mais s'ils sont lésés, on est censé avoir abusé de leur âge. Leur capacité cesse pour tout acte qui leur est préjudiciable.*“ Bigot-Préameneu. Auf den Unterschied ob der Minderjährige pubes ist, oder nicht, wird um desswillen keine Rücksicht genommen, weil die Minderjährigen schon als solche hinreichend begünstigt sind, indem sie sich wegen des geringsten Nachtheiles restituiren lassen können, umgekehrt aber kein vertragsfähiger Contrahent im Stande ist, Nullität eines dem Minderjährigen vortheilhaften Vertrages zu bewirken, vgl. L. 101. D. XLV, 1. T. T. D. IV, 4. C. II, 22. Kinder als solche werden gar nicht erwähnt, weil es beispieillos und wider die Natur seyn würde, mit ihnen zu contrahiren, vgl. §. 10. J. III, 20. L. 70. D. XLV, 1.

***) Vgl. L. 40. D. L, 17. „*Furiosi vel ejus, cui bonis interdictum est, nulla voluntas.*“

Weiber *) und solche Personen, denen gewisse Contracte untersagt sind. **)

§. 215.

II. *von dem Zweck und Gegenstand des Vertrages:*

A. *von dem Zweck desselben. ***)*

Es kann kein Vertrag ohne Ursache oder Zweck bestehen, dieser Zweck (Veranlassungsursache, causa) besteht aber entweder in dem wechselseitigen Interesse der Contrahenten oder in der Freigebigkeit des einen derselben, er braucht jedoch nicht ausdrücklich angeführt zu seyn, weil niemals vermuthet wird, der Vertrag sey ohne Zweck eingegangen worden. ****)

*) Selbst solche die in keiner Gütergemeinschaft leben, vgl. §. 28.

**) Z. B. die Administratoren von Gemeinheiten, Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten, sie dürfen in gewissen Fällen nicht contrahiren, vgl. L. 34. §. 7. L. 46. D. XVIII, 1. Doch dieß wird durch besondere Vorschriften näher bestimmt und gehört also eigentlich nicht in die allgemeine Theorie des Rechts. Im Allgemeinen gilt aber noch die Bemerkung, daß die Unfähigkeit der genannten Personen bloß um sie zu beschützen und ihre Rechte zu erhalten vorgeschrieben ist, daß folglich die Personen, welche mit ihnen contrahirt haben, sich nicht darauf berufen können.

***) Art. 1131 — 33. Vgl. besonders Zachariä §. 172. Anm.

****) Wenn also z. B. iemand die schriftliche Erklärung von sich giebt, daß er schuldig sey, so giebt er dadurch zugleich zu erkennen, daß eine gesetzliche Ursache seiner Schuld existire, wenn diese auch nicht ausdrücklich erwähnt ist. Wenn indessen eine bestimmte Ursache angegeben ist, so muß sie auch wirklich existiren und begründet seyn.

Jeder Zweck ist unerlaubt, den das Gesetz verbietet, oder der den guten Sitten zuwider ist. *)

§. 216.

B. von dem Gegenstande des Vertrages. **)

I. von den Sachen.

Kein Vertrag kann ferner bestehen, ohne daß eine Sache oder Handlung Gegenstand desselben ist. Die Sachen müssen sich im Commerz befinden ***) und es muß möglich seyn, sie unterscheiden zu können. Aus dem letztern Grunde ist es nöthig, nicht nur daß sie ihrer besondern Art nach bestimmt seyen, sondern daß man zugleich aus dem Vertrage selbst wissen könne, wie viel geleistet werden müsse. ****) Man bemerke iedoch: 1) wenn die Sache zwar der Art und Quantität nach bestimmt, aber nicht individuell bezeichnet ist, so thut dies zur Sache nichts, der Schuldner hat die Wahl unter allen Sachen derselben Art, vorausgesetzt daß sie gut und verkaufbar sind; †) 2) Sachen die noch nicht existiren, kön-

*) Vgl. L. 6. §. 3. L. 22. §. 6. D. XVII, 1. L. 34. §. 2. D. XVIII, 1. L. 35. §. 1. D. XLV, 1.: „Item quod Leges fieri prohibent — — cessat obligatio: veluti si sororem suam nupturam sibi aliquis stipuletur.“ L. 123. D. eod.

**) Art. 1126 — 30. Zachariä §. 172. vgl. Thibaut §. 154.

****) L. 34. 83. §. 5. L. 103. D. XLV, 1. L. 182. D. L, 17.: „Quod nullius esse potest, id ut alicujus fieret, nulla obligatio valet efficere.“

****) Vgl. L. 94. 95. D. XLV, 1.

†) Vgl. L. 71. D. XXX.

nen unter der stillschweigenden Bedingung ihrer Existenz gleichfalls Gegenstand eines Vertrages seyn. *)

§. 217.

2. von den Handlungen.

Was die Handlungen betrifft, welche Gegenstand eines Vertrages oder einer Verbindlichkeit seyn können, so müssen sie möglich seyn, ferner bestimmt, und sich für den, der ihre Erfüllung verlangen kann, (für den Creditor) auf einen äussern Werth in Gelde anschlagen lassen. **)

§. 218.

III. von der Einwilligung:

A. von der Einwilligung überhaupt:

I. in Hinsicht auf den Contrahenten selbst. ***)

Die Einwilligung in Hinsicht auf die Contrahenten selbst, oder die vollendete von dem andern gehö-

*) Nur nicht eine noch nicht angefallene Erbschaft, auf sie soll Niemand im Voraus so wenig Verzicht leisten, als einen Vertrag darüber schliessen können, selbst nicht mit Bewilligung des künftigen Erblassers. Vgl. dagegen L. 30. C. II, 3.: „*Nisi ipse forte, de cuius hereditate pactum est, voluntatem suam eis accomodaverit, et in ea usque ad extremum vitae suae spatium perseveraverit.*“

**) Ausdrücklich ist das Letztere zwar nicht in dem Gesetzbuche bestimmt, folgt aber schon daher, weil sonst der Vertrag in physische Gewalt ausarten würde, auch bemerkt es namentlich Bigot-Préameneu in den *motifs*.

***) Art. 1109—1117. Zachariä §. 170. vgl. Thibaut §. 134.

rig angenommene Erklärung sich verbindlich zu machen ist ungültig, so oft sie durch Irrthum, Gewalt oder Betrug erzeugt worden ist. Irrthum ist vorhanden, so oft eine Person von einem gewissen Umfande entweder gar nicht, oder falsch unterrichtet ist, und er muß, wenn die Gültigkeit des Vertrages darunter leiden soll, nicht bloß eine zufällige Eigenschaft, sondern das Wesen des Geschäftes selbst betreffen, worüber contrahirt wird. *) Die Gewalt muß so beschaffen seyn, daß sie auf eine vernünftige Person Eindruck machen und ihr die Furcht einflößen kann, sie selbst oder ihr Ehegatte, ihre Descendenten und Ascendenten, oder ihr Vermögen werde einem beträchtlichen und sogleich eintretenden Schaden ausgesetzt werden. **) Betrug endlich ist

*) Irrthum in der Person schadet nicht anders, als wenn diese Person selbst der Hauptgrund des Vertrages war, und überhaupt muß der Richter darauf sehen, ob der Irrende abgesehen von dem Irrthume contrahirt haben würde, oder nicht, vgl. L. 32. 36. 83. §. 2. D. XLV, 1.

**) Vgl. L. 5. 6. 8. 9. D. IV, 2. Der Richter muß hierbei auf das Alter, Geschlecht und den Stand der Person Rücksicht nehmen; einerlei sonst, die Gewalt mag von dem Mitcontrahenten, oder einem Dritten herrühren, vgl. L. 9. §. 1. L. 14. §. 5. D. IV, 2. Die bloße ehrerbietige Furcht (*metus reverentialis*) ist, wenn keine wirkliche Gewalt ausgeübt worden, nicht hinreichend, einen Contract zu zernichten; Bigot - Préameneu bemerkt sehr richtig: „*Ce seroit en quelque sorte interdire les contrats entre les ascendants et les descendants, si la seule crainte révérentielle des descendants envers les ascendants, étoit une cause suffisante de nullité.*“ vgl. L. 6. C. II, 20. Art. 115. vgl. L. 2. 4. C. eod.

vorhanden, so oft von einem der Contrahenten künstliche Mittel angewendet werden, den Andern zu täuschen und zu hintergehen *) und er ist nur alsdann Ursache einer Nullität, wenn er bewiesen und es ausser Zweifel ist, dass die andere Partie sonst nicht würde contrahirt haben. **)

§. 219.

2. in Hinsicht auf einen Dritten. ***)

Für einen Dritten kann sich in der Regel Niemand ohne ausdrückliche Vollmacht so wenig verbindlich machen, als ihm durch Vertrag ein Recht erwerben. Wenn jedoch der Dritte die von ihm versprochene Handlung nicht erfüllen will, so kann der Debitor, gegen den Creditor der sie versprochen hat, ohne Zweifel Klage auf Entschädigung erheben. ****)

*) „*Est omnis calliditas, fallacia, machinatio ad circumveniendum, fallendum, decipiendum alterum adhibita.*“ L. 1. §. 2. D. IV, 3.

**) Vgl. überhaupt: L. 9. §. 2. D. II, 15. L. 3. §. 3. D. XVII, 2. L. 5. C. VIII, 39. (Die Nullität des Vertrages wegen Irrthum, Zwang und Betrug, muss übrigens stets nach vorgängiger Untersuchung vom Richter ausgesprochen werden, tritt niemals ipso iure ein, vgl. S. 309. N. *)

***) Art. 1119 — 21. Zachariä §. 170. vgl. Thibaut §. 158.

****) Vgl. L. 38. §. 1. 2. L. 10. 11. D. XLV, 1. §. 3. J. III, 20. „*Si quis alium datum, facturumve quid promiserit, non obligabitur. — — Quod si effecturum se, ut Titius daret, sponderit: obligatur.*“ (Das Letztere will auch der Art. 1120. eigentlich nur sagen.)

Ebenso kann zum Besten eines Dritten etwas ausgemacht werden, wenn dieß als Bedingung eines eigenen Versprechens oder einer gemachten Schenkung geschieht, *) oder sein eigenes Interesse dabei zum Grunde liegt. **)

§. 220.

B. *nähere Bestimmungen der Einwilligung:*I. *in Hinsicht auf die Zeit der Leistung:*a. *von hinzugefügten Bedingungen. ***)*

Die Zeit der Leistung kann bekanntlich sowohl durch eine hinzugefügte Bedingung, als durch einen hinzugefügten Zahlungstermin aufgeschoben werden. Bedingung ist aber vorhanden, so oft die Leistung von einem noch ungewissen Umstand abhängig gemacht wird, entweder so, daß sie bis zur Existenz desselben aufgeschoben (suspendirt), oder dadurch aufgehoben (resolvirt) werden soll. ****)

*) Nur darf das Geschäft in keine Substitution ausarten, wie dieß z. B. bei der L. 3. C. VIII, 55. der Fall seyn würde.

**) Auch nach römischem Recht kommt es bekanntlich darauf an, ob der Contrahent ein eigenes Interesse bei dem Vortheil des Dritten hat, oder nicht: „*Si quis stipuletur alii, cum eius interesset: placuit stipulationem valere.*“ §. 20. J. III, 20. L. 38. §. 20. 23. D. eod.

***) Art. 1158—71. Zachariä §. 147. vgl. Thibaut §. 120. 126.

****) Eintheilung der Bedingungen in zufällige, willkührliche und gemischte. Art. 1169—71.

§. 221.

α. allgemeine Grundsätze. *)

Die Bedingung etwas Unmögliches, oder den guten Sitten Widersprechendes, oder durch das Gesetz Verbotenes zu thun, ist ungültig und macht auch den Vertrag ungültig, dem sie hinzugefügt wurde. **) Dasselbe gilt von dem unter einer potestativen Bedingung von Seiten des Debtors abgeschlossenen Vertrage. ***) Uebrigens muß jede Bedingung nach den wahrscheinlichen Absichten der Contrahenten erfüllt werden, ****)

*) Art. 1172—80.

**) Anders bei den Schenkungen unter Lebenden oder durch Testamente; hier wird eine solche Bedingung für nicht adii- cirt gehalten. Art. 900. vgl. L. 3. 20. 64. 72. §. 5. D. XXXV, 1. Eine Bedingung etwas von der Art nicht zu thun ist gültig, sie wird als sofort erfüllt angesehen, vgl. L. 7. 97. D. XLV, 1. §. 11. J. III, 20.

***) Vgl. L. 8. D. XLIV, 7.: „*Sub hac conditione: si volam, nulla sit obligatio: pro non dicto enim est, quod dare, nisi velis, cogi non possis.*“ L. 46. §. 3. L. 108. §. 1. D. XLV, 1.

****) Es kommt hierbei 1) auf den bekannten Unterschied zwischen positiven und negativen Bedingungen an. Art. 1176. 77. vgl. L. 10. 27. §. 1. L. 99. 115. §. 1. D. XLV, 1. 2) Jede Bedingung wird als wirklich erfüllt angesehen, wenn der bedingt verpflichtete Schuldner ihre Erfüllung verhindert hat: „*Tunc pro impleta habetur conditio, cum per eum stat, qui, si impleta esset, debiturus erat.*“ L. 81. §. 1. D. XXXV, 1. L. 85. §. 7. D. XLV, 1. 3) Stirbt der Gläubiger vor erfüllter Bedingung, so gehen seine Rechte auf dessen Erben über, denn es wird angenommen, daß er auch für diese contrahirt habe, vgl. §. 4. J. III, 16. In der Zwischenzeit kann der Berechtigte natürlich Alles thun, was dazu dient sein Recht zu erhalten.

und in der Regel ist ieder Vertrag als unbedingt abgeschlossen zu betrachten. *)

§. 222.

β. von den einzelnen Arten der Bedingungen:

αα. von der suspensiven Bedingung. **)

Der von einem künftigen ungewissen Umstande abhängig gemachte Vertrag kann erst von dem Augenblick der wirklichen Existenz dieses Umstandes Gültigkeit erhalten. Die Gültigkeit aber hat zurückwirkende Kraft, es wird so angesehen, als wäre der Vertrag gleich beim Augenblick seiner Eingehung schon gültig gewesen. Sollten die Contrahenten aus Irrthum einen bereits existirenden Umstand für künftig und ungewiss gehalten haben, so thut dies zur Sache nichts. ***) Das Eigenthum der Sache worüber contrahirt wurde, geht indeffen vor erfüllter Bedingung nicht auf den Gläubiger über, der Schuldner muß also auch die Gefahr derselben übernehmen, ****)

*) Beispiele einer stillschweigenden gesetzlichen Bedingung finden sich im Art. 1184. und 1588. Ueber die Frage ob ieder Vertrag unter der Bedingung: *rebus sic stantibus* geschlossen sey? vgl. Zachariä a. a. O. N. 7.

**) Art. 1181. 82.

***) Vgl. L. 100, 120. D. XLV, 1. L. 37—39. D. XII, 1.

****) Anders nach römischen Rechte vgl. L. 8. D. XVIII, 6.: „*Quod si sub conditione res venierit, si quidem defecerit conditio, nulla est emptio, sicuti nec stipulatio: quod si exstiterit, Proculus et Octavenus emptoris esse periculum aiunt. Idem Pomponius Lib. 9. Prob.*“ Bigot-Préameneu bemerkt gegen diese

und wird, wenn die Sache ohne seine Schuld gänzlich zu Grunde geht, begreiflicher Weise völlig von seiner Verbindlichkeit befreit.

§. 223.

ßß. von der resolutiven Bedingung. *)

Wenn ein Vertrag durch die Existenz eines künftigen ungewissen Ereignisses wieder aufgehoben und Alles in den vorigen Zustand versetzt werden soll, so kann zwar die wirkliche Leistung sogleich verlangt werden, aber der Gläubiger ist schuldig das Erhaltene, wenn in der Folge die Bedingung existirt, wieder herauszugeben. Bei den zweiseitigen Verträgen wird stets angenommen, man habe sich nur unter einer resolu-

Stelle Folgendes: „*Cette décision ne s'accorde pas avec le principe, suivant lequel, dans le cas de la condition suspensive, il n'y a pas de transport de propriété. Ce doit être aux risques du débiteur encore propriétaire que la chose diminue ou se détériore, par la même raison que ce seroit à ses risques qu'elle périrait.*“ Allerdings ist es eine sonderbare Vorschrift, daß wenn das schuldige Object nicht ganz zu Grunde gegangen ist, die zufälligen und vermischten Bedingungen auf den Anfang des Geschäftes zurückgezogen werden sollen, vgl. L. 9. §. 1. L. 11. §. 1: D. XX, 4. L. 16. D. XLVI, 3. Thibaut §. 124. Der *Code Napoléon* hat jedoch den obigen Grundsatz, daß der Schuldner die Gefahr der Sache übernehmen müsse, nicht ohne nähere Bestimmungen aufgestellt, vgl. Art. 1182., und es läßt sich auch, wie die *motifs* sehr richtig bemerken, nicht einwenden, daß ja der Gläubiger den zufälligen Vortheil genieße: mithin auch die zufällige Deterioration tragen müsse.

*) Art. 1183. 84.

tiven Bedingung verbindlich machen, und wenn die Verbindlichkeit von einer Seite nicht erfüllt werde, den Vertrag wieder aufheben wollen. *)

§. 224.

b. von dem hinzugefügten Zahlungstermin. **)

Durch den hinzugefügten Zahlungstermin wird die Verbindlichkeit nicht selbst, sondern bloß ihre Leistung aufgeschoben. ***) Vor Existenz desselben kann nemlich die bereits wirklich vorhandene Verbindlichkeit nicht gerichtlich verfolgt werden, obgleich der Debitor auch vorher, selbst wider den Willen des Creditors Zahlung leisten kann, ****) es müßte denn der Zahlungstermin auch zum Vortheil des Creditors verabredet seyn, oder der Schuldner bankrott

*) Die Aufhebung eines Vertrages wegen eingetretener resolutiven Bedingung kann jedoch überhaupt, ebenso wie S. 304. N. **), nur entweder mit gegenseitiger Einwilligung oder durch ein richterliches Erkenntniß geschehen: „*lors même que la condition seroit formellement stipulée, il faudroit toujours constater l'inexécution, en vérifier les causes, les distinguer de celles d'un simple retard; et dans l'examen de ces causes, il peut en être de si favorables, que le juge se trouve forcé par l'équité, à accorder un délai.*“ Bigot-Préameneu.

**) Art. 1185—88. Zachariä §. 148. vgl. Thibaut §. 127.

***) Vgl. §. 2. J. III, 16. L. 213. D. L, 16.: „*Obligatio in diem fit, cum adiecto die, quo pecunia solvatur, stipulatio fit.*“ — „*Cessit dies sed nondum venit.*“

****) L. 17. D. L, 17.: „*In stipulationibus promissoris gratia tempus adiicitur.*“ (Ebenso wenig kann das früher Bezahlte vom Schuldner zurückgefordert werden. Art. 1186. vgl. L. 10, 16. §. 1. L. 17. 18. D. XII, 6.)

gemacht, oder durch seine Schuld, die dem Gläubiger versprochene Sicherheit geschmälert haben.

§. 225.

2. in Hinsicht auf den Gegenstand:

- a. wenn der bei der Convention gebrauchte Ausdruck dunkel ist. *)

Dunkelheit kann entstehen und dadurch der Gegenstand des Vertrages, die Leistung selbst, ungewiss seyn, entweder weil der gebrauchte Ausdruck an und für sich unverständlich oder zweideutig ist, oder weil eine Sache von mehreren ungewiss versprochen ist. Was den erstern Fall betrifft, so gehört dahin die Lehre von der Auslegung der Verträge.**) Der Vertrag vertritt nämlich bei den Parteien die Stelle eines Gesetzes, und um dieses conventionelle Gesetz gehörig zu interpretiren, muß man auf die Absicht der Contrahenten, welche es zu Stande gebracht haben, Rücksicht nehmen. Wenn z. B. der gebrauchte Ausdruck dem Willen nicht entspricht, so muß man mehr diesen als jenen befolgen, ***) wenn eine gewisse Verabredung doppelsinnig ist, so muß man den Sinn vorziehen, in welchem sie Wirkung ha-

*) Art. 1156 — 64. (über die Auslegung der Verträge.) Art. 1189 — 96. (über die alternativen Verbindlichkeiten.)

**) Zachariä §. 174. vgl. Thibaut §. 53. 54.

***) „In conventionibus contrahentium voluntatem potius, quam verba spectari placuit.“ L. 219. D. L., 16. L. 96. D. L., 17.

ben kann, vor dem in welchem sie keinen hervorbringt, *) oder den Sinn, der mit dem Gegenstande des Contractes am meisten übereinstimmt u. f. w. **) Der letztere Fall tritt ein, wenn eine Sache von mehreren ungewiss versprochen ist, mit einem Worte bei alternativen Verbindlichkeiten, z. B. wenn Iemand verspricht, diese oder jene Handlung vornehmen, diese oder jene Sache leisten zu wollen. ***) Wird hier die Wahl nicht ausdrücklich dem Gläubiger vorbehalten, so hat der Debitor zu wählen, indessen darf er nicht einen Theil der einen, einen Theil der andern andern Sache leisten wollen. ****)

*) „*Quoties ambigua oratio est, commodissimum est id accipi, quo res de qua agitur in tuto sit.*“ L. 80. D. XLV, 1.

**) Die Artikel 1160—64. sind mit folgenden römischen Gesetzen zu vergleichen: L. 34. 81. D. L, 17. L. 56. §. 3. D. XXX. L. 38. §. 18. D. XLV, 1. L. 6. D. II, 15.

***) Vgl. Zachariä §. 145. Thibaut §. 84. 85.

****) L. 8. §. 1. D. XXX. L. 34. §. 6. D. XVIII, 1. L. 112. 138. §. 1. D. XLV, 1. Ueber den Fall, wenn eine von den alternativ versprochenen Sachen zu Grunde gehen sollte, sind mehrere Bestimmungen vorgeschrieben, welche sich nach dem Unterschied richten, ob entweder der Debitor, oder der Creditor die Wahl hat: Art. 1193. 94. vgl. L. 72. 95. pr. §. 1. D. XLVI, 1. Sind alle Sachen zu Grunde gegangen, so hört natürlich die Verbindlichkeit auf, einerlei, ob der Debitor oder der Creditor die Wahl hatte: Art. 1195. 96. vgl. dagegen L. 34. §. 6. D. XVIII, 1. (Konnte eine der beiden versprochenen Sachen nicht Gegenstand der Verpflichtung seyn, so ist natürlich die alternativ übernommene Verbindlichkeit bloß als einfach zu betrachten: Art. 1192. vgl. L. 72. §. 4. L. 95. pr. D. XLVI, 3. L. 16. D. XLV, 1.)

§. 226.

b. wenn der versprochene Gegenstand selbst ungewiss ist, statt dessen, was eigentlich versprochen wurde, die Verbindlichkeit etwas Anderes zu leisten entsteht, namentlich:

a. wenn statt der nicht erfüllten Verbindlichkeit das Interesse geleistet werden muß. *)

Interesse ist der Verlust, welchen der Gläubiger gelitten, und der Gewinn, welchen er wegen nicht erfüllter Verbindlichkeit entbehrt hat, **) und es gelten darüber folgende Regeln: 1) so oft der Schuldner seine Verbindlichkeit entweder gar nicht, oder nicht auf die gehörige Weise erfüllt, ist er den Gläubiger zu entschädigen verbunden, ***) ausgenommen wenn er beweisen kann, daß eine fremde Ursache, die ihm nicht zur Last gelegt werden kann, Schuld daran war; ****) 2) die Entschädigung erstreckt sich in der Regel nicht auf dasjenige, was man bei Eingehung des Vertrages nicht vorausgesehen hat, oder voraussehen konnte.

*) Art. 1146—55. Zachariä §. 152. vgl. Thibaut §. 271—75.

**) Vgl. L. un. C. VII, 47.: „*Et hoc non solum in damno, sed etiam in lucro nostra amplectitur constitutio: quia et ex eo veteres id, quod interest statuerunt.*“

***) Der Grund dieses Rechtes ist entweder Verzug des Schuldners (*mora debitoris*) oder ein der Hauptverbindlichkeit widersprechendes Fact desselben. Ueber die einzelnen Fälle, in welchen sich der Schuldner im Verzuge befindet, vgl. Art. 1139. 46. 52.

****) Vgl. L. 23. in f. D. L, 17.

konnte; *) 3) das in dem Vertrage selbst bestimmte Quantum der zu leistenden Entschädigung kann vom Richter in der Regel weder erhöht noch vermindert werden, **) wenn jedoch der Vertrag die Bezahlung einer Geldsumme zum Gegenstand hat, so tritt Ausnahmsweise, ohne auf die besondern Verabredungen der Parteien Rücksicht zu nehmen, die richterliche Bestimmung ein, in diesem Falle darf nemlich die wegen verzögerter Leistung statt findende Schadloshaltung in nichts Anderm bestehen, als in der Verurtheilung zu den gesetzlich bestimmten Zinsen, ***) welche in der Regel 5 Procent betragen. ****)

*) Ausgenommen wenn die Verbindlichkeit aus bösslicher Absicht des Schuldners unerfüllt geblieben ist, denn in diesem Falle muß der Gläubiger auch für die Folgen entschädigt werden, welche man zur Zeit des eingegangenen Vertrages nicht voraussehen konnte, und welche eine directe und unmittelbare Folge der Nichterfüllung des Vertrages sind. Art. 1150. 51.

**) Der Vertrag nemlich ist als ein besonderes Gesetz für die Parteien zu betrachten, und darf daher nicht willkührlich vom Richter geändert werden.

***) Diese Schadloshaltung tritt ein, ohne daß der Gläubiger nöthig hätte, irgend einen Verlust zu beweisen, denn es liegt dabei ein offener Verlust zum Grunde, welcher nicht bewiesen zu werden braucht. Ueber die Zeit, von welcher die Zinsen zu laufen anfangen, vgl. Art. 1153. a. E. Ueber die Zinsen der verfallenen Capitalszinsen (Anatocismus) vgl. Art. 1154. 55. Dagegen L. 26. §. 1. D. XII, 6. L. 29. D. XXII, 1. L. 20. C. IV, 32. L. 20. C. II, 12.

****) Vgl. Zachariä a. a. O. N. 7.

§. 227.

*β. wenn eine conventionelle Strafe zur Anwendung kommt. *)*

Auch in diesem Fall wird offenbar nicht das ursprüngliche Object des Vertrages geleistet, sondern statt desselben etwas Anderes. Unter conventioneller Strafe ist bekanntlich die dem Vertrage hinzugefügte Bestimmung zu verstehen, wodurch sich der Schuldner auf den Fall, daß er die eigentliche Leistung nicht erfüllen sollte, zu einer gewissen andern Leistung, gewöhnlich zu einer bestimmten Summe Geldes, verbindlich macht. Es ist diese Strafe also bloß ein Accessorium der Hauptverbindlichkeit, und muß demnach, wenn diese ungültig ist, selbst wegfallen, nicht aber umgekehrt. **)

*) Art. 1226 — 33. Zachariä §. 153. vgl. Thibaut §. 115.

**) Vgl. L. 61. 69. D. XLV, 1. L. 1. C. II, 56. Hierbei insbesondere folgende Fragen: 1) zu welcher Zeit ist die Strafe fällig? Art. 1230 u. 1189. vgl. L. 38. §. 17. D. XLV, 1. 2) welches Recht hat der Gläubiger wenn eine conventionelle Strafe adiiert worden ist? a) im Allgemeinen. Art. 1228. 29. vgl. L. 10. §. 1. D. II, 14. L. 15. 16. D. II, 15. L. 17. 40. C. II, 4. Art. 1231. vgl. L. 11. §. 2. D. IV, 8. b) insbesondere in Hinsicht auf die Erben des Schuldners. Art. 1232. 33. vgl. L. 44. §. 5. D. X, 2. L. 31. C. II, 4.

§. 228.

3. in Hinsicht auf das Quantum der Leistung:

- a. von dem Falle, wo mehrere Creditoren und Debitoren nur Theilweise, in Hinsicht der auf sie fallenden Quote gehalten sind. *)

Eine Verbindlichkeit ist theilbar, wenn sie eine Sache zum Gegenstand hat, die in ihrer Lieferung, oder eine Handlung, die in ihrer Erfüllung einer wirklichen oder angenommenen (intellectuellen) Theilung fähig ist. **) Das Letztere ist der Fall, wenn bloß von einem Rechte die Rede ist, ohne Unterschied, ob es sich auf eine wirklich theilbare Sache bezieht, oder nicht; so gehört z. B. das Recht, welches ein Miterbe auf irgend eine erbenschaftliche Sache hat, zu den theilbaren Gegenständen, weil es aus einer Quote besteht, die einer fernern Theilung fähig ist. Einige Rechte aber können nicht einmal intellectuell getheilt werden, wie z. B. mehrere Arten von Servituten, und bisweilen muß eine Verbindlichkeit, deren Inhalt der Theilung fähig ist, als untheilbar be-

*) Art. 1217—25. Zachariä §. 146. vgl. Thibaut §. 215.

**) Eine solidarische Verbindlichkeit ist als solche nicht untheilbar, aber jede untheilbare Verbindlichkeit ist solidarisch. Art. 1219. 22. 23. Fälle, wo die an sich theilbare Verbindlichkeit als untheilbar betrachtet wird, enthält Art. 1221. vgl. Zachariä a. a. O. N. 2. Auf die Leistung zwischen Gläubiger und Schuldner hat übrigens die Theilbarkeit keinen Einfluß.

trachtet werden, weil nach der Absicht der Contrahenten die Erfüllung derselben nicht getheilt werden soll; dahin gehört z. B. die Verbindlichkeit ein Haus zu bauen, oder eine Sache zu leisten, die getheilt ihrem Zwecke nicht entsprechen würde. *)

§. 229.

b. von den solidarischen Verbindlichkeiten:

a. in Hinsicht der Gläubiger. **)

Solidarität einer Verbindlichkeit in Hinsicht auf die Gläubiger ist vorhanden, wenn durch eine besondere Verabredung einem jeden der Mitgläubiger das Recht verliehen wird, die Zahlung der ganzen Schuld zu verlangen, dergestalt, daß durch die einem Gläubiger geschehene gänzliche Leistung, der Schuldner auch in Hinsicht der Uebrigen befreit wird, kurz, wenn Allen für Einen und Einem für Alle etwas versprochen wird. ***) Die mehreren Gläubiger können jedoch unter sich den Vertrag schließen, daß derjenige, welcher die ganze Zahlung erhalten hat, schuldig seyn solle, sie unter alle Mitgläubiger zu verthei-

*) Ueber die besondern Wirkungen einer untheilbaren Verbindlichkeit vgl. Art. 1222—25.

**) Art. 1197—99. Zachariä §. 143. vgl. Thibaut §. 224—26.

***) „*Rei stipulandi (credendi) sunt, quibus simul stipulantibus eadem res, ab eodem in solidum promissa est, ea mente et lege, ut solida quidem singulis, sed tamen omnibus una tantum debeatur.*“ §. 1. J. III, 17. L. 2. D. XLV, 2.

len; hierdurch wird die Solidarität keinesweges aufgehoben. *)

§. 230.

β. in Hinsicht der Schuldner. **)

Die Solidarität in Hinsicht auf die Schuldner ist die am meisten gewöhnliche, sie ist vorhanden, wenn mehrere Schuldner zu derselben Leistung dergestalt ausdrücklich verbunden sind, daß ein Jeder auf das Ganze, ebenso, als wenn er alleiniger Schuldner wäre, belangt werden kann, und durch die von einem einzigen geschehene Leistung alle übrigen Schuldner befreit werden. Alle versprechen für Einen und Einer für Alle. ***) Die solidarisch gegen den Gläu-

*) Vgl. L. 62. D. XXXV, 2. Bigot - Préameneu bemerkt ausdrücklich hierbei: „*Cette faculté donnée à chacun des créanciers de demander le paiement total, et la convention qu'ils auroient faite en même temps de diviser entre eux le bénéfice de l'obligation, n'ont rien d'incompatible.*“ Der Art. 1198 kann verglichen werden mit §. 1. J. III, 17. L. 3. §. 1. D. XLV, 2. Abweichend ist die Vorschrift, daß Einer von mehrern solidarischen Gläubigern nicht die ganze Schuld soll erlassen können, vgl. L. 2. 16. D. XLV, 2. L. 31. §. 1. D. XLVI, 2. Der Art. 1199. und ebenso Art. 1206. u. 1207. ist zu vergleichen mit L. 5. C. VIII, 40.

**) Art. 1220 — 26. vgl. Thibaut §. 227.

***) „*Rei promittendi (debendi) sunt, qui singuli eidem stipulanti eandem rem, ea mente simul promittunt, ut solidam quidem singuli, sed omnes unam tantum debeant.*“ §. 2. J. III, 17. L. 7. D. XLV, 2. (Es ist übrigens einerlei, ob sämmtliche Schuldner auf dieselbe Weise, z. B. unbedingt, verpflichtet sind, oder nicht. Art. 1201.)

biger eingegangene Verbindlichkeit wird übrigens unter den Schuldern, kraft des Gesetzes, als vollständig getheilt angesehen, *) obgleich die Einrede der Theilung dem Gläubiger niemals entgegen-
gesetzt werden kann. **)

*) Art. 1213. vgl. jedoch Art. 1216. Nach röm. Rechte findet die Wohlthat der Theilung auch hier ohne ausdrücklichen Vertrag nicht statt: L. 62. D. XXXV, 2. ausgenommen: „*si reciproca fideiussione sint obligati.*“ Auth. *Hoc ita* C. VIII, 40. Nov. 99. c. 1. wodurch die L. 11. D. XLV, 2. aufgehoben ist. Vgl. jedoch Thibaut §. 227. Der Correns debendi, welcher das Ganze bezahlt hat, kann auch die übrigen Mitschuldner nur dann auf Entschädigung belangen, wenn sich diese entweder ausdrücklich dazu verpflichtet haben, oder er sich die Klagen des Gläubigers hat abtreten lassen: L. 39. D. XLVI, 1. L. 76. D. XLVI, 3. L. 2. C. VIII, 40.

**) Ebenfowenig solche Einreden, die nicht aus der Natur der Verbindlichkeit herfließen, oder dem belangten Schuldner nicht persönlich sind: Art. 1203. 1208. vgl. L. 7. D. XLIV, 1. Ueber den Fall, wenn die Sache zu Grunde gieng und ein Mitschuldner Schuld daran war, oder sich im Rückstande befand, vgl. Art. 1205. L. 18. D. XLV, 3. L. 173. §. 2. D. L, 17. Art. 1209. 1301. vgl. L. 71. pr. D. XLVI, 1. Die Einem von mehreren solidarischen Schuldnern geschehene Erlassung der Schuld befreit auch die Uebrigen: Art. 1284—85. Von der Erlassung der Solidarität in Hinsicht auf einen Schuldner handelt Art. 1210—12.

Z w e i t e r A b s c h n i t t :
*von den Wirkungen der gehörig constituirten
Verträge.*

E r s t e r A b s a t z :
von den Wirkungen im Allgemeinen.

§. 231.

I. *in Hinsicht auf die Contrahenten selbst:*

A. *überhaupt. *)*

Jede gehörig abgeschlossene Uebereinkunft hat unter den Contrahenten und ihren Erben Gesetzeskraft; sie muß daher 1) treu und ohne Arglist vollzogen werden, und verpflichtet nicht bloß zu dem, was ausdrücklich in ihr enthalten ist, sondern auch zu allen Folgen, welche die Billigkeit, der Gebrauch oder das Gesetz damit ihrer Natur nach verbinden; **) 2) sie kann nur mit gegenseitiger Einwilligung oder aus den vom Gesetz erlaubten Ursachen widerrufen werden.

*) Art. 1134. 35. Zachariä §. 173. vgl. L. 7. §. 7. D. II, 14. L. 2. §. 3. D. XLIV, 7.

**) Alle Verbindlichkeiten, deren Gegenstand mehr, als die Summe oder den Werth von 150 Francs beträgt, sind aber nur in sofern bürgerlich gültig, als sie durch eine öffentliche oder Privaturkunde bewiesen werden können. Art. 1341.

§. 232.

B. insonderheit:

1. von dem Vertrag etwas zu geben. *)

Der Vertrag etwas zu geben enthält die Verbindlichkeit, die Sache, welche gegeben werden soll, zu gehöriger Zeit abzuliefern, und sie bis dahin sorgfältig, als ein guter Hauswirth zu bewahren, widrigensfalls den Gläubiger völlig schadlos zu halten. **) Da indeffen, sobald die Zeit der wirklichen Leistung eintritt, keine wirkliche Tradition nöthig ist, um auf den Gläubiger das Eigenthum zu übertragen, sondern die bloße Einwilligung der Parteien den Contract perfect macht, so ist der Schuldner in der Regel auch nicht gehalten, für den zufälligen Untergang der Sache einzustehen. ***) Bei mehreren Debitoren, gegen die man sich nacheinander verpflichtet hat, ihnen

*) Art. 1136—41. Zachariä §. 144. vgl. L. 11. §. 1. 2. D. XIX, 1. L. 23. D. XLV, 1.

**) Ohne Unterschied ob der Vertrag bloß den Vortheil des einen, oder beider Contrahenten bezweckt; die verschiedenen Grade der Culpa finden also keine Anwendung. Bigot-Préameneu bemerkt darüber Folgendes: „*Cette division des fautes est plus ingénieuse qu'utile dans la pratique: il n'en faut pas moins sur chaque faute vérifier, si l'obligation du débiteur est plus ou moins stricte, quel est l'intérêt des parties, comment elles ont entendu s'obliger, quelles sont les circonstances. — La théorie dans laquelle on divise les fautes en plusieurs classes, sans pouvoir les déterminer (?), ne peut que répandre une fausse lueur, et devenir la matière de contestations plus nombreuses.*“ —

***) „*Res perit domino.*“ Ausgenommen wenn der Schuldner in Ansehung der Auslieferung in mora ist: Art. 1138. 39; andere Ausnahmen enthält Art. 1182. und 1302. 1585.

eine bewegliche Sache zu geben, erhält derienige den Vorzug, welcher in den wirklichen Besitz mit gutem Glauben getreten ist, sollte gleich das Datum seines Titels später seyn. *)

§. 233.

2. von dem Vertrag etwas zu thun, oder nicht zu thun. **)

Da Niemand persönlich zu einer Handlung kann gezwungen werden, so löst sich der Vertrag etwas zu thun, oder nicht zu thun, wenn ihn der Schuldner nicht erfüllt, in eine Schadloshaltung für den Gläubiger auf. ***) Wenn jedoch die vertragswidrig unternommene Handlung in ihren Wirkungen wieder zerstört werden kann, oder wenn man durch einen Dritten die Handlung vornehmen zu lassen im Stande ist, welche der Debitor selbst vorzunehmen schuldig war, so ist der Gläubiger befugt, dort das durch die Handlung Hervorgebrachte zu zerstören, hier aber die Verbindlichkeit durch einen Dritten erfüllen zu lassen. Beides, versteht sich, auf Kosten des Schuldners und mit vorbehaltener Entschädigung

*) Vgl. L. 15. C. III, 32. Dieser Satz ist nicht auf Grundstücke auszudehnen, vgl. Zachariä §. 75. N. 4. Von der Uebergabe der Immobilien wird beim Kaufe (§. 236. N. ***) und bei den Privilegien und Hypotheken geredet.

**) Art. 1142—45. Zachariä §. 144. vgl. L. 75. §. 7. D. XLV, 1.

***) L. 68. 72. 112. §. 1. D. XLV, 1. Wie aber, wenn die Verbindlichkeit ihrer Natur nach nicht zu Gelde angeschlagen werden kann? vgl. Zachariä a. a. O. N. 3. Eine Ausnahme enthält auch Art. 1589.

des Gläubigers, welche nach Beschaffenheit der Umstände bestimmt werden muß. Bei der Verbindlichkeit etwas nicht zu thun, wird derienige, welcher ihr zuwiderhandelt, schon durch die vertragswidrige Handlung allein zur Schadloshaltung verbunden.

§. 234.

II. *in Hinsicht auf Dritte.* *)

Da in der Regel ein Jeder nur für sich selbst contrahiren kann, so können die Conventionen auch gewöhnlich nur unter den Contrahenten selbst und ihren Stellvertretern, Wirkung haben. **) Wenn inzwischen ein Schuldner zum Nachtheil seines Gläubigers veräußern sollte, seine auf das dem Letztern verbindlich gewordene Vermögen sich beziehenden Rechte auszuüben, so kann der Gläubiger direct auftreten und die Rechte des Schuldners auch gegen dritte Personen geltend machen, ob er gleich die Person des Schuldners durchaus nicht repräsentirt. Ebenso steht den Gläubigern das Recht zu, die von dem Schuldner zum Nachtheil ihrer Rechte errichteten Acte anzugreifen. ***)

*) Art. 1165—67. Zachariä §. 170. vgl. Thibaut §. 160.

**) „*Quod inter alios contractum est, alteri non nocet.*“ L. 27. §. 4. D. II, 14. L. 1. C. VII, 60. L. 25. C. II, 3.

***) Vgl. T. T. D. XLII, 8. Sie haben jedoch nicht das Recht die Ruhe der Familien zu stören, indem sie gewisse Acte als fraudulent angreifen, welche nothwendig sind und bei welchen ihnen bloß das Recht zusteht zu interveniren, um ihre Rechte zu vertheidigen.

Z w e i t e r A b s a t z:
von den Wirkungen der einzelnen Verträge insonderheit.

E r s t e S e c t i o n:

positive Verträge.

E r s t e r T i t e l:

Principalverträge.

E r s t e U n t e r a b t h e i l u n g:

lästige Verträge.

§. 235.

I. *solche, deren Existenz und Fortdauer von keinem besondern Ereigniss abhängig gemacht ist:*

A. *vom Kaufvertrage:*

Quelle: *Livre III. Titre 6.* Decretirt den 6ten, promulgirt den 16ten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Portalis.* 2) *Rapport par Faure.* 3) *Discours par Grenier.*

I. *Begriff und constitutive Erfordernisse. *)*

Kauf und Verkauf ist ein zweiseitiger Vertrag, wodurch Einer verspricht, eine bestimmte Sache geben,

*) Art. 1582—93. Zachariä §. 177. 180. vgl. Thibaut §. 855—57.

der Andere sie mit einem gewissen Pretium bezahlen zu wollen. Die bloße Einwilligung bringt zwar hier, so wie überhaupt, den Vertrag zu Stande, indessen wird doch des Beweises wegen Scriptur erfordert. *) Wirkliche Leistung oder Bezahlung des Kaufpretiums ist weder zur Perfection noch zur Consummation des Vertrages erforderlich, denn es steht zwar einem jeden frei, einen Kaufvertrag einzugehen, der eingegangene Vertrag aber muß stets erfüllt werden. **)

*) Hieraus folgt, daß wenn die Existenz des Vertrages auch auf andere Art bewiesen werden kann, derselbe nicht ungültig ist: „*Il sera seulement vrai de dire, comme à l'égard des autres conventions, que la preuve par témoins n'en doit point être admise, s'il n'y a des commencements de preuve par écrit.*“ Portalis, vgl. Zachariä §. 180. N. 5.

**) Auch nach röm. R. wird wirkliche Uebergabe und Bezahlung des Kaufpretiums nicht zur Perfection des Vertrages erfordert, vgl. pr. J. III, 24. L. 2. §. 1. D. XVIII, 1., wohl aber zur Consummation desselben, vgl. §. 41. J. II, 1. §. 3. in f. J. III, 24. L. 20. C. II, 3. L. 11. C. IV, 49. Nach dem C. N. ist also, wenn die Parteien in Ansehung der Sache und des Preises einig sind, das Versprechen etwas zu verkaufen, mit dem wirklichen Verkaufe einerlei: Art. 1589. Ueber den versprochenen Verkauf mit einer *arrha* oder Aufgeld: Art. 1596, Zachariä a. a. O. N. 5. vgl. pr. J. III, 23. L. 35. D. XVIII, 1. Hierbei noch folgende Bemerkungen: 1) die Nothwendigkeit eines gewissen Pretiums hindert nicht, die Bestimmung einem Dritten zu überlassen. Art. 1591. 92. vgl. L. 7. §. 1. 2. L. 35. §. 1. L. 37. D. XVIII, 1. L. 15. C. IV, 38. 2) die Nothwendigkeit über eine bestimmte Sache den Vertrag zu schließen muß besonders bestimmt werden: a) wenn Waaren nach dem Gewichte, nach der Zahl oder einem gewissen Maasse, nicht in Pausch und Bogen (*en bloc*) verkauft sind: Art. 1583. vgl. L. 35. §. 6. L. 40. §. 2. D. XVIII, 1. L. 10. §. 1. D. XVIII, 6. b) wenn solche Sachen, die man vorher zu kosten pflegt; Art. 1587. vgl. L. 4. pr. §. 1.

In der Regel steht es einem jeden frei zu kaufen und zu verkaufen, dem das Gesetz es nicht untersagt; gesetzliche Beschränkungen treten aber ein: bei Ehegatten, bei Vormündern, Bevollmächtigten, Verwaltern einer Gemeinde und öffentlichen Anstalt, bei öffentlichen Beamten des Staatsvermögens, und bei Richtern und Gerichtspersonen. *) Endlich kann auch Alles gekauft und verkauft werden, was existirt und sich im menschlichen Commerz befindet, wenn nicht besondere Gesetze den Verkauf verboten haben. **)

§. 236.

2. *Wirkungen des abgeschlossenen Vertrages:*

a. *in Hinsicht auf den Verkäufer. ***)*

Der Verkäufer ist vor allen Dingen schuldig, sobald der Käufer das Kaufgeld bezahlt hat, oder die-

D. XVIII, 6. L. 34. §. 5. D. XVIII, 1. c) wenn ein auf die Probe geschlossener Vertrag eingegangen ist: Art. 1588.

*) Sie dürfen sich keine Processe, keine streitigen Rechte und Ansprüche abtreten lassen, deren Entscheidung vor das Gericht gehört, in dessen Bezirke sie ihre Amtsverrichtungen ausüben. Art. 1597. (Eigentlich gehört die Vorschrift dieses Artikels erst zu §. 242.)

**) Vgl. L. 24. §. 1. D. XVIII, 1. §. 5. J. III, 23. Ueber den Fall, wo die verkaufte Sache im Augenblick des Vertrages ganz oder zum Theil zu Grunde gegangen ist: Art. 1601. vgl. L. 15. pr. 57. 58. D. XVIII, 1. L. 69. D. XLV, 1. Ueber die gesetzlichen Verbote, namentlich über den Verkauf einer fremden Sache: Art. 1599. vgl. T. T. C. IV, 51. gegen L. 28. D. XVIII, 1.; über den Verkauf des künftigen Nachlasses einer noch lebenden Person: Art. 1600. vgl. S. 302. N.*).

***) Art. 1604—49. Zachariä §. 182—84. vgl. Thibaut §. 858. §. 178. 190 fg.

ses ihm creditirt ist, die verkaufte Sache abzuliefern, d. h. in die Gewalt und den Besitz des Käufers zu übergeben. Das Gesetzbuch geht dabei die verschiedenen Arten der Ablieferung durch, je nachdem eine bewegliche oder unbewegliche Sache u. f. w. verkauft ist, *) und giebt auch viele nähere Bestimmungen, nicht nur über die Kosten, den Ort und die Zeit der Ablieferung, sondern auch über den Zustand, in welchem sich die verkaufte Sache befinden muß. Abgesehen von der Uebergabe muß aber auch der Verkäufer seinem Käufer Gewähr leisten, d. h. ihm theils den ruhigen Besitz der verkauften Sache sichern, theils ihm für alle verborgenen Mängel oder Fehler, welche die Redhibitorienklage begründen, verantwortlich seyn. **)

§. 237.

b. *in Hinsicht auf den Käufer. ***)*

Die Hauptverbindlichkeit des Käufers auf der andern Seite besteht in der Bezahlung des Kaufpre-

*) Von der Tradition unbeweglicher Güter handelt Art. 1605, beweglicher Sachen Art. 1606, der Rechte an Sachen Art. 1607. vgl. §. 241.

**) Vgl. T. T. D. XXI, 1. 2. C. IV, 58. VIII, 45. Diese Verbindlichkeit tritt ipso iure ein; der Käufer kann darauf zwar Verzicht leisten, aber wenn diess auch geschehen ist, muß der Verkäufer doch für seine persönlichen Handlungen einstehen. Art. 1628. vgl. L. 6. §. 9. L. 11. §. 18. D. XIX, 1. Im Allgemeinen ist auch noch der im Art. 1602. enthaltene Grundsatz zu bemerken: vgl. L. 21. D. XVIII, 1. L. 59. D. 11, 14. L. 172. D. L, 17.

***) Art. 1650—57. Zachariä §. 185. vgl. Thibaut §. 858.

tiums, welche an dem durch den Vertrag bestimmten Tage und Orte geschehen muß, oder wenn nichts deshalb bestimmt worden ist, zu der Zeit und an dem Orte, wo die Ablieferung verabredeter Weise geschehen soll. *) Die Zinsen des Kaufpretiums braucht der Käufer übrigens, abgesehen von dem Fall einer besondern Uebereinkunft, nur in folgenden Fällen zu entrichten: 1) wenn die verkaufte und überlieferte Sache Früchte hervorbringt zur Recompensation derselben; 2) wenn der Käufer wegen Bezahlung des Kaufgeldes gemahnt und dadurch in moram versetzt worden ist. **) Unterläßt der Käufer seine Verbindlichkeit zu erfüllen, so ist der Verkäufer berechtigt, die Aufhebung des Vertrages zu verlangen. ***)

*) Der Käufer braucht jedoch die Zahlung nicht zu leisten, wenn eine Eviction vorgefallen ist, oder mit Grund befürchtet wird; es müßte denn der Verkäufer Sicherheit stellen, oder etwas Anderes unter den Parteien ausgemacht seyn. Art. 1653.

**) In dem letztern Falle laufen jedoch die Zinsen nur von der Zeit der Aufforderung an. (Nach röm. R. werden die Zinsen überhaupt nach dem Tage der geschehenen Tradition berechnet: L. 13. §. 20. D. XIX, 2.) Vgl. überhaupt L. 24. D. XVI, 3. L. 32. §. 2. D. XXII, 1.

***) Jedoch nicht ohne Unterschied der Immobilien und Waaren oder Mobiliareffecten. Vgl. dagegen L. 8. C. IV, 44. : „Non ex eo, quod emptor non satis conventioni fecit, contractus irritus constituitur.“ Der Art. 1656. enthält die bekannte lex Commissoria, vgl. T. T. D. XVIII, 3. Cod. IV, 54., nur mit der Abweichung, daß nach röm. R. keine Interpellation nöthig ist, vgl. L. 4. §. 4. D. XVIII, 3. L. 10. D. XVIII, 5. Die Verbindlichkeit des Käufers, dem Verkäufer die seit dem Kaufe auf die Erhaltung der Sache verwendeten Kosten zu

§. 238.

3. besondere Beendigungsarten:

a. von dem Recht des Rückkaufes. *)

Das Recht des Rückkaufes (*faculté de rachat ou réméré*) besteht in einem Vorbehalt des Verkäufers, gegen Wiedererstattung des Kaufpreises und Alles dessen was Recht ist, die verkaufte Sache wiederzunehmen. Dieses Recht kann zwar kürzer, aber niemals länger als fünf Jahre stipulirt werden, und der Richter ist auch nicht befugt, diesen Zeitraum zu verlängern. **)

§. 239.

erstatten u. s. w. wird in dem C. N. nicht besonders erwähnt, vgl. jedoch Zachariä a. a. O. Anm.; umgekehrt ist aber der Verkäufer ausdrücklich dazu verbunden, wenn er wissentlich ein fremdes Grundstück verkauft hat. Art. 1635.

*) Art. 1659—75. Zachariä §. 187. vgl. L. 2. C. IV, 54. Thibaut §. 957.

**) Diese Zeit der abgekürzten Verjährung, welche §. 157. aus Versehen nicht erwähnt worden ist, läuft gegen alle Personen, namentlich auch gegen einen zweiten Käufer und selbst gegen Minderjährige. Die Gründe hat Portalis in den *motifs* sehr gut entwickelt. Die übrigen im Gesetzbuche dargestellten Grundsätze betreffen die Art und Weise der Ausübung des Rückkaufrechtes und die wechselseitigen Verbindlichkeiten des Käufers und Verkäufers. (Das Vorkaufsrecht (*ius protimiseos*) und mehrere andere im röm. R. ausgezeichnete *pacta adiecta* werden mit Stillschweigen übergangen.)

§. 239.

b. von der Aufhebung wegen Verletzung. *)

Wenn ein Grundstück **) um einen gar zu niedrigen Preis verkauft worden ist, so kann man nicht umhin, anzunehmen, daß die Einwilligung von Seiten des Verkäufers durch einen Zustand der größten Noth herbeigeführt worden sey, welche nicht zuließe, einen andern Käufer zu suchen, längere Zeit zu warten. Schon das Gesetz der Humanität verlangt daher, daß in diesem Falle der Kauf in Hinsicht auf den Verkäufer als ungültig rescindirt werden müsse. ***) Diese Rescission soll aber nach den Grundsätzen des *Code Napoléon* 1) nur wegen einer Verletzung von mehr

*) Art. 1674—75. Zachariä §. 188. vgl. L. 2. C. IV, 44. Thibaut §. 197.

**) Schon nach mehreren Contumes fand die Aufhebung wegen Verletzung über die Hälfte bei dem Verkaufe beweglicher Sachen nicht statt, und Portalis bemerkt hierüber Folgendes: „On conçoit que les fréquents déplacements des effets mobiliers, et l'extrême variation dans le prix de ces effets rendroient impossible un système rescisoire pour cause de Lésion dans la vente et l'achat de pareils objets, à moins qu'on ne voulût ieter un trouble universel dans toutes les relations commerciales, et qu'on ne voulût arrêter le cours des opérations journalières de la vie.“

***) „*Humanum est* (sagt schon der römische Gesetzgeber) *rescindere venditionem.*“ L. 2. C. IV, 44. Bekanntlich hat man dieses Gesetz auch auf den Käufer und auf alle sonstigen onereusen Geschäfte ausdehnen wollen, allein sehr mit Unrecht; das Gesetz geht, was hier näher zu beweisen der Ort nicht ist, schon seinem Grunde nach, bloß auf den Verkäufer, und alle ausdehnende Interpretation desselben ist unstatthaft.

als $\frac{7}{12}$ statt finden können. *) 2) Der Verkäufer kann dieses Recht nur in zwei Jahren, vom Tage des Verkaufes an gerechnet, in Anspruch nehmen, nachher ist seine Klage nicht mehr zulässig; **) 3) der Beweis der Verletzung geschieht durch den Bericht von drei Sachverständigen, und kann nur wenn sehr starke Vermuthungen vorhanden sind, durch ein richterliches Urtheil zugelassen werden; 4) so oft die Klage auf Rescission zulässig ist, hat der Käufer die Wahl, entweder die Sache zurückzugeben, und dagegen das bezahlte Kaufpretium wieder zu verlangen, oder den wahren Werth zu ergänzen. In dem letztern Falle hat aber der Käufer das Recht, den vollen Theil des ganzen Werthes zu behalten. ***)

*) Die Rescission ist, um die freie Circulation der Güter zu begünstigen, erschwert; sie tritt übrigens selbst in dem Falle ein, wenn der Verkäufer ihr ausdrücklich entsagt und dasjenige, was die Sache mehr werth ist, schenken zu wollen erklärt hat.

**) Diese Zeit ist absolut vorgeschrieben, sie läuft daher, ohne Unterschied ob der Verkäufer abwesend oder gegenwärtig ist, ob er fähig war, zu contrahiren oder nicht, der unfähige Contrahent behält indessen die übrigen ihm zustehenden Rechtsmittel; sie läuft ferner auch während der Zeit des etwa ausgemachten Rückkaufes, und wird dadurch nicht suspendirt. Art. 1676.

***) Hierdurch wird die Strenge des Gesetzes für den Käufer gemildert, ohne daß die Circulation der Güter sehr durch die Rescission wegen Verletzung gehemmt würde, indem sie überhaupt nur wegen einer äußerst enormen Verletzung statt finden soll, und der Käufer auf jeden Fall versichert ist, daß bloß der durch Kunstverständige ausgemittelte Werth werde berücksichtigt werden. Ueber die Berechnung der Zinsen und Früchte: Art. 1682.

A n h a n g :

*von der Licitacion und der Uebertragung von
Forderungen und andern Rechten.*

§. 240.

I. *von der Licitacion. *)*

Versteigerung (Licitacion) ist vorhanden, wenn eine Sache öffentlich ausgebaut und dem Meistbietenden überlassen wird. Sie geschieht entweder freiwillig oder nothwendig; das Letztere ist namentlich der Fall, wenn mehrere Personen Miteigenthümer einer Sache sind, welche sie nicht vertheilen können oder wollen, und es ist dabei Folgendes zu bemerken: befindet sich unter den Miteigenthümern ein Minderjähriger, so müssen auch fremde Personen nothwendig zugelassen werden, sind aber alle Miteigenthümer grofsjährig, so wird, wenn nicht wenigstens Einer die Zulassung fremder Käufer verlangt, ein stillschweigender Vertrag angenommen, wodurch nur die Miteigenthümer selbst zum Verkauf zugelassen werden.

§. 241.

2. *von der Uebertragung der Forderungen und
anderer Rechte: **)**a. von der Cession der Forderungen:**αα. im Allgemeinen. ***)*

Wenn eine Forderung oder ein anderes Recht verkauft oder abgetreten ist, so geschieht die Ueber-

*) Art. 1686—88. Zachariä §. 179. vgl. L. 55. D. X, 2.

**) Vgl. T. T. D. XVIII, 4. C. IV, 39.

***) Art. 1689—95. Zachariä §. 189. vgl. Thibaut §. 75 fg.

lieferung desselben durch Auslieferung der Urkunde, wobei der Cedent zwar die Existenz des Rechtes zur Zeit der Uebertragung garantiren muß, aber in der Regel nicht für die Solvenz des Debtors einzustehen braucht. Erst durch die Unterzeichnung der über diese Cession errichteten Urkunde, oder durch die in einem andern authentischen Acte geschehene Annahme derselben, treten ihre Wirkungen in Hinsicht auf den Debitor ein. Vorher kann der Debitor dem Cedenten noch gültige Zahlung leisten, denn die geschehene Cession war ihm nicht gesetzlich bekannt.

§. 242.

ßß. *insonderheit von der Abtretung einer streitigen Forderung. *)*

Wenn eine streitige Forderung oder überhaupt ein streitiges Recht cedirt worden ist, so kann der, gegen welchen die Cession erfolgte, alle Ansprüche des Cessionars dadurch beseitigen, wenn er ihm die wirkliche Summe, welche er für die Cession des Rechtes gegeben hat, mit allen Kosten und gesetzlichen Gebühren erstattet, auch die Zinsen vom Tage des vom Cessionar bezahlten Uebertragungspreises vergütet.

§. 243.

ß. *von dem Verkauf einer Erbschaft. **)*

Was den Verkauf einer Erbschaft im Ganzen, ohne die Bestandtheile derselben im Detail anzugeben,

*) Art. 1699. 1700. (Der Art. 1701 enthält einige Ausnahmen.) Zachariä §. 189. vgl. L. 22. (Lex Anastasiana) 23. C. IV, 35. Thibaut §. 80.

**) Art. 1696—98. L. 7. 11, D. XVIII, 4. L. 30. C. II, 3, L. 45. C. IV, 39.

betrifft, so bemerke man: 1) der Verkäufer wird dadurch zu keiner weitem Garantie, als dafür, daß er wirklich Erbe ist, verpflichtet; 2) wenn der Verkäufer eine erbenschaftliche Sache angegriffen, z. B. Früchte percipirt, den Betrag einer Schuldforderung empfangen hat, so muß er darüber dem Käufer Rechnung ablegen; umgekehrt aber ist der Käufer schuldig dem Verkäufer dasienige zu ersetzen, was er bereits für Schulden und Lasten der Erbschaft bezahlt hat, und zugleich befugt, Alles dasienige zu berechnen, was er als Gläubiger zu fordern hatte. Alles dieses kann jedoch durch besondere Verabredungen anders bestimmt werden.

§. 244.

B. vom Tauschvertrage:

Quelle: *Livre III. Titre 7.* Decretirt den 7ten, promulgirt den 17ten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Bigot - Préameneu.*
 2) *Rapport par Faure.* (Der *Discours au corps législatif* ist nicht gedruckt, weil er von demselben Verf. war.)

I. im Allgemeinen. *)

Tausch ist ein Vertrag, wodurch die Parteien sich wechselseitig eine Sache für eine andere geben, und er unterscheidet sich bloß darin vom Kaufe, daß bei diesem eine Summe Geldes für die Sache gegeben

*) Art. 1702. 1703. Zachariä §. 170. vgl. Thibaut §. 895.

wird, bei ienem eine andere Sache, keine Summe Geldes. Der Kauf ist genau betrachtet blofs ein mehr vervollkommneter Tausch, daher auch die bei dem letztern eintretenden Grundsätze beinahe ganz dieselben sind, wie bei dem erstern. Die blofse Einwilligung bringt auch hier schon eine bürgerlich wirkfame Verbindlichkeit hervor. *)

§. 245.

2. nähere Bestimmungen. **)

Wenn Einer der Tauschenden dem Andern eine fremde Sache gegeben hat, so ist der Empfänger nicht schuldig die dagegen versprochene Sache zu übergeben, sondern die ganze Verbindlichkeit wird durch die Restitution der erstern aufgehoben. Da nemlich die Parteien blofs in der Absicht contrahirt haben, um wechselseitig das Eigenthum der eingetauschten Sachen zu erwerben, so wird sich der Empfänger natürlich nicht mit dem blofsen Besitz der fremden Sache begnügen, wenn dieser gleich in der Folge durch Verjährung das Eigenthum begründet. ***) Eben deshalb hat er auch, wenn die übergebene Sache von ihm evincirt wird, die Wahl: entweder völlige Schad-

*) Vgl. dagegen L. 1. §. 2. D. XIX, 4. L. 3. C. IV, 64. „*Ex placito permutationis, nulla re secuta, constat nemini actionem competere.*“

**) Art. 1704 — 1707.

***) Vgl. L. 1. §. 3. 4. D. XIX, 4. „*Pedius ait, alienam rem datam nullam contrahere permutationem.*“ etc.

loshaltung zu verlangen, oder seine dafür gegebene Sache wieder zu fordern. Sollte übrigens ein Contractant in Ansehung des Werthes verletzt seyn, so kann er aus diesem Grunde den eingegangenen Vertrag niemals aufheben.

§. 246.

C. vom Mieth- und Pachtvertrag.

Quelle: *Livre III. Titre 8.* Decretirt den 7ten, promulgirt den 17ten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Galli.* 2) *Rapport par Mouricault.* 3) *Discours par Laubert.* 4) *Traité du contrat de louage, et traité des cheptels par Pothier. nouv. édit. par Hutteau fils.* Paris 1806.

*Vor Erinnerung. *)*

Die Miethe ist überhaupt von doppelter Art, sie kann sowohl über Sachen, als über Dienstleistungen eingegangen werden. Miethe von Sachen ist der Vertrag, wodurch eine Partei sich verbindlich macht der andern, während einer bestimmten Zeit, für eine gewisse Vergütung, **) den Gebrauch einer Sache zu

*) Art. 1708—12. Zachariä §. 191. Thibaut §. 895. fg.

**) Zachariä a. a. O. N. 3. bemerkt sehr richtig: daß der C. N. nirgends festsetzt, diese Vergütung müsse nothwendig in Gelde bestehen. Schon nach röm. R. konnte bekanntlich Geld und Sachen zugleich gegeben werden, nur mußte keines diese an Werth übersteigen; bei der Pachtung konnte

überlassen. Miethe von Dienstleistungen hingegen ist der Vertrag, wodurch eine Partei sich verpflichtet, gegen einen bestimmten Preis für die andere etwas zu thun. Diese Begriffe umfassen alle möglichen Arten der Miethe, und die ganze Lehre hat, abgesehen davon, daß bloß eine temporaire Benutzung, keine Proprietät übertragen wird, die größte Aehnlichkeit mit dem Kaufe. Es würde demnach hinreichend seyn, die Miethe von Sachen und Handlungen durchzugehen, wenn nicht bei der Viehpachtung (*Bail a cheptel*) so viele abweichende Bestimmungen zu bemerken wären, daß wir sie als eine dritte Hauptart des Miethvertrages darstellen müßten.

§. 247.

I. von der Miethe von Sachen. *)

Ueberhaupt können sowohl bewegliche und sich bewegende als unbewegliche Sachen vermiethet werden; **) das Gesetzbuch redet aber hauptsächlich von der Miethe unbeweglicher Sachen, denn bei den beweglichen tritt außer den allgemeinen Grundsätzen nichts Besonderes ein. Die Miethe der unbeweglichen Sachen theilt sich aber wieder in eigentliche

logar statt des Preises ein bestimmtes Maas von Früchten versprochen werden.

*) Art. 1713.

**) Ausgenommen sind bloß fungibile Sachen, weil diese dem Vermiether nicht in derselben Species wiedergegeben werden können.

Miethe (Bail a loyer) und Pachtcontract (Bail a ferme); iene findet statt bei Häusern und Gebäuden, welche bürgerliche Früchte, Zinsen (loyers) hervorbringen, diese bei Landgütern die natürliche oder indüstrielle Früchte produciren.

§. 248.

a. *gemeinschaftliche Grundsätze, die sowohl bei der eigentlichen Miethe als bei dem Pachtcontract eintreten:*

α. *von dem Beweis der Existenz der Miethe und des Miethgeldes. *)*

Der Mieth- und Pachtvertrag ist zwar keiner vorgeschriebenen Form unterworfen, man kann ihn sowohl mündlich als schriftlich eingehen; indessen darf doch, wenn der nicht schriftlich eingegangene Vertrag noch gar nicht zur Vollziehung gebracht ist, der Beweis seiner Existenz nicht durch Zeugen, sondern er muß stets durch den Eid geführt werden, der Gegenstand mag noch so gering seyn, und selbst wenn ein Handgeld (arrha) darauf gegeben seyn sollte. **) Wenn demnach eine Partei die mündlich eingegangene Vermiethung abläugnet und nach zugeschobenem Eide schwört, der Vertrag sey nicht zu Stande gekommen, so ist dieselbe als gar nicht vorhanden zu betrachten. Wird aber die Existenz des Vertrages

*) Art. 1714—16. Zachariä §. 192.

**) „Cette disposition est fondée sur les inconvéniens particuliers de la „preuve testimoniale en cette matiere, où tout est urgent. Mouricault.

selbst nicht in Abrede gestellt, sondern bloß über das Miethgeld Streit erhoben, so muß man sich, wenn keine Quittung vorhanden ist, auf die eidliche Aussage des Vermiethers verlassen, auf dessen Treue und Redlichkeit sich der Miether gestützt hat, indem er ohne schriftliche Verabredung die Miethe eingieng. Der Miether kann jedoch, wenn er es für besser hält, eine Bestimmung des Miethgeldes durch Kunstverständige verlangen, in welchem Fall er aber die dadurch verursachten Kosten tragen muß, wenn ihr Anschlag das angegebene Miethgeld übersteigt.

§. 249.

§. von der Aftervermiethung und Abtretung der Miethe. *)

Der Miether hat unbezweifelt das Recht, die von ihm gemiethete Sache weiter zu vermiethen, ja sogar das Recht, seine Miethe auf einen Andern zu übertragen, wenn ihm diese Befugniß nicht ausdrücklich im Miethvertrage ganz oder zum Theil unterfagt worden ist. **) Das Verhältniß gegen den ersten Verpachter oder Vermiether wird dadurch nicht nur nicht geändert, sondern dieser kann sich auch, im Fall der erste Miether das schuldige Miethgeld nicht bezahlt hat, an das rückständige oder noch nicht fällige Aftermiethgeld halten, ohne daß hierbei auf

*) Art. 1717. 1753. Zachariä §. 194. Thibaut §. 860.

**) Vgl. L. 60. D. XIX, 2. L. 6. C. IV, 65. „Nemo prohibetur rem quam conduxit, fruentem alii locare: si nihil aliud convenit.“

eine gefchene Vorausbezahlung Rückſicht genommen wird. *)

§. 250.

γ. von der Dauer der Miethe. **)

Die Grundſätze von der Dauer der Miethe können füglich mit der Aufhebung (§. 253.) verbunden werden, indem der Vertrag ſo lange fort dauert, als er nicht aufgehoben iſt. Wir wollen hier nur Folgendes bemerken: die Dauer iſt in der Regel willkührlich und hängt einzig und allein von dem eingegangenen Vertrag ab; was aber inſonderheit die Verpachtung der Güter verheiratheter Weiber betrifft, ſo ſind darüber oben (§. 39.) die nöthigen Grundſätze mitgetheilt worden, und dieſelben gelten auch von der Verpachtung der Güter eines Minderjährigen.

§. 251.

δ. von den Rechten und Verbindlichkeiten des Vermiethers und Miethers:

αα. Verbindlichkeiten des Vermiethers oder Rechte des Miethers. ***)

Der Vermiether iſt überhaupt ſchuldig, den Miethmann die vermiethte Sache benutzen zu laſſen; hieraus folgt aber: 1) daß er ihm die vermiethte Sache abliefere müſſe, widrigenfalls aber ihn ſchadlos halten, ausgenommen wenn die Sache durch einen ſchuldloſen Zufall ganz oder zum Theil zu Grunde

*) Vgl. L. 11. §. 5. v. „Plane in eam duntaxat“ etc. D. XIII, 7.

**) Art. 1718. vgl. Art. 1429. 30.

***) Art. 1719—28. Zachariä §. 193. Thibaut §. 862.

gegangen ist. *) Die vermietete Sache muß aber mit allem Zubehör in einem guten Zustande **) und auf Kosten des Vermiethers abgeliefert werden, Sollte sich der Vermiether weigern die Sache abzuliefern oder die Ablieferung aufschieben, so kann sich der Miethmann auch unter gerichtlicher Auctorität in den Besitz der Sache setzen lassen und völlige Schadloshaltung verlangen. 2) Der Vermiether muß ferner die vermietete Sache in einem guten Zustande nicht nur überliefern, sondern auch erhalten, und daher theils alle größern Reparaturen ***) welche nöthig werden können, machen lassen, theils auch die Form der vermieteten Sache zum Nachtheil des Miethers nicht verändern. 3) Der Vermiether ist endlich verbunden, für Störungen und Eviction, so wie für alle Fehler oder Mängel, welche den Gebrauch der vermieteten Sache in der Folge hindern, Gewähr zu leisten. ****)

*) In diesem Falle ist der Miether nach Beschaffenheit der Umstände berechtigt, entweder Verminderung des Miethgeldes oder Aufhebung des ganzen Contractes zu verlangen. Art. 1722.

**) „*Le bailleur est garant envers le preneur de tous les vices ou défauts de la chose louée qui peuvent nuire à son usage, quand même le bailleur n'auroit par connu ces vices lors du bail.*“ Mouricault.

***) Die kleinern Ausbesserungen (*réparations locatives*) fallen dem Miether oder Pächter zur Last, vgl. §. 254. Sind die vom Vermiether vorzunehmenden Reparaturen sehr dringend, so ist der Miether oder Pächter schuldig sich dieselben gefallen zu lassen, jedoch nicht ohne nähere Bestimmungen. Vgl. Art. 1724. L. 27. pr. L. 30. D. XIX, 2.

****) Der Miether muß in diesem Falle seinem Vermiether *liteni denunciiren*, und ist auf Verlangen schon durch die bloße

Der Miether muß sich aber in eigenem Namen vertheidigen, wenn die Störung von einem Dritten herührt, ohne daß dieser ein Recht auf die vermietete Sache selbst in Anspruch nimmt, wenn sie mit einem Wort bloß factisch ist, denn hier ist keine Person, kein persönliches Recht die Sache zu benutzen allein angegriffen, der Vermiether braucht dafür keine Garantie zu geben. *)

§. 252.

ßß. *Verbindlichkeiten des Miethers oder Rechte des Vermiethers. **)*

Dem Miether liegt 1) die Verbindlichkeit ob, das Miethgeld zur verabredeten Zeit zu bezahlen; ***) 2) die gemietete Sache als ein guter Familienvater und nach ihrer entweder ausdrücklich angegebenen Bestimmung, oder nach der, welche sich aus den Umständen vermuthen läßt, zu gebrauchen; ****) 3) endlich die gemietete Sache in dem Zustande zurückzu-

nominatio auctoris von der Instanz loszusprechen. Mouricault bemerkt sehr richtig: „*Le preneur, en effet, par la tradition qui lui est faite de la chose, n'a reçu que la faculté d'en jouir ou d'en user, c'est le bailleur qui possède par lui: c'est donc contre le bailleur que doivent se diriger les actions de ceux qui prétendent, soit à la propriété soit à la possession.*“

*) Vgl. L. 55. D. XIX, 1. L. 11. 4. 12. C. IV, 65.

**) Art. 1728—35. Zachariä §. 194. Thibaut §. 863.

***) Vgl. L. 17. C. IV, 65. Ueber die dabei eintretende Verjährung vgl. §. 157.

****) Vgl. L. 11. §. 2. L. 25. §. 3. D. XIX, 2. L. 23. D. L, 17. L. 28, 29. C. IV, 65.

liefern, in welchem er sie erhalten hat, ausgenommen wenn etwas durch Alter oder höhere Gewalt zu Grunde gegangen oder beschädigt worden ist. *)

§. 253.

ε. von der Aufhebung der Miethe. **)

Die Miethe hört auf: 1) durch eine zu der durch den Ortsgebrauch bestimmten Zeit geschehene Aufkündigung, wenn kein schriftlicher Contract vorhanden ist, und durch Ablauf der verabredeten Zeit, wenn ein solcher existirt; ***) 2) durch Untergang ****) oder völlige Unbrauchbarkeit der vermiethteten Sache

*) Der Miether haftet namentlich auch für dasjenige, was durch Personen aus seinem Hause, oder durch seinen Aftermiether beschädigt wird oder zu Grunde geht, vgl. L. 11. pr. L. 30. §. 4. D. XIX, 2. Ueber den Fall, wenn eine Feuersbrunst in einem von mehreren Miethern bewohnten Hause ausbricht, deren Entstehung unbekannt ist vgl. Art. 1733. 34. L. 9. §. 3. L. 11. D. XIX, 2. L. 11. D. XVII, 9.

**) Art. 1736—51. Zachariä §. 195.

***) Vgl. L. 11. C. IV, 64. Ueber den besondern Fall des Art. 1758 vgl. Zachariä a. a. O. N. 7. Bleibt der Miether auch nach dem Ablauf der verabredeten Zeit im Besitz und ist keine gerichtliche Aufkündigung vorhergegangen, so wird eine neue stillschweigend geschehene Vermiethung angenommen, vgl. L. 13. §. 11. L. 14. D. XIX, 2. L. 16. C. IV, 65. die für den ersten Miethzins oder Pachtgeld geleistete Bürgschaft wird aber nicht stillschweigend mit verlängert. Art. 1738—40. vgl. L. 8. §. 7. 8. 9. L. 34. D. XLVI, 1. „*Hi qui accessionis loco promittunt, in leviozem causam accipi possunt, in duriozem non possunt.*“

****) Es ist übrigens einerlei, der Untergang mag zufällig seyn, oder von der Gewalt eines Dritten herrühren. Vgl. Zachariä §. 193. N. 2. Der Art. 1725. widerspricht keineswegs:

und durch Nichterfüllung der Verbindlichkeiten, wobei dem richterlichen Ermessen Vieles überlassen bleibt. Der Vertrag hört aber nicht auf durch den Tod des Vermiethers oder Miethers, auch nicht durch geschehenen Verkauf der vermiethteten Sache, es müßte denn kein authentischer oder mit einem sichern Datum versehener Miethcontract aufgesetzt worden seyn, oder der Vermiether sich das Recht vorbehalten haben: daß Kauf Miethe brechen solle. *) In dem letztern Falle ist jedoch der Käufer schuldig die Miethe vorher aufzukündigen und den Miether nach den im Gesetzbuch angeführten speciellen Regeln zu entschädigen. **)

§. 254.

b. besondere Grundsätze:

a. über die Miethe von Häusern. ***)

Bei der Miethe von Häusern treten folgende specielle Grundsätze ein: 1) der Miether muß, wenn

*) Vgl. dagegen L. 25. §. 1. D. XIX, 2. L. 9. C. IV, 65: „*Emptorem fundi necesse non est stare colono, cui prior dominus locavit, nisi ea lege emit.* Die Motifs bemerken Folgendes darüber: „*Cette loi avoit bien son motif; mais ce n'étoit après tout qu'une subtilité. L'acquéreur disoit-on, n'étant que successeur à titre singulier, ne doit pas, comme le successeur à titre universel, être tenu des engagements personnels de son auteur.*“

**) So lange diess nicht geschehen ist, kann der Miether ein Retentionsrecht an den gemiethteten Sachen ausüben. Art. 1749. Ueberhaupt ist auch noch die Vorschrift des Art. 1751 zu berücksichtigen.

***) Art. 1752—62. Zachariä §. 196.

er nicht auf andere Weise für das Miethgeld gehörige Sicherheit leistet, das Haus mit hinreichenden Möbeln besetzen. 2) Kleine Ausbesserungen, welche nicht durch Alter oder eine höhere Gewalt nöthig gemacht werden, fallen dem Miether zur Last und werden durch den Ortsgebrauch bestimmt. *) 3) Die Vermietung von Möbeln wird auf dieselbe Zeit geschehen angenommen, auf welche man gewöhnlich Häuser, Quartiere und Zimmer zu vermieten pflegt; die Vermietung eines möblirten Zimmers richtet sich nach der versprochenen Zahlung, es kommt darauf an, ob diese lahes Monats oder Tagweise geschehen soll; das Quantum des Miethgeldes wird im Zweifel nach dem Ortsgebrauch bestimmt. 4) Wenn der Contract wegen Mißbrauch des Miethers aufgehoben wird, so ist dieser außer der schuldigen Schadloshaltung verpflichtet noch die Miethe während der zur Wiedervermietung erforderlichen Zeit zu bezahlen. 5) Der Vermiether kann den Miethcontract nicht aufheben, wenn er gleich erklären sollte, das vermietete Haus selbst beziehen zu wollen, es müßte denn ausdrücklich

*) In dem Gesetzbuche sind mehrere derselben speciell angeführt. Das Reinigen der Brunnen und Abtritte fällt übrigens in der Regel dem Vermiether zur Last. Galli bemerkt: „Cela doit être ainsi; car, dans une maison où il y auroit beaucoup de locataires, cet ouvrage ne se feroit pas, ou seroit mal fait, ou pour le moins retardé, s'il dépendoit du fait de plusieurs locataires que l'humeur, la fortune et les circonstances empêcheroient de s'accorder entre eux.“

lich verabredet und eine dem Ortsgebrauche angemessene Aufkündigung vorhergegangen seyn. *)

§. 255.

β. über die Pacht von Grundstücken:

αα. von der *colonia partiaria*. **)

Bei der unter versprochener Theilung der Früchte geschehenen Pacht (*colonia partiaria*) findet ohne ausdrückliche Erlaubniss weder Unterverpachtung, noch Abtretung der Pacht statt. Der Grund ist, weil der *colonus partiarius* zugleich als Gesellschafter betrachtet wird, bei dem Gesellschaftsvertrag aber die Regel gilt: dass Niemand ohne Einwilligung der Uebrigen in die Gesellschaft aufgenommen werden darf. (*Persona industria electa est.*) ***)

*) Bekanntlich verordnet das römische Recht das Gegentheil:

„*Aede quam te conductam habere dicis te expelli non oportet, nisi propriis usibus dominus eam necessariam esse probavit.*“ L. 3. C. IV, 65. Vgl. Motifs: „on a observé que cette loi est une décision, qui n'a aucun fondement sur la raison naturelle, et qui est purement arbitraire et contraire aux principes généraux. Sous ce prétexte de nécessité, un locateur pourroit voiler sa malignité, sa vengeance, son injustice, aux dépens d'un locataire.“ etc.

**) 1763, 64. vgl. L. 25. §. 6. L. 35 in f. D. XIX, 2. L. 21. C. IV, 65. „*Partiarius colonus quasi societatis inre et damnum et lucrum cum domino partitur.*“

***) Ueberhaupt ist der Pächter eines Landgutes verbunden, die Früchte in die im Pachtcontract hierzu bestimmten Scheunen zu bringen, und bei Strafe des Schadenersatzes den Eigenthümer von den an seinem Grundstücke etwa gemachten Eingriffen zu benachrichtigen. Art. 1767. 68.

§. 256.

§. 256. von dem Erlaß des Pachtgeldes. *)

Was die Schadloshaltung oder den Erlaß des Pachtgeldes betrifft, wenn der Pächter einen zufälligen Verlust seiner Aerndte gelitten, so ist darüber Folgendes zu bemerken: 1) bei der einjährigen Pacht müssen entweder alle Früchte oder wenigstens die Hälfte derselben verlohren seyn, wenn eine verhältnißmäßige Entschädigung statt finden soll. Dasselbe gilt 2) bei der mehriährigen Pacht, es dürfen aber nicht die Früchte eines jeden einzelnen Pachtjahres besonders, sondern die Gesammtheit der Früchte aus der ganzen Pacht muß hier berücksichtigt werden. Der Pächter ist folglich erst nach Beendigung der ganzen Pachtzeit befugt, über die ganz oder zur Hälfte verlohrene Aerndte Schadloshaltung zu verlangen. **) In beiden Fällen findet die Remission des Pachtgeldes nicht statt: a) wenn der Pächter durch eine ausdrückliche Uebereinkunft selbst den Zufall zu tragen übernommen hat; b) wenn der Grund des Verlustes schon zur Zeit des eingegangenen Vertrages bekannt war, oder wenn die Früchte schon vom Boden getrennt sind, ausgenommen bei der *colonia partiaria*. ***)

*) Art. 1769—73. Zachariä §. 197. Thibaut §. 863.

**) Der Richter kann jedoch nach Verhältniß der Umstände den Pächter einstweilen von der Zahlung eines Theils des Pachtgeldes freisprechen. Vgl. überhaupt L. 15. §. 2. 4. 5. L. 25. §. 6. D. XIX, 2. L. 8. 18. C. IV, 65.

***) Eine solche Uebereinkunft bezieht sich jedoch nur auf gewöhnliche Vorfälle. Art. 1773.

§. 257.

γγ. von der besondern Beendigung des
Pachtcontractes. *)

Der Pachtcontract, dessen Dauer nicht ausdrücklich bestimmt worden ist, hört überhaupt von Rechtswegen auf: 1) wenn die Zeit abgelaufen ist, die der Pächter nöthig hat, um alle Früchte des gepachteten Grundstückes einzuärndten, es findet jedoch auch hier, ebenso wie bei der Miethe von Häusern, eine stillschweigende Reconduction statt; **) 2) wenn der Pächter das Landgut nicht mit dem nöthigen Vieh und Geräthe versieht, und überhaupt nicht als guter Landwirth wirthschaftet. ***)

§. 258.

2. von der Miethe von Diensten:

a. von der Miethe der Dienstboten und
Arbeitsleute. ****)

Vor allen Dingen ist hier der Grundsatz der individuellen Freiheit von Neuem aufgestellt und bestätigt worden, indem ausdrücklich verordnet wird, dass

*) Art. 1766. 1774—78. Zachariä §. 195. 197.

**) Nähere Bestimmungen über die dem folgenden Pächter zu überlassende Wohnung u. s. w. finden sich in den Art. 1777 und 78.

***) L. 25. §. 3. D. XIX, 2. „Ante omnia colonus curare debet, ut
„opera rustica suo quoque tempore faciat, ne intempestiva cultura
„deteriorem fundum faceret“ etc.

****) Art. 1780. 81. Zachariä §. 198.

man seine Dienste nur für eine bestimmte Zeit, oder für eine bestimmte Unternehmung soll verdingen können; *) und eben hieraus läßt sich denn auch wieder der Grundsatz ableiten: daß die verbindliche Handlung, wenn sie nicht erfüllt wird, sich bloß in Schadloshaltung auflösen kann. Uebrigens wird, was den Betrag des Dienstlohns, die Zahlung desselben für das verflossene und die abschläglichen Zahlungen für das laufende Jahr betrifft, dem Herrn auf seine eidliche Versicherung geglaubt.

§. 259.

b. von der Miethe der Fuhrleute und
Schiffer. **)

Ueber die Verantwortlichkeit dieser Leute, wenn die ihnen anvertrauten Güter ohne Zufall oder Uebermacht verlohren gegangen oder beschädigt sind, gelten im Allgemeinen dieselben Grundsätze, wie bei den Gastwirthen (vgl. §. 290), insonderheit aber sind sie nicht allein für dasienige verbindlich, was sie bereits wirklich verladen haben, sondern auch für das, was ihnen zur Verladung in den Hafen oder in die Niederlage abgeliefert ist. ***)

*) „*La condition de l'homme libre abhorre toute espece d'esclavage.*“
Galli.

**) Art. 1782—86. Zachariä §. 199. Thibaut §. 911.

***) Vgl. L. 1. §. 8. L. 3. pr. D. IV, 9.

§. 260.

c. von Bauanschlügen und Verträgen über besondere Unternehmungen:

a. wer trägt den Verlust wenn die Sache zu Grunde geht? *)

Bei der Beantwortung dieser Frage kommt es vorzüglich auf den Unterschied an: ob der Arbeiter bloß seine Arbeit vermiethet, oder zugleich versprochen hat auch den Stoff derselben herzugeben. Im letztern Falle nähert sich der Vertrag dem Kaufe, **) denn der Arbeiter hat sich verbindlich gemacht die ganze Sache, Stoff und Arbeit zusammen, für den festgesetzten Preis zu liefern, er bleibt also Eigenthümer und trägt die Gefahr bis zur Vollendung des Werkes, bis zu dem Augenblick, wo er im Stande ist die Sache abzuliefern. Im erstern Falle hingegen, wenn der Arbeiter nur seine Arbeit versprochen hat, die Hauptmaterialien aber vom Principal herrühren, ist eine wahre Miethe (*locatio operis*) vorhanden, und man muß folgende Fälle unterscheiden: 1) wenn die Sache zufällig, ohne Schuld des Arbeiters oder Principals, zu Grunde geht, und zwar ehe das Werk von dem Letztern angenommen ist, oder angenommen werden konnte, so müssen beide Theile den Verlust tragen, der Principal den Verlust der Sache, der

*) Art. 1787 — 92. Zachariae §. 200. Ueber die zum Theil abweichenden Grundsätze des römischen Rechts vgl. L. 36, 37. 51. §. 1. L. 59. 62. D. XIX, 2.

**) Vgl. L. 2. §. 1. D. XIX, 2. L. 20. 65. D. XVIII, 1.

Arbeiter den Verlust seiner Arbeit; 2) wenn das Werk vollendet und ganz oder zum Theil angenommen war, oder wenigstens angenommen werden konnte, so muß der Eigenthümer den ganzen Verlust tragen, und der Arbeiter kann seinen Arbeitslohn fordern; dasselbe gilt 3) wenn das Werk nicht angenommen ist und der Eigenthümer sich auch keinen Verzug zur Schuld hat kommen lassen, die Sache aber durch einen Fehler des gegebenen Hauptstoffes zu Grunde gegangen ist; *) 4) wenn endlich das Ganze durch die Schuld des Arbeiters untergieng, so muß dieser den ganzen Verlust tragen und den Eigenthümer entschädigen. **)

§. 261.

*β. können die Bauanschläge und Verträge über besondere Unternehmungen, einseitig von dem Arbeiter (Baumeister) ihrem Plane nach verändert, und namentlich der einmal bestimmte Preis erhöht werden? ***)*

Der Baumeister oder Unternehmer, welcher die Aufführung eines Gebäudes, nach einem mit dem Eigenthümer übereingekommenen und festgesetzten Plane, für einen in Pausch und Bogen (*à forfait*) be-

*) Das röm. R. fügt zweckmässig die nähere Bestimmung hinzu: „*nisi periculum quoque artifex in se receperat: tunc enim, etsi vitio materiae id evenit, erit ex locato actio.*“ L. 13. §. 5. in f. D. XIX, 2.

**) Vgl. L. 13. §. 5. pr. D. XIX, 2. „*Si gemma includenda aut insculpenda data sit, eaque fracta sit, si quidem vitio materiae factum sit, non erit ex locato actio: si imperitia facientis, erit.*“

***) Art. 1793.

stimmten Preis übernommen hat, kann weder unter dem Vorwande, daß der Arbeitslohn oder der Preis der Materialien gestiegen sey, noch unter dem, daß an dem Plane Veränderungen oder Zusätze gemacht worden wären, irgend eine Erhöhung des Preises fordern. Eine Ausnahme hiervon tritt natürlich ein, wenn ihm diese Veränderungen oder Zusätze schriftlich erlaubt worden sind und er mit dem Eigenthümer über den Preis derselben übereingekommen ist.

§. 262.

γ. wie hört der über eine Arbeit oder eine Unternehmung abgeschlossene Vertrag wieder auf? *)

Ein solcher Vertrag wird wieder aufgehoben: 1) durch den Willen des Bestellers, wenn gleich das Werk schon angefangen ist, nur muß er den Unternehmer für alle seine Auslagen, seine ganze Arbeit und für Alles, was er bei der Unternehmung hätte gewinnen können, entschädigen; 2) durch den Tod des Arbeiters, Baumeisters, oder Unternehmers, vorbehaltlich der im Gesetzbuch angegebenen Schadloshaltung der Erben. **)

*) Art. 1794 — 96.

**) Der Arbeiter (Baumeister) ist insonderheit bei der Aufführung eines Gebäudes nicht bloß für die Fehler der Bauart, vgl. L. 9. §. 5. D. XIX, 2. L. 142. D. L, 117., sondern auch für einen Fehler des Bodens 10 Jahre lang verantwortlich (vgl. §. 156.), denn er mußte es wissen, ob der Boden tauglich war das Gebäude zu tragen, oder nicht. Vgl. dagegen L. 8. C. VIII, 12. L. 33, 62. D. XIX, 2.

§. 263.

3. von der Viehpacht. *)

Die Viehpacht ist ein Vertrag, wodurch Einer dem Andern, unter den zwischen ihnen verabredeten Bedingungen, Vieh zu halten und zu füttern übergiebt. Sie hat Aehnlichkeit mit dem Pachtvertrag, weil das Vieh natürliche Früchte hervorbringt, oder sonst im Feldbau, oder auf andere Art Vorthail gewährt, aber auch mit der Miethe von Diensten, weil sie zugleich Beforgung des Viehes zum Gegenstande hat, endlich artet dieselbe in eine wahre Societät aus, wenn von ieder Seite die Hälfte des Viehes hergegeben wird.

§. 264.

a. von der einfachen Viehpacht. **)

Einfache Viehpacht ist vorhanden, wenn Iemand seinem oder einem fremden Pächter, oder einem andern Eigenthümer, sein Vieh giebt um es zu halten, zu füttern und zu besorgen. Der Pächter allein genießt den Vorthail von der Milch, von dem Mist und der Arbeit des gepachteten Viehes, und die Wolle so wie der Zuwachs von Jungen wird mit ihm getheilt, dagegen muß er aber auch die Hälfte des Verlustes tragen.

*) Art. 1800—1803. vgl. L. 8. C. II, 3: „*Si pascenda pecora, partiaria (id est, ut foetus eorum portionibus quibus placuit, inter dominum et pastorem dividantur) Apollinarem suscepisse probabitur: fidem pacto praestare per indicem compelletur.*“

**) Art. 1804—1817. Pothier p. 293.

§. 265.

b. von der Viehpacht zur Hälfte. *)

Die Viehpacht zur Hälfte ist nichts Anderes als eine Gesellschaft, zu welcher ein ieder der Contractanten die Hälfte des Viehes hergiebt, welches alsdann für Gewinn und Verlust gemeinschaftlich bleibt.

§. 266.

c. von der Viehpacht an den Pächter oder colonus partiarius. **)

Was hier zunächst die Viehpacht an den Pächter betrifft, so wird diese die eiserne Viehpacht (*contractus focidae*) genannt, weil sie gleichsam an die eigentliche Pacht des Grundstückes angekettet ist. Es ist darunter diejenige Pacht zu verstehen, wodurch der Eigenthümer eines Hofes ihn unter der Bedingung verpachtet, daß der Pächter beim Ablauf des Pachtcontractes Vieh von demselben Werthe zurücklassen soll, auf welchen das bei Eingehung der Pacht erhaltene Vieh geschätzt worden ist. Bei der Viehpacht an den colonus partiarius treten andere Grundsätze ein, wenn nemlich hier das gepachtete Vieh ohne Schuld des Colonus zu Grunde geht, so fällt der Verlust auf den Verpächter.

*) Art. 1818—20. Pothier p. 345.

***) Art. 1821—30. Pothier p. 350.

§. 267.

d. von der uneigentlichen Viehpacht. *)

Uneigentliche Viehpacht ist vorhanden, wenn man eine oder mehrere Kühe einem Andern giebt um sie zu halten oder zu füttern. Der Verpächter behält das Eigenthum derselben, hat aber keinen andern Vorthail zu ziehen, als die von diesen Kühen geworfenen Kälber.

§. 268.

D. von dem Gesellschaftsvertrag oder der Societät:

Quelle: *Livre III. Titre 9.* Decretirt den 5ten, promulgirt den 15ten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Treilhard.* 2) *Rapport par Boutteville.* 3) *Discours par Gillet.* 4) *Pothier Tr. des contrats de Societé, du Voisinage, de la Garde paternelle.* Nouv. édit. Paris 1806.

I. Begriff und allgemeine Grundsätze. **)

Societät ist ein Vertrag, durch welchen zwei oder mehrere Personen Geld, Sachen oder Dienstleistungen, des gemeinsamen Vorthails wegen, zu einem erlaubten Zweck ***) conferiren. ****) Die Ver-

*) Art. 1831. Pothier p. 356.

**) Art. 1832 — 34. 1855. Thibaut §. 879. 80.

***) „*Rerum inhonestarum nulla societas.*“ L. 57. D. XVII, 2.

****) Sie unterscheidet sich von einer bloßen Gemeinschaft dadurch, daß bei dieser kein Vertrag zum Grunde liegt,

abredung dafs Einer den ganzen Gewinn haben oder von allem Beitrage zum Verlust befreit feyn folle, ist ungültig; *) auch müssen alle Interessenten nothwendig etwas beitragen, weil sonst in Hinsicht auf den, der nichts beiträgt, eine Schenkung, keine Societas vorhanden feyn würde. **) Beträgt die Societät mehr als 150 Franken, so ist wieder des Beweises wegen Scriptur vorgeschrieben, ***) der Gesetzgeber glaubt auch hier durch den verbotenen Zeugenbeweis eine reiche Quelle von Processen zu verstopfen.

§. 269.

2. von den verschiedenen Gattungen der Societät:

a. von den allgemeinen Gesellschaften. ****)

Die allgemeine Gesellschaft begreift alles gegenwärtige Vermögen der Contrahenten, von dem künftigen aber in der Regel blofs den Genufs, nicht die

z. B. wenn dieselbe Sache Mehreren zugleich geschenkt oder legirt worden ist. Vgl. §. 3. J. III, 28. L. 31. D. XVII, 2.

*) Vgl. L. 29. §. 2. D. XVII, 2. „*Aristo refert Cassium respondiſſe, „societatem talem coiri non posse, ut alter lucrum tantum, alter „damnum sentiret: et hanc societatem leoninam solitum appel- „lare.*“ etc. Nach röm. R. ist der Vertrag: *ut nullius partem damni alter sentiat* unter gewissen Umständen erlaubt f. §. 275. N. ****)

**) Vgl. L. 5. §. 2. D. eod. „*Donationis causa societas recte non con- „trahitur.*“

***) „*Sans cette mesure les intérêts et les obligations de chaque associé „eussent été livrés à des témoignages trop incertains, ou à des con- „jectures trop arbitraires.*“ Gillet. Vgl. Zachariä §. 202. N. 2.

****) Art. 1836 — 40.

Proprietät. *) Es kann eine solche Gesellschaft, die wieder allgemeine Güter- oder allgemeine Erwerbsgesellschaft seyn kann, **) nur zwischen solchen Personen statt finden, welche gegenseitig die Fähigkeit haben, sich etwas zu schenken und geschenkt zu erhalten, und welchen es nicht verboten ist, sich zum Nachtheil einer dritten Person Vorthail zu verschaffen, weil sonst das gesetzliche Verbot unter dem Schein einer Societät würde umgangen werden.

§. 270.

b. von den besonderen Gesellschaften. ***)

Besondere Gesellschaft ist diejenige, welche sich nur auf einzelne bestimmte Gegenstände, oder auf deren Gebrauch und davon zu hoffende Nutzungen bezieht. Auch der Vertrag gehört hierher, wodurch sich mehrere Personen entweder zu einer gewissen bestimmten Unternehmung, oder zur Betreibung eines Handwerks oder Gewerbes vereinigen.

*) Nach röm. R. begreift die *societas universalis* das gesammte sowohl gegenwärtige, als künftige Vermögen, vgl. L. 73. D. eod. „*Si societatem universarum fortunarum, coierint id est, earum quoque rerum, quae postea cuique acquirentur, hereditatem cuius eorum delatam, in commune redigendam.*“

**) Im Zweifel wird die letztere angenommen, vgl. L. 7—10. D. eod.

***) Art. 1841. 42. Vgl. L. 52. §. 5. 6. D. eod.

§. 271.

3. von den Rechten und Verbindlichkeiten der Gesellschafter:

a. Verbindlichkeiten der Gesellschafter:

α. Verbindlichkeiten der Gesellschafter unter sich. *)

Ein ieder Theilnehmer der Societät ist vom Augenblick des geschlossenen Vertrages an verbunden:

1) Alles dasienige, was er in dieselbe einzulegen versprochen hat, zu entrichten; **) 2) das der Gesellschaft zukommende Vermögen auf keine Weise in Anspruch zu nehmen oder zu beeinträchtigen, sondern das Interesse der Gesellschaft iederzeit vorzuziehen; ***) 3) allen ihr durch seine Schuld zugezogenen Schaden zu ersetzen, ohne dagegen die etwa verschafften Vortheile in Anrechnung zu bringen; ****) 4) den Verlust der Gesellschaft nach Verhältniß des Beitrages

*) Art. 1843 — 51. Vgl. Thibaut §. 881 — 84.

**) Ueber die Verbindlichkeit zur Gewährleistung vgl. Art. 1845, die Gefahr zu übernehmen: Art. 1851, vgl. L. 58. D. XVII, 2. Verzugs- und sonstige Zinsen zu bezahlen: Art. 1846, vgl. L. 60. D. eod.

***) Wenn daher ein socius von einem Schuldner der Gesellschaft eine Privatschuld eingetrieben hat, so ist er verpflichtet die erhaltene Zahlung verhältnißmässig von seiner und der Gesellschaft Forderung abzurechnen. „*Il doit faire une juste imputation sur les deux créances; la bonne foi ne permet pas qu'il s'occupe moins de celle de la société, que de celle qui lui est personnelle.*“ Treilhard. Wird der Schuldner insolvent, so ist der Gesellschafter verbunden das Empfangene ganz zur gemeinschaftlichen Masse herzugeben.

****) Vgl. L. 23. §. 1. L. 25. 26. D. eod.

zum Gesellschaftsfond und dadurch zu bestimmenden Gewinnes tragen zu helfen. *)

§. 272.

β. Verbindlichkeiten der Gesellschafter in Hinsicht auf Dritte. **)

Eine Gesellschaftsschuld kann in der Regel nur aus einer Handlung aller einzelnen Mitglieder entstehen. Ein einzelnes Mitglied kann die Societät nicht anders verbindlich machen, als wenn es entweder dazu bevollmächtigt ist, oder die eingegangene Verbindlichkeit zum Vortheil der ganzen Gesellschaft gereicht hat. ***) Die einzelnen Socien übernehmen die Gesellschaftsschuld in der Regel zu gleichen Theilen, ****) es müßte denn ausdrücklich verabredet

*) Der Vertrag, daß ein Gesellschafter bloß an dem Gewinne nicht an dem Verluste Theil nehmen soll, ist nach röm. R. in gewissen Fällen erlaubt, vgl. §. 2 ff. „*Et adeo*“ J. III, 26. L. 29. §. 1. D. XVII, 2. „*Ita coiri societatem, ut nullius partem damni alter sentiat, lucrum vero commune sit, Cassius putat: quod ita demum valebit (ut et Sabinus scribit) si tanti opera, quanti damnum est: plerumque enim tanta industria est socii, ut plus societati conferat, quam pecunia: item si solus naviget, si solus peregrinetur, pericula subeat solus.*“ (In den Artikeln 1856—60. wird von der Verwaltung der Societät sehr ausführlich gehandelt. Dieses Detail ist aber dem röm. R. größtentheils fremd.)

**) Art. 1862—64. Vgl. Thibaut §. 885.

***) Vgl. L. 82. D. eod. „*Iure societatis per socium aere alieno socius non obligatur: nisi in communem arcam pecuniae versae sunt.*“

****) Nach röm. R. „*pro portione qua socii fuerunt.*“ L. 44. §. 1. D. XXI, 1.

seyn, dafs sie blofs nach dem Verhältnifs ihres Antheiles verbindlich seyn sollen.

§. 273.

b. Rechte der Gesellschafter. *)

Ein ieder Socius hat auf der andern Seite: 1) das Recht, den auf ihn fallenden Antheil am Gewinne zu fordern. Ist darüber nichts ausdrücklich bestimmt, so richtet sich der Gewinn nach dem zur Gesellschaft hergegebenen Beitrag, **) und derienige, welcher blofs seine Dienstleistungen beitrug, bekommt ebenso viel als derienige, welcher am wenigsten Sachen oder Geld hergab; ***) 2) das Recht sich wegen der zum Besten der Gesellschaft gemachten Auslagen, ebenso wegen der im Namen der Gesellschaft geführten Geschäfte und wegen des unmittelbar für ihn entstehenden Verlustes an die Gesellschaft zu halten. ****)

§. 274.

4. von der Beendigung der Societät. †)

Die Societät wird aufgehoben: 1) durch den Ablauf der Zeit, auf welche sie contrahirt worden ist; ††)

*) Art. 1852 — 55. Vgl. Thibaut §. 881 fg.

**) Vgl. dagegen §. 1. J. III, 26. L. 29. pr. D. XVII, 2. „Si non fuerint partes societati adiectae, aequas eas esse constat.“

***)) Vgl. dagegen die vorhin angeführte L. 29. §. 1. D. XVII, 2.

****)) Vgl. L. 52. §. 4. 12. 15. D. eod.

†) Art. 1865 — 72.

††) L. 65. §. 6. in f. D. eod. Die Verlängerung einer auf bestimmte Zeit abgeschlossenen Gesellschaft, kann nicht an-

2) durch den Untergang des Gegenstandes derselben, oder die Vollbringung des Geschäftes; *) 3) durch den natürlichen Tod eines der Gesellschafter; **) 4) durch den bürgerlichen Tod, die Interdiction, oder den gänzlichen Verfall des Vermögens eines derselben; ***) 5) durch den von einem oder von allen Socien erklärten Willen, nicht mehr in der Gesellschaft zu bleiben. ****) Die Theilung des Vermögens der getrennten Societät geschieht unter die Socien oder ihre Erben nach denselben Grundsätzen, die von der Erbschaftstheilung gelten. (Vgl. §. 403 — 405.)

§. 275.

ders als durch einen schriftlichen Contract in derselben Form wie der Gesellschaftsvertrag erwiesen werden.

*) L. 63. §. 10. D. eod. §. 7. 8. J. III, 26. Durch den Untergang der Sache wird jedoch die Societät nur dann beendet, wenn die Sache noch nicht wirklich conferirt ist, oder bloß der Genuß derselben zur Gesellschaft gehört. Art. 1867.

**) L. 35. 52. §. 9. L. 59. 65. §. 9. D. XVII, 2.

***) Nach röm. R. durch capitis deminutio maxima und media L. 4. 65. §. 9. D. eod. §. 5 f. eod.

****) Die Renunciation eines einzigen focus ist nur bei solchen Gesellschaften erlaubt, die von unbestimmter Dauer sind, und sie muß in gutem Glauben und nicht zur Unzeit geschehen. L. 65. D. §. 4. J. eod.

§. 275.

II. lästige zweiseitige Verträge, deren Existenz oder Fortdauer von einem besondern Ereigniss des Zufalles abhängig gemacht worden ist (Glücksverträge):

Quelle: Livre III. Titre 12. Decretirt den 10ten, promulgirt den 20sten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Portalis.* 2) *Rapport par Siméon.* 3) *Discours par Duveyrier.*

A. von dem Spiel und der Wette. (*Contractus aleatorius in specie.*) *)

Spiel überhaupt ist der Vertrag, wodurch der eine Theil dem andern im Fall der Existenz eines ungewissen Umstandes etwas verspricht; bei dem Spiel in engerem Sinne muß aber der noch ungewisse Umstand von dem Spieler selbst wirklich gemacht werden, bei der Wette aber derselbe nur überhaupt in Erfüllung gehen. In der Regel entsteht so wenig aus dem Spiel, als aus der Wette eine klagbare Verbindlichkeit, ausgenommen wenn es Spiele zur Uebung körperlicher Kräfte (*ludi virtutis causa*) sind; z. B. Waffenspiele, Wettrennen zu Pferde, zu Fuß und zu Wagen, Ballspiele u. f. w., nur darf die Summe nicht übermächtig seyn. **) Der Verlierer kann übrigens in keinem Fall, das Spiel oder die Wette mag

*) Art. 1965—67. Vgl. Thibaut §. 915—17.

**) Nach röm. R. nicht „*ultra solidum si multum dives sit.*“

erlaubt seyn oder nicht, dasienige zurückfordern, was er freiwillig bezahlt hat, es sey denn, dafs von Seiten des Gewinners Betrug, Hinterlist (*supercherie*), oder Prellerei (*escroquerie*) statt gefunden hätte. *)

§. 276.

B. von dem Leibrentenvertrag. (*Contractus vitalitius*.)

*Vorerinnerung. **)*

Rentenkauf ist überhaupt vorhanden, wenn gegen Bezahlung eines Capitals oder Uebergabe einer Sache Zinsen versprochen werden, und der Geber zugleich verspricht, seine Leistung entweder gar nicht, oder wenigstens in einer gewissen Zeit nicht zurückfordern zu wollen. Eine solche Rente kann entweder als ewige Rente (*Erbrente*), oder als Leibrente constituiert werden. Die letztere ist auf das Leben des Rentenempfängers oder einer dritten Person beschränkt, während die erstere zu ieder Zeit fort dauert. Die Erbrente kann aber wieder entweder eine vorbehaltene (*reservative*) oder bestellte (*constitutive*) Rente seyn; jene ist als Kaufpreis eines unbeweglichen Gutes oder als Bedingung der lästigen oder unentgeltlichen Abtretung eines Grundstückes auf immer bestellt worden; diese hingegen besteht in der

*) Diese letztere Bestimmung findet sich nicht im röm. R., die übrigen Grundsätze aber sind durchgängig darin bestätigt. Vgl. T. T. D. XI, 15. C. III, 43.

**) Art. 1909 — 13. *Traité du contrat de constitution de Rente; Tr. du Bail de Rente par Pothier*. nouv. éd. Paris 1806.

beständigen Zinszahlung für ein auf immer oder längere Zeit geliehenes Capital. Beide Arten können ihrer Natur nach wieder eingelöst werden, und bei der reservativen namentlich kann der Gläubiger nicht nur die Clauseln und Bedingungen der Einlösung festsetzen, sondern auch sich vorbehalten, daß die Rente nicht eher als nach Ablauf einer gewissen Zeit, die jedoch niemals über 30 Jahre hinausgehen darf, eingelöst werden solle; *) bei der constitutiven hingegen kann die Einlösung nicht über 10 Jahre hinaus verabredet werden, und es muß eine gehörige Aufkündigung vorhergehen, auch giebt es Fälle, wo der Schuldner früher als die festgesetzte Zeit existirt, zur Einlösung genöthigt werden kann. **) Nach diesen des Zusammenhanges wegen hier dargestellten Bemerkungen über den Erbrentenvertrag, wenden wir uns nun ausschliessend zu dem Vertrage, wodurch eine Leibrente constituirt wird, weil nur dieser allein in die Reihe der gewagten Verträge gehört.

§. 277.

I. *constitutive Erfordernisse.* ***)

Eine Leibrente kann sowohl unter einem lästigen als wohlthätigen Titel constituirt werden. In der er-

*) Art. 530. Decretirt den 21sten, promulgirt den 31sten März 1804.

**) Diefes ist der Fall wenn er zwei Jahre lang seine Verbindlichkeiten nicht erfüllt, oder dem Gläubiger die vertragsmäßige Sicherheit nicht bestellt, oder überhaupt einen gänzlichen Vermögensverfall erleidet.

***) Art. 1968 — 76.

stern Hinsicht gehört dieselbe eigentlich hierher, in dem letztern Falle aber müssen die vorgeschriebenen Formalitäten einer Schenkung oder eines Testamentes beobachtet werden, und die Rente darf namentlich den Betrag nicht übersteigen, worüber zu verfügen erlaubt ist, auch nicht zum Vortheil einer unfähigen Person gestiftet werden. *) Was ihre Dauer betrifft, so findet sie statt nicht allein auf die Lebenszeit desjenigen, der das Capital dazu herschießt, sondern auch eines willkührlichen Dritten, sowohl auf die Lebenszeit einer, als mehrerer Personen. Derienige, zu dessen Vortheil die Stiftung geschieht, darf übrigens am Tage des Contractes nicht entweder schon gestorben, oder mit der Krankheit behaftet seyn, woran er 10 Tage nachher stirbt. **)

§. 278.

2. *Wirkung.* ***)

Die Wirkung des constituirten Leibrentenvertrages besteht im Allgemeinen in der wirklichen Bezahlung der versprochenen Rente, ****) während der ganzen Lebenszeit derienigen Person oder der Perfo-

*) Es kann nur in diesem Falle ausgemacht werden, daß die Rente nicht solle in Beschlag genommen werden können. Art. 1981. vgl. Note *) auf der folgenden Seite.

**) Vgl. jedoch Zachariä §. 210. N. 1.

***) Art. 1977 — 83.

****) Die Parteien bestimmen nach Belieben das Verhältniß der Rente zu ihrem Capital, und der gesetzlich bestimmte Zinsfuß findet keine Anwendung.

nen, auf deren Köpfe die Rente gestiftet ist, wie lange sie auch leben mögen und wie lästig die Zahlung der Rente auch immer werden mag. *) (Die Aufhebung des Contractes kann nur in dem Falle verlangt werden, wenn der Schuldner die versprochene Sicherheit nicht leistet.)

Zweite Unterabtheilung:

wohlthätige Verträge. *)

§. 279.

I. vom Leihvertrage:

Quelle: *Livre I. Titre 10.* Decretirt den 9ten, promulgirt den 19ten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Galli.* 2) *Rapport par Boutteville.* 3) *Discours par Albisfon.*

Vorerinnerung. ***)

Das Napoleonische Gesetzbuch fasst zweckmässig unter der allgemeinen Rubrik vom Leihvertrage

*) Erfolgt die Zahlung nicht in den versprochenen Terminen, so kann der Gläubiger darauf dringen, dass die Güter seines Schuldners mit Arrest belegt und verkauft werden, damit aus dem Ertrage eine zur Leistung hinlängliche Summe angelegt werde. Durch den bürgerlichen Tod erlischt der Vertrag keineswegs, vgl. Zachariä §. 212. N. 1.

**) Pothier Tr. des contrats de bienfaisance nouv. éd. Paris 1807. II T. in 8.

***) Art. 1874.

den eigentlichen Leihvertrag (*commodatum*) und den Darlehnsvertrag (*mutuum*) zusammen, dort werden Sachen geliehen, die durch den Gebrauch den man davon macht nicht consumirt werden, hier solche Sachen, die man ohne Verbrauch nicht gebrauchen kann.

§. 280.

A. vom *Commodat* :

I. Begriff und allgemeine Erfordernisse. *)

Commodat ist der Vertrag, wodurch Einer dem Andern unentgeltlich eine Sache zu ihrem Gebrauche hingiebt, unter der Bedingung, sie nach geschehenem Gebrauche zu restituiren. **) Alles was im Handel ist, und sich durch den Gebrauch nicht verbraucht, oder wenigstens insofern dieß der Fall nicht ist, ***) kann Gegenstand dieser Uebereinkunft seyn, sowohl bewegliche als unbewegliche, eigene als fremde Sachen. Gebraucht der *Commodatar* die Sache zu einem andern als zu dem durch ihre Natur oder die Uebereinkunft bestimmten Gebrauch, so kann der *Commodant* nach Beschaffenheit der Umstände völlige Schadloshaltung verlangen.

*) Art. 1875 — 79.

**) Vgl. §. 2. J. III, 15.

***) Vgl. L. 1. §. 1. L. 3 in f. L. 4. D. XIII, 6.

§. 281.

2. von den daraus entspringenden Rechten und Verbindlichkeiten: *)

a. Verbindlichkeiten des Commodatars. **)

Ueberhaupt ist der Commodatar schuldig als ein guter Hausvater für die Erhaltung und Bewahrung der geliehenen Sache Sorge zu tragen, der Commodant bleibt aber Eigenthümer, und muß daher auch die zufällige Deterioration und den zufälligen Untergang tragen. (Casum sentit dominus.) ***) Der Commodatar braucht zwar, weil er das Recht hat die Sache zu gebrauchen, nicht dafür einzustehen, wenn sie durch die bloße Wirkung des Gebrauches und ohne seine Schuld deteriorirt worden ist, kann aber ebenfowenig die des Gebrauches wegen gemachten Auslagen wiederfordern, ****) als er die geliehene Sache kraft einer Compensation mit demjenigen, was der

*) Die aus dem Commodat entspringenden Verbindlichkeiten gehen in der Regel sowohl activ als passiv auf die Erben über, ausgenommen wenn man nur aus Rücksicht auf den Anleiher und ihm persönlich geliehen hat, in welchem Falle die Erben den Genuß der geliehenen Sache nicht fortsetzen können.

**) Art. 1880 — 87.

***) Ausgenommen: 1) wenn der Commodatar die Sache zu einem andern Gebrauche, oder längere Zeit als er sollte, gebraucht hat, vgl. L. 5. §. 7. L. 18. pr. D. XIII, 6.; 2) wenn er die geliehene Sache vor dem zufälligen Untergang dadurch hätte bewahren können, wenn er seine eigene Sache gebraucht oder aufgeopfert hätte; 3) wenn die Sache beim Darlehn geschätzt worden ist.

****) Vgl. L. 3. §. 1, L. 5. §. 2 — 5. L. 18. pr. D. XIII, 6.

Commodant ihm schuldig ist, zurückzubehalten berechtigt ist. *)

§. 282.

b. Verbindlichkeiten des Commodanten. **)

Der Commodant darf in der Regel die geliehene Sache nicht unzeitig oder vor geendigtem Gebrauche zurückfordern. ***) Außerdem ist er schuldig nicht nur die außerordentlichen und dringend nothwendig gewesenen Auslagen des Commodatars zu ersetzen, ****) sondern auch für die Fehler verantwortlich zu seyn, die er, ohne den Letztern davon zu benachrichtigen, gewußt hat. †)

§. 283.

B. vom Darlehensvertrage oder Mutuum:

I. Begriff und allgemeine Erfordernisse. ††)

Darlehn ist ein Vertrag, wodurch eine Person der andern das Eigenthum einer gewissen Quantität

*) Vgl. L. ult. C. IV, 23. „*Praetextu debiti restitutio commodati non probabiliter excusatur.*“

**) Art. 1888 — 91.

***) Vgl. L. 17. §. 3. D. XIII, 6. Eine Ausnahme tritt jedoch in dem Falle des Art. 1889 ein.

****) Vgl. L. 18. §. 2. D. eod. „*Maiores impensae ad commodatarium pertinent.*“ Boutteville bemerkt, daß wenn der Commodant sich weigern sollte, die erwähnten Auslagen zu ersetzen, dieses mit dem „*sentiment généreux qui a dû seul le déterminer à prêter*“ nicht vereinigt werden könne.

†) Vgl. L. 18. §. 3. D. eod. „*Qui sciens vasa vitiosa commodavit, si ibi infusum vinum, vel oleum corruptum effusumve est, condemnandus eo nomine est.*“

††) Art. 1892 — 97.

von Sachen, die durch den Gebrauch consumirt werden, unter der Verbindlichkeit übergiebt, demnächst eine eben so groſſe Quantität von gleicher Gattung und Güte zurückzuerstatten. *) Die allgemeinen Erfordernisse ergeben sich schon hinlänglich aus dem Begriffe. **) Es kann aber ein Darlehn entweder zinsbar seyn oder nicht, denn obgleich dem Gesetze nach keine Zinsen gefordert werden können (*mutuum est gratuitum*), so geht dieſs doch vermöge einer besondern Verabredung an.

§. 284.

2. obligatorische Wirkungen:

a. überhaupt bei jedem Darlehn. ***)

Bei einem ieden Darlehn ist 1) der Gläubiger verbunden, dem Schuldner für die Fehler der Sache, ebenso wie der Verleiher dem Anleiher, zu stehen, und dem Schuldner das Darlehn bis zur bestimmten Zeit zu lassen. 2) Der Schuldner ist verpflichtet eben so viel als er erhalten hat der Gattung und Qualität nach wieder zu bezahlen, ****) fer-

*) Der Begriff ist ganz römisch vgl. pr. J. III, 15.

**) Merkwürdig ist, daß die Vorschriften des Macedonischen Rathschlusses, vgl. T. T. D. XIV, 6. in dem *Code Napol.* nicht berücksichtigt werden.

***) Art. 1898 — 1904.

****) L. 3. D. XII, 1. Die Verbindlichkeit aus einem Gelddarlehn beschränkt sich immer nur auf die in dem Schuld-

ner die Zahlung in der vertragsmässig oder vom Richter bestimmten Zeit vorzunehmen, widrigenfalls aber, vom Augenblick der erhobenen Klage an Verzugszinsen zu entrichten.

§. 285.

b. *insonderheit bei dem zinsbaren Darlehn.* *)

Die Parteien sind zwar befugt den Betrag der versprochenen Zinsen willkührlich durch eine Scriptur festzusetzen, es dürfen aber dieselben nach einem kaiserlichen Gesetz vom 3ten September 1807 nicht über 5 Procent betragen, nur in Handelsfächen sind 6 Procent erlaubt, was mehr gezahlt ist, kann zurückgefordert, oder auf das Capital gerechnet werden. **) (Eine besondere Art des zinsbaren Darlehns ist der Gülten- oder Rentenkauf, wovon wir bereits oben geredet haben.)

schein der Zahl nach ausgedrückte Summe, auf das Steigen und Fallen der Geldsorten wird keine Rücksicht genommen: Art. 1895. Zachariä §. 218. N. 1. vgl. Thibaut §. 98 — 100. Sollte es dem Schuldner unmöglich seyn, Sachen von derselben Gattung und Qualität zu restituiren, so muß der Werth, welcher mit Rücksicht auf Zeit und Ort wo die Zahlung geschehen soll zu bestimmen ist, restituirt werden, vgl. L. 22. D. XII, 1.

*) Art. 1905 — 14.

**) Für das Königreich Westphalen erwartet diese Lehre noch eine nähere gesetzliche Bestimmung.

§. 286.

II. von dem Niederlegungsvertrag
oder Depositum.

Quelle: *Livre III. Titre 11.* Decretirt den 14ten, promulgirt den 24sten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Réal.* 2) *Discours par Favard.* (Der Rapport vom Tribunat ist nicht gedruckt worden.)

*Vor Erinnerung. *)*

Depositum im Allgemeinen ist der Vertrag, wodurch Iemand eine fremde Sache unter der Bedingung empfängt, sie aufzubewahren und in Natur zurück zu erstatten. **) Es giebt zwei Arten dieses Vertrages, das Depositum im eigentlichen Sinne und die Sequestration.

§. 287.

A. von dem eigentlich sogenannten Depositum. ***)

Depositum im eigentlichen Sinne ist ein seinem Wesen nach unentgeltlicher Vertrag, wodurch Iemand eine bewegliche Sache einem Andern zur Aufbewahrung übergiebt. ****) Der Vertrag wird

*) Art. 1915. 16.

**) Vgl. L. 1. pr. §. 8. 9. D. XVI, 3. §. 3. J. III, 15.

***) Art. 1917. 18. Vgl. Thibaut §. 891.

****) Nach römischen Recht *omnes res deponi possunt, in quas custodiae notio cadere potest, sive mobiles illae sint, sive immobiles.* Der Deponent braucht nicht gerade Eigenthümer zu seyn. Vgl. Zachariä §. 225. N. 1.

aber erst durch die wahre oder fingirte Ueberlieferung der aufzubewahrenden Sache perfect. Die letzte tritt namentlich ein, wenn der Depositar die Sache, welche man ihm als ein Depositum lassen will, schon aus einem andern Grunde besitzt. Uebrigens wird das Depositum eingetheilt in freiwilliges und nothwendiges, je nachdem die Sache zur Zeit einer dringenden Noth, z. B. einer Feuersbrunst, Plünderung, Schiffbruch u. s. w., anvertraut wird, oder nicht.

§. 288.

I. von dem freiwilligen Depositum:

a. Verbindlichkeiten des Depositors. *)

Der Depositar ist verbunden: 1) die Sache in der Regel mit demselben Fleisse aufzubewahren, den er bei seinen eigenen Sachen anzuwenden pflegt. **) Unterscheidungen des Grades der Schuld nimmt der *Code Napoléon* hier wie überhaupt nicht an, es soll jedoch die Vorschrift der sorgfältigen Aufbewahrung strenger zur Anwendung kommen: wenn der Depositar sich selbst zum Depositum erboten hat, ***) wenn

*) Art. 1927 — 46. (Die Art. 1921 — 26. sind bloß Folgerungen aus dem Wesen des Vertrages, und brauchen nicht besonders erläutert zu werden. Vgl. Thibaut §. 892.

**) Nach römischem Recht muß der Depositar für dolus und culpa lata eintreten, die Verurtheilung ist mit Infamie verbunden, und es findet dabei das iuram. in litem affectionis statt. L. 1. §. 26. D. XVI, 3. §. 2. J. IV, 16. L. 1. D. III, 2. L. 10. C. IV, 34.

***) Vgl. L. 1. §. 35. D. XVI, 3.

ihm für die Aufbewahrung etwas versprochen ist, *) wenn die Aufbewahrung einzig zum Vortheil des Depositors, nicht des Deponenten geschieht, **) und endlich wenn ausdrücklich verabredet ist, daß der Depositar für jede Art der Schuld einstehen solle. ***) Für den zufälligen Untergang braucht der Depositar nur, wenn er sich in mora restituendi befindet, einzustehen. ****) 2) Darf der Depositar, wenn ihm die Sachen in einem verschlossenen Kasten oder versiegelten Umschlag anvertraut worden sind, nicht erforschen was es für Sachen sind; *****) 3) darf er die deponirten Sachen nicht gebrauchen, weil sonst der Vertrag in ein Mutuum oder Commodat ausarten würde; endlich 4) ist der Depositar verbunden, die deponirte Sache mit allen davon erhobenen Nutzungen, †) auf Verlangen und auf Kosten des Deponenten, ††) an dem im Vertrage bestimmten Orte, oder an dem Orte, wo die Deposition geschehen ist, zu restituiren. †††) Uebrigens kann der Depositar vom Deponenten den

*) Vgl. L. 1. §. 8. 9. D. eod.

**) Vgl. L. 4. pr. D. XII, 1.

***) Vgl. L. 1. §. 35. D. cit.

****) Vgl. L. 12. §. 3. D. XVI, 3.

*****) Vgl. L. 1. §. 41. D. XVI, 3.

†) Vgl. jedoch Zachariä §. 226. N. 5.

††) Die Frage, ob umgekehrt der Depositar nach Willkühr die Sache zurückgeben könne, ist nicht erledigt worden. Vgl. Art. 2007. 1960. L. 5. 7. D. XVI, 3.

†††) Der Erbe, welcher in gutem Glauben die deponirte Sache verkauft hat, braucht bloß das erhaltene Kaufpretium zu restituiren, vgl. *motifs*.

Beweis seines Eigenthumes an der deponirten Sache nicht verlangen, *) sollte er jedoch entdecken, daß sie gestohlen sey, so muß er dem wahren Eigenthümer, wenn er diesen kennt, vom Depositum Nachricht geben, und in einer bestimmten hinreichenden Frist zur Vindication auffordern. **) Alle erwähnten Verbindlichkeiten des Depositors fallen weg, sobald er sein Eigenthum an der bei ihm deponirten Sache entdeckt und beweist, der untreue Depositor kann aber, um seine persönliche Freiheit zu erhalten, nicht zur Rechtswohlthat der Güterabtretung zugelassen werden. ***)

§. 289.

b. Verbindlichkeiten des Deponenten. ****)

Der Deponent auf der andern Seite ist schuldig dem Depositor eine iede Auslage, die er, um die deponirte Sache zu erhalten, gemacht hat, wieder zu erstatten, auch ihn für einen ieden Verlust zu entschädigen, den ihm die Aufbewahrung verursacht haben

*) „*Restituatur res deponenti, etiam praedoni.*“ L. 31. §. 1. D. XVI, 3.

**) „*Cet avertissement satisfait à la morale et à la justice; mais si celui qui a été averti ne fait point ses diligences, la loi doit présumer que le déposant et le propriétaire se sont arrangés: en tous cas le dépositaire ne sauroit être astreint ni à des poursuites ultérieures, qui pourroient l'exposer personnellement à des dommages et intérêts, ni à rester indéfiniment chargé du dépôt.*“ *Motifs.*

***) Vgl. Art. 1268.

****) Art. 1947. 48. Vgl. Thibaut §. 893.

kann. Der Depositar kann zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten ein Retentionsrecht ausüben. *)

§. 290.

2. von dem nothwendigen Depositum. **)

Das nothwendige Depositum wird ganz nach den bisher dargestellten Grundsätzen beurtheilt, nur daß hierbei die abweichende Bestimmung vorgeschrieben ist, daß hier in jedem Fall der Beweis durch Zeugen zulässig seyn soll, selbst wenn das Depositum mehr als hundert funfzig Franken beträgt. ***) Dasselbe gilt von den Wirthen kleiner oder großer Gasthäuser, in Hinsicht der Sachen, welche Reisende, die bei ihnen einkehren, mitgebracht haben; sie müssen für jeden Diebstahl und für jede Beschädigung einstehen, einerlei, ob die eigenen Leute des Gastwirthes oder fremde Personen den Diebstahl begangen, oder die Beschädigung bewirkt haben, ausgenommen wenn es mit Waffen oder Uebermacht verübte Diebstähle sind. ***)

*) Nach römischem Recht: „*depositum ante omnia est restituendum*“ es findet keine Retention, Compensation oder Deduction statt. Vgl. L. 11. C. IV, 34. L. ult. C. IV, 31. Die Meisten gestatten jedoch gleichfalls das Retentionsrecht wegen nothwendiger Auslagen s. Thibaut a. a. O. N. e.

**) Art. 1949 — 54.

***) Von der Verordnung des römischen Rechts: „*ut adversus inficiantem lis crescat in duplum*“, ist nichts erwähnt, vgl. L. 1. §. 1—4. L. 18. D. XVI, 3.

****) Vgl. T. T. D. IV, 9. XLVII, 5. §. 3. J. IV, 5. Vgl. Thibaut §. 911. Ueber die Vereinigung der Art. 1953 und 54. ist Zachariä §. 228. N. 2. nachzulesen.

§. 291.

B. von der Sequestration. *)

Sequestration ist der Vertrag, wodurch Iemanden entweder von den streitenden Theilen der Gegenstand des Streites, oder von dem Richter eine Sache zur Aufbewahrung übergeben wird; sie kann mithin sowohl durch einen Vertrag der streitenden Theile, als durch ein richterliches Erkenntniß begründet werden.

§. 292.

1. von der conventionellen Sequestration. **)

Dieser Vertrag kann sowohl bewegliche, als unbewegliche Sachen zum Gegenstande haben, und er braucht auch nicht gerade unentgeltlich eingegangen zu werden, wenn dieß aber der Fall ist, so treten beinahe ganz die Regeln des eigentlichen sogenannten Depositums ein. Bei der Restitution ist bloß das Abweichende zu bemerken, daß die sequestrirte Sache nur vermöge eines richterlichen Urtheiles oder mit Bewilligung aller Interessenten zurückgegeben werden darf. ***)

§. 293.

*) Art. 1955. Vgl. Thibaut §. 890.

**) Art. 1956 — 60. vgl. L. 210. D. 50, 16. L. 6. 17. pr. D. XVI, 3.

***) „Nous disons du consentement de toutes les parties intéressées; car „l'on n'a pas cru que cette disposition dût se borner aux seules personnes qui auroient constitué le séquestre, mais qu'elle devoit s'étendre „à toutes celles qui, par leur intervention au litige, auroient manifesté des prétentions capables d'exiger leurs concours lors de la remise de l'objet séquestré.“ Réal. Vgl. L. 1. §. 22. L. 17. D. XVI, 3. L. 35. D. L, 17.

§. 293.

2. von der gerichtlichen Sequestration. *)

In der Regel ist es dem Richter nicht erlaubt mit der Sequestration als einer Art der Execution den Anfang zu machen, ausgenommen: wenn die Mobilien eines Schuldners mit Arrest belegt werden, wenn das Eigenthum oder der Besitz einer beweglichen oder unbeweglichen Sache zwischen zwei oder mehrern Personen streitig ist, endlich wenn ein Schuldner zu seiner Befreiung Sachen anbietet. Der Sequester (gardien) muß die ihm anvertrauten Sachen wie ein guter Hausvater verwalten, und sie entweder gegen einen Schein dessen, der den Arrest auswirkte, zum Verkauf, oder nach aufgehobenen Arrest dem Theil ausliefern, gegen den die Execution erfolgte. Auf der andern Seite hat aber der Sequester auch das Recht, von dem, welcher die Sequestration verlangt hat, eine gesetzlich bestimmte Vergütung zu fordern.

§. 294.

III. von der Bevollmächtigung
oder dem Mandat:

Quelle: *Livre III. Titre 13.* Decretirt den 10ten, promulgirt den 20ten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Berlier.* 2) *Rapport par Tarrible.* 3) *Discours par Bertrand de Greville.*

*Begriff und constitutive Erfordernisse. **)*

Mandat ist der Act, wodurch Iemand einem Andern die Befugniß ertheilt, etwas für ihn und in sei-

*) Art. 1961—63. **) Art. 1984—90. Thibaut §. 865. 66.

nem Namen zu thun. *) Es kann dasselbe sowohl durch ein öffentliches als Privatinstrument, ja selbst durch einen Brief ertheilt werden. **) Die Annahme vollendet das Geschäft, und diese geschieht stillschweigend durch die Vollziehung dessen, was aufgetragen ist; ***) übrigens ist das Geschäft in der Regel unentgeltlich, die allgemeinen Grundsätze von Verträgen sind auch hier anwendbar und Frauen, so wie emancipirte Minderjährige, sind nicht ausgeschlossen. ****) Die Eintheilungen des Mandates in allgemeines und speciell, in ausdrückliches und stillschweigendes, bedürfen keine Erklärung. †) Das in allgemeinen Ausdrücken abgefaßte Mandat bezieht sich jedoch bloß auf die administrativen Handlungen, und ein ausdrückliches Mandat ist nöthig, so oft von Veräußerung oder Verpfändung, oder einer sonstigen durch das Eigenthum begründeten Handlung die Rede ist.

*) Vgl. L. 1. §. 4. D. XVII, 1.

**) Zeugenbeweis ist hier gleichfalls nach den allgemeinen Grundsätzen des Art. 1341. nicht erlaubt.

***) Vgl. L. 98. §. 5. D. XXVI, 3. auch der Auftrag selbst kann stillschweigend geschehen L. 20. §. 1. D. XVII, 1. L. 6. C. IV, 35. „*Le seul pouvoir donné ne constitue point le contrat, s'il n'a été accepté expressément ou tacitement, et réciproquement: sans ce pouvoir la simple gestion d'un tiers ne le constitue point mandataire.*“ Berlier.

****) „*Mandare et Mandatum suscipere possunt omnes, qui ex contractu obligari possunt et obligare.*“ L. 22. §. 5. D. eod.

†) Mit Recht wird auf den nach Grundsätzen des Civilrechts durchaus ungegründeten Unterschied in *mandatum cum* et *sine libera* keine Rücksicht genommen.

§. 295.

B. *obligatorische Wirkungen:*I. *in Hinsicht auf den Mandatar. *)*

Der Bevollmächtigte oder Mandatar ist verbunden: 1) theils überhaupt das ihm übertragene Geschäft auszuführen, theils hierbei die Grenzen der ausgestellten Vollmacht nicht zu überschreiten; **) 2) haftet er nicht allein für Betrug und Arglist, sondern auch für die Fehler, die er in seiner Geschäftsführung begeht, ***) wiewohl die Verantwortlichkeit in dem letztern Falle weniger streng bei dem zur Anwendung kommt, dessen Mandat unentgeltlich ist, als bei dem, welcher etwas dafür erhält; 3) liegt ihm die Verbindlichkeit ob, Rechnung abzulegen, und dem Mandanten für Alles zu stehen, was er kraft seiner Vollmacht empfangen hat; ****) 4) ist er von den Summen, welche er zu seinem Vortheil verwendet hat, von dem Tage dieser Verwendung an, und ebenso von den rückständigen Summen, sobald er im Rückstande ist, Zinsen zu entrichten schuldig. Bei

*) Art. 1991—97. Vgl. Thibaut §. 867.

**) Vgl. L. 8. §. 6. L. 12. §. 5. L. 27. §. 2. D. XVII, 1. „*Quoties limites mandati excessi inveniuntur actio mandati cessat.*“ L. 3. in f. 4. 5. 33. 41. D. eod.

***) Vgl. L. 13. 21. C. IV, 35.: „*A procuratore dolum et omnem culpam, non etiam improvisum casum praestandum esse, iuris auctoritate manifeste declaratur.*“

****) Vgl. L. 9. 10. §. 2. 6. L. 20. pr. D. XVII, 1.

mehrern Mandatarien findet Solidarität nur insofern statt, als sie ausdrücklich vorgeschrieben ist. *)

§. 296.

2. in Hinsicht auf den Mandanten. **)

Der Mandant (Vollmachtgeber) ist 1) gehalten, die Verbindlichkeiten, welche der Bevollmächtigte seinem Auftrage gemäß contrahirt hat, wirklich zu erfüllen; ***) 2) dem Mandatar nicht nur die Vorschüsse und Kosten sammt den Zinsen, welche derselbe zur Ausführung des Mandates verwendet hat, wiederzuerstatten, sondern auch die ihm etwa versprochene Belohnung zu leisten, ****) selbst wenn das

*) Anders nach römischen Rechte, vgl. L. 60. §. 2. D. eod. „*Duobus quis mandavit negotiorum administrationem: quaesitum est, an unusquisque mandati iudicio in solidum teneatur? Respondi, unumquemque pro solido conveniri debere: dummodo ab utroque non amplius debito exigatur.*“

**) Art. 1998 — 2002. Vgl. Thibaut §. 868.

***) Nach röm. R. kann derjenige, welcher mit dem Mandatar, ohne die Grenzen der Vollmacht zu überschreiten, contrahirt hat, mit einer actio quasi institoria klagen. Vgl. L. 10. §. 5. D. XVII, 1. Der Mandant muß nach den Grundsätzen der Römer selbst für das eintreten, was über die Grenzen der ertheilten Vollmacht hinaus vorgenommen wurde, wenn das Geschäft auf andere Weise nicht ausgeführt werden konnte, oder die Art der Ausführung ähnlich war; in diesen Fällen liegt nemlich eine stillschweigende Genehmigung zum Grunde. Vgl. L. 62. §. 1. D. eod.

****) Vgl. L. 12. §. 9. L. 26. §. 4. L. 56. §. 4. D. XVII, 2. L. 4. C. IV, 35. „*Adversus eum cuius negotia gesta sunt, de pecunia, quam de propriis opibus nec ab aliis mutuo acceptam erogasti, mandati actione pro sorte et usuris potest experiri. De salario autem quod promisit apud Praesidem provinciae cognitio praebebitur.*“

Geschäft von keinem glücklichen Erfolg begleitet gewesen seyn sollte, oder der Mandant behauptet, daß die Auslagen geringer hätten seyn können; 3) ihm den Verlust zu ersetzen, den er ohne Unvorsichtigkeit, die ihm zur Last fällt, bei der Ausführung des Geschäftes erlitten hat. *)

§. 297.

C. Beendigungsarten. **)

Das Mandat hört auf: 1) durch die Revocation des Mandanten, und umgekehrt durch Renunciation des Mandatars; 2) durch den natürlichen oder bürgerlichen Tod, Interdiction oder Vermögensverfall (*déconfiture*) des einen oder des andern Theiles. Die Revocation geschieht willkührlich, sowohl ausdrücklich, als stillschweigend; ***) wenn iedoch be-

*) „*Iniquum est damnosum cuique esse officium suum.*“ Vgl. L. 26. §. 6. L. 45. pr. §. 5. D. XVII, 1. Wenn der Mandatar von mehreren Personen für ein gemeinschaftliches Geschäft ernannt ist, so ist hier die Solidarität der Verbindlichkeiten gegen die mehreren Mandanten nicht aufgehoben, vgl. L. 59. §. 3. D. eod. „*Cette disposition — — n'implique point contradiction avec celle qui statue que lorsqu'il y a plusieurs mandataires ils ne sont tenus chacun que pour ce qui les concerne; car s'il est injuste que, dans un acte officieux et souvent gratuit, celui qui rend le service ait une action solidaire contre ceux qui tirent d'un mandat un profit commun, il seroit injuste de le charger du fait d'autrui, sans une convention expresse.*“ *Motifs.*

**) Art. 2003 — 2010.

***) Stillschweigend durch die Bestellung eines neuen Bevollmächtigten. Art. 2006. Vgl. L. 31. §. 2. D. III, 3. „*Julianus ait, eum qui dedit diversis temporibus procuratores duos, posterio- rem dando priorem prohibuisse videri.*“

reits von dem Mandatar etwas vorgenommen ist, (*si res non amplius est integra*), so muß derselbe entschädigt werden. *) Die Renunciation muß ferner zeitig geschehen, ohne Nachtheil des Mandanten, sonst kann dieser umgekehrt, wenn nicht ein gerechter Grund vorhanden ist, Entschädigung verlangen. **) Der Tod des Mandanten endlich hebt die Vollmacht erst in dem Augenblick auf, wo der Bevollmächtigte Nachricht davon erhält ***) und stirbt dieser, so müssen seine Erben einstweilen für das Interesse des Vollmachtgebers sorgen. ****)

*) Vgl. L. 12. §. 16. L. 15. D. XVII, 1.

**) Vgl. L. 23 — 25. 27. §. 2. D. eod.

***) „*Inter causas omittendi mandati etiam mors mandatoris est: nam „mandatum solvitur morte: si tamen per ignorantiam impletum est, „competere actionem utilitatis causa dicitur.*“ L. 26. pr. D. eod. L. 38. pr. D. XXVI, 3. Der Mandatar muß übrigens selbst in diesem Falle das empfangene Geschäft vollenden, wenn Gefahr auf dem Verzuge haftet. Art. 1991.

****) Vgl. L. 57. D. XVII, 1.

Z w e i t e r T i t e l:

accessorische Verträge.

§. 298.

I. *von der Bürgschaft (du Cautionnement).*

Quelle: *Livre III. Titre 14.* Decretirt den 14ten, promulgirt den 24ten Februar 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Treilhard.* 2) *Rapport par Chabot.* 3) *Discours par Lahary.*

A. *Begriff und constitutive Erfordernisse. *)*

Bürgschaft (cautionnement) ist der Vertrag, wodurch Iemand die von einem Andern eingegangene Verbindlichkeit zu erfüllen verspricht, wenn der Schuldner sie selbst zu erfüllen unterlassen sollte. **) Es wird dieser Vertrag niemals vermuthet, sondern er muß ausdrücklich eingegangen und streng erklärt werden, ***) auch kann er nur in Ansehung einer an sich

*) Art. 2011—20. vgl. Thibaut §. 951.

**) Vgl. pr. J. III, 21. L. 1. §. 8. D. XLIV, 7.

***) Aus der bloßen Unterschrift einer von einem Andern ausgestellten Schuldverschreibung ergiebt sich daher noch keine Bürgschaft, vgl. L. 6. C. VIII, 41. Zachariä §. 227. N. 2. Ueberhaupt wird angenommen, daß ein Jeder sich so wenig als möglich habe verbindlich machen wollen.

gültigen Verbindlichkeit statt finden, *) und darf sich nicht über die Verpflichtung des Schuldners hinaus, oder auf lästigere Bedingungen erstrecken. **) Der Schuldner der einen Bürgen stellen muss, ist insonderheit verbunden einen solchen zu wählen, der die Fähigkeit hat sich verbindlich zu machen, ***) ein hinreichendes Vermögen besitzt, um für das Object der Verbindlichkeit eintreten zu können, und endlich in dem Departement wohnt, wo die Bürgschaft gefordert wird; ****)

*) Gerade so wie nach römischen Recht kann indessen die Bürgschaft nicht bloß bei einer bürgerlich wirksamen oder klagbaren Verbindlichkeit (*obligatio civilis*) eintreten, sondern auch alsdann statt finden, wenn die Verbindlichkeit durch eine Einrede elidirt werden kann, bei einer *obl. naturalis*. Art. 2012. Vgl. L. 16. §. 3. D. XLVI, 1.

**) Vgl. §. 5. J. III, 21. L. 8. §. 7. D. XLVI, 1. „*Quod si fuerint in duriores causam adhibiti, placuit eos omnino non obligari.*“ Nach aufgehobener Stiulationsfeierlichkeit ist auch kein Grund vorhanden, warum der Bürge auch nach röm. R. nicht gleichfalls verbindlich werden solle: *quatenus causa durior non est*. Vgl. L. 11. §. 1. D. XIII, 5. Mit Recht bemerken die *motifs*: „*Le regne des subtilités est passé, et comme il est bien évident que celui qui voulut s'engager à plus que l'obligation principale fût dans l'intention de garantir au moins cette obligation.*“

***) Ueber die Ungültigkeit der weiblichen Intercession ist keine besondere Vorschrift ertheilt, die Grundsätze des Velleianischen Rathschlusses können daher, als stillschweigend abrogirt, nicht mehr angewendet werden. T. T. D. XVI, 1. C. IV, 29.

****) Die Zahlbarkeit wird in der Regel nach seinen nicht streitigen und nicht zu weit entfernten Immobilien beurtheilt. Art. 2019.

Uebrigens kann ein Jeder sich für einen Schuldner, selbst wider dessen Wissen und Willen, verbürgen, *) und auch für den Bürgen des Schuldners ist eine weitere Verbürgung zulässig. **) Sollte der gehörig bestellte Bürge in der Folge insolvent werden, so muß ein Anderer für ihn ernannt werden, ausgenommen wenn der insolvente Bürge, kraft eines besondern Vertrages, wodurch der Gläubiger gerade ihn zum Bürgen verlangt hat, gestellt worden ist. ***)

§. 299.

B. obligatorische Wirkungen:

1. zwischen dem Gläubiger und Bürgen. ****)

Die natürliche Wirkung der Bürgschaft ist, daß der Bürge bezahlen muß, wenn der Schuldner es zur gehörigen Zeit unterläßt. Hierbei ist es jedoch dem Bürgen erlaubt, nicht nur alle dem Schuldner zustehenden und nicht bloß persönlichen Einreden vorzuschützen, †) sondern auch die Rechtswohlthat der Vorausklage (*beneficium ordinis* s. *excussionis*) zu

*) Dieser Grundsatz folgt schon daher, daß ein ieder Dritte auch *pro ignorante et invito reo* bezahlen kann. L. 23. 40. 53. D. XLVI, 3.

**) Vgl. L. 27. §. 4. D. XLVI, 1.

***) Vgl. Zachariä §. 238. N. 5.

****) Art. 2021—27. Ueber die Pflichten und Rechte des Bürgen überhaupt vgl. Thibaut §. 952. 53.

†) Art. 2036. Vgl. L. 24. D. XLII, 1. L. 32. D. XLVI, 1.

gebrauchen. *) In dem letztern Falle ist er indeffen schuldig, dem Gläubiger die Güter des Hauptschuldners, welche in demselben Departement liegen und sonst zur Bezahlung fähig sind, anzuzeigen, so wie auch die zur Ausklagung desselben nöthigen Auslagen einstweilen vorzuschiesse. **) Mehrere Bürgen sind in der Regel zwar in solidum verpflichtet, indess findet doch auf Verlangen die bekannte Rechtswohlthat der Theilung statt. ***) Erfolgt diese wirklich, so braucht der Bürge für die nachherige Insolvenz seiner Mitbürgen nicht mehr einzustehen. ****) Die von dem Gläubiger selbst freiwillig geschehene Theilung der Klage kann von ihm, auch wenn vorher schon Einer oder der Andere insolvent gewesen seyn sollte, nicht mehr zurückgenommen werden. Uebrigens gehen die Verbindlichkeiten des Bürgen mit Ausnahme des etwa eintretenden Personalarrestes auch auf die Erben desselben über.

*) Vgl. Nov. 4. §. 1. Thibaut §. 950.

**) Unter diesen Voraussetzungen braucht der Bürge, so weit sich der Werth der angezeigten Güter erstreckt, für die Insolvenz des Hauptschuldners nicht einzustehen, wenn der Gläubiger ihn gerichtlich zu belangen unterläßt. Art. 2024. Ueber die Zeit, in welcher der Gläubiger dieses thun muß, ist nichts bestimmt, vgl. jedoch Zachariä §. 259. N. 5.

***) Vgl. §. 4. J. III, 21. L. 26. 27. §. 1. L. 49. §. 1. D. XLVI, 1. (beneficium ex epistola d. Hadriani.)

****) Vgl. L. 51. §. 4. D. eod. „Cum inter fideiussores actione „divisa quidam post litem contestatam solvendo esse desierunt: ea „res ad onus eius, qui solvendo est, non pertinet.“ L. 16. C. VIII, 41. (Das benef. divisionis fällt natürlich weg, wenn der

§. 300.

2. zwischen dem Schuldner und Bürgen. *)

Jeder Bürge welcher bezahlt hat, ist berechtigt, sowohl in Ansehung des Capitals, der Zinsen und Kosten, **) als auch wegen des ihm dadurch sonst verursachten Schadens, den Schuldner in Anspruch zu nehmen, einerlei, er mag sich mit oder ohne dessen Vorwissen für ihn verbürgt haben; ***) mit einem Wort, der Bürge tritt von selbst, ohne dafs eine ausdrückliche Cession dazu nöthig wäre, ****) an die Stelle und in die Rechte des Gläubigers. In gewissen Fällen hat der Bürge sogar schon ehe er bezahlt hat eine Klage auf Entschädigung, †) und in einigen andern Fällen findet dieses Recht des Bürgen gar nicht statt. ††)

Bürge ihm entragt hat, oder wenn die übrigen Bürgen zur Zeit wo er dasselbe vorschützte, alle miteinander insolvent waren.)

*) Art. 2028 — 32.

**) In Ansehung der Kosten aber nur dann, wenn sie seit der Zeit entstanden sind, wo der Bürge dem Schuldner Nachricht gab, dafs er in Anspruch genommen werde.

***) Nach röm. R. wird in ienem Falle actio mandati, in diesem negotiorum gestorum gegeben. L. 6. §. 2. L. 18. 20. §. 1. D. XVII, 1. Thibaut §. 943.

****) Nach röm. R. mufs das beneficium cedendarum actionum besonders von dem Bürgen ausgeübt werden, vgl. L. 14. 21. C. VIII, 41. Thibaut a. a. O.

†) Art. 2031. Bei dem zweiten dieser Fälle vgl. L. 25. D. XLVI, 1. L. 10. §. 12. L. 29. §. 3. D. XVII, 1. Zachariä §. 240. N. 4.

††) Art. 2032. vgl. c. 5 X III, 22. L. 38. §. 1. D. XVII, 1. L. 10. C. IV, 35.

§. 301.

3. zwischen dem bezahlthabenden Bürgen und den übrigen Mitbürgen. *)

Mehrere Bürgen die sich für einen und denselben Bürgen verbürgt haben, sind zwar nach dem Obigen in solidum ein Jeder für die ganze Schuld verbindlich, wenn indessen Einer, ohne auf die Wohlthat der Theilung sich zu berufen, das Ganze bezahlt hat, so kann er ohne Zweifel gegen die übrigen Bürgen, und zwar gegen Jeden nach Verhältniß des auf ihn fallenden Theiles, seinen Regress nehmen. **)

§. 302^a.

C. besondere Beendigungsarten. ***)

Der Bürge hört aus speciellen Gründen auf verbindlich zu seyn: 1) wenn es durch die Schuld des Gläubigers unmöglich wird, daß er in die ienem zustehenden Rechte gegen den Schuldner treten kann; 2) wenn der Gläubiger von dem Schuldner freiwillig ein unbewegliches Gut oder irgend eine andere Sache zur Tilgung der Schuld angenommen hat. In dem letztern

*) Art. 2033.

**) Nach röm. R. gilt auch hier der Grundsatz: „*sine cessione fidei, inssori contra fideiussorem nulla competit actio.*“ L. 39. D. XLVI, 1. L. 11. C. VIII, 41. Der Regress findet also nicht wie nach dem Code Napoléon ipso iure statt.

***) Art. 2034—39.

Falle wird der Bürge selbst dann frei, wenn dem Gläubiger das erhaltene Object in der Folge wieder sollte evincirt werden. Die bloße von dem Gläubiger bewilligte Verlängerung der Zahlungsfrist kann inzwischen die Verbindlichkeit des Bürgen so wenig aufheben, als der Bürge des Bürgen aufhört, dem Gläubiger verbindlich zu seyn, wenn der erste Bürge Erbe des Hauptschuldners geworden ist, oder umgekehrt. *)

§. 203^b.

Anhang: von der gesetzlichen und gerichtlichen Bürgschaft.

Bei der gesetzlichen und gerichtlichen Bürgschaft treten im Allgemeinen dieselben Grundsätze ein, wie bei der conventionellen. Bei der gerichtlichen infonderheit muß sich aber der Bürge noch außerdem zum persönlichen Arrest verbinden können, und er kann nicht auf das beneficium excussionis gegen den Hauptschuldner antragen. **) Ueberhaupt ist auch sowohl der gerichtliche als gesetzliche Bürge befugt, wenn er keinen Bürgen finden kann, an dessen Stelle ein hinreichendes Pfand zu bestellen.

*) Vgl. L. 5. D. XLVI, 1. L. 24. C. VIII, 41.

**) Ueber die Frage: ob dem gerichtlichen Bürgen das beneficium divisionis zustehe? vgl. Zachariä §. 241. N. 1.

§. 303.

II. vom Pfandvertrage (*du Nantissement*).

Quelle: *Livre III, Titre 17*. Decretirt den 17ten, promulgirt den 26sten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Berlier*. 2) *Discours par Gary*. (Der Rapport an das Tribunat ist nicht gedruckt, weil er von demselben Redner war.)

Vorerinnerung. *)

Pfandvertrag überhaupt ist ein Vertrag, durch welchen ein Schuldner seinem Gläubiger zur Sicherheit der Schuld eine Sache übergibt. Wird auf diese Weise eine bewegliche Sache entweder von dem Schuldner selbst, oder von einem Dritten für ihn übergeben, so ist Pfand im engeren Sinne, wird aber eine unbewegliche Sache, ein Grundstück, mit dem Recht die Nutzungen davon zu ziehen, und sie jährlich auf die Zinsen und sodann auf das Capital der Forderung zu berechnen, ertheilt, so ist Antichresis vorhanden, welche sich dadurch von der Hypothek (vgl. §. 331 fg.) unterscheidet, dafs bei der letzten die Sache nicht übergeben, sondern blofs zur Sicherheit ausgesetzt wird.

*) Art. 2071. 72.

§. 304.

A. von dem Pfand im engern Sinne: *)

I. Rechte des Pfandgläubigers. **)

Der Gläubiger erhält durch die geschehene Uebergabe einer beweglichen Sache zur Sicherheit seiner Forderung 1) das Recht, die Sache so lange bis die ganze Schuld mit allen Accessionen getilgt ist, zu behalten und sich demnächst vorzugsweise vor den andern Gläubigern und kraft eines ihm dadurch ertheilten Privilegs an die verpfändete Sache, wiewohl niemals einseitig und ohne richterliche Auctorität, zu halten. ***) Das erwähnte Privileg kann jedoch, wenn nemlich der Gegenstand mehr als 150 Franken beträgt, oder von sogenannten unkörperlichen beweglichen Dingen die Rede ist, nur vermöge einer gehörig einregistrirten öffentlichehen oder unter Privatunterschrift ausgefertigten Urkunde eintreten ****) und

*) Da der Cod. Nap. vom dem Pfande bloß insofern handelt, als es auch gegen einen Dritten gültig ist und insbesondere dem Gläubiger ein Privileg ertheilt, so kann man, wie Zachariä §. 243. Anm. richtig bemerkt, hieraus nicht folgern, daß der Vertrag, um unter den Parteien verbindlich zu seyn, auch alle die Eigenschaften haben müsse, die bloß in iener Hinsicht vorgeschrieben sind.

**) Art. 2073 — 76. 78. 81.

***) Anders nach römischem Recht, vgl. §. 1. J. II, 8. L. 4. D. XIII, 7. L. 10. C. VIII, 14. L. 3. C. VIII, 34. Vgl. Zachariä §. 244. N. 2.

****) Wenn eine Schuldforderung verpfändet wird, so muß die Verpfändung dem Schuldner derselben gehörig bekannt gemacht werden, vgl. L. 3. C. VIII, 42. Die Zinsen dieser

es dauert dasselbe nur so lange, als das Pfand in dem Besitz des Gläubigers oder einer dritten in seinem Namen besitzenden Person geblieben ist. 2) Hat der Gläubiger das Recht, die nützlichen und nothwendigen auf das Pfand verwendeten Auslagen vergütet zu verlangen *) und endlich 3) steht auch dem Gläubiger das Recht zu, wegen einer jeden andern Forderung, welche nachher entstanden aber früher fällig ist, so lange ein Retentionsrecht an dem Pfande auszuüben, bis er wegen beider Forderungen völlig befriedigt ist. **)

§. 272.

2. Rechte des Pfandschuldners. ***)

Der Pfandschuldner bleibt bis zur gerichtlichen Veräußerung, wenn diese statt findet, Eigenthümer des Pfandes, das in den Händen des Gläubigers als ein blosses Depositum zu betrachten ist. Der Schuldner kann daher auf der einen Seite verlangen, dass ihm

Schuldforderung muss der Pfandgläubiger entweder von den ihm schuldigen Zinsen, oder von dem Capital selbst abrechnen. Art. 2081.

*) Vgl. L. 8. pr. L. 25. D. XIII, 7. L. 6. C. VIII, 14.

**) Vgl. L. 8. §. 5. D. XIII, 7. L. 22. C. IV, 32. T. T. C. VIII, 27. Den Grund, warum die andere Schuld nach dem C. N. nachher entstanden seyn muss, giebt Berlier an: „*Puis, que le creditur a déjà exigé ce gage pour la sûreté de sa première créance, il est bien à présumer qu'il n'aurait pas consenti sans gage à prêter encore.*“

***) Art. 2079. 80, 82. 83.

ihm der durch die Nachlässigkeit des Gläubigers entstandene Verlust oder die verursachte Beschädigung ersetzt werde, auf der andern Seite ist er aber auch schuldig als Eigenthümer den Zufall zu tragen. *) Natürlich ist der Schuldner erst nach Tilgung der ganzen Schuld befugt, die verpfändete Sache mit ihren Accessionen wiederzufordern, der Pfandinhaber müßte sie denn missbrauchen. **) Das Pfand ist übrigens auch in der neuen Gesetzgebung als untheilbar dargestellt, und es darf daher so wenig unter mehreren Miterben des Schuldners, derjenige der seinen Antheil bezahlt hat, das Pfand verhältnißmäßig zurückverlangen, als derjenige von den Erben des Gläubigers der in Hinsicht seines Antheiles befriedigt ist, das Pfand zum Schaden der Miterben wiederzugeben berechtigt ist. ***)

§. 306.

B. von der Antichresis:

I. Rechte des antichretischen Gläubigers. ****)

Der Gläubiger ist vermöge des antichretischen Vertrages, der, ohne Unterschied des Gegenstandes, stets schriftlich eingegangen werden muß, †) berech-

*) L. 13. §. 1. L. 14. 43. §. 1. D. XIII, 7. L. 5. 7. C. IV, 24.

**) Vgl. L. 24. §. 3. D. XIII, 7.

***) Vgl. L. 11. §. 7. D. XIII, 7. L. 19. D. XX, 1. L. 1. 2. C. VIII, 32. L. 16. C. VIII, 28.

****) Art. 2085. 88.

†) Nach röm. R. braucht dieser Vertrag nicht nur nicht schriftlich eingegangen zu werden, sondern es findet sogar eine stillschweigende Antichresis statt, vgl. L. 8. D. XX, 2.

tigt: 1) die Nutzungen des ihm zur Sicherheit überlassenen Grundstückes unter der oben erwähnten Bedingung zu ziehen, und sie jährlich von den ihm gebührenden Zinsen und von dem Capital abzurechnen; *) 2) im Falle die Zahlung der Hauptschuld nicht erfolgt, den gerichtlichen Verkauf zu verlangen. **)

§. 307.

2. Rechte des antichretischen Schuldners. ***)

Der antichretische Schuldner hat 1) das Recht, vom Gläubiger zu verlangen, daß er auf die Unterhaltung, so wie auf die nützlichen und nothwendigen Reparaturen der antichretischen Sache die nöthige Sorgfalt verwende ****), auch die jährlichen Steuern und Lasten derselben übernehme. †) Der Gläubiger kann jedoch, wenn er sich von diesen Verbindlichkeiten befreien will, den Schuldner anhalten, die Benutzung seines Grundstückes wiederzunehmen. 2) Steht dem Schuldner ohne Zweifel das Recht zu, nach gänzlicher Abtragung der Schuld, den Genuß des Grundstückes wiederzufordern.

*) Vgl. L. 11. §. 1. D. XX, 1.

**) Vgl. L. 1. C. VIII, 35.

***) Art. 2086. 87.

****) Vgl. L. 7. C. IV, 24.

†) Es versteht sich wohl von selbst, daß der Gläubiger, den zu diesen Verbindlichkeiten nöthigen Aufwand, von den Nutzungen abzuziehen, berechtigt ist. Vgl. L. 7. C. IV, 24. vgl. Zachariä §. 247. N. 2.

Zweite Section:

negative Verträge.

§. 308.

I. von dem Vergleiche:

Quelle: *Livre III. Titre 15.* Decretirt den 20sten, promulgirt den 30sten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Bigot - Préameneu.*
2) *Rapport par Albisson.* 3) *Discours par Gillet.*

*Begriff und constitutive Erfordernisse. *)*

Vergleich ist ein Vertrag, durch welchen die Parteien eine entstandene Streitigkeit beilegen, oder einer künftigen zuvorkommen. **) Der Vertrag muß schriftlich abgefaßt werden, und die Contrahenten müssen fähig seyn, über die darin begriffenen Gegenstände disponiren zu können. ***) Auch über das Privatinteresse aus einem Verbrechen findet ein Vergleich statt, der aber natürlich auf die öffentliche Strafbarkeit sich nicht erstrecken kann. ****)

*) Art. 2044—47. Vgl. Thibaut §. 919. 22.

**) Vgl. L. 38. C. II, 4.

***) Ueber den Vergleich welchen der Vormund für Minderjährige und Interdicirte abschließt vgl. Art. 467., und über den mit dem volljährig gewordenen Mündel selbst einzugehenden Vergleich Art. 472.

****) Das röm. R. unterscheidet bekanntlich zwischen öffentlichen und privat, capitalen und nicht capitalen Verbrechen. Vgl. L. 18. C. eod. L. 7. 27. D. II, 14.

Ueberhaupt ist es auch erlaubt dem Vergleiche, wenn er nicht erfüllt werden sollte, eine Conventionalstrafe hinzuzufügen. Eine Art des Vergleiches ist das Compromiss, wovon in der Darstellung des bürgerlichen Processus näher die Rede seyn muß.

§. 309.

B. *Wirkungen und besondere Fälle der Ungültigkeit.* *)

Jeder Vergleich beschränkt sich bloß auf den Gegenstand, worüber er eingegangen wurde **) und sollte gleich allen Rechten, Klagen und Ansprüchen darin entsagt seyn, so bezieht sich dieß doch nur auf diejenigen, welche mit der befragten Streitigkeit in Verbindung stehen u. s. w. Die Wirkungen des Vergleiches können nur allein die Contrahenten betreffen, ***) unter diesen aber hat derselbe so lange das Ansehen und die Kraft eines in letzter Instanz erfolgten richterlichen Urtheiles, ****) bis er aus einer gegründeten Ursache als ungültig aufgehoben ist.

*) Art. 2048—58. vgl. Thibaut §. 923—25.

**) „*Iniquum est perimi pacto id, de quo cogitatum non est.*“ L. 9. D. II, 15.

***) Vgl. L. 3. §. 2. L. 9. D. II, 15. L. 1. C. II, 4.

****) L. 20. C. II, 14. „*Non minorem auctoritatem transactionum, quam rerum indicatarum esse, recta ratione placuit.*“ Bigot-Préameneu bemerkt: „*C'est donc en quelque sorte un engagement que les parties ont prononcé entre elles; et lorsqu'elles-mêmes se sont rendu justice, elles ne doivent plus être admises à s'en plaindre. S'il en étoit autrement, les transactions ne seroient elles-mêmes qu'une nouvelle cause de procès.*“

Eine solche Aufhebung kann nun zwar nicht wegen eines Irrthums der Rechte, oder wegen Verletzung erfolgen, *) wohl aber aus folgenden Gründen: 1) wenn ein Irrthum in der Person oder dem Gegenstande des Rechtsstreites vorgefallen, oder Betrug oder Gewalt ausgeübt worden ist; **) 2) wenn ein ungültiger Anspruch oder eine nachher falsch befundene Urkunde zum Grunde liegt; ***) 3) wenn der Vergleich bloß einen Gegenstand betrifft, und sich aus neu entdeckten Urkunden ergibt, daß die eine Partei gar kein Recht darauf gehabt habe; endlich 4) wenn der Proceß, worüber man sich verglichen hat, bereits durch ein rechtskräftiges, den Parteien oder einer derselben unbekanntes Urtheil entschieden war. ****)

*) „*Nullus erit litium finis si a transactionibus b. f. interpositis coeperit facile discedi.*“ L. 10. 16. 39. C. II, 4.

**) Vgl. L. 9. §. 2. D. II, 15. L. 13. 30. 35. C. II, 4.

***) Der C. N. schreibt, im Fall der Vergleich auf nachher falsch befundenen Urkunden beruht, gänzliche Nichtigkeit vor, vgl. dagegen L. 42. C. II, 4. „*Illa tantummodo causa vel pars retractetur, quae ex falso instrumento composito convicta fuerit: aliis capitulis salvis manentibus.*“ etc. Die motifs enthalten Folgendes darüber: „*Cette décision n'est point admise dans le projet de loi. On ne doit voir dans une transaction que des parties corrélatives; et lors même que les divers points sur lesquels on a traité sont indépendants, quant à leur objet, il n'en est pas moins incertain, s'ils ont été indépendants quant à la volonté de contracter, et si les parties eussent traité séparément sur l'un des points.*“

****) Findet gegen das Urtheil noch Appellation statt, so ist der Vergleich gültig. Art. 2056 a. E. Rechnungsfehler müssen stets geändert werden, vgl. L. un C. II, 5.

§. 310.

II. von den Verzichtleistungen. *)

Der Begriff von Verzichtleistung liegt schon in dem bloßen Namen, es ist nemlich die Handlung, wodurch jemand seinen Ansprüchen auf eine gewisse Sache entsagt. Natürlich wird dabei überhaupt die Befugniss vorausgesetzt, Rechte veräußern zu können, sonst aber findet die Verzichtleistung, welche sowohl ausdrücklich als stillschweigend geschehen kann, in Ansehung eines jeden Objectes statt, wobei weder ein gesetzliches Verbot, noch das Recht eines Dritten im Wege steht.

*) Art. 2222. 1130. 1268, und mehrere zerstreute Artikel, vgl. Zachariä §. 253.

Drittes Hauptstück:

von den Verbindlichkeiten welche ohne
Uebereinkunft entstehen.

Quelle: *Livre III. Titre 4.* Decretirt den 9ten, promulgirt den 19ten Februar 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs par Treilhard.* 2) *Rapport par Bertrand de Greville.* 3) *Discours par Tarrible.*

§. 311.

*Vor Erinnerung. *)*

Die Verbindlichkeiten welche ohne Uebereinkunft entstehen, werden begründet: entweder unmittelbar durch das Gesetz, oder durch ein persönliches Fact dessen, der verpflichtet ist. Zu der erstern Art gehören die, welche unfreiwillig begründet werden, wie z. B. die Verbindlichkeiten unter benachbarten Eigenthümern, oder die der Vormünder und anderer Verwalter, welche die ihnen übertragene Function nicht verweigern können. Zu der letztern aber gehören die Verbindlichkeiten aus Quasicontracten, Delicten und Quasidelicten, wovon ietzt etwas näher die Rede seyn soll. **)

*) Art. 1307.

**) Es ist allerdings sehr zu verwundern, daß in dem neuen Gesetzbuche, woran so viele scharfsinnige Männer arbeite-

§. 312.

I. von den Quasicontracten. *)

Zu den Quasicontracten, oder, wie der *Code Napoléon* sie definirt, zu den durchaus willkührlichen Handlungen eines Menschen, woraus irgend eine Verbindlichkeit gegen einen Dritten entsteht, und bisweilen auch eine wechselseitige Verbindlichkeit beider Theile, sind folgende Fälle zu rechnen: 1) wenn jemand freiwillig die Geschäfte eines Andern besorgt, einerlei, der Eigenthümer mag dies wissen, oder nicht, hieraus soll nemlich die stillschweigende Verbindlichkeit fließen, das angefangene Geschäft so lange fortzusetzen, bis der Eigenthümer selbst im Stande ist, dafür zu sorgen. **) Es entstehen dadurch gerade dieselben Verbindlichkeiten, welche aus einem ausdrücklich vom Eigenthümer erteilten Mandat entstanden seyn würden, namentlich ist der Geschäftsführer gehalten, alle Sorgfalt eines guten Fa-

ten, die Quasicontracte und Quasidelicte noch paradiren, zwei Absurditäten der ersten Größe, und wahre iuristische Amphibien. Die ganze Theorie ist nach der Ansicht eines trefflichen Gelehrten heut zu Tage gar nicht mehr anwendbar, und die Anlage eines Rechtssystems ist durchaus fehlerhaft, worin dieselben vorkommen. Vgl. Adolph Dietrich Weber system. Entwickel. der Lehre von der natürl. Verbindlichkeit. S. 12.

*) Art. 1371 — 81. vgl. Thibaut §. 968 fg.

**) Vgl. §. 1. J. III, 28. L. 5. pr. D. XLIV, 7. Sollte der Eigenthümer vor beendigtem Geschäft sterben, so muß der Geschäftsführer die Leitung des Geschäfts dennoch so lange behalten, bis der Erbe sie übernehmen kann. Art. 1373. vgl. L. 24. §. 1. D. III, 5.

milienvaters auf das Geschäft zu verwenden *) und der Eigenthümer, dessen Angelegenheiten gut sind verwaltet worden, muß die in seinem Namen contrahirten Verbindlichkeiten erfüllen, den Geschäftsführer für alle persönlich übernommenen Verbindlichkeiten entschädigen, und ihm endlich alle nützlich und nothwendig gemachten Auslagen ersetzen. **) 2) Wenn Iemand aus einem Irrthum oder wissentlich etwas annimmt, was er nicht fordern kann, so hat er gleichfalls, vermöge eines Quasicontractes, die Verbindlichkeit auf sich, dasselbe dem wieder zu geben, von welchem er es ohne Schuld erhalten hat. ***) Die Restitution ist aber verschieden, je nachdem der Empfänger in gutem Glauben ist, oder nicht; dort braucht er bloß das Erhaltene entweder in Natur oder dem Werthe nach zu restituiren, hier aber muß der Empfänger, wenn ein Capital bezahlt ist, nicht nur dieses, sondern zugleich auch alle Zinsen oder Nutzungen, vom Tage der erfolgten Zahlung an, wieder erstatten und

*) Vgl. L. 11. D. III, 5. L. 20. C. II, 19. Die Umstände, welche die Uebernahme des Geschäfts bewirkt haben, können jedoch den Richter bestimmen, den Ersatz des Schadens und Interesses, der aus der Schuld oder Nachlässigkeit des Geschäftsführers entspringt, zu moderiren. Vgl. L. 3. §. 9. D. eod.

**) Vgl. L. 2. 3. 10. u. f. w. D. eod.

***) Vgl. §. 6. J. III, 28. L. 5. §. 3. D. XLIV, 7. Eine Ausnahme tritt inzwischen ein, wenn der Gläubiger auf die an ihn geschehene Zahlung den Schuldschein vernichtet hat. (Nach römischem Recht „*si id quod sub die vel conditione debetur ante solvitur*“ L. 10. 17. D. XII, 6. L. 46. D. XLV, 1.)

wenn er eine Sache erhielt, so muß er selbst für ihren zufälligen Verlust einstehen. In jedem Falle kann jedoch der Besitzer die auf die Erhaltung der Sache verwendeten nothwendigen und nützlichen Kosten ersetzt verlangen. *)

§. 313.

II. von den Verbindlichkeiten aus Delicten und Quasidelicten. **)

Die Lehre von den Delicten und Quasidelicten ist in dem *Code Napoléon*, wenn wir die Wahrheit gestehen, sehr dürftig ausgestattet. Die Grundsätze des römischen Rechtes, welches man offenbar befolgen wollte, sind nicht gehörig untersucht und dargestellt worden. Die ganze Theorie der Delicte reducirt sich auf den einzigen Grundsatz: daß Jedermann nicht nur für den Schaden, welchen er durch seine Handlung, sondern auch für den, welchen er bloß durch seine Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit bewirkt hat, einstehen solle ***) und in Hinsicht auf die Quasidelicte

*) Vgl. L. 14. D. XII, 5. L. 6. §. 3. D. III, 5.

**) Art. 1382—86. vgl. Thibaut §. 977.

***) Wie inconsequent man bisweilen zu Werke gieng, läßt sich durch folgenden Umstand beweisen: in dem Entwurfe waren nach dem Art. 1382. noch zwei eingeschaltet; der eine verordnete, daß wenn aus einem von mehreren Personen bewohnten Hause auf einen Vorübergehenden Wasser, oder dergleichen geschüttet worden, die Bewohner des Stockwerkes (*appartement, coenaculum*), woraus geschüttet oder geworfen ist, solidarisch verbindlich seyn sollten, ausgenommen wenn der Thäter selbst bekannt wäre. Der an-

wird blofs bemerkt: dafs ein Jeder auch für den Schaden verbindlich feyn foll, welcher durch Personen verursacht wird, für die er eintreten mufs, *) oder durch Sachen, die fich unter feiner Aufficht befinden. **)

dere enthielt die Vorschrift, dafs die Gäste, welche nur temporair das befragte Haus bewohnten, in der Regel nicht gehalten feyn sollten, sondern einzig und allein der Wirth, es müfste denn wieder gezeigt werden können, dafs die Auswerfung wirklich von Ienen geschah. Diese Artikel sind in dem Code selbst aus dem Grunde weggelassen, weil bei der *Discussion* im Staatsrathe M. Miot bemerkt: „*que l'abrogation du principe suffit, que les exemples doivent être retranches.*“ Demohngeachtet trug man aber kein Bedenken, den kurz darauf folgenden Grundsatz des Art. 1384. durch fünf Beispiele zu erläutern. Zachariä §. 266. Anm. bemerkt überdies sehr richtig, dafs die erwähnten solidarischen Verbindlichkeiten aus dem angeführten Grundsatz keineswegs folgen.

*) Was dies für Personen sind, wird weitläufig durch drei Beispiele erläutert. Die Verbindlichkeit fällt natürlich weg, wenn bewiesen werden kann, dafs man den Schaden nicht verhindern konnte.

**) Dieses Letztere wird in den Art. 1385. 86. wieder durch zwei Beispiele erläutert, nemlich an den aus dem röm. R. bekannten Fällen, wenn ein Thier beschädigt, oder der Schaden von dem Einsturz eines Gebäudes herrührt.

Zweiter Hauptabschnitt:
von der allgemeinen Aufhebung der Verbindlichkeiten. *)

Quelle: *Livre III. Titre 3. chapitre 5.*

Die Hülfsmittel sind oben beim Anfange des ersten Hauptabschnittes S. 297. angeführt worden.

Erstes Hauptstück:
von der Zahlung.

Erster Abschnitt:
allgemeine Grundsätze.

§. 314.

Vor Erinnerung.

Unter Zahlung verstehen wir hier überhaupt die Leistung desjenigen, was den Gegenstand einer Verbindlichkeit ausmacht, obgleich im engeren Sinne nur die Entrichtung einer Geldsumme damit bezeichnet

*) Ueber die Auflösung einer Verbindlichkeit wegen einer hinzugefügten resolutiven Bedingung vgl. §. 223. und über die Verjährung, als Mittel bestehende Verbindlichkeiten aufzulösen, ist in dem ersten Hauptabschnitt des zweiten Buches geredet worden.

wird. *) Das Gesetzbuch stellt eine Reihe allgemeiner Grundsätze auf, die sich bequem auf folgende sechs Fragen zurückbringen lassen: 1) welches ist der Grund der Zahlung? 2) wer bezahlt? 3) wem wird bezahlt? 4) was kann als Zahlung gegeben werden? 5) zu welcher Zeit muß die Zahlung geschehen? 6) wo muß die Zahlung geschehen?

§. 315.

I. *welches ist der Grund der Zahlung? **)*

Der Grund einer jeden Zahlung ist eine Schuld, eine vorhergegangene Verbindlichkeit; Alles was ohne Schuld (*indebite*) bezahlt worden ist, kann zurückgefordert werden. Uebrigens aber ist es einerlei, ob die Verbindlichkeit eine natürliche oder bürgerlich wirksame Verbindlichkeit ist. Eine verheirathete Frau kann sich z. B. ohne Genehmigung ihres Mannes oder der Obrigkeit, nicht bürgerlich wirksam verbindlich machen, d. h. nicht so, daß aus dieser Verbindlichkeit gegen sie mit Erfolg geklagt werden könnte, die Frau hat vielmehr das Recht, die Einrede der Nulität dagegen zu opponiren; (vgl. §. 28.) gesetzt nun aber, sie hätte nach Auflösung der Ehe freiwillig bezahlt, so kann sie das Bezahlte nicht zurückfordern, denn eben durch die Zahlung hat sie der ihr zustehender Einrede entsagt.

*) Vgl. L. 52. 54. D. XLVI, 3. L. 47. 176. D. L, 16.

**) Art. 1235. Vgl. Thibaut §. 91.

§. 316.

II. *wer muß bezahlen?* *)

Die Zahlung muß in der Regel von dem und auf dessen Kosten geschehen, der schuldig und Eigenthümer der als Zahlung gegebenen Sache ist, oder von seinem Bevollmächtigten, oder im Fall der Schuldner nicht frei über sein Vermögen verfügen darf, von dem Vorgesetzten desselben. **) Wenn aber auch ein Dritter im Namen des Schuldners und auf dessen Rechnung die Zahlung leistet, einerlei, er mag ein Interesse dabei haben, z. B. als Mitschuldner oder Bürge, oder nicht, so kann sich der Gläubiger, wenn er nicht besonders dabei interessirt ist, daß der Schuldner selbst die Zahlung leiste, z. B. bei der Verbindlichkeit etwas zu thun, sich durchaus nicht weigern dieselbe anzunehmen. Sollte der zahlende Dritte jedoch nicht bei der Zahlung interessirt seyn, so kann er rechtlich nicht verlangen, an die Stelle des befriedigten Gläubigers in Hinsicht der Privilegen und Hypotheken, so wie des körperlichen Zwanges, zu treten. Im Fall endlich der Schuldner aus einer gegründeten Ursache dem Dritten die für ihn vorzunehmende Zahlung untersagt hat, oder beweisen kann, daß die will-

*) Art. 1236. Vgl. Thibaut §. 90.

**) Vgl. §. 2. J. II, 8. Sollte indessen eine Summe Geld oder eine andere res fungibilis auch von dem Nichteigenthümer oder dem, welcher darüber nicht zu verfügen berechtigt ist, bezahlt seyn, so kann der Gläubiger, der sie in gutem Glauben verbraucht hat, nicht deshalb in Anspruch genommen werden. Art. 1238.

kührliche Handlung des Dritten seinem Interesse zuwider war, so kann er von diesem schon aus allgemeinen Gründen nicht auf Entschädigung in Anspruch genommen werden. *)

§. 317.

III. *wem geschieht die Zahlung?* **)

Die Zahlung muß dem Gläubiger der fähig ist, sie in Empfang zu nehmen, oder dessen Bevollmächtigten, oder einem solchen geschehen, den die Gesetze oder das Gericht beauftragt haben, dieselbe im Namen des Gläubigers zu empfangen. ***) Wird die Zahlung einer andern Person geleistet, namentlich einem unfähigen Gläubiger, einer nicht bevollmächtigten Person u. s. w., so ist sie nur unter der Voraussetzung gültig, daß die Genehmigung des eigentlichen Gläubigers nachgewiesen werden kann, oder die bezahlte Summe zu seinem Nutzen ist verwendet worden, oder der an welchem gezahlt wurde, sich im Besitz des Schuldscheins befand, oder endlich eine Subrogation statt gefunden hat. Ueberhaupt darf der Zahlung kein specielles Hinderniß im Wege stehen, der Schuldner z. B., der mehrere Gläubiger hat, darf wenn die Uebrigen Arrest ausgewirkt oder Prote-

*) Vgl. L. 40. D. XVII, 1. L. 14. §. 13. D. XI, 7. L. 3. C. IV, 39.

**) Art. 1239—42. Vgl. Thibaut §. 88. 89.

***) Vgl. L. 10. 12. §. 1. L. 15. D. XLVI, 3. L. 11. D. L, 17. §. 2. J. II, 8.

station eingelegt haben, nicht einem allein Zahlung leisten. *)

§. 318.

IV. was muss als Zahlung gegeben werden? **)

Natürlich muss gerade die Sache entrichtet werden, welche man schuldig ist, und der Gläubiger braucht keine andere als Zahlung anzunehmen, selbst wenn ihr Werth dem der schuldigen gleich kommen, oder diesen gar übersteigen sollte; ***) ebenfowenig ist der Gläubiger gehalten, die Zahlung einer selbst theilbaren Schuld zum Theil anzunehmen. ****) Schon die allgemeine Natur der Verbindlichkeit bringt es mit sich, dass gerade der Gegenstand worauf sie gerichtet ist, und zwar ganz geleistet werde. Besteht dieser Gegenstand in einer bestimmten Sache, so braucht der Schuldner für die ohne seine Schuld eingetretene Deterioration, wenn er sich nicht im Verzuge befindet, keineswegs einzustehen, und wenn umgekehrt eine ihrer Gattung nach bestimmte Sache den Gegenstand der Verbindlichkeit ausmacht, so muss eine von mittlerer Güte geleistet werden. †)

§. 319.

*) Vgl. L. 13. 15. 53. 61. D. XLVI, 3.

**) Art. 1243 — 46. Vgl. Thibaut §. 92 — 94.

***) In der Regel findet also keine sogenannte datio in solutum statt, vgl. Nov. 4. c. 3.

****) Vgl. L. 13. §. 8. D. XIX, 1. L. 9. C. VIII, 43.

†) Vgl. L. 37. D. XXX. „Legato generaliter relicto, veluti hominis „Caius Cassius scribit, id esse observandum, ne pessimus vel optimus „accipiatur.“

§. 319.

V. zu welcher Zeit muss die Zahlung
geschehen? *)

Diese Frage ist im Allgemeinen leicht zu beantworten, die Zahlung muss nemlich entweder zur gehörig verabredeten Zeit erfolgen, oder wenn nichts Besonderes ausgemacht ist, nach geschehener Mahnung des Gläubigers. Indessen kann doch der Richter, wenn er es in Hinsicht auf die Lage des Schuldners für durchaus nothwendig hält, ihm Zahlungsfristen gestatten, und ihn mit der Strenge der Execution noch eine Zeitlang verschonen. **)

§. 320.

VI. an welchem Orte muss die Zahlung
geschehen? ***)

Die Zahlung muss begreiflicher Weise zunächst an dem ausdrücklich verabredeten Orte vorgenommen werden. Wenn aber kein Ort in der Uebereinkunft bestimmt seyn sollte, so muss man unterscheiden: ob entweder von einem gewissen und bestimmten Gegenstande, von einer Species die Rede ist, oder nicht; in ienem Falle geschieht die Zahlung an dem Orte, wo sich der befragte Gegenstand zur Zeit des eingegangenen Vertrages befand, in diesem aber da, wo der Schuldner seinen Wohnsitz hat.

*) Art. 1244 — 46. Vgl. Thibaut §. 102 fg.

**) Vgl. L. 137. §. 2. D. XLV, 1.

***) Art. 1247. Vgl. Thibaut §. 95. 96. 101.

Zweiter Abschnitt:
von der Zahlung mit Subrogation. *)

§. 321^a.

V o r e r i n n e r u n g.

Wenn die geschehene Zahlung zur Folge hat, daß der Bezahlende in Hinsicht des Bezahlten an die Stelle des Gläubigers in Betreff der ihm zustehenden Privilegien und Hypotheken, so wie des körperlichen Zwanges tritt, so ist Zahlung mit Subrogation vorhanden. **) Eine solche Subrogation findet statt in Hinsicht aller Rechte des Gläubigers, sowohl gegen den Schuldner selbst, als auch gegen dessen Bürgen. Bei einer Theilweise geschehenen, mit Subrogation verbundenen Befriedigung des Gläubigers, ist dieser aber immer noch befugt in Ansehung des Restes seine Schuld vorzugsweise geltend zu machen. Der beschriebene Eintritt in die Rechte des Gläubigers ist übrigens entweder conventionell oder gesetzlich.

*) 1249. 52.

**) Nach gem. R. gehen die persönlichen Privilegien des Gläubigers in der Regel nicht auf den Cessionar über. Der Fiscus allein ist ausgenommen, indem er wenigstens die ihm zustehenden Pfandprivilegien mit überträgt, vgl. L. ult. C. VII, 73.

§. 321b.

I. *von der conventionellen Subrogation.* *)

Die conventionelle Subrogation tritt in folgenden Fällen ein: 1) wenn der Gläubiger, der von einer dritten Person befriedigt ist, ihr selbst seine Rechte ausdrücklich und zu der nemlichen Zeit, wo die Zahlung geschah, abtritt; 2) wenn der Schuldner eine Summe leiht, um seine Schuld zu bezahlen, und den neuen Gläubiger an die Stelle des alten treten lassen will. Hierzu ist jedoch nöthig, daß der Act des Darlehns und die Quittung vor Notarien ausgestellt, und in ienem erklärt sey, daß die Summe zur Bezahlung geliehen worden, in dieser aber, daß die Zahlung mit dem von dem neuen Gläubiger geliehenen Gelde wirklich geschehen sey. Unter diesen Voraussetzungen ist die Einwilligung des Gläubigers nicht nöthig.

§. 321c.

II. *von der gesetzlichen Subrogation.* **)

Die Subrogation findet von Rechtswegen Anwendung: 1) zum Vortheil desienigen, der, selbst Gläubiger, einem andern Gläubiger, der ihm wegen seiner Privilegien oder Hypotheken vorgeht, Zahlung leistete; 2) zum Vortheil des Erwerbers eines Grundstückes, der den Werth davon zur Bezahlung der

*) Art. 1250. **) Art. 1252.

Gläubiger verwendete, welchen dasselbe hypothecirt war; *) 3) zum Vortheil desjenigen, der mit Andern oder für Andere verbunden war, die Schuld zu bezahlen und folglich ein Interesse hatte, die Zahlung vorzunehmen; endlich 4) zum Vortheil des Erben, der ein Inventar hat errichten lassen und mit seinem Gelde die auf der Erbschaft haftenden Schulden bezahlt hat.

*) „*An profit de l'acquéreur d'un immeuble, qui emploie le prix de son acquisition au paiement des créanciers auxquels cet heritage étoit hypothéqué.*“ Der Satz ist etwas dunkel, Erhard übersetzt ihn offenbar unrichtig, Zachariä sagt bloß: wenn der Erwerber eines Grundstückes die Schulden bezahlt, die auf dem Grundstück haften.

Dritter Abschnitt:
von der Anrechnung der Zahlungen.

§. 322^a.*Vor Erinnerung. *)*

Da mehrere Schulden ein und desselben Schuldners von sehr verschiedener Art seyn können, die einen z. B. Zinsen tragen oder privilegiert sind, die andern nicht, so verordnet das Gesetzbuch: dass der Schuldner das Recht haben solle, bei ieder einzelnen Zahlung zu erklären, welche Schuld er damit tilgen wolle. Es lässt sich aber hierbei überhaupt ein doppelter Fall denken: entweder hat der Schuldner sich des ihm gesetzlich zustehenden Rechts wirklich bedient, oder nicht; für beide Fälle sind specielle Grundsätze aufgestellt.

§. 322^b.

I. *von dem Fall, wo der Schuldner erklärt, welche Schuld abgerechnet werden solle. **)*

Obgleich der Schuldner im Allgemeinen erklären kann, welche Schuld er mit der Zahlung abtragen wolle, so ist doch dabei die nähere Bestimmung zu bemerken, dass ohne Bewilligung des Gläubigers die

*) Art. 1257. Vgl. Thibaut §. 111.

**) Art. 1254.

geleistete Zahlung nicht eher von dem Capital abgerechnet werden kann, als die Renten (arrérages) oder Zinsen bezahlt sind; wenn daher auch die unvollständige Zahlung sich zugleich auf das Capital, dem Willen des Schuldners gemäß, beziehen soll, so werden doch damit vor allen Dingen die Zinsen getilgt.

§. 322^c.

II. *von dem Falle, wo der Schuldner sich nicht über die Abrechnung erklärt hat. *)*

Hat der Schuldner nicht erklärt, für welche Schuld er bezahlen wolle, so sind wieder zwei Fälle denkbar: entweder der Gläubiger hat in der über die empfangene Zahlung ausgestellten Quittung bemerkt, auf welche von den mehrern Schulden er das Bezahlte abgerechnet habe, alsdann muß sich der Schuldner, wenn kein Betrug oder Hinterlist statt gefunden hat, dabei beruhigen; oder es ist auf der andern Seite in der Quittung nichts über die Abrechnung bemerkt, alsdann muß die Abrechnung zunächst auf die bereits fälligen Schulden, und unter diesen auf die geschehen, wobei der Schuldner am meisten interessirt war, sie abzutragen. Sonst aber wird die ältere vorgezogen, und bei völlig gleichen Umständen geschieht die Abrechnung verhältnißmäßig.

*) Art. 1255. 56. Vgl. L. 1. 3. 4. 5. 7. u. f. w. D. XXVI, 3. L. 1. C. VIII, 43.

Vierter Abschnitt:von dem Anbieten der Zahlung und der
Deposition.

§. 323^a.*Vor Erinnerung. *)*

So oft der Gläubiger sich weigert die Zahlung anzunehmen, so kann der Schuldner ihn nochmals den Gegenstand seiner Leistung wirklich anbieten, und ihn, wenn auch dieses nichts helfen, der Gläubiger sich fortwährend weigern sollte, auf die gehörige Weise deponiren. (*Oblatio et depositio debiti.*) Wir wollen die Erfordernisse sowohl der Oblation, als der Deposition, wie auch die Wirkungen beider etwas näher kennen lernen.

§. 323^b.I. *specielle Erfordernisse. **)*

Damit 1) das wirkliche Anbieten der Schuld (*les offres réelles*) als gültig geschehen betrachtet werden könne, wird, außer den allgemeinen Voraussetzungen, die unnöthiger Weise in dem Gesetzbuche hier nochmals wiederholt werden, vorausgesetzt: daß dasselbe nicht bloß mündlich geschehe, sondern mit

*) Art. 1257. Vgl. Thibaut §. 111.

**) Art. 1258. 59.

der wirklichen Vorzeigung oder Darbringung der Summe oder Sache begleitet sey, ferner dafs es durch eine dazu berechtigte Gerichtsperson (officier ministériel) erfolge; *) 2) bei der Deposition ist es hinreichend, wenn der Schuldner aufser der vorhergegangenen, dem Gläubiger insinuirten speciellen Aufforderung, den Besitz der befragten Sache aufgibt, und sie sammt den Zinsen an die gesetzlich bestimmte Behörde abgeliefert; **) 3) der Gerichtsbediente mufs über das ganze Geschäft ein Protocoll aufnehmen, die Kosten aber, sowohl für die Oblation als Deposition, wenn Beides auf eine gesetzmässige Art geschehen ist, der Gläubiger übernehmen.

§. 323^c.

II. Wirkungen. ***)

Die Wirkung der gehörig geschehenen Oblation und Deposition besteht überhaupt darin, dafs der Schuldner dadurch vollkommen von seiner Verbindlichkeit befreit wird und der Gläubiger die Gefahr

*) Die Zahlung darf wie überhaupt nicht theilweise geschehen, wenn jedoch eine Forderung aus noch nicht liquidirten Kosten besteht, so kann der Gläubiger dafür eine Summe anbieten, und versprechen, das Uebrige nachzahlen zu wollen, Art. 1258. N. 3.

**) L. 9. C. VIII, 43. „*Obsignatione totius debitae pecuniae solemni-ter facta, liberationem contingere, manifestum est. Sed ita demum oblatio debiti liberationem parit, si eo loco quo debetur, solutio fuerit celebrata.*“

***) Art. 1257. 1261—64.

der deponirten Sache auf dieselbe Weise übernehmen muß, als wenn sie ihm freiwillig bezahlt wäre. *) So lange jedoch die deponirte Sache vom Gläubiger nicht angenommen ist, kann der Schuldner sie zurücknehmen, und wenn er dieses thut, so sind seine Mitschuldner oder Bürgen nicht befreit. Sollte inzwischen die Deposition durch ein rechtskräftiges Urtheil bestätigt seyn, so findet diese Rücknahme nicht mehr zum Nachtheil der Mitschuldner oder Bürgen statt, selbst wenn der Gläubiger es zufrieden seyn sollte. Die Einwilligung des Gläubigers, vermöge welcher der Schuldner die kraft eines rechtskräftigen Urtheiles gültig deponirte Sache soll zurücknehmen können, beraubt ihn aber seiner bisher zuständig gewesenen Privilegien oder Hypotheken, und es muß jetzt die Schuld lediglich als eine neue betrachtet, und es müssen daher auch die Privilegien und Hypotheken von Neuem durch die unten (§. 345.) zu beschreibende Inscription erworben werden.

*) Vgl. L. 6. 19. C. IV, 32. L. 9. C. VIII, 43.

Fünfter Abschnitt:
von der Vermögensabtretung.

§. 324^a.

I. im Allgemeinen. *)

Die Vermögensabtretung (*cessio bonorum*) besteht darin, daß ein Schuldner, der sich außer Stand befindet seine Schulden zu bezahlen, sein ganzes Vermögen seinen Gläubigern überläßt. Sie kann freiwillig oder gerichtlich geschehen, je nachdem die Gläubiger das Vermögen freiwillig annehmen, oder, der gesetzlichen Vorschrift gemäß, annehmen müssen. Die erstere ist lediglich nach dem darüber eingegangenen Verträge zu beurtheilen, bei der letztern aber kommen besondere gesetzliche Vorschriften zur Anwendung. **)

§. 324^b.

II. von der gerichtlichen Abtretung des
Vermögens insonderheit. ***)

Die gerichtliche Abtretung des Vermögens ist als eine gesetzliche Wohlthat zu betrachten, worauf nur

*) Art. 1265—67. Vgl. Thibaut §. 1222.

**) Die aus dem röm. R. bekannte *datio in solutum* wird in dem Code Napoléon nicht besonders erwähnt. (vgl. Thibaut §. 33.) Sie ist aber mit der freiwilligen Güterabtretung schon um deswillen nicht zu verwechseln, weil sie lediglich als eine Wohlthat des Schuldners zu betrachten ist.

***) Art. 1268—70.

allein der unglückliche und zugleich redliche Schuldner Anspruch machen kann. Sie ertheilt den Gläubigern kein Eigenthum, sondern nur das Recht, das abgetretene Vermögen verkaufen zu lassen, und sich aus dem Kaufgelde zu befriedigen, bis dahin aber die Einkünfte desselben zu ziehen. *) Die Gläubiger müssen sich diese Cession in der Regel gefallen lassen und der Schuldner wird dadurch vom Personalarrest und verhältnismässig von seinen Schulden befreit. War das abgetretene Vermögen nicht hinreichend alle Schulden zu tilgen, so muss der Schuldner auch das in der Folge erworbene Vermögen hergeben, so lange bis er gänzlich befreit ist. **)

*) Vgl. L. 4. C. VII, 71: „Non tamen creditoribus sua auctoritate
„dividere haec bona, et iure dominii detinere; sed venditionis reme-
„dio, quatenus substantia patitur, indemnitati suae consulere per-
„missum est.“

**) Vgl. L. 1. C. eod.: „Qui bonis cesserint, nisi solidum creditor
„repperit, non sunt liberati. In eo enim tantummodo hoc beneficium
„eis prodest, ne iudicati detrahantur in carcerem.“

Zweites Hauptstück:

von der Novation.

§. 325^a.

I. *im Allgemeinen.* *)

Novation ist überhaupt der Vertrag, wodurch ein bestehendes Obligationsverhältniß verändert und aufgehoben wird. **) Dieß geschieht aber, indem man entweder an die Stelle der bisherigen Verbindlichkeit in Hinsicht auf den Inhalt eine neue treten läßt, oder dem bisherigen Schuldner oder Gläubiger einen Andern substituirt. Das ganze Verhältniß bei der Verbindlichkeit war nemlich auf einen bestimmten Gegenstand und auf bestimmte Personen gerichtet, so oft daher etwas objectiv oder subiectiv verändert wird, muß die Verbindlichkeit selbst, wie sie bisher bestanden hat, aufhören, und in eine neue verwandelt werden. Die bloße subiective Veränderung ist jedoch allein nicht hinreichend, ***) wenn nicht ausdrück-

*) Art. 1271 — 75. 77. Thibaut §. 934. fg.

**) Die von unsern Juristen sogenannte novatio cumulativa, wodurch die Verbindlichkeit in ihren wesentlichen objectiven oder subiectiven Bestandtheilen nicht aufgehoben, sondern bloß näher bestimmt wird, neue Modificationen und Zusätze erhält, gehört nicht hierher.

***) Namentlich also nicht: 1) die Assignation, wenn der Schuldner oder Gläubiger bloß Iemand anzeigt, der statt

lich dabei verabredet wird, daß der neue Creditor oder Debitor an die Stelle des alten treten, der vorige Creditor den Debitor nicht mehr belangen, oder der vorige Debitor von dem Creditor nicht mehr belangt werden solle. Ueberhaupt muß die Novation, da sie als eine factische Neuerung niemals vermuthet werden kann, stets ausdrücklich geschehen, die Parteien müssen bestimmt erklärt haben, daß die neue Verbindlichkeit an die Stelle der alten treten solle. *) Wird indessen ein neuer Schuldner an die Stelle des alten angenommen, so braucht der Letztere nicht einzuwilligen, denn die Novation gilt in diesem Falle für Zahlung, diese kann aber bekanntlich selbst wider Wissen und Willen des Schuldners geschehen (Expromission). **)

§. 325^b.II. *insonderheit Wirkungen.* ***)

Die allgemeine Wirkung der ihrem Wesen nach beschriebenen Novation besteht darin, daß die alte Verbindlichkeit mit allen Accessionen aufgehoben

seiner zahlen oder für ihn die Zahlung annehmen soll. Art. 1277. 2) die Delegation, durch welche ein Schuldner seinem Gläubiger einen andern Schuldner darstellt, der sich gegen den Gläubiger verbindlich macht. Art. 1275. (Nach röm. R. enthält diese Delegation im Zweifel an und für sich schon eine Novation, vgl. L. 3, 8. C. VIII, 43. N. 158. pr.)

*) Vgl. L. 8. C. VIII, 42.

**) Vgl. §. 3. J. III, 30. L. 8. §. 5. D. XLVI, 2.

***) Art. 1276. 78—81.

wird. *) Hierbei folgende Bemerkungen: 1) der Gläubiger kann in der Regel seinen Regrefs nicht mehr gegen den alten Schuldner nehmen, auch wenn der neue Schuldner insolvent seyn sollte; **) 2) die mit der alten Forderung verbundenen Privilegien und Hypotheken gehen, ohne ausdrückliche Verabredung, nicht auf die neue über; ***) eine solche Verabredung läßt sich aber nur denken, wenn bloß der Gegenstand der Verbindlichkeit geändert wird, nicht wenn ein neuer Schuldner an die Stelle des andern tritt; ****) 3) durch die zwischen dem Gläubiger und einem solidarischen Schuldner erfolgte Novation werden natürlich auch die Uebrigen, in Ansehung der auf ihrem Vermögen haftenden Privilegien und Hypotheken gänzlich befreit; †) 4) die in Ansehung der Hauptschuld bewirkte Novation befreit auch die Bürgen. Ueberhaupt ist indessen zu bemerken, daß die alte Verbindlichkeit bestehen bleibt, so oft der Gläubiger den Beitritt der Mitschuldner oder Bürgen verlangt, diese ihn aber verweigert haben.

*) Vgl. L. 18. D. eod: L. 2. C. VIII, 42.

**) Vgl. L. 3. C. eod.: „*Frustra vereris, ne eo, quod quasi a cliente suo non faciat exactionem, ad te periculum redundet.*“

***) Vgl. L. 18. 29. D. eod.

****) Art. 1279. Vgl. L. 33. D. eod.: „*Paulus respondit, si creditor a Sempronio novandi animo stipulatus esset, ita ut a prima obligatione in universum discederetur: rursus easdem res a posteriore debitore sine consensu prioris obligari non posse.*“

†) Der Art. 1280. ist eine bloße Folgerung aus dem Art. 1281.

Drittes Hauptstück:
von dem Nachlaß der Schuld.

§. 326^a.

I. *allgemeine Voraussetzungen.* *)

Nachlaß einer Schuld (*remissio debiti*) ist die ausdrückliche oder stillschweigende Erklärung des Gläubigers, eine gewisse Schuld nicht einfordern zu wollen. Eine stillschweigende Remission ist anzunehmen, wenn der Gläubiger bei einer Privatschuld seinem Schuldner das Original der Schuldverschreibung zurückgibt, nicht aber wenn er ihm das über die Schuld errichtete Notariatsinstrument einhändigt, denn hieraus entsteht noch keine Remission, sondern bloß eine Vermuthung, gegen welche von Seiten des Gläubigers Beweis des Gegentheiles statt findet. **) Die Rückgabe der verpfändeten Sache ist nicht einmal hinreichend, eine solche Vermuthung zu begründen. ***)

*) Art. 1282. 83. 86.

**) Erhard übersetzt *la grosse* durch Hauptausfertigung, eigentlich bedeutet es hier soviel, als das Original einer gerichtlichen Schrift, Notariatsinstrument. Eine Forderung dieser Art dauert, wie Zachariä aus den Discuss. richtig bemerkt, noch immer in dem Notariatsprotocoll (*minute*) fort. „*Le créancier a pu avoir plus de facilité à se desfaïtir de la grosse et à la remettre au débiteur, en se reposant sur la minute existant sans quittance*“ etc. Bigot - Préameneu.

***) Vgl. L. 3. D. II, 14. L. 2. C. VIII, 26.

§. 326^b.II. *Wirkungen.* *)

Die Wirkung der geschehenen Remission besteht wieder in gänzlicher Tilgung der Schuld, dergestalt, daß nicht bloß der Schuldner selbst, dem die Schuld erlassen ist, sondern auch dessen Mitschuldner und Bürgen völlig frei werden. Die einem Schuldner ausdrücklich oder stillschweigend erlassene Schuld befreit inzwischen die übrigen Mitschuldner nicht, wenn der Gläubiger sich seine Rechte gegen dieselben ausdrücklich vorbehalten hat; ist dieses geschehen, so kann er sie, nach Abzug des erlassenen Antheiles, noch immer in Anspruch nehmen. **) Die dem Bürgen ertheilte Befreiung kommt aber umgekehrt, den übrigen Bürgen so wenig, als dem Hauptschuldner zu statten und dasienige, was der Gläubiger von einem Bürgen zu dessen Befreiung erhalten hat, muß von der Schuld abgerechnet werden. ***)

*) Art. 1284, 85. 87. 88.

**) Vgl. L. 19. D. XLV, 2. L. 34. §. 11. D. XLVI, 3.

***) Vgl. L. 15. §. 1. D. XLVI, 1. „*Si ex duobus, qui apud te fidei-
„insserant in viginti, alter, ne ab eo peteres, quinque tibi dede-
„rit vel promiserit: nec alter liberabitur et si ab altero quindecim
„petere institueris, nulla exceptione summo-veris: reliqua autem
„quinque si a priore fideiussore petere institueris, doli mali ex-
„ceptione summo-veris.*“

Viertes Hauptstück:
 von der Compensation.

§. 327^a.

I. unter welchen Voraussetzungen und in welchen Fällen findet die Compensation statt. *)

Compensation findet überhaupt statt, so oft sich zwei Personen gegenseitig eine Summe Geldes oder eine gewisse Quantität fungibiler Sachen von derselben Gattung schuldig sind. Die gegenseitigen liquiden und klagbaren Ansprüche erlöschen hier sofort, (ipso iure) selbst ohne Vorwissen der Schuldner nach Verhältniß der Gleichheit entweder ganz oder zum Theil, **) ohne daß die vom Richter ertheilte Zahlungsfrist dieses hindern könnte. ***) In gewissen Fällen soll man sich jedoch auf dieses Recht zur Strafe oder aus einer gewissen Begünstigung nicht berufen können, nemlich 1) wenn der Eigenthümer einer Sache unrechter Weise ist beraubt worden und sie wiederfordert; ****) 2) wenn anvertrautes Gut oder zum Ge-

*) Art. 1289—93.

**) Vgl. L. 11. 12. D. XVI, 2. L. 4. C. IV, 31.

***) „Alind est diem obligationis non venisse, alind, humanitatis gratia „tempus indulgeri solutionis.“ L. 16. §. 1. D. XVI, 2.

****) Vgl. L. 14. §. 2. C. IV, 31. (Spoliatus ante omnia restituendus.)

brauch geliehene Sachen zurückverlangt werden; *)
 3) wenn die Schuld Alimente zum Gegenstand hat,
 die nicht mit Arrest belegt werden können. **)

§. 327^b.

II. *wer kann sich der Einrede der Compensation bedienen und wem kann sie vorgeschützt werden? ***)*

Die Einrede der Compensation ist statthaft, so oft überhaupt die erwähnten Erfordernisse der Compensation selbst vorhanden sind, und die erworbenen Rechte einer dritten Person nicht darunter leiden. Sollte der Schuldner diese Einrede nicht vorschützen, so kann er die Privilegien und Hypotheken, welche auf seiner Forderung haften, nun in der Regel nicht mehr zum Nachtheil der übrigen Gläubiger geltend machen. ****) Uebrigens kann die Einrede der Compensation auch von dem Bürgen in Ansehung dessen, was der Gläubiger dem Schuldner schuldig ist, vorgeschützt werden, aber nicht umgekehrt in Ansehung dessen, was der Gläubiger dem Bürgen schuldig ist,

*) Vgl. §. 30. J. IV, 6. L. 4. C. IV, 23.

**) Vgl. z. B. Art. 1981.

***) Art. 1294—99.

****) „Cependant, si le débiteur, ayant une juste cause d'ignorer la créance, qui devoit compenser sa dette, ne s'étoit point prévalu de la compensation, l'équité ne permettroit pas qu'il fût dépourvu de l'avantage du privilege et de l'hypothèque attaché à son ancienne créance.“
 Bigot - Préameneu. Vgl. L. 10. §. 1. D. XVI, 2. L. 1. C. IV, 5.

und ebenfowenig iſt der ſolidariſche Schuldner befugt, auf die Forderungen ſeiner Mitſchuldner die Einrede zu gründen. Bei geſchehener Ceffion endlich kommt es darauf an, ob der Schuldner dieſelbe genehmigt hat, oder nicht; in ienem Falle kann der Schuldner die Einrede, die er gegen den Cedenten auch früher ſchon hätte gebrauchen können, nicht mehr vorſchützen; *) in dieſem Falle aber fällt die Einrede der Compensation gegen den Cedenten erſt von dem Augenblick an weg, wo die Ceffion dem Debitor gehörig bekannt gemacht iſt. **)

*) „Il y a dans ce cas renonciation, de la part de ce débiteur, à proposer l'exception de compensation.“ *Motifs.*

**) „Si le débiteur avoit des créances (contre le cédant) antérieures à la ſignification, ni la ceſſion faite, ni cette formalité (la ſignification) n'ont pu priver le débiteur d'oppoſer une compensation qui s'étoit opérée de plein droit avant la ceſſion.“

Fünftes Hauptstück:
*von der Confusion. *)*

§. 328^a.

I. *im Allgemeinen. **)*

Confusion ist vorhanden, so oft die Eigenschaften als Gläubiger und als Schuldner sich in derselben Person vereinigen und dadurch die Verbindlichkeit von Rechtswegen aufgehoben wird, z. B. wenn der Schuldner Erbe seines Gläubigers wird. Die Confusion kann aber begreiflich nur Theilweise stattfinden, so oft die Vereinigung selbst bloß partiell ist, sich nicht auf das Ganze erstreckt; wenn daher der Schuldner bloß auf ein Drittheil Erbe seines Gläubigers ist, so kann auch die Confusion nur zum dritten Theile eintreten, die andern beiden Theile aber können ohne Zweifel von den Miterben statt des Gläubigers eingefordert werden.

§. 328^b.

II. *in besonderer Hinsicht auf die Bürgen und solidarischen Mitschuldner. ***)*

Die in der Person des Hauptschuldners vorgefallene Confusion muß nothwendig auch den Bürgen

*) Vgl. Thibaut §. 117.

**) Art. 1300. vgl. L. 21. §. 2. L. 71. pr. D. XLVI, 1. L. 75. 95. §. 2. D. XLVI, 3.

***) Art. 1301. vgl. L. 38. §. 1. D. XLVI, 1. L. 34. §. 8. D. XLVI, 3. L. 129. §. 1. D. L, 17.

zu statten kommen, die Bürgschaft ist ja bloß ein Accessorium der Hauptverbindlichkeit. Umgekehrt aber kann die Confusion in der Person des Bürgen natürlicher Weise die Hauptverbindlichkeit nicht aufheben. In Hinsicht auf die solidarischen Mitschuldner gewährt die Confusion nur dem Vortheil, in dessen Person sie sich zugetragen hat, ganz dem gesetzlichen Grundsätze gemäß, daß zwischen solchen Schuldern die Schuld, als von Rechtswegen getheilt, zu betrachten sey (vgl. §. 230.).

Sechstes Hauptstück:
 von dem Untergang der schuldigen
 Sache. *)

§. 329^a.

I. *im Allgemeinen.* **)

Wenn Iemand eine bestimmte und gewisse Sache schuldig ist, so hört die Verbindlichkeit auf, sobald sie zu Grunde geht, oder man von ihrer Existenz schlechterdings nichts mehr weiß. Der bekannte Grundsatz: *Res perit domino*, wird hier auf den Creditor angewendet, vorausgesetzt daß der Debitor sich weder eine Schuld (*culpa*) hat zur Last kommen lassen, noch sich im Verzuge (*in mora*) befindet. ***)

§. 329^b.

II. *nähere Bestimmungen.* ****)

Auf die verschiedenen Grade der Schuld wird, wie wir schon einmal (§. 232. N. **) beiläufig bemerkt haben, in dem Napoleonischen Gesetzbuch keine Rücksicht genommen, so oft daher dem Debi-

*) Vgl. Thibaut §. 86.

**) Art. 1302.

***) Vgl. L. 37. 51. 91. D. XLV, 1. L. 23. in f. D. L, 17.

****) Art. 1302, 1303.

tor irgend eine Schuld beizumessen ist, kann er sich unter dem Vorwande des Unterganges oder Verlustes der Sache nicht von seiner Verbindlichkeit befreien. *) Dasselbe gilt beim Verzuge, wobei der Creditor nicht einmal nöthig hat die Schuld (culpa) des Debtors zu beweisen; **) nur in dem Falle soll eine Ausnahme eintreten, wenn die gehörig abgelieferte Sache gewiss auch in den Händen des Gläubigers zu Grunde gegangen seyn würde. ***) Ueberhaupt kann aber auch ausgemacht werden, dafs der Schuldner allen zufälligen Schaden tragen solle, und wenn dieß geschehen ist, so bleibt derselbe stets verpflichtet, er mag die Leistung verzögert haben, oder nicht, Schuld an dem Untergange seyn, oder nichts dazu beigetragen haben u. s. w., auch kommt es nicht darauf an, ob der Zufall ein gewöhnlicher und vorhergesehener, oder ungewöhnlicher ausserordentlicher war. ****) Zuletzt ist noch zu bemerken, dafs der Schuldner, wenn die von ihm schuldige Sache ohne seine Schuld zu Grunde

*) „*Toutes les fois qu'il y aura eu faute quelconque de la part d'un débiteur, il ne pourra, sous prétexte du dépérissement ou de la perte de la chose, se soustraire à son obligation.*“ Rapport.

**) „*Pourquoi, sagt Favard, avoit il manqué a son engagement.*“ Vgl. L. 82. §. 1. 91. §. 3. D. XXV, 1.

***) Vgl. L. 14. §. 1. D. XVI, 3. Der Verlust einer gestohlenen Sache befreit den Dieb niemals von Erstattung des Werths, wenn sie gleich ohne seine Schuld verloren oder untergegangen ist. Vgl. L. 7. §. 2. D. XIII, 1.

****) „*La clause sur les cas fortuits répond à tout: le débiteur reste obligé! — La loi comprend toute espece de cas fortuits par cela seul qu'elle ne distingue pas.*“ Favard,

gegangen, dem menschlichen Verkehr entzogen *) oder verlohren worden ist, er die ihm in Hinsicht auf dieselbe etwa zustehenden Rechte und Klagen auf Entschädigung dem Gläubiger abtreten muss. **)

*) Vgl. §. 2. J. III, 20.

(**) „Ainsi l'arpent de terre qu'on devoit livrer, et qui a été pris pour
„un grand chemin, a été mis hors du commerce, il ne peut plus
„être l'objet de l'obligation, qui conséquemment est éteinte: mais cet
„arpent n'ayant pu être pris pour le service public sans une indem-
„nité, celui auquel il devoit être livré doit profiter de cette indem-
„nité.“ Bigot-Préameneu.

Siebentes Hauptstück:
von der Nullität oder Wiederaufhebung
des Vertrages.

§. 330^a.

I. *allgemeine Grundsätze.* *)

Zur Gültigkeit eines Vertrages wird nicht nur vorausgesetzt, daß er die äußern gesetzlich vorgeschriebenen Erfordernisse an sich trage, sondern es müssen auch die innern zum Wesen desselben überhaupt nothwendigen Voraussetzungen vorhanden seyn. Bekanntlich sind aber vier Bedingungen als durchaus wesentlich zu betrachten: 1) ein erlaubter Grund des Vertrages, es darf derselbe nicht gegen die Gesetze, die guten Sitten und das öffentliche Wohl anstoßen; 2) ein bestimmter Gegenstand worüber er eingegangen wird; 3) persönliche Fähigkeit denselben einzugehen; 4) freie nicht durch Irrthum, Betrug oder Gewalt veranlasste oder erzwungene Einwilligung. In

*) Vgl. Thibaut §. 1001. und fg. Zachariä trägt diese Lehre §. 175. nicht unter den Arten wie Verbindlichkeiten, sondern wie Verträge erlöschen, vor. Diese Ansicht ist zwar theoretisch vollkommen richtig, denn der Minderjährige soll nach der Vorschrift des Art. 1310. in Ansehung der Verbindlichkeiten die aus seinem von ihm begangenen Verbrechen oder Quasidelict entstehen, der Wiedereinsetzung nicht fähig seyn, allein es will uns doch für die Darstellung selbst die erwähnte Trennung nicht gefallen.

den beiden ersten Fällen ist gar kein Vertrag vorhanden, die Nullität versteht sich von selbst, in den beiden andern Fällen aber ist die Ungültigkeit blofs relativ, d. h. der Vertrag bleibt bestehen, so lange er nicht angefochten wird, der Befugniß ihn anzufechten aber kann entsagt und sie muß in der gesetzlich bestimmten Zeit ausgeübt werden. *) So oft nemlich der Vertrag an und für sich unerlaubt ist, oder keinen Gegenstand hat, würde es sehr überflüssig seyn, eine gerichtliche Aufhebung zu verlangen, der Vertrag ist und bleibt vielmehr ungültig, und die Ungültigkeit kann zu ieder Zeit vorgeschützt werden. Wenn es hingegen blofs an der persönlichen Fähigkeit oder an der freien Einwilligung gebricht, so muß die Ungültigkeit nothwendig als ein persönliches an eine ge-

*) Die Bemerkung Zachariä's, daß der C. N. nirgends den Unterschied, der zwischen der Klage auf Nullität und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bestimme, scheint auf einem unrichtigen Gesichtspunkte zu beruhen. Die absolute Nullität ergiebt sich von selbst, eine Klage darauf würde, wie der *Rapport* ausdrücklich bemerkt, sehr überflüssig seyn, z. B. wenn der Gegenstand des Vertrages unerlaubt ist. Die Klage auf relative Nullität, d. h. die, welche aus persönlicher Unfähigkeit oder unfreien Willen entspringt, ist aber offenbar mit der Klage auf Wiedereinsetzung ganz einerlei. Die Benennungen werden stets zusammengefaßt, sie müssen folglich identisch seyn, und Favard in dem *Rapport* läßt vollends keinen Zweifel übrig, wenn er sagt: „*L'action en nullité ou en rescission ne s'applique (nicht s'applique) dont qu'aux cas où la convention peut produire une action, qui néanmoins est susceptible d'être repoussée par une exception; c'est à dire, 1) au cas de l'incapacité, 2) au défaut de consentement.*“

wisse Zeit gebundes Vorrecht betrachtet werden. *) Bei der fehlenden persönlichen Fähigkeit namentlich kann die Verbindlichkeit an und für sich zwar gesetzmässig seyn, aber es ist eine gewisse bürgerliche Form, die speciell vorgeschriebene Mitwirkung anderer Personen, nicht befolgt werden, die Verbindlichkeit ist daher nicht überhaupt ungültig, sondern nur in einer besondern persönlichen Beziehung als ungültig zu betrachten. Diese relative Ungültigkeit muss jedoch an eine vorgeschriebene Zeit geknüpft werden, nach deren Ablauf man sich nicht mehr darauf berufen kann, weil sonst das Eigenthum zu lange schwankend und ungewiss seyn würde. Dasselbe gilt wenn der freie Consens fehlt, auch hier ist es nothwendig, nach Ablauf einer bestimmten Zeit anzunehmen, dass die anfangs unfreie Einwilligung durch nachfolgende Genehmigung gültig geworden sey.

§. 330^b.

F o r t s e t z u n g. **)

Die Zeit der relativen Ungültigkeit ist in allen Fällen, wo keine besondere gesetzliche Vorschrift eine Ausnahme macht, auf 10 Jahre bestimmt. ***)

*) Auf diese Weise ist die Theorie von durchaus ungültigen und blofs bürgerlich unwirksamen Verbindlichkeiten auch in den *Cod. Nap.* übergegangen.

**) Art. 1304. Thibaut §. 1006 — 1008. 1015.

***) Art. 1676. „*Le temps de dix années a été regardé comme le plus long délai dont une partie puisse avoir besoin pour recourir à la justice.*“ Rapport. (Diese Art der ausserordentlichen Verjährung kann bei dem §. 156. noch supplirt werden.)

Diese Zeit aber wird in Hinsicht auf ihren Anfang *utiliter* berechnet, d. h., sie beginnt erst von dem Augenblick, wo das der Gültigkeit im Wege stehende Hinderniß aufgehört hat, sobald der Irrthum und Betrug entdeckt und von der Gewalt nichts mehr zu befürchten ist, sobald die Ehe, Minderjährigkeit und Interdiction wegfällt. Die Unfreiheit der Einwilligung muß bewiesen, die persönliche Unfähigkeit aber braucht bloß angeführt zu werden. In dem letztern Falle kann jedoch das vertragsmäßig während der Dauer der persönlichen Unfähigkeit Geleistete, nicht anders wieder gefordert werden, als wenn eine Verwendung zum Nutzen (*versio in rem*) gezeigt werden kann. *) Von den übrigen Restitutionsarten brauchen wir, außer den bisher entwickelten Grundsätzen, nichts weiter zu bemerken, aber von der Restitution der Minderjährigen, so wie von der welche Grofsjährige in besonders ausgenommenen Fällen, verlangen können, müssen wir nach Anleitung des Gesetzbuchs noch besonders handeln.

§. 330^c.

II. *besondere Grundsätze über einzelne Restitutionsarten:*

A. *von der Restitution der Minderjährigen:*

1. *in welchen Fällen tritt sie in der Regel ein? **)*

Bei der Restitution des Minderjährigen muß insonderheit auf den wichtigen Unterschied Rücksicht

*) Vgl. L. 7. §. 2. D. IV, 4.

**) Art. 1305. vgl. Thibaut §. 1009. Zachariä bemerkt sehr richtig: daß der angeführte Artikel zwar nicht na-

genommen werden: ob derselbe emancipirt ist, oder nicht. In ienem Falle soll schon die bloße Verletzung ein hinreichender Grund seyn, alle mit ihm eingegangenen Verträge aufzuheben. *) Es wird iedoch, was sich wohl von selbst versteht, hierbei vorausgesetzt, daß nach richterlichem Ermessen der Schaden nicht ganz unbedeutend sey. In dem letztern Falle hingegen, hat der emancipirte Minderjährige entweder eine Verbindlichkeit, die seiner gesetzlich bestimmten Fähigkeit nicht widerspricht, eingegangen, alsdann begründet die Verletzung keine Restitution, es müßte denn eine der im folgenden Paragraphen angeführten Ausnahmen eintreten; oder die Verbindlichkeit ist nicht seiner Fähigkeit gemäß contrahirt worden, alsdann ist wieder die bloße Verletzung hinreichend.

§. 330d.

2. *in welchen Fällen kann die regelmäßig eintretende Restitution nicht verlangt werden? **)*

Die in der Regel statthafte Restitution kann in mehreren ausgenommenen Fällen nicht zur Anwendung kommen, und diese wollen wir ietzt darstellen. Die Restitution fällt 1) weg, wenn die Verletzung nicht aus dem Vertrage selbst entspringt, sondern aus einem zufälligen nicht vorhergesehenen äußern Um-

mentlich die Interdicirten begreife, aber doch darauf auszudehnen sey, vgl. Art. 509. u. 1312.

*) „*Le résultat de son incapacité est de ne pouvoir être lésé, et non de ne pouvoir contracter: Restituitur tanquam laesus, non tanquam minor.*“ *Motifs.*

**) Art. 1306—11. 1314. Vgl. Thibaut §. 1010.

stande; *) 2) wenn der Minderjährige nach erlangter Volliährigkeit das im minderjährigen Alter geschehene Versprechen genehmigt hat; 3) so oft der Minderjährige überhaupt als grössiährig betrachtet wird; diefs ist aber der Fall, wenn er a) als Kaufmann, Banquier oder Handwerker in Hinsicht auf seine Handlung oder sein Gewerbe Verbindlichkeiten übernommen hat; b) wenn bei der Veräußerung der liegenden Güter oder Erbtheilungen der Minderjährigen die gesetzlichen Formen beobachtet sind, **) oder bei den in seinem Heirathscontract enthaltenen Versprechungen die Personen mitgewirkt haben, deren Einwilligung zur Gültigkeit der Ehe nothwendig ist (vgl. §. 20 — 22); c) wenn er ein Verbrechen, oder eine schädliche Handlung, für die er stehen muss (Quasidelict) begangen hat, oder aus betrügerischer Absicht seinen Contrahenten zu überzeugen gesucht hat, dass er grössiährig sey. ***)

*) Vgl. L. 21. §. 4. 5. D. IV, 4. „On ne l'admet à la restitution contre ses actes, que pour empêcher ceux qui traitent avec lui d'abuser de l'inexpérience de son âge.“ *Motifs.*

**) „Cette précaution si elle n'étoit pas nécessaire, est du moins utile à cause de cette idée si invétérée, et qui s'est si souvent réalisée, qu'il n'y avoit pas de sûreté à traiter avec des mineurs.“ *Favard.*

***) Vgl. L. 1 — 3. C. II, 43.: „Si is qui minorem nunc se adseverat, fallaci maioris aetatis mendacio te deceperit: cum iuxta statuta iuris errantibus, non etiam fallentibus minoribus, publica iura subveniant, in integrum restitui non debet.“ — — „Cum malitia suppleat aetatem, restitutionis auxilium denegari statutum est.“
Der Rapport bemerkt zur Erläuterung des Art. 1307.: „Si le mineur ne s'étoit pas borné à une simple déclaration de majorité, s'il avoit employé des manoeuvres pour persuader à l'autre partie qu'il étoit majeur, s'il avoit produit un faux acte de naissance — — il y a obstacle à sa restitution.“

§. 330e.

B. von der Restitution der Grofsjährigen. *)

Die Grofsjährigen können wegen einer erlittenen Verletzung, abgesehen von der allenthalben eintretenden absoluten Ungültigkeit, nur in wenigen ausdrücklich vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Fällen Restitution verlangen. Dahin gehört namentlich 1) der Fall, wenn der Miterbe beweist, dafs er bei der Erbschaftstheilung um mehr als um ein Viertel verkürzt sey,**) oder wenn jemand beweist, dafs diese Verletzung bei der von den Aeltern gemachten Theilung statt finde***) (vgl. §. 405.); 2) wenn der Verkäufer bei dem Kaufpreise eines unbeweglichen Gutes eine Verletzung von mehr als $\frac{7}{12}$ darthun kann (vgl. §. 239.) ****)

*) Art. 1314. vgl. Art. 1118.

**) Vgl. Art. 891.

***) Vgl. Art. 1079.

****) Die Restitution ex capite absentiae wird in dem Code Napoléon nicht besonders angeführt, vgl. Thibaut §. 1013., wir dürfen sie aber nicht suppliren, weil die Restitutionsfälle überhaupt als Ausnahmen zu betrachten sind: „*La restitution est un bénéfice extraordinaire et une exception. Toute exception doit être fondée sur une loi précise.*“

A n h a n g:

von dem Concurs der einfachen hypothekarischen und privilegierten Gläubiger. *)

Quelle: *Livre III. Titre 18.* Decretirt den 19ten, promulgirt den 29sten März 1804.

Hülfsmittel: 1) *Motifs exposés par Treilhard.*
2) *Rapport par Grenier.* (Der *Discours* ist nicht gedruckt worden, weil er von demselben Redner war.) **)

§. 331.

Allgemeine Bemerkungen. ***)

Jeder der sich persönlich zu etwas verpflichtet hat, in das Verhältniß eines Debtors getreten ist, muß mit seinem ganzen beweglichen und unbeweglichen, gegenwärtigen und künftigen Vermögen, für die Erfüllung seiner Verbindlichkeit einstehen. Sein ganzes Vermögen ist das gemeinschaftliche Unterpfand seiner Gläubiger, unter welche der Werth desselben, nach Verhältniß ihrer Forderungen, vertheilt wird, es müßten denn rechtmäßige Ursachen eines Vorzuges eintreten. Ein solcher Vorzug beruht nun aber entweder auf Privilegien, oder auf Hypotheken.

Erstes

*) In dem Conspect ist dieser Anhang nicht genug abgesetzt, so daß man ihn, gleich beim ersten Blick, auf das gesammte Obligationenrecht beziehen könnte und auch die Ueberschrift könnte leicht zu dem Irrthum verleiten, als wenn die privilegierten Gläubiger auch stets hypothekarische seyn müßten.

**) Ueber die sonstige Literatur vgl. Seidensticker's Einleitung S. 124.

***) Art. 2092—94. vgl. L. 6. C. VII, 72:

E r s t e s C a p i t e l :
v o n d e n P r i v i l e g i e n .

§. 332.

*Vor Erinnerung. *)*

Unter Privileg verstehen wir das Recht, welches die Eigenschaft einer Forderung dem Gläubiger gewährt, ohne Rücksicht auf die Zeit, vorzugsweise vor allen andern, selbst vor den hypothekarischen Gläubigern, bezahlt zu werden. Es kann dasselbe sowohl auf den beweglichen, als den unbeweglichen Sachen des Schuldners haften, und es wird stets durch gesetzliche Vorschrift begründet. Wir müssen dabei nicht nur untersuchen: welche Gläubiger ein solches Privileg genießen, sondern auch nach welchen Grundsätzen die privilegierten Gläubiger mit einander concurriren.

§. 333.

I. *welche Gläubiger sind privilegiert?*

A. *von den Privilegien die auf den Mobilien und zwar*

1. *auf der ganzen Mobiliarschaft
beruhen. **)*

Die Forderungen, welchen in Hinsicht auf die ganze Mobiliarschaft ein Privileg zusteht, sind fol-

*) Art. 2095. **) Art. 2101.

gende: 1) die Gerichtskosten; *) 2) die Begräbniskosten; **) 3) alle Kosten der letzten Krankheit; ***) 4) der Lohn der Dienstboten für das verflossene und laufende Jahr; ****) endlich 5) die dem gemeinschaftlichen Schuldner und seiner Familie gemachten Lieferungen von Lebensbedürfnissen †) und zwar die der Bäcker, Metzger und Anderer, welche im Kleinen verkaufen, während der letzten 6 Monate, die der Kostgeber und Handelsleute im Großen, während dem letzten Jahre.

*) Auch nach unserer bisherigen Praxis werden bekanntlich die Gerichts- oder Concurskosten, als eine von der ganzen Summe vorabzuziehende Summe aufgeführt, vgl. Thibaut §. 1234.

**) In dem C. N. steht bloß: „*les frais funéraires*,“ ob hierunter die Begräbniskosten des gemeinschaftlichen Schuldners allein, oder auch einer solchen Person zu verstehen sind, welche Jener beerdigen zu lassen verpflichtet war, ist unbestimmt gelassen. Für die beizuhaltende Meinung entscheidet das römische Recht, vgl. L. 17. D. XLII, 15.

***) Nach unserer Praxis beruht dieses Privileg auf einer unrichtigen Interpretation der L. 37. pr. D. XI, 7. vgl. Thibaut §. 1236.

****) Nach unserer Praxis kommt das Gefindelohn auch in die erste Classe, d. h. Alles, was die auf irgend eine Art für ihre ganze Existenz in Kost und Lohn des Gemeinschuldners gestandenen Personen aus einem vor dem förmlichen Concurs geschlossenen Verträge für ihre Dienste zu fordern haben. Thibaut a. a. O. Uebrigens ist hier das Kalenderjahr nicht das Dienstjahr zu verstehen, vgl. Zachariä §. 117. N. 4.

†) Laffaux übersetzt die *fournitures de subsistance* falsch durch Lebensmittel, das Privileg bezieht sich ohne Zweifel auch auf Lebensbedürfnisse, die nicht gerade Lebensmittel sind.

§. 334.

2. auf gewissen Mobilien. *)

Dahin gehört 1) das Privileg, welches dem Vermiether oder Verpachter, in Hinsicht des Mieth- oder Pachtgeldes, so wie der sonstigen Verbindlichkeiten an den Früchten der Aerndte des letzten Jahres, und an dem, was in die Wohnung, oder auf das Gut gebracht worden ist, und zur Cultur des letztern dient, mit einem Worte, an den Invecten und Illaten, zuſteht. **) Hierbei folgende Bemerkungen: a) es müſſen von den Früchten die Koſten der Beſtellung und der Aerndte, und von dem Ackergeräthe (*Ustensiles*) ***) muß das, was der Pächter dafür noch ſchuldig iſt, abgezogen werden; b) der Eigenthümer (Verpachter oder Vermiether) kann die inferirten Mobilien, wenn ſie ohne ſeine Einwilligung weggeſchafft ſind, mit Arrest belegen, und behält darauf ſein Privileg, wenn er ſie bei dem verpachteten Grundſtück in vierzig, und bei der vermietheten Wohnung

*) Art. 2102.

**) Nach römiſchen Recht iſt bekanntlich die Hypothek des Verpachters bloß auf die Früchte beſchränkt, und ſo wenig wie die des Vermiethers privilegirt, vgl. L. 24. §. 1. L. 53. D. XIX, 2. L. 4. D. XX, 2. L. 3. 5. C. IV, 65.

***) *Ustensiles* ſind, wie Zachariä aus Bousquet bemerkt; „*les outils et instruments nécessaires à la culture.*“ In Hinſicht der übrigen eingebrachten Sachen ſteht der Verkäufer wegen des rückſtändigen Kaufgeldes in der Regel nach, vgl. das N. 3. angeführte Privileg. (Es iſt unrichtig wenn Erhard unter dem Eigenthümer hier den Verpachter und Vermiether verſteht.)

in funfzehn Tagen wiederfordert. 2) Genießt auch der Pfandgläubiger an dem ihm übergebenen Pfande, so lange er dasselbe besitzt, ein solches Privileg; *) ebenso 3) ein Ieder an der Sache, zu deren Erhaltung er Auslagen gehabt hat; **) 4) der Verkäufer einer beweglichen Sache, dem der Kaufpreis noch nicht bezahlt ist, an der verkauften Sache. Dieses Privileg findet statt, so lange sich die Sache noch in der Gewahrsame des Schuldners befindet, einerlei, der Käufer mag sie nun mit oder ohne Zahlungsfrist gekauft haben; in dem letztern Falle kann sogar die verkaufte Sache binnen 8 Tagen von dem Käufer wieder gefordert werden, wenn dieser sie noch besitzt, und der Zustand, in welchem sie abgeliefert wurde, nicht verändert ist. Uebrigens muß das Privileg dem des Vermiethers oder Verpachters in der Regel nachstehen, ausgenommen wenn dieser gewußt hat, daß die inferirten Sachen dem Miethsmanne oder Pächter nicht gehörten. ***) Ferner ist zu bemerken 5) das Privileg des Gastwirthes in

*) Vgl. Art. 2076. Nach römischen Recht sind die Pfandgläubiger, als solche, nicht privilegiert, sie kommen ohne Rücksicht, ob der Gläubiger die verpfändete Sache besitzt, oder nicht, stets in die dritte Classe, und ein Vorzug wird bloß durch Priorität der Zeit, oder durch Publicität begründet, vgl. Thibaut §. 1237.

**) Vgl. L. 5. 6. 15. D. XX, 4. L. 17. D. XIII, 7.

***) Vgl. Zachariä §. 118. N. 8. Nach unserem bisherigen Rechte ist dieses Privileg nur durch den Gerichtsgebrauch und vermöge ausdrücklicher Verabredung begründet. Hofacker principia §. 1210.

Hinsicht der Zeche, auf die Sachen, welche ein Reisender in seinen Gasthof gebracht hat, so wie 6) desjenigen, welcher die Fracht und andere Nebenkosten ausgelegt hat, auf die transportirten Sachen. In beiden Fällen muß aber der Gläubiger sich im Besitz der Sachen befinden. Endlich 7) sind auch die Forderungen privilegiert, welche aus den pflichtwidrigen Handlungen und Amtsvergehungen (*prévarications*) der öffentlichen Beamten in Ausübung ihres Amtes entspringen, sie müssen nemlich vorzugsweise aus dem Capital ihrer bestellten Caution, und den davon etwa rückständigen Zinsen befriedigt werden.

§. 335.

B. *von den Privilegien die auf den Immobilien haften. *)*

Auf Immobilien sind folgende Gläubiger privilegiert: 1) der Verkäufer auf das verkaufte Immöbel, für die Zahlung des Kaufpreises. **) Bei mehreren Verkäufern entscheidet die Prärogative der Zeit. 2) Die, welche das Geld zum Ankauf eines unbeweglichen Gutes hergeschossen haben, es muß jedoch durch die Schuldverschreibung erwiesen werden können, daß die Summe dazu bestimmt war, und durch die Quittung des Verkäufers, daß die Zahlung mit

*) Art. 2103.

**) Nach unserm bisherigen Recht findet dieses Privileg, ebenso wie bei verkauften beweglichen Sachen, nur nach dem Gerichtsgebrauch, und wenn es ausdrücklich verabredet ist, statt.

dem erborgten Gelde geschah. *) 3) Die Miterben auf die Immöbel der Erbschaft zur Sicherheit der unter ihnen vorgenommenen Theilung, wenn eine Eviction sich ereignen sollte, und desienigen, was ein Erbe dem Andern zur Gleichstellung herausgeben muß. 4) Die Baumeister, Unternehmer, Maurer und andere Arbeiter, welche zum Bau und zur Wiederherstellung von Gebäuden, Canälen, oder sonstigen Werken gebraucht sind. Ihr Privileg erstreckt sich indessen nur auf die Summe, um welche das Grundstück zur Zeit der Veräußerung durch die daran geschehenen Arbeiten höher im Werthe steht, als vorher. Es treten hierbei noch einige andere im Gesetzbuche selbst nachzulesende Bestimmungen ein. Dasselbe Privileg kommt 5) denienigen zu statten, welche das Geld zur Bezahlung der Arbeiter vorgeschossen haben. **)

§. 336.

C. von den Privilegien, die auf den Mobilien und Immobilien zugleich haften. ***)

Unter diese Rubrik gehören die oben (§. 333.) erwähnten Privilegien, welche auf der ganzen Mobi-

*) Auch nach der Vorschrift des röm. R. hat der, welcher zum Ankauf eines Grundstückes Geld vorgeschossen hat, eine privilegierte Hypothek, es muß aber ausdrücklich verabredet seyn, vgl. L. 5. §. 17. D. XIV, 4. L. 17. C. VIII, 4. L. 7. C. VIII, 18. Nov. 97. c. 3.

**) Nach den Grundsätzen des röm. R. haben die, welche durch ihre Dienste oder ihr vorgeschossenes Geld *salvam fecerunt pignoris causam* gleichfalls ein privilegiertes Pfand auf diese Sache, vgl. L. 5. 6. D. XX, 4. vgl. Thibaut §. 642. und 657.

***) Art. 2104. 2105.

liarschaft des Schuldners beruhen. Diese Privilegien werden nemlich, wenn kein Mobilienvermögen vorhanden ist, vor den Immobiliargläubigern aus den Immobilien befriedigt, und nehmen folglich in ieder Hinsicht die erste Stelle ein. *)

§. 337.

II. *nach welchen Grundsätzen concurriren die privilegierten Gläubiger. **)*

Die Grundsätze, nach welchen die privilegierten Gläubiger concurriren, sind sehr einfach: zunächst wird der Vorrang durch die verschiedene Beschaffenheit der Privilegien bestimmt und die Ordnung dabei ist ganz dieselbe, wie die Privilegien im Gesetzbuche auf einander folgen; privilegierte Gläubiger von gleichem Range werden aber nach Verhältniß ihrer Forderungen bezahlt, ohne Prärogative der Zeit. ***) In Hinsicht der Mobilienprivilegien verordnet das Gesetzbuch noch besonders, daß sie bloß von dem Tage ihre Wirkung unter den Gläubigern äußern sollen, wo sie durch die Einschreibung in die

*) Auch nach unserm bisherigen Recht gehen die Concurs- und Leichenkosten, so wie der Gefindelohn, allen übrigen Forderungen vor, vgl. Thibaut §. 1234. und 36. (Das Vorzugsrecht der Staatscasse, des Fiscus, wird durch besondere deshalb vorhandene Gesetze bestimmt. Art. 2098.)

**) Art. 2096. 97. 2107 — 13.

***) Der bekannte Grundsatz: *qui prior est tempore, potior est iure*, findet also hier keine Anwendung, sondern kommt nur bei den einfachen Hypotheken zur Anwendung, vgl. Art. 2134. Dasselbe schreibt das röm. R. vor: „*Privilegia non ex tempore aestimantur, sed ex causa; et si eiusdem tituli fuerint, concurrunt, licet diversitates temporis in his fuerint.*“

Hypothekenbücher auf gesetzlich bestimmte Art öffentlich bekannt gemacht worden sind; ausgenommen die im §. 333. dargestellten Privilegien. Bei dem Verkäufer (§. 335. N. 1.) ist zur Sicherheit seines Privilegs die vom Käufer geschehene Eintragung *) des Kaufcontractes hinreichend, ebenso bei dem Gläubiger der dem Käufer das bezahlte Geld vorgeschossen hat und durch den Kaufcontract in die Rechte des Verkäufers eingesetzt worden ist. **) Der Miterbe oder Mitinteressent (copartageant) muß binnen 60 Tagen die Einzeichnung vornehmen lassen; ebenso erhalten die Baumeister u. s. w. ihr Privileg erst von dem Tage an, wo das Protocoll, aus welchem die Localbeschaffenheit erhellet, eingezeichnet ist. ***) Die Gläubiger und Legatarien endlich, welche auf Separation des Vermögens des Verstorbenen von dem des Erben angetragen haben, können nur unter der Bedingung ihr zustehendes Privileg gegen die Gläubiger der Erben geltend machen, daß die Einzeichnung iener Immobilien 6 Monate vom Erbanfalle an geschehen ist. ****)

*) Die Eintragung (transcription) ist von der Einzeichnung (inscription) verschieden, dort wird die Urkunde ganz abgeschrieben, hier bloß die Forderung selbst bemerkt.

**) Vgl. Art. 2108.

***) Vgl. Art. 203. 4. 2110.

****) Art. 2111. vgl. 878. Da dieses Privileg sich nur auf die Gläubiger der Erben bezieht und eigentlich bloß eine Vermögenstrennung ist, so haben wir es oben (§. 335.) nicht angeführt. Bei Zachariä §. 120. N. 1. ist zu lesen: die Sonderung der Erbschaft von dem Vermögen des Erben u. s. w. (nicht des Schuldners.)

Zweites Capitel:
von den Hypotheken.

§. 338.

Vorerinnerung. *)

Die Hypothek ist ein Recht, welches dem Gläubiger zur Sicherheit seiner Forderung auf eine unbewegliche Sache zusteht, und unterscheidet sich 1) von dem Pfande und der Antichresis darin, daß hier die Sache nicht wirklich übergeben wird; 2) von dem Pfande (gage) insonderheit, daß die Besitzer der Hypothek nicht in der Reihe der Privilegien aufgezählt werden, sondern erst nach diesen in Betracht kommen; **) 3) von der Antichresis insonderheit, daß diese bloß dem Gläubiger das Recht ertheilt, die Nutzungen des übergebenen Gutes zu ziehen, aber an und für sich so wenig mit einem Privileg in Hinsicht auf andere Gläubiger und mit einer Hypothek in Hinsicht auf dritte Besitzer verbunden ist. ***) Die Antichresis gehört also gar nicht in den gegenwärtigen Anhang, das eigentliche Pfand (Faustpfand) aber in

*) Art. 2114—20.

**) Vgl. Art. 2071. 2102. N. 2. Die Eintheilung Zachariä's, daß das mit dem physischen Besitz verbundene Pfandrecht, das Faust- und Nutzungspfand, das nicht damit verbundene aber die Privilegien und Hypotheken unter sich begreife, ist um deswillen nicht ganz passend, weil ja das Faustpfand (gage) stets ein Privileg mit sich führt.

***) Vgl. Art. 2085. 91.

das vorige Capitel, weil damit ipso iure ein Privileg verbunden ist. Die Hypothek kann übrigens nur auf unbewegliche *) im menschlichen Commerz befindliche **) Güter und die für unbeweglich zu haltenden Zubehörungen derselben, oder auf den Nießbrauch davon, ***) so lange er dauert, sich beziehen. (vgl. §. 126.) Die Constitution selbst geschieht entweder unmittelbar durch das Gesetz, oder durch richterliche Urtheile und gerichtliche Handlungen, oder endlich durch Verträge; es giebt folglich drei Arten der Hypotheken: gesetzliche, gerichtliche und conventionelle, die wir sowohl einzeln, als in ihrem Verhältniß zu einander darstellen müssen.

§. 339.

I. verschiedene Arten der Hypotheken:

A. gesetzliche Hypotheken. ****)

Eine unmittelbar gesetzliche Hypothek haben
1) die Ehefrauen an dem Vermögen ihrer Männer,

*) Nach röm. R. besteht der Unterschied zwischen *pignus* und *hypotheca* bloß darin, daß dort die Sache (in die Faust, *pignus*) übergeben wird (daher die Benennung Faustpfand) hier nicht, Ienes ist freilich nur bei beweglichen Sachen eigentlich denkbar, vgl. §. 7. J. IV, 6. L. 9. §. 2. D. XIII, 7. L. 238. §. 2. D. L, 16. Juristisch ist aber durchaus keine Verschiedenheit, wie der C. N. sie annimmt, vorhanden, und mit Recht sagt daher Marcian in der L. 5. §. 1. D. XX, 1.: „*Inter pignus et hypothecam tantum nominis sonus differt.*“

**) Vgl. L. 9. §. 1. D. XX, 1.: „*Quod emtionem venditionem recipit, etiam pignorationem recipere potest.*“

***) Vgl. L. 11. §. 2. D. eod.

****) Art. 2121. 22. 2135.

wegen ihres Heirathsgutes und ihrer Eheverabredungen, vom Tage der Heirath an gerechnet; ebenso wegen der Dotalsummen, welche ihnen während der Ehe durch Succession oder Schenkung zugefallen sind, jedoch erst vom Tage der eröffneten Succession oder geschehenen Schenkung an gerechnet; endlich auch wegen der Entschädigung für die mit ihrem Manne contrahirten Verbindlichkeit, und der Verwendung der aus der Veräußerung ihrer eigenthümlichen Sachen erhaltenen Summe, von dem Tage der eingegangenen Verbindlichkeit und des geschehenen Verkaufes an. *)

2) Die Minderjährigen und Interdicirten an dem Vermögen ihres Hauptvormundes wegen der Führung ihrer Tutel, von dem Augenblicke an, wo sie dieselbe übernommen haben. ***)

3) Der Staat, die Gemeinden und öffentlichen Anstalten an den Gütern ihrer Einnehmer und Rechnungsbeamten. ****) Ueber-

*) Auch nach röm. R. hat die wahre und putative Ehefrau, oder wer sonst statt ihrer die Rückgabe fordern kann, wegen der Brautgabe und deren Vermehrung und wegen der donatio propter nuptias und der Paraphernalien, wenn die letztern in baarem Gelde bestehen, ein gesetzliches und in Hinsicht auf die dos und deren Vermehrung noch dazu privilegiertes Pfandrecht auf das Vermögen ihres Mannes. Vgl. Thibaut §. 643.

**) Vgl. Zachariä §. 121. N. 1.

***) Vgl. L. 5. C. V, 30. L. 20. C. V, 37. Nov. XXII, c. 40. Nov. CXVIII, c. 5.

****) Nach unserer gemeinen Praxis hat der Fiscus, dem man auch Stadtaerare häufig gleichsetzt, ebenfalls ein stillschweigendes Pfandrecht in bonis administratorum, vgl. Hofacker §. 1179. Die L. 1. C. VII, 73. redet bloß von den Rückständen der Primipilarverwaltung.

haupt ist die gesetzliche Hypothek, in den bisher erwähnten Fällen, so allgemein, daß nicht bloß das gegenwärtige, sondern auch das künftige Vermögen darunter begriffen wird.

§. 340.

B. gerichtliche Hypotheken. *)

Eine gerichtliche Hypothek, welche sich in der Regel wieder sowohl auf das gegenwärtige als künftige Vermögen des Schuldners erstreckt, wird auf doppelte Weise begründet: 1) durch ein richterliches Urtheil, einerlei, es mag dasselbe ein contradictorisches oder contumacial Urtheil seyn, d. h. entweder ein solches, das nach dem Erscheinen und Verhör des Gegentheils, oder zur Strafe seines Nichterscheinens gefällt ist, einerlei ferner, ob es definitiv oder nur provisorisch ausgesprochen ist. **) Hierbei ist indessen zu bemerken: daß schiedsrichterliche Entscheidungen nur wenn ihre Vollstreckung gerichtlich befohlen ist, eine Hypothek hervorbringen, und ebenso im Ausland gesprochene Entscheidungen. ***) 2) Entsteht eine gerichtliche Hypothek aus der gerichtlichen Anerken-

*) Art. 2123.

**) Auch durch ein Urtheil in erster Instanz. Vgl. Zachariä §. 122. N. 2.

***) Nach römischem Recht entsteht bekanntlich das richterliche oder prätorische Pfand durch eine iede wirklich erfolgte Immission in fremde Güter, als solche, vgl. Thibaut §. 641.

nung und Bewährung eines unter Privatunterschrift ausgestellten verbindlichen Actes. *)

§. 341.

C. *conventionelle Hypotheken:*

- I. *wer kann eine conventionelle Hypothek bewilligen und welches Vermögen auf diese Art hypothecirt werden?*

Die conventionelle Hypothek kann nur von solchen Personen bewilligt werden, die eine freie Disposition ihres Vermögens haben. Hat daher Iemand an der befragten Sache bloß ein widerrufliches, oder der Rescission unterworfenenes Recht, so kann er auch nur eine solche Hypothek daran gestatten, die seinem Rechte entspricht, die ebenso widerruflich und auflösbar ist. Aus diesem Grunde können die provisorisch übertragenen Güter der Minderjährigen, Interdicirten und Abwesenden nur aus gesetzlich begründeten Ursachen und auf die gesetzlich vorgeschriebene Art, oder einem rechtlichen Erkenntniß gemäß, hypothecirt werden. **) Zukünftige Güter können, eben weil die actuelle Disposition darüber wegfällt, in der

*) Erhard übersetzt: „einer unter Privatsignatur deshalb ausgestellten, verbindlichen Verlicherung.“ Es ist aber durchaus nicht nöthig, daß der obligatorische Act das Versprechen eine Hypothek zu bestellen, zu enthalten braucht; das Gesetz redet allgemein von einem *acte obligatoire*. Ueber die Frage: ob die Inscription auch bei einer bedingten oder nicht betagten Forderung vorgenommen werden können, vgl. Zachariä a. a. O. Anm.

**) Vgl. L. 5. §. 10. L. 13. D. XXVII, 9.

Regel nicht der Hypothek unterworfen werden, *) ausgenommen wenn die gegenwärtigen schuldenfreien Güter nicht hinreichen sollten, den Gläubiger gehörig sicher zu stellen, oder wenn das hypothecirte Grundstück untergegangen oder deteriorirt seyn sollte.

§. 342.

2. für welche Forderungen ist die conventionelle Hypothek gültig? **)

Jede conventionelle Hypothek ist bloß insofern gültig, als die Summe, zu deren Sicherheit sie gegeben wird, gewiß und in der Schuldverschreibung genau bestimmt ist. Beruht dagegen die Forderung in Hinsicht ihrer Existenz auf einer Bedingung, oder ist sie in Ansehung des darin enthaltenen Quantum unbestimmt gelassen: so kann der Gläubiger die Inscription nur bis auf den Betrag des ohngefähr angegebenen und vom Gläubiger etwa moderirten Schätzungswerthes verlangen.

§. 343.

3. wie wird die conventionelle Hypothek errichtet? ***)

Eine conventionelle Hypothek kann nicht anders errichtet werden, als durch eine öffentliche Urkunde

*) Anders nach römischem Recht, vgl. L. 1. 15. D. XX, 1.
 „Conventio generalis in pignore dando bonorum vel postea
 „quaesitorum recepta est.“ L. 9. in f. C. VIII, 17.

**) Art. 2132.

***) Art. 2127 — 29.

vor zwei Notarien, oder vor Einem Notar und zwei Zeugen. *) Außerdem muß die Natur und Lage, eines Ieden dem Schuldner wirklich gehörenden, als Hypothek bestellten Grundstückes besonders angegeben und bezeichnet werden.

§. 344.

II. von dem Range der Hypotheken unter einander. **)

Iede Hypothek, sie mag nun gesetzlich oder conventionell seyn, nimmt erst von dem Tage ihren Rang unter den übrigen Forderungen ein, da der Gläubiger in der gesetzlich vorgeschriebenen Art und Weise eine Inscription derselben in das Hypothekenbuch bewirkt hat. Von dieser Vorschrift sind bloß die Ehefrauen, Minderjährigen und Interdicirten bei den ihnen gesetzlich zustehenden Hypotheken ausgenommen ***). (vgl. §. 339.) Demohngeachtet aber

*) Vgl. dagegen L. 4. 34. §. 1. D. XX, 1. L. 12. C. VIII, 14. L. 11. C. VIII, 18.

**) Art. 2134 — 45.

***) Es ist wohl ein Druckfehler, wenn Zachariä §. 126. sagt: „von dieser Regel sind jedoch ausgenommen: 1) die „ienigen privilegirten Hypotheken, die der 2101. „Artikel nahmhaft macht“ u. s. w. Denn es ist in diesem Artikel nicht von privilegirten *Hypotheken*, sondern von privilegirten an dem gesammten Mobiliarvermögen zustehenden *Forderungen* die Rede. Durch die Einzeichnung werden übrigens auch die im Art. 2102. erwähnten Privilegien nicht zu Hypotheken erhoben, weil Hypothek ihrem Begriffe gemäß stets eine unbewegliche Sache voraussetzt.

sollen die Ehemänner und Vormünder gehalten seyn, die auf ihren Gütern haftenden Hypotheken öffentlich bekannt zu machen, und deshalb für ihre Person unverzüglich die Inscription auf ihre ihnen ietzt und künftig zustehenden unbeweglichen Güter vornehmen lassen. Geschieht dieß nicht, so soll der Ehemann und Vormund, wenn er an seinem Vermögen andere Privilegien und Hypotheken bestellt, ohne den Gläubiger von den gesetzlichen Hypotheken seiner Frau und seiner Pflegebefohlenen zu benachrichtigen, als ein Betrüger (Stellionatar) angesehen und verhaftet werden. *) Ist die Einzeichnung in einem von volljährigen Personen geschlossenen Ehevertrag, oder von dem Familienrath, nur auf gewisse Grundstücke des Mannes oder Vormundes beschränkt worden, **) so sind die übrigen natürlich frei. Es kann jedoch nicht aus-

*) Ueber die dem Vormund so wie dem königlichen Procurator obliegende *Verbindlichkeit*, und das den Verwandten und Freunden des Minderjährigen oder der Ehefrau und den Letztern selbst zustehende *Recht*, die Inscription zu verlangen vgl. Art. 2137 — 39.

**) Die Rechtfertigung dieses Satzes übernimmt Treilhard, er bemerkt in Hinsicht der Männer: „*Cette disposition n'est pas nouvelle; elle remplace la disposition usitée, par laquelle on permettoit, dans le contrat de mariage, à un mari d'aliéner librement une partie de ses immeubles;*“ in Hinsicht der Vormünder: „*l'interdiction absolue dont on le frappe en couvrant tous ses biens d'inscriptions, peut quelquefois lui porter les plus grands préjudices. Conservons le bien des pupilles, mais ne ruinons pas les tuteurs, s'il est possible.*“

ausgemacht werden, daß gar keine Inscription gesucht werden solle, und die Hypothek des Mannes und Vormundes, welche nicht auf gewisse Güter eingeschränkt worden ist, kann nach Anhörung des königlichen Procurators durch ein gerichtliches Erkenntnis auf so viel unbewegliche Güter beschränkt werden, als zur vollständigen Sicherheit des Minderjährigen oder der Frau hinreichend ist. In Hinsicht auf die Beschränkung der Hypothek des Mannes insonderheit muß nicht nur die Ehefrau einwilligen, sondern auch die vier nächsten in einem Familienrathe versammelten Verwandten müssen darüber vorläufig ihr Gutachten ertheilt haben.

D r i t e s C a p i t e l :

g e m e i n s c h a f t l i c h e G r u n d s ä t z e .
§. 345.
I. von den Inscriptionen der Privilegien
und Hypotheken. *)

Da diese Lehre eigentlich mehr Vorschriften für die extrajudicielle Praxis enthält, als in die Theorie des Civilrechts gehört (vgl. §. 6.), so wollen wir darüber bloß Folgendes bemerken: 1) die Inscriptionen erfolgen auf dem Hypothekenbureau des Ortes, in dessen Bezirk die dem Privileg oder der Hypothek unterworfenen Güter gelegen sind, in der Regel auf Kosten des Schuldners, wiewohl der, welcher die Einzeichnung besorgt, sie vorschiesen muß, ausgenommen bei Legalhypotheken. Auch muß, wenn der Verkäufer, welcher die Eintragung (Transcription) des Kaufcontractes verlangt, wodurch ihm nach dem Obigen das an der verkauften unbeweglichen Sache eingeräumte Privileg erhalten wird, der Käufer die Kosten derselben tragen. **) 2) Die Inscription erhält die Hypothek oder das Privileg 10 Jahre lang, von dem Tage des Datums an gerechnet, in ihrer Kraft, ist aber dieselbe nicht vor dem Ablauf dieser Zeit erneuert worden, so erlischt ihre Wirkung.

*) Art. 2146 — 56. **) Vgl. Art. 2155.

3) Alle an einem Tage, ohne Unterschied ob Morgens oder Abends, inscribirten Gläubiger haben eine gleiche Hypothek, oder ein gleiches Privileg, von demselben Datum, woran jeder im Verhältniß seiner Forderung Theil hat. *)

§. 346.

II. von der Ausstreichung und Reduction der Inscriptionen:

A. von der Ausstreichung derselben. **)

Die Inscriptionen können entweder mit Einwilligung der Interessenten, welche dieselbe zu ertheilen fähig sind, ***) oder kraft eines in letzter Instanz erlassenen, oder in Rechtskraft übergegangenen Urtheiles ausgestrichen werden. In beiden Fällen muß der, welcher die Ausstreichung verlangt, entweder eine Ausfertigung der öffentlich beglaubigten die Einwilligung enthaltenden Urkunde, oder des Urtheiles, auf dem Hypothekenbureau niederlegen. Die vielen hierbei eintretenden nähern Bestimmungen sind im Gesetzbuche selbst nachzulesen.

*) Art. 2147. (Bei der Inscription der Art. 2102. angeführten Gläubiger kann nur von einem inscribirten Privileg, nicht von einem hypothekarischen Recht die Rede seyn.)

**) Art. 2157 — 60.

***) Die verheiratheten Frau oder dem Minderjährigen, welche auf Inscription für sich allein angetragen haben (vgl. §. 344. Note), steht das Recht nicht zu, sie ohne Formalität wieder austreichen zu lassen: „*le désistement de cette inscription, qui seroit une véritable aliénation n'est pas plus libre de leur part, que toute autre aliénation.*“ *Motifs.*

§. 347.

*B. von der Reduction. *)*

So oft die Inscriptionen auf mehr Güter, als die Sicherheit der Forderung nöthig machte, geschehen sind, steht dem Schuldner, von conventionellen Hypotheken abstrahirt, **) das Recht zu, auf die Reduction der Inscriptionen, oder auf die Ausstreichung eines Theiles derselben, insoweit sie nemlich das billige Verhältniß übersteigen, bei dem competenten Gericht anzutragen. Namentlich sind aber die auf mehrere Güter gerichteten Einzeichnungen für übermäfsig zu halten, wenn der Werth derselben den Betrag der Schuldforderungen an Capital und Zinsen um ein Drittel übersteigt. u. f. w. ***)

§. 348.

III. *von der Wirkung der Privilegien und Hypotheken in Hinsicht auf dritte Personen. ****)*

In Hinsicht auf dritte Personen gilt der Grundsatz: dafs Gläubiger, welchen ein auf Immobilien ein-

*) Art. 2161 — 65.

**) Wenn jedoch die inscribirte Summe einseitig vom Gläubiger bestimmt worden ist, so findet gleichfalls Reduction statt, vgl. Art. 2163 — 65.

***) Ueber die bei dem Vormunde und Ehemann eintretenden nähern Bestimmungen in Hinsicht auf die Reduction vgl. §. 344 a. E.

****) Art. 2166 — 79. vgl. Zachariä §. 136., welcher die hierbei eintretenden Grundsätze genau entwickelt hat.

gezeichnetes privilegirtes, oder hypothekarisches Recht zusteht, ihre Rechte daran, in welche Hände sie auch immer übergehen, behalten, und nach der Ordnung ihrer Forderungen oder Inscriptionen collocirt und bezahlt werden; der dritte Besitzer müßte denn sein Eigenthum von den Privilegien und Hypotheken befreit haben, oder dasselbe aufgeben.

§. 349.

IV. von der Erlöschung der Privilegien und Hypotheken. *)

Privilegien und Hypotheken hören im Allgemeinen auf: 1) wenn die Hauptverbindlichkeit erlischt; 2) wenn der Gläubiger auf die Hypothek Verzicht leistet; **) 3) wenn er die Formalitäten beobachtet und die Bedingungen erfüllt, die dem dritten Besitzer vorgeschrieben sind, wenn er das von ihm erworbene Grundstück frei machen will; 4) wenn die Forderungen verjährt werden. Die Verjährung läuft zum Besten des besitzenden Schuldners in der gewöhnlichen Zeit ab, zum Besten eines dritten Besitzers, in der Zeit, welche zur Erlangung des Eigenthumes nöthig ist. Wird dabei eine Urkunde vorausgesetzt, so wird

*) Art. 2130. (Die beiden aus dem röm. R. bekannten Arten der Aufhebung, die *resolutio iuris quod debitori competebat*, vgl. L. 31. D. XX, 1. L. 3. D. XX, 6. und *interitus rei debita*, vgl. L. 16. §. 2. D. XX, 1. L. 8. D. XX, 6., übergeht der C. N. mit Stillschweigen, sie verstehen sich aber von selbst.)

**) Ueber die Frage: welche Handlungen als Verzichtleistung betrachtet werden? vgl. Zachariä §. 138. N. 1.

die Zeit vom Tage der Inscription an gerechnet; doch sollen die vom Gläubiger bewirkten Inscriptionen die Verjährung zum Besten des Schuldners oder dritten Besitzers nicht unterbrechen. *)

§. 350.

V. *von der Art und Weise sein Eigenthum von den Privilegien und Hypotheken zu befreien. **)*

Wenn ein dritter Besitzer die an sich gebrachten Güter von den auf ihnen haftenden Privilegien und Hypotheken befreien will, so sind ihm sehr viele Formalitäten und Bedingungen vorgeschrieben, und zwar sowohl wenn wirklich Inscriptionen vorhanden sind, als wenn, wie dies bei den hypothecirten Gütern der Männer und Vormünder der Fall ist, keine Inscription derselben besteht. Diese Lehre kann aber so wenig hier näher auseinandergesetzt werden, als die Lehre von der Publicität der Register und Verantwortlichkeit der Hypothekenbewahrer hierher gehört.

*) Ausser diesen allgemeinen Beendigungsarten hört insonderheit eine privilegirte oder nicht privilegirte Hypothek auf 1) in den Fällen der Art. 2154. und 98. 2) so oft die in dem §. 346. 47. und 50. erwähnten Voraussetzungen eintreten.

**) Art. 2181 — 95.

V i e r t e s B u c h :

E r b r e c h t.

Quellen: 1) *Livre III. Titre 1.* Decretirt den 19ten, promulgirt den 29sten April 1809. 2) *Livre III. Titre 2.* (vgl. S. 259.)

Hülfsmittel: Zu 1. sind zu bemerken: 1) *Motifs par Treilhard*; 2) *Rapport par Chabot*; 3) *Discours par Siméon*. 4) *Traite de la succession par Favard* in dessen *Répertoire de la législation du notariat* und seiner *Conférence du Code Nap.* 5) *Traité méthodique et complet sur la transmission des biens par successions, donations et testaments, suivant les lois anciennes intermédiaires et nouvelles par Tissandier.* Paris 1805 fg. VIII T. in 8. 6) *Die französische Erbfolge in der französischen Republik von K. Fr. Pfender.* Koblenz 1804. 7) *Die Erbfolge nach Frankreichs Civilgesetzbuch von M. I. Grebel.* Koblenz 1805.

Die Hülfsmittel zu *Livre III. Titre 2.* sind bereits oben S. 259. angeführt worden.

§. 351^a.

allgemeine Vor Erinnerung.

Die Organisation des Staates würde sehr unvollkommen seyn, Alles der factischen Willkühr preis gegeben werden, wenn kein Mittel existirte, das äußere

Vermögen der verstorbenen Bürger mit Sicherheit auf die Ueberlebenden zu übertragen. Jeder Bürger hinterläßt nemlich bei seinem Tode eine Stelle in der bürgerlichen Gesellschaft, er hatte Vermögen zu verwalten, Rechte auszuüben, Verbindlichkeiten zu erfüllen, soll alles dieses durch seinen Tod aufhören und verloren gehen, oder durch welches Mittel wird es erhalten? — Das Mittel, welches in einem ieden nur einigermaßen gut eingerichteten Staate sich findet, diesen Zweck zu erreichen, ist das **Erbrecht**, worunter wir den Inbegriff derjenigen Normen verstehen, welche bei der Uebertragung (Delation), und dem Erwerb einer Erbschaft, oder des hinterlassenen Vermögens eines Verstorbenen, statt finden. Schon aus dem so eben angeführten Begriffe des Erbrechts ergiebt sich, daß wir bei der Darstellung desselben auf zwei Hauptpuncte unsere Aufmerksamkeit richten müssen: auf die Uebertragung (Delation) desselben an und für sich, und auf die Art und Weise wie das gehörig deferirte Erbrecht erworben werden kann.

Erster Hauptabschnitt:
von der Delation des Erbrechtes.

Erstes Hauptstück:
allgemeine Grundsätze über die Delation.

Quelle: *Livre III. Titre 1. chap. 1 und 2.*

§. 351^b.

I. *wem wird die Erbschaft deferirt, wer kann Erbe seyn?*

A. *können Ausländer Erben seyn? *)*

Ueberhaupt wird die Erbschaft deferirt, es können Erben seyn, sowohl Inländer als Fremde. Was zunächst die Letztern betrifft, so erben sie das Vermögen ihrer im Königreich verstorbenen Verwandten, einerlei, ob diese Westphalen sind, oder nicht, nur in den Fällen und auf die Weise, als in ihrem Vaterlande den westphälischen Bürgern ein gleiches Erbrecht gestattet wird. **) Der im allgemeinen Theile (§. 11.) aufgestellte Grundsatz der Retorsion,

*) Art. 726.

**) Nur unter dieser Voraussetzung kann natürlich auch der Erblasser ein Fremder seyn.

dafs nemlich ein Ausländer im Königreiche dieselben Rechte geniessen soll, welche den Westphalen durch die Verträge der Nation, zu welcher der Ausländer gehört, eingeräumt sind oder eingeräumt werden, findet auch hier seine Anwendung.

§. 352.

B. *inwiefern können einheimische Bürger Erben seyn:*

I. *sie müssen im Augenblick der Delation existiren. *)*

Die erste Bedingung, unter welcher einheimische Bürger nur allein erben können, ist die zur Zeit der Delation nothwendige Existenz. So oft diese Voraussetzung wegfällt kann auch von keiner Delation die Rede seyn. Namentlich sind deshalb unfähig: 1) Kinder, die zur Zeit, wo der Erblasser starb, noch nicht empfangen sind; es gilt überhaupt die Regel: *le mort saisit le vif*, um aber die Stelle eines Andern einnehmen zu können muß man existiren. Die bloße Empfängnis reicht aber zur Existenz, mithin auch zur Erbfähigkeit hin, weil die bloß Empfangenen nach einem bekannten Rechtsgrundsatz, so oft von ihrem Vortheil die Rede ist, als geboren und lebend betrachtet werden. **) 2) Gehören hierher: nicht lebensfähige Kinder. Die Lebensfähigkeit (Vitalität) wird nach dem Obigen (§. 31.) bekanntlich darnach beurtheilt, ob das lebendig gebohrne Wesen so

*) Art. 725. vgl. überhaupt Thibaut §. 792 — 96.

**) Vgl. L. 26. D. I, 5.

lange von der Mutter getragen ist, daß es, auch wenn es noch nicht ganz vollkommen ausgewachsen seyn sollte, dennoch außer der Mutter sein Leben fortsetzen kann. *) 3) Endlich sind aus dem angeführten Grunde unfähig die bürgerlich Todten. **) Der Augenblick aber, wo der bürgerliche Tod eintritt, muß nach der Verschiedenheit des richterlichen Urtheiles bestimmt werden (vgl. §. 16.)

§. 353.

2. *sie dürfen nicht unwürdig seyn zu erben. ***)*

Als unwürdig von dem Erbrechte ausgeschlossen sind: 1) diejenigen, welche den Erblasser haben tödten wollen und deshalb verurtheilt sind, das öffentliche Gerücht, ja sogar der gehörig erwiesene Todschlag oder Versuch zu morden ist nicht hinreichend. ****) 2) Diejenigen, welche eine Capital-

*) Man hatte vorgeschlagen, ein Kind nur dann für lebensfähig zu erklären, wenn es 10 Tage lang nach seiner Geburt gelebt haben würde; allein die Schwierigkeit, sichere und einförmige Regeln in diesem Punkte festzusetzen, machte es zur Nothwendigkeit, es hierbei auf die Entscheidung der Kunstverständigen ankommen zu lassen, vgl. Maleville ad Art. 315.

**) Vgl. §. 1. J. I, 12. L. 17. §. 1. D. XLVIII, 19.

***) Art. 727—30. Nach röm. R. sind noch viel mehr Fälle angeführt, in welchen das Erbrecht wegen Unwürdigkeit entzogen werden soll, vgl. T. T. D. XXXIV, 9. C. VI, 35. Treilhard bemerkt aber: „*Il ne faut pas, sous le prétexte spécieux de remplir la volonté présumée d'un défunt, autoriser des inquisitions qui pourroient être également injustes et odieuses.*“

****) „*Qui mortuum occidit illive culpa mortis causam dedit.*“ Vgl. L. 3. 7. §. 4. D. XXXIV, 9. Den Grund s. bei Maleville ad Art. 727.

klage, d. h. eine solche, die für den Angeklagten die Strafe des natürlichen oder bürgerlichen Todes nach sich zieht, ungegründeter Weise gegen den Verstorbenen erhoben haben. *) 3) Die grofsiährigen Erben, welche wufsten, dafs der Erblasser ermordet sey, dieses aber bei Gericht nicht angezeigt haben. **) Nur die Ascendenten und Descendenten des Mörders, die in auf und absteigender Linie mit ihm verschwägerten Personen, ebenso die Ehegatten, Geschwister, Oheime und Tanten, Neffen und Nichten desselben, verlieren ihr Erbrecht nicht durch unterlassene Anzeige des Mordes. Der Gesetzgeber hält sie durch das so sehr nahe verwandtschaftliche Verhältnifs, in dem sie mit dem Mörder stehen, entschuldigt. ***) Der als unwürdig von der Succession ausgeschlossene Erbe mufs übrigens alle seit der Delation genossenen Früchte und Einkünfte zurückgeben; er ist jedoch nicht ipso iure von der Erbschaft ausgeschlossen, sondern wird erst von der erklärten Unwürdigkeit an ****) als ein Besitzer in bösem Glauben betrachtet. Die vorher von ihm etwa vorgenommenen Veräußerungen bleiben daher auch, wenn die Erwer-

*) „*Qui mortuum ab crimine detulit, vel accusanti suppetias tulit.*“ Vgl. L. 1. 5. §. 10. D. eod.

**) „*Qui necem mortui vindicare omisit.*“ L. 17. 20. 21. D. eod.

***) „*Nous avons pensé que le défaut de dénonciation ne pourroit être opposé à ceux qui, unis avec le meurtrier par les liens d'une parenté étroite, ne pourroient le dénoncer sans blesser les règles de la morale et de l'honnêteté publique.*“ *Motifs.*

****) Die Unwürdigkeit unterscheidet sich eben dadurch von der Unfähigkeit, dafs sie nicht von Rechtswegen eintritt.

ber von der Unwürdigkeit nichts gewußt haben, ohne Zweifel gültig; der wahre Erbe kann aber von dem Unwürdigen dafür eine Entschädigung verlangen. *)

§. 354.

II. *wessen Erbschaft wird deferirt?*

A. *Beantwortung im Allgemeinen. **)*

Die Frage: wessen Erbschaft deferirt werde? versteht sich von selbst, wenn die Person des Erblassers und die Zeit seines Todes außer Zweifel ist, einerlei, ob derselbe eines natürlichen Todes stirbt, oder als bürgerlich todt betrachtet wird. Bisweilen aber ist es ungewiß, wer eigentlich die Erbschaft hinterlassen, oder wer den Andern überlebt habe? namentlich wenn mehrere Personen, welche einander gegenseitig zur Erbfolge berufen waren, zu gleicher Zeit, in demselben Ereigniß umkommen. In diesem Falle wird die Frage, welche Person die andere überlebt habe, und die Erbschaft welcher also deferirt sey, vor allen Dingen nach den Umständen des Factums bestimmt, ihnen muß jede Vermuthung weichen. Wenn es z. B. auch noch so wahrscheinlich ist, daß bei dem Einsturz eines Gebäudes der Stärkere zuletzt

*) Die Kinder des Unwürdigen, welche suo iure und nicht durch Repräsentation erben, sind von der Erbfolge nicht mehr wie nach älterm franz. R. ausgeschlossen, vgl. §. 360. Der Unwürdige kann aber in keinem Fall den gesetzlichen Nießbrauch an dem Vermögen seiner Kinder verlangen, vgl. §. 83.

**) Art. 720.

umgekommen sey, so fällt doch diese Vermuthung weg, wenn gezeigt werden kann, daß das Gebäude zuerst und hauptsächlich auf den Schwächern fiel. Erst wenn die factischen Umstände keine Auskunft geben, so treten subsidiair Vermuthungen ein, welche von der, durch das Alter, oder das Geschlecht begründeten Lebenskraft hergeleitet sind, *) und die wir ietzt näher beschreiben wollen.

§. 355.

B. Interpretationsregeln bei zweifelhaften Fällen. **)

In Ermangelung factischer Umstände sind folgende specielle Regeln vorgeschrieben: 1) wenn alle Umgekommenen noch nicht 15 Jahre alt waren, so wird vermuthet, daß der Aeltere den Jüngern, umgekehrt wenn Alle über 60 alt waren, so wird vermuthet, daß der Jüngere den Aelteren überlebt habe;

*) „C'est d'abord par les circonstances du fait qu'il faut décider, s'il est possible, la question de la survie; mais si l'on ne peut tirer aucune lumière des circonstances du fait, c'est dans la force de l'âge ou du sexe qu'il faut puiser, ie ne dirai pas des preuves, mais les conjectures les plus vraisemblables.“ Treilhard. „Les faits sont au-dessus des présomptions, qui ne peuvent en être que le supplément.“ Siméon.

**) Art. 721. 22. Ueber die abweichenden Bestimmungen des röm. R. vgl. Thibaut §. 211. Man könnte daran zweifeln, ob die nemlichen Vermuthungen auch bei der testamentarischen Beerbung eintreten, wenn entschieden werden soll, wer von beiden, der Testator oder Erbe, den Andern überlebt habe, wenn sie Beide durch den nemlichen Zufall umgekommen sind, vgl. jedoch Maleville ad Art. 722.

2) wenn Einige der Umgekommenen unter 15, Andere über 60 alt waren, so streitet für jene die Vermuthung; 3) wenn aber endlich alle Umgekommenen über 15 oder weniger als 60 alt waren, so kommt es darauf an: ob entweder das Alter gleich, wenigstens nicht über ein Jahr verschieden war, oder ob ein gröfserer Unterschied statt fand; in jenem Falle wird angenommen, dafs die männliche Person die weibliche überlebt habe; in diesem, dafs die ältere Person vor der längern gestorben sey. Dasselbe gilt, wenn die Umgekommenen alle miteinander männlichen oder weiblichen Geschlechtes waren.

§. 356.

III. *wie wird die Erbschaft deferirt?*

Da es auf der einen Seite hart seyn würde und ungerecht, wenn man die Erklärung des letzten Willens eines Bürgers nach seinem Tode nicht ehren wollte, so würde es auf der andern Seite eine unverzeihliche Nachlässigkeit der gesetzgebenden Gewalt im Staate seyn, wenn sie nicht auch auf den Fall Vorkehrungen getroffen und bestimmte Vorschriften ertheilt hätte, wo ein Bürger, ohne vorher über sein Vermögen disponirt zu haben, vom Tode ereilt wird. *) Es giebt und mufs also, wenn nicht Ungewifsheit des

*) „*Aussitôt que nous mourons, — sagt Siméon — tous les liens qui tenoient nos propriétés dans notre dépendance se rompent; la loi seule peut les renouer: sans elle les biens destinés de leurs maîtres seroient au premier occupant; chaque décès rameneroit l'incertitude et les désordres que l'état social a fait cesser.*“

Eigenthumes und wilde Anarchie herrschen soll, eine doppelte Art der Beerbung geben: testamentarische und intestat Beerbung.

§. 357.

IV. zu welcher Zeit und an welchem Orte wird die Erbschaft deferirt? *)

Was 1) die Zeit betrifft, so wird die Erbschaft von dem Augenblicke an deferirt, worin Iemand stirbt, oder in den bürgerlichen Tod verfällt. **) Wenn das Letztere der Fall ist, so beginnt der bürgerliche Tod, wie wir bereits oben bemerkt haben (§. 16a.), bei contumacial Vertheilungen erst nach fünf Jahren, von der bildlichen Execution an gerechnet, bei contradictorischen Verurtheilungen aber vom Tage der wirklichen Execution an. Der natürliche Tod des Erblassers ist im Zweifel zu beweisen, doch wird er bekanntlich bei lange abwesenden (verschollenen) Personen unter gewissen Umständen vermuthet. (Vgl. §. 12^b. fg.) Die gehörig deferirte Erbschaft wird auf der andern Seite erworben, bei Testamentserben durch Antretung, bei Intestaterben
aber

*) Art. 718. 19. 110.

**) „On ne regarde point ce coupable qui, graces à l'humanité des lois, a conservé sa tête, mais marquée du sceau de l'infamie: il respire, il n'est point séparé de la nature, mais il l'est de la société qu'il a grièvement offensée; elle lui a retiré les prérogatives qu'elle donne; elle protégera encore la vie qu'elle lui a laissée, mais comme celle d'un esclave de la peine, qui ne peut rien posséder, qui n'a ni existence ni droits civils.“ *Siméon.*

aber in der Regel ohne Weiteres, von Rechtswegen. *)
 2) Was den Ort der Eröffnung der Erbschaft betrifft,
 so richtet sich dieser nach dem Wohnsitze **) und die-
 fer ist nach dem Obigen (§. 10b.) an dem Orte, wo
 der Erblasser seine Hauptniederlassung hatte.

*) Vgl. Art. 724. Hiermit ist der andere Satz nicht zu ver-
 wechseln: daß der Erbe, der ipso iure Erbe geworden,
 nicht verbunden ist, die Erbschaft zu behalten. Vgl.
 §. 4000.

**) (Nach röm. R. kann die Erbschaftsklage (hereditatis petitio)
 nach der gemeinen Meinung nur an dem Orte angestellt
 werden, wo die Erbschaft, oder wenigstens der größte Theil
 derselben, gelegen ist; richtiger aber ist es, daß auch der
 Gerichtsstand des Wohnortes des Besitzers der Erbschaft für
 zuständig gehalten werden muß, vgl. L. un C. III, 20.
 L. 66. §. 4. D. XXXVI, 1.)

Zweites Hauptstück:
von der Intestatbeerbung infonderheit.

E r f t e r A b f c h n i t t:
vorläufige Bemerkungen.

Quelle: *Livre I. Titre 1. chapitre 3. sect. 1. 2.*

§. 358.

I. *von der Verschiedenheit des
Vermögens. *)*

Im Allgemeinen ist zu bemerken: dafs bei der Intestaterbfolge kein Unterschied in Hinsicht auf die Natur und den Ursprung des Vermögens statt finden soll, und namentlich also der Erbe gewisse Güter nicht ausschliessend in Anspruch nehmen kann, unter dem Vorwande, dafs sie von seiner Linie herrühren; der ganze Nachlass soll vielmehr, ohne den Ursprung und die Beschaffenheit der darin enthaltenen Güter zu berücksichtigen, **) stets nur ein einziges Vermögen

*) Art. 731 — 33.

**) Ehemals war dies in den pays coutumiers in Frankreich allgemeine Regel, der Unterschied der Natur und des Ursprunges der Güter erzeugte zahllose Streitigkeiten und Processe. Ia selbst die Liquidation und Theilung der nicht bestrittenen Erbschaften konnte immer nur von Gesetzkundigen vorgenommen werden. Schon durch ein Gesetz vom 6. Län-

bilden. Jede den Ascendenten oder Seitenverwandten zugefallene Erbschaft wird gleichmäfsig unter die väterliche und mütterliche Linie vertheilt.

§. 359.

II. von der Computation der Verwandtschaft. *)

Um die Erben zu erkennen und ihnen ihre bestimmten Rechte anweisen zu können, mufs man bestimmen, in welchem verwandschaftlichen Verhältnifs sie mit dem Erblasser standen. Die Nähe der Verwandtschaft wird aber, wie wir oben (§. 18.) gesehen haben, durch die Zahl der Generationen bestimmt, und jetzt müssen wir noch von der Art, diese Generationen zu berechnen, oder technisch von der Computation der Grade handeln. Nach dem bisher üblichen Rechte gab es bekanntlich zwei Arten der Computation, die eine aus dem civil, die andere aus dem canonischen Rechte. Die letztere ist durch den *Code Napoléon*, der sich überhaupt in vielen Stücken an das reine römische Recht anschliesst, **) aufgehoben, und *Siméon*

ner 1803. (17. Nivose, an 2.) wurde diefs abgeschafft, und der *Code Napoléon* verordnet ausdrücklich eine gleichmäfsige Theilung der Erbschaft unter die beiden Linien.

*) Art. 735 — 38. Vgl. Thibaut §. 400. 401.

**) Der verdienstvolle *Siméon*, den unser Königreich als Minister zu verehren das Glück hat, macht hierbei die goldene Bemerkung, welche einem jeden neuen Gesetzgeber nicht genug kann empfohlen werden: „*Ce ne sont pas des innovations qu'il faut principalement attendre dans un Code; on aimera au contraire à y retrouver ce qu'on savoit, ce qu'on pratiquoit,*

bemerkt dabei die so interessanten, als wichtigen Worte: „*le droit canonique, bon pour régler la discipline intérieure du rit de l'église Romaine, n'a point d'autorité extérieure. Notre droit civil doit nous suffire. Sa computation est d'ailleurs la meilleure et la plus ancienne. Elle sera uniforme et uniquement suivie.*“ Man zählt also bekanntlich in gerader Linie so viel Grade, als es Generationen zwischen den Personen giebt, und in der Seitenlinie zählt man die Grade nach den Generationen von einem der Verwandten bis zu dem gemeinschaftlichen Stammvater, diesen nicht mitgerechnet, und von dem gemeinschaftlichen Stammvater bis zu dem andern Verwandten, dessen Verwandtschaft mit jenem bestimmt werden soll.

§. 360.

III. von der Repräsentation:

A. Begriff und Fundament dieses Rechts. *)

Das sogenannte Recht der Repräsentation besteht in einer Fiction, dessen Wirkung die ist, daß der Repräsentant in die Stelle, den Grad, und die Rechte desjenigen tritt, den er repräsentirt. **) In der Regel

„ce que l'usage avoit prouvé bon, ou ce que l'habitude avoit rendu
„commode et familier; on n'y désirera que la réforme des vices de
„législation bien constants, et les améliorations que réclament évi-
„demment le progrès des lumières et les changements survenus dans
„les mœurs et dans la position des fortunes.“ —

*) Art. 739. Vgl. Thibaut §. 683.

**) „Fiction heureuse — sagt Siméon — qui répare les torts d'un
„sort cruel, protège des orphelins, et réalise les espérances dans les-
„quelles ils avoient été conçus.“

werden zwar durch die Billigkeit und das Gesetz jedesmal die nächsten Verwandten, mit Ausschließung der Entferntern, zur Succession gerufen; da inzwischen die Anwendung dieser Regel in gewissen Fällen sehr unbillig seyn würde, so hat man von ieher dieser Unbilligkeit durch das gegenwärtige Recht vorgebeugt.

§. 361.

B. in welchen Fällen tritt dasselbe ein? *)

Das Recht der Repräsentation hat in der geraden absteigenden Linie bis ins Unendliche Statt, es ist völlig einerlei, ob man Enkel oder Urenkel u. s. w. ist; **) in der geraden aufsteigenden Linie fällt die Repräsentation weg, der nächste Ascendent soll in ieder Linie den Entfernteren ausschliessen. ***) In der Seitenlinie beschränkt sich die Repräsentation nur auf die Geschwisterkinder und Geschwisterkindskinder, einerlei, sie mögen mit Oheimen und Tanten concurriren

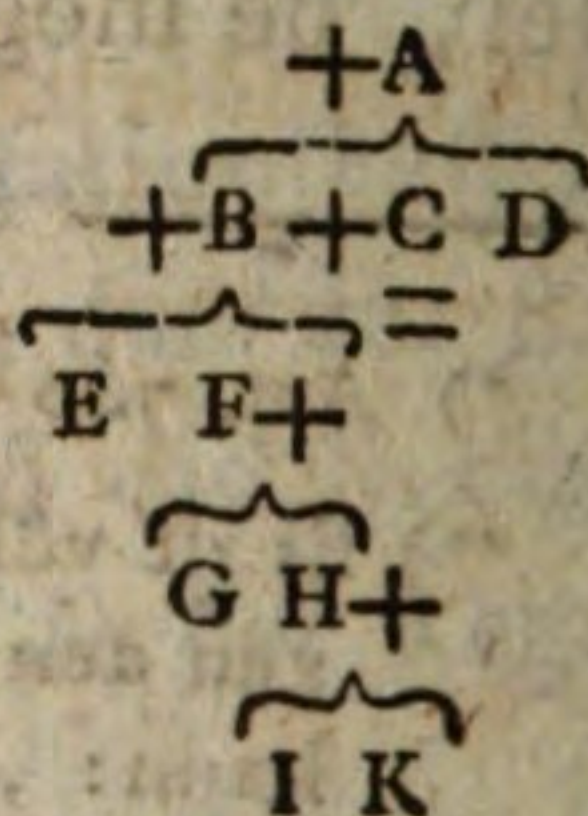
*) Art. 740 — 44.

**) Es ist völlig unbegreiflich, wie Pfender S. 31. und 32. gegen den klaren Ausspruch der Art. 740. und 45. behaupten kann: „Die Enkel, Urenkel u. s. w., erben auf die Köpfe, wenn alle Erben Enkel, oder alle Erben Enkel, oder alle Urenkel sind u. s. w., gerade so wie die Kinder. Wenn die Erben theils Enkel, theils Urenkel u. s. w. sind, so tritt die Repräsentation wieder ein, und hat bei ihnen ins Unendliche Statt.“

***) „La successibilité des ascendants est contre la marche ordinaire des évènements: on croit voir remonter un fleuve vers sa source; l'ordre de nature est troublé. Il n'y aura donc point de représentation pour ce cas extraordinaire.“ Siméon.

oder nicht. *) In allen Fällen der Repräsentation geschieht übrigens die Beerbung nach den Stämmen (in stirpes), dasselbe gilt von den Nebenlinien, und die Mitglieder eines Stammes oder einer Nebenlinie, succediren nach den Köpfen in capita. In dem in der Note gegebenen Schema erhält z. B. D. $\frac{1}{2}$, E. $\frac{1}{4}$, G. gleichfalls $\frac{1}{4}$, da I. K. nicht durch Repräsentation erben können, würde H. noch leben, so bekäme G. und H. ein jeder $\frac{1}{8}$. Kinder des Unwürdigen können sich, wie schon beiläufig (§. 353. N. *) bemerkt ist, nicht auf das Repräsentationsrecht berufen, sie sind

*) Die beiden vorigen Fälle stimmen bekanntlich mit den Vorschriften des römischen Rechts überein, nicht so dieser dritte. Man hielt es aber für schicklich, die Repräsentation auch auf die Kinder der Neffen (Geschwisterkindskinder) auszudehnen, weil man behauptete, dass der Verstorbene auch gegen diese die nemliche Zuneigung haben müßte. Die Gesetzgebungssection hatte sogar den Artikel 742. auf die Enkel der Vettern, auf I. K. ausgedehnt, allein diese Neuerung wurde nicht gut geheissen, weil, wie die *motifs* bemerken: „*les droits des collatéraux au troisième degré (versteht sich bis zu B. gerechnet) ne sont plus assez forts pour qu'on leur applique la fiction introduite d'abord en faveur des petits-fils, et étendue ensuite aux neveux et à leurs descendants.*“ Der Ausdruck Descendenten der Brüder oder Schwestern ist also in dem Artikel bloß auf die Kinder der Geschwisterkinder zu beschränken. Maleville redet immer von Enkeln der Neffen, da er offenbar, nach der richtigen Interpretation des Hn. Siméon, von Enkeln der Geschwister, oder Kindern der Neffen reden sollte. Bei den Enkeln der Neffen soll ja eben keine Repräsentation eintreten. [NB. + bedeutet den Tod, = den Erblasser, die kleinen Buchstaben (s. das folg. Schema) das weibliche Geschlecht.]



aber durch das Vergehen ihres Vaters nicht ausgeschlossen, wenn sie kraft eigenen Rechtes zur Succession gelangen können. Dasselbe gilt von den Kindern der bürgerlich Todten. Hieraus folgt aber: 1) das sie durch die Entfernung im Grade ausgeschlossen seyn können, wo ihr Vater oder Mutter mitgeerbt hätte; 2) das sie auch die Concurrenz Anderer zulassen müssen, im Fall ihr Parens allein geerbt haben würde. *) Zuletzt ist noch der Grundsatz zu bemerken, das man keine lebende Person repräsentiren kann, das es aber nicht gerade nöthig ist, Erbe dessen zu seyn, den man repräsentiren will. Der Grund der letztern Verordnung ist kein anderer, als weil man den Verstorbenen bei einer Erbschaft, die er lebend würde erhalten haben, nicht deswegen repräsentirt, weil man dessen Erbe ist, sondern weil man seinen Platz in der Familie einnimmt, weil man an dessen Stelle getreten ist. Das Recht der Repräsentation hängt von der Blutsverwandtschaft, nicht von der zufälligen Beerbung ab.

*) Vgl. Pfender S. 52.

Zweiter Abschnitt:
von den einzelnen Erbfolgeordnungen.

Erster Absatz:
von der regulären gesetzlichen Erbfolge. *)

Quelle: *Livre III. Titre 1. Chapitre 3. Section 3 — 5.*

Erste Classe:
Erbfolge der Descendenten.

§. 362.

Vor allen Dingen werden zur Erbschaft des ohne letzten Willen verstorbenen Erblassers die Descendenten desselben gerufen, ohne Unterschied des Alters und der Erstgeburt, oder des Geschlechtes, oder des Grades, oder der Vollbürtigkeit. (§. 358. N. **.)

Auch kommt es nicht darauf an, ob die Descendenten aus einer legitimen Ehe erzeugt sind, **) oder vermöge gesetzlicher Vorschrift als darin erzeugt betrachtet werden, ob es natürliche, d. i. eheliche oder legitimirte und adoptirte Kinder sind. Was die legi-

*) Da das römische Intestaterbrecht auf beinah völlig abweichenden Ansichten und Grundsätzen beruht, so mag die allgemeine Verweisung auf Thibaut §. 679 — 89. hinreichend seyn.

**) Dasselbe gilt von den aus einer putativen Ehe erzeugten Kinder, vgl. §. 58 f.

timirten Kinder betrifft, so ist bereits oben (§. 70. 71.) bemerkt worden, daß die außer der Ehe gebohrenen Kinder, wenn sie nur nicht aus Blutschande oder Ehebruch erzeugt sind, durch nachfolgende Ehe ihrer Aeltern legitimirt werden, wenn ihre Anerkennung bereits vor der Ehe, auf die gehörige Weise, geschehen ist, oder bei dem Heirathsacte selbst geschieht. Die Wirkung dieser Legitimation ist legitime Kindenschaft, also auch reguläre gesetzliche Succession, und zwar nicht bloß auf das Vermögen des legitimirenden Vaters, sondern auch auf das der Aeltern und sonstigen Verwandten desselben; die Wirkung der bloßen Anerkennung besteht bloß in dem Rechte der irregulären gesetzlichen Succession, welches natürlichen Kindern gestattet wird, (§. 372.) und ertheilt sonst durchaus weiter kein Recht. Die adoptirten Kinder auf der andern Seite haben gleichfalls ein reguläres Erbrecht auf das Vermögen des Adoptanten selbst, da aber der Grundsatz nothwendig gelten muß: *adoptio ius sanguinis non affert*, so ist dieses Recht als ein bloß persönliches zu betrachten. *) Das Adoptivkind beerbt daher nicht die Ascendenten und sonstigen Verwandten seines Adoptivvaters, und das Recht desselben ist auch nicht, wenn es vorher sterben sollte, auf seine Nachkommen auszudehnen. **)

*) Anders nach römischen Recht, wo wenigstens ein *ius agnationis* also auch ein agnatifches Erbrecht dadurch begründet würde. (Ueber die Beerbung des Adoptirten sind §. 79. die nöthigen Grundsätze aufgestellt werden.)

**) Vgl. Zachariä §. 317. N. 3.

Zweite Classe:

Erbfolge der nächsten Collateralen und nächsten Ascendenten oder der Aeltern und Geschwister.

§. 363.

**I. Absonderung des vom Ascendenten
geschenkten Vermögens. *)**

Wenn keine Descendenten vorhanden sind, so ist das Singulaire zu bemerken, dafs, da sonst das Gesetz keinen Unterschied der Güter und ihres Ursprunges annimmt, hier dennoch eine Ausnahme in Ansehung der Güter, welche dem Erblasser von seinem Ascendenten, ohne Unterschied des Geschlechtes und Grades, geschenkt worden sind, statt findet. Der Schenker nimmt nemlich die geschenkte Sache zurück, wenn sie noch in Natur in der Erbschaft sich vorfindet, sonst aber, wenn sie veräußert worden ist, bekommt er den etwa noch rückständigen Kaufpreis. Ebenso erbt der Schenker auch die Klage, welche dem Verstorbenen auf Wiedererstattung der geschenkten Sache zusteht, z. B. wenn der Erblasser mit der geschenkten Sache eine Person ausgesteuert hat, die Klage auf den Rückfall der Aussteuer. **) Der in der Note angeführte Artikel drückt sich, wie das Gewohnheitsrecht von Paris, uneigentlich aus, er sagt:

*) Art. 747.

**) Der Rückfall der Aussteuer braucht nicht, wie Pfender meint, besonders ausbedungen zu werden. Vgl. jedoch Zachariä Anm. zu §. 338. Num. 5.

„*Les ascendants succedent* etc.“ in der That liegt hier durchaus kein Erbrecht zum Grunde, indem die Ascendenten zu der Rücknahme der geschenkten Sachen berechtigt sind, ohne Erben zu seyn, und selbst dann, wenn sie auf die Erbschaft ihrer Kinder Verzicht leisten. *) Es ist genau betrachtet nichts Anderes, als eine Ausdehnung des schon im römischen Recht **) enthaltenen Rechtes des Vaters, die *Dos profectitia* wiederzufordern; die Folgen des im Gesetzbuche gebrauchten uneigentlichen Ausdruckes sind aber wichtig, denn der Schenker ist nun nach dem verhältnißmäßsmäßigen Werthe der Güter, die er zurücknimmt, schuldig, mit dem Erben zur Bezahlung der Schulden beizutragen. Gesetzt aber, die vom Beschenkten hinterlassenen Kinder sind vor dem Ascendenten, der die Schenkung gemacht hat, gestorben, so scheint zwar, nach der Strenge des Gesetzes, das Recht erloschen zu seyn, weil der Ascendent die geschenkten Sachen kraft eines Erbrechtes zurücknimmt, man folglich auf den Tod des Erblassers sehen muß, allein das in dem Gesetz bloß erneuerte Gewohnheitsrecht, schließt das Recht der Rücknahme der Ascendenten erst dann aus, wenn zur Zeit seines Todes keine Descendenten des Beschenkten vorhanden waren.

*) Vgl. Maleville ad Art. 747.

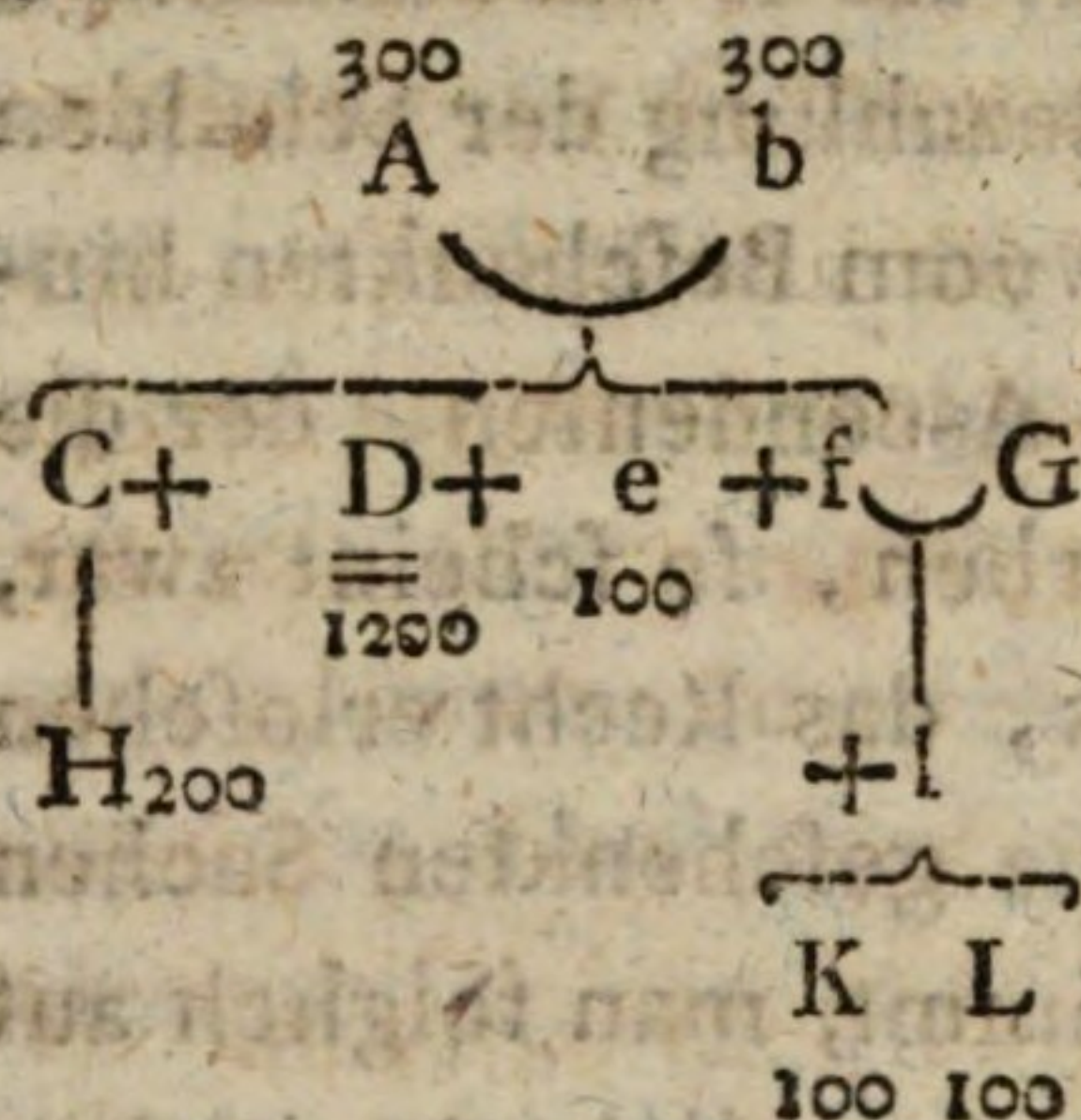
**) Vgl. L. 6. D. XXII, 3. „*Iure succursum est patri, ut filia amissa solatii loco cederet, si redderetur ei dos ab ipso profecta: ne et filiae amissae, et pecuniae damnum sentiret.*“ Vgl. L. 2. C. VI, 60. L. 12. C. III, 28. L. 4. C. V, 18.

§. 364.

II. Erbfolgeordnung selbst: *)

A. von dem Falle, wo der Erblasser seine beiden Aeltern und zugleich vollbürtige Geschwister oder rechtmässige Descendenz von vorherverstorbenen vollbürtigen Geschwistern hinterläßt. **)

In diesem Falle wird die Erbschaft in zwei gleiche Theile getheilt, die eine Hälfte fällt auf die Aeltern, ein Viertel auf den Vater, das andere auf die Mutter, die andere Hälfte aber wird unter die Geschwister, oder die Descendenten der vorherverstorbenen Geschwister, gleichmässig nach den Stämmen vertheilt. ***)



[D. hinterläßt 1200, davon die Aeltern A. und b. ein Jeder $\frac{1}{4}$, die Schwester e. $\frac{1}{8}$, ebenso das Geschwisterkind H vermöge Repräsentation, und die Geschwisterkinder K. L. ein Jeder $\frac{1}{12}$.]

*) Was die Erbfolgeordnung in dieser Classe selbst betrifft, so wirft der *Code Napoléon* Alles ohne logische Ordnung durcheinander, die einzelnen Fälle werden nicht sorgfältig von einander getrennt und ein und dieselbe Verordnung, auch wohl in verschiedenen Artikeln, wiederholt. Der Art. 751. ist z. B., wie Maleville richtig bemerkt, eine bloße Wiederholung der Art. 748. 49. Das Recht der entfernten Ascendenten, welches nach den Aeltern und Geschwistern in Betracht kommt, wird in dem Art. 746. gerade zuerst abgehandelt u. s. w.

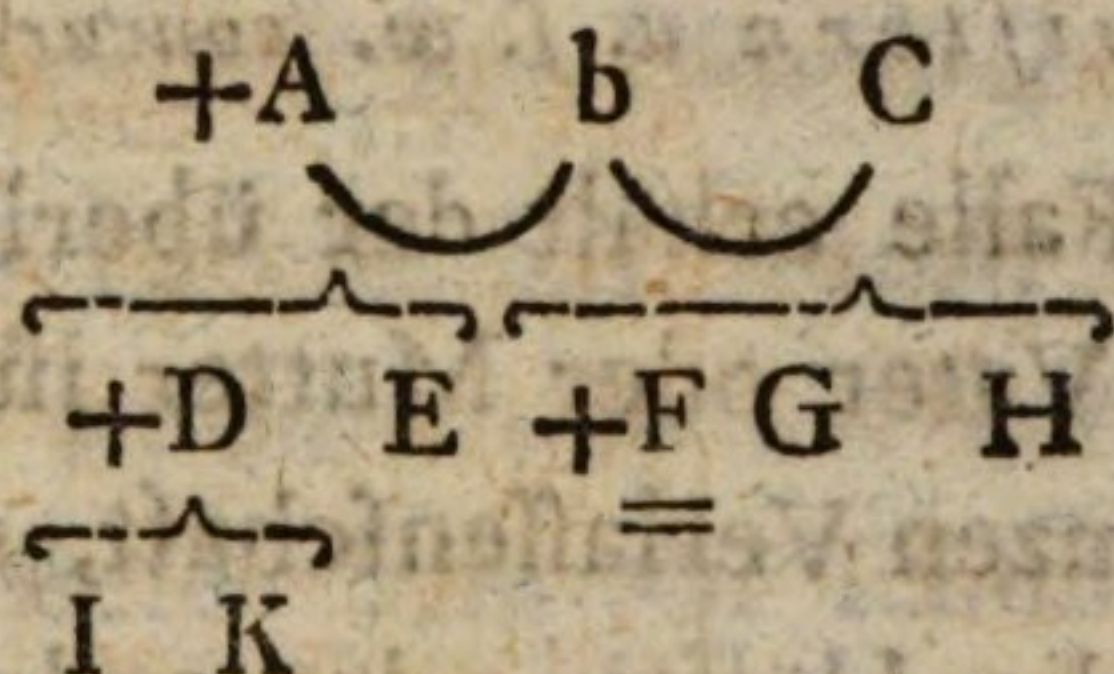
**) D. h. auf die Geschwisterkinder und Geschwisterkinderkinder oder Enkel der Geschwister, vgl. Tiffandier T. V, p. 20. „La succession est dévolue aux frères et sœurs du défunt, et à leur défaut, à leurs enfans; a défaut de leurs enfans, aux enfans de leurs enfans; exclusivement à tous autres parens collatéraux du défunt.“ Die Urenkel der Geschwister würden also erst in der vierten Classe erben.

***) Vgl. Nov. 118. c. 2. Hierdurch ist der Art. 69. des Gesetzes vom 17. Nivose, an 2. aufgehoben, worin verordnet

§. 365^a.

B. von dem Falle, wo der Erblasser seine beiden Aeltern und zugleich vollbürtige und halbbürtige oder blofs halbbürtige Geschwister und deren Descendenten hinterläfst, *)

Wenn diefs der Fall ist, so wird die nach dem vorigen Paragraphen auf die Geschwister fallende Hälfte auf die väterliche und mütterliche Linie vertheilt, die vollbürtigen Geschwister nehmen in beiden Linien Theil, die halbbürtigen entweder vom Vater oder der Mutter herstammenden (consanguinei, uterini) blofs in ihrer Linie, (vgl. §. 358.) wieder gleichmäfsig nach den Stämmen. **)



[Die Erbschaft des F. erhalten die Aeltern b. C. zur Hälfte, die andere Hälfte wird unter die Geschwister getheilt, $\frac{1}{4}$ bekommen G. H. ausschliessend, von dem andern $\frac{1}{4}$ aber I. K. ein jeder $\frac{1}{6}$, E $\frac{1}{3}$ und wieder G. H. ein jeder $\frac{1}{3}$.]

wurde: „Si le défunt n'a laissé ni descendants, ni frères, ni soeurs, ni descendants de frères ou soeurs, ses père et mère ou le survivant d'entr'eux lui succèdent.“ Die Aeltern concurrirten also nicht mit den Geschwistern und Geschwisterkindern.

*) Art. 752.

**) Die Vorschrift des römischen Rechts, die halbbürtigen Geschwister erst nach den vollbürtigen zur Succession zu rufen, scheint nach meiner Ueberzeugung billiger und gerechter zu seyn, oder wenn man die vollbürtigen und halbbürtigen zugleich zulassen wollte, hätte man, wie Maleville ad Art. 733. richtig bemerkt, den Halbgeschwistern auch nur halb so viel geben sollen, als den vollbürtigen.

Sind nur in einer Linie Geschwister oder Descendenten derselben vorhanden, so bekommen diese natürlich die ganze auf die Geschwister fallende Hälfte, z. B. wenn in dem gegebenen Schema bloß E noch am Leben wäre, oder I. K. Bei den Aeltern kann begreiflich auf die Vertheilung nach den Linien nichts ankommen, da immer, wenn zwei Aeltern leben, nur zwei Theile gemacht werden können, anders bei den sonstigen Ascendenten. *) (§. 367.)

§. 365^b.

C. *von dem Falle, wo nur ein überlebender Parens, sey es der Vater oder die Mutter des Erblassers, mit Geschwistern u. s. w. concurrirt. **)*

In diesem Falle erhält der überlebende Parens, einerlei, ob es Vater oder Mutter ist, nur den vierten Theil der ganzen Verlassenschaft, nicht wie in den vorigen Fällen die Hälfte, das andere $\frac{1}{4}$ accrescirt der den Geschwistern zukommenden Hälfte, diese erhalten mithin $\frac{3}{4}$, welche ganz nach den vorigen Grundsätzen vertheilt werden.

§. 366.

D. *von dem Falle, wo nur ein überlebender Parens und keine Geschwister vorhanden sind. ***)*

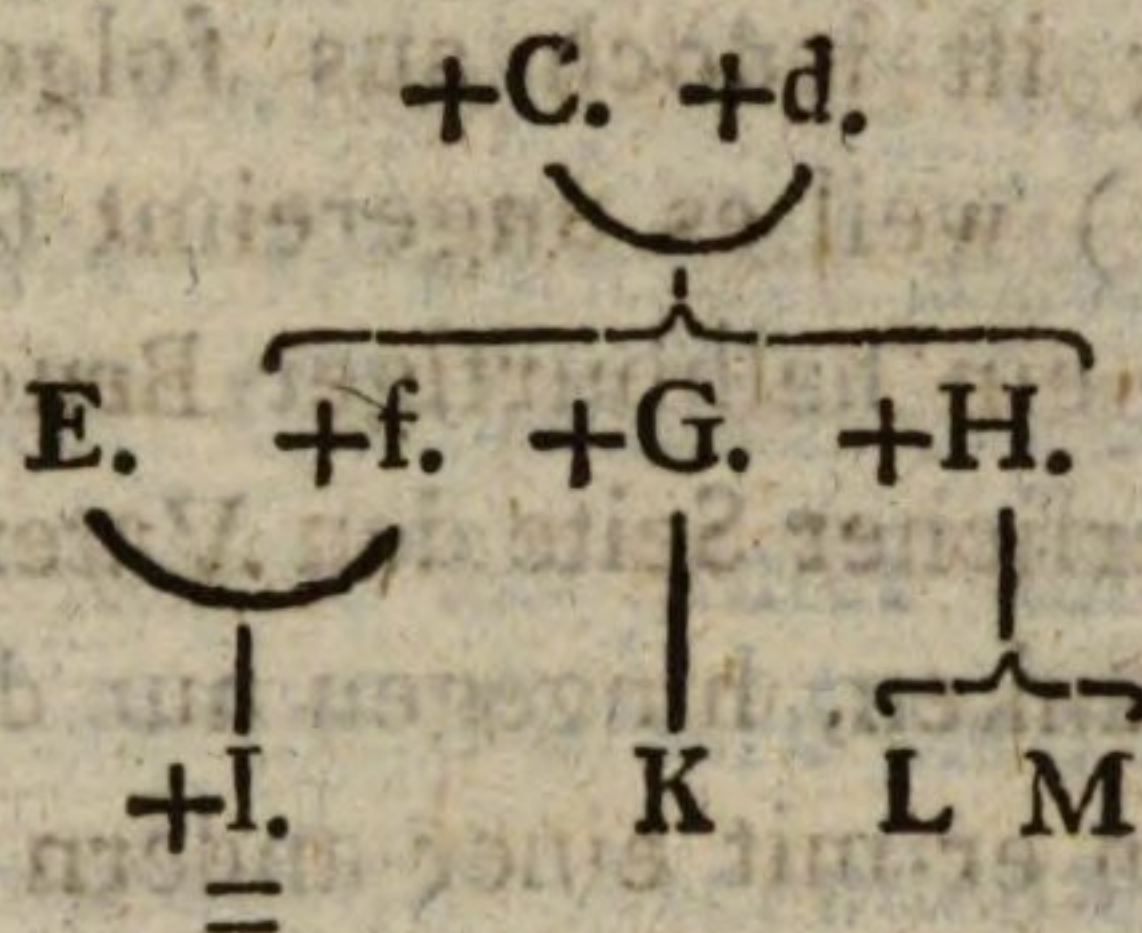
So oft bloß ein Parens und keine Geschwister existiren, fällt die Erbschaft, zur Hälfte auf den Pa-

*) Bloß von den Ascendenten, die keine Aeltern sind, ist demnach die Vorschrift des Art. 733. zu verstehen.

**) Art. 749. vgl. 751. 52.

***) Art. 753, 54.

rens, auf den überlebenden Vater, oder auf die überlebende Mutter, zur Hälfte aber auf die Großältern oder sonstigen Verwandten der andern Linie, und zwar so, daß die nächsten Großältern oder Verwandten stets in capita succediren.



[E. bekommt die Hälfte des von I. hinterlassenen Vermögens; K. L. M. theilen sich in die andere Hälfte nach den Köpfen.]

Der überlebende Parens hat jedoch in diesem Falle den Niefsbrauch an einem Drittel der Güter, welche er nicht erbt. Dieser Satz war schon durch das Gewohnheitsrecht von Paris und Orleans bestimmt, dem römischen Rechte aber ist er völlig unbekannt. Aber freilich bemerkt Maleville *) sehr richtig, daß die Aeltern nur mit ihren Kindern und nicht mit einem Verwandten im 12ten Grade erbten.

§. 367.

*E. von dem umgekehrten Falle, wenn bloßs Geschwister, und kein überlebender Parens vorhanden ist. **)*

Wenn dies der Fall ist, so erben die Geschwister allein, mit Ausschließung der übrigen Ascendenten,

*) Ad Art. 754.

**) Art. 750.

der Großältern u. s. w. *) Hierbei entsteht aber die interessante unter den französischen Rechtsgelehrten und Tribunälen bestrittene Frage: ob diese Ausschließung bloß bei den vollbürtigen, oder auch bei den halbbürtigen Geschwistern statt findet? Die beia-
hende Meinung ist jedoch aus folgenden Gründen vorzuziehen: 1) weil es ungereimt seyn würde, anzunehmen, daß ein halbbürtiger Bruder von väterlicher oder mütterlicher Seite den Vater oder die Mutter auf $\frac{1}{4}$ beschränken, hingegen nur die Hälfte erhalten sollte, wenn er mit einer andern etwa im zwölften Grade verwandten Person concurrirte; 2) spricht auch das Gesetz ganz allgemein, ohne die halbbürtigen Geschwister von den vollbürtigen zu unterscheiden, und es werden fogar im Falle der Concurrenz mit Aeltern die halbbürtigen Geschwister ausdrücklich genannt **)

Wenn endlich auch keine Geschwister vorhanden sind, so kommt nun erst die Reihe an die folgende Classe.

*) Nach meiner Ueberzeugung würde es auch in dem vorigen Falle, wenn bloß ein Parens, keine Geschwister vorhanden sind, billig seyn, den Parens allein succediren zu lassen. Der ertheilte Ususfruct kann die dem Gesetzgeber selbst, wie es scheint, aufgefallene Unbilligkeit, nicht ganz wieder gut machen.

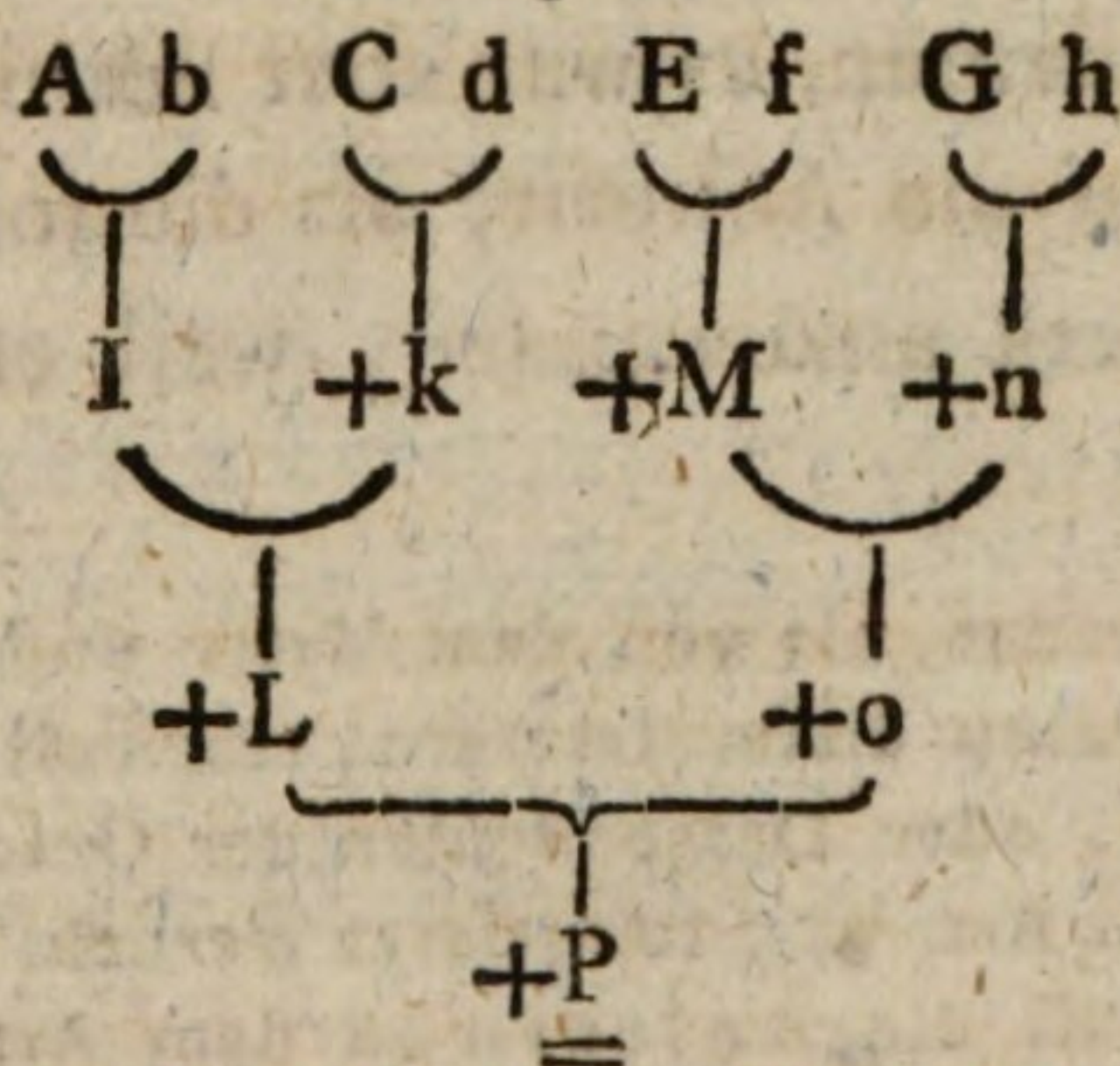
**) Vgl. Art. 752. und überhaupt Maleville's gründliche Auseinandersetzung. (Die im Conspect erwähnte dritte Hauptfrage: wie geschieht die Vertheilung? konnte füglich wegbleiben, da sie bei den einzelnen Fällen der Succession hinreichend erörtert ist.)

Dritte Classe:
Erbfolge der übrigen Ascendenten.

§. 368.

I. *im Allgemeinen.* *)

Wenn der Verstorbene keine Descendenten, keine Aeltern oder Geschwister oder Descendenten vorherverstorbenen Geschwister zurückgelassen hat, wenn überhaupt keiner der unter der vorigen Classe erwähnten Fälle eintritt, so wird die Erbschaft in zwei gleiche Theile unter die Ascendenten, Großältern u. s. w. der väterlichen und der mütterlichen Linie vertheilt. Derjenige Ascendent, welcher sich im nächsten Grade befindet, erhält die seiner Linie angewiesene Hälfte, mit Ausschließung aller Uebrigen. Ascendenten, die sich in gleichem Grade befinden, erben nach Anzahl der Köpfe.



[In der väterlichen Linie schließt der Großvater I. die übrigen Ascendenten A. b. C. d. aus; in der mütterlichen Linie erben E. f. G. h., weil sie in gleichem Grade stehen, auf die Köpfe.]

*) Art. 746. (Maleville bemerkt ausdrücklich, was sich schon von selbst ergibt, daß dieser Artikel von andern As-

Bei der Erbfolge der Ascendenten ist übrigens noch zu bemerken, daß die bereits in der vorigen Classe bei den Aeltern angeführte Absonderung der geschenkten Sachen, auch hier ohne Unterschied des Grades statt findet.

§. 369.

II. *nähere Bestimmungen:*

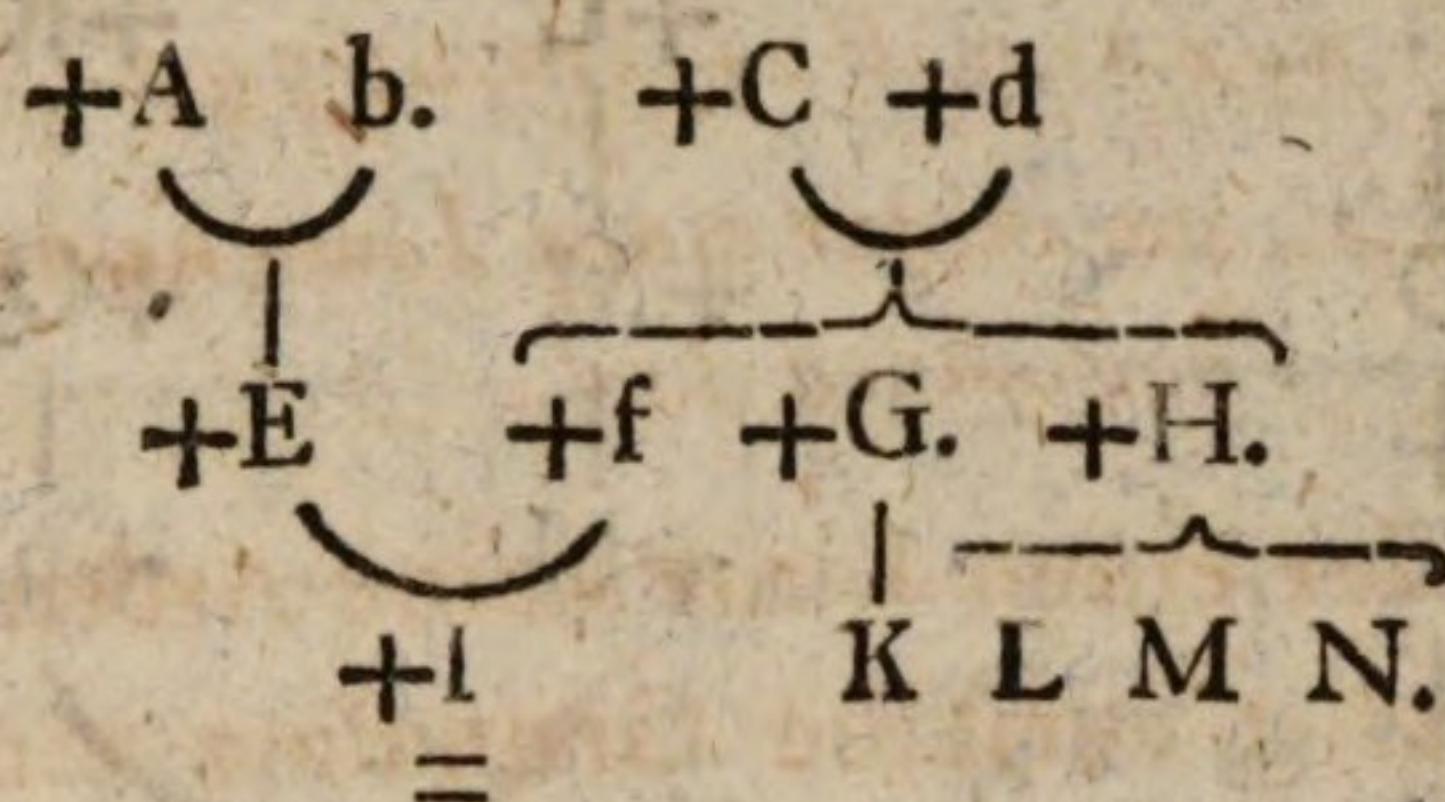
A. *von dem Falle, wo in der einen Linie keine Ascendenten vorhanden sind. *)*

So oft in der einen Linie keine Ascendenten vorhanden sind, tritt derselbe Grundsatz ein, den wir (§. 366.) bei der Succession der Aeltern dargestellt haben, die Erbschaft fällt zur Hälfte auf die überlebenden Ascendenten der einen Linie, zur Hälfte aber auf die nächsten Verwandten der andern Linie. Der in der Note angeführte Artikel redet allgemein von den Ascendenten, es war aber nöthig, den Grundsatz sowohl auf die Aeltern, als die sonstigen Ascendenten besonders anzuwenden, weil er nicht immer

cendenten redet, als von dem Vater und der Mutter, und daß die Rechte dieser letztern, im Fall sie mit Brüdern, Schwestern, oder Descendenten der Geschwister concurriren, in dem Art. 748. festgesetzt werden. Sonderbar ist es übrigens, daß die Aeltern in dem Art. 746. nicht ausdrücklich erwähnt werden: entweder hielt man dies aber wegen der Bestimmung, daß stets der nächste Ascendent vorgehen sollte, für überflüssig, oder man schloß sich etwas inconsequent zu sehr an den Ausdruck des ältern Rechtes, nach welchem die Aeltern erst nach den Geschwistern und Geschwisterkindern succedirten, Vgl. §. 364. N. **)

*) Art. 753.

auf dieselbe Weise zur Anwendung kommt, indem die im Art. 754. enthaltene Verordnung wegen des Niefsbrauches sich blofs auf die Aeltern beschränkt, und die Ascendenten auch nicht wie die Aeltern mit den Geschwistern concurriren, sondern erst nach diesen zur Succession gelangen. *)



[b. bekommt die Hälfte des von I. hinterlassenen Vermögens, in der mütterlichen Linie (von f. her) theilen sich aber die nächsten Verwandten K. L. M. N. in die andere Hälfte nach den Köpfen.]

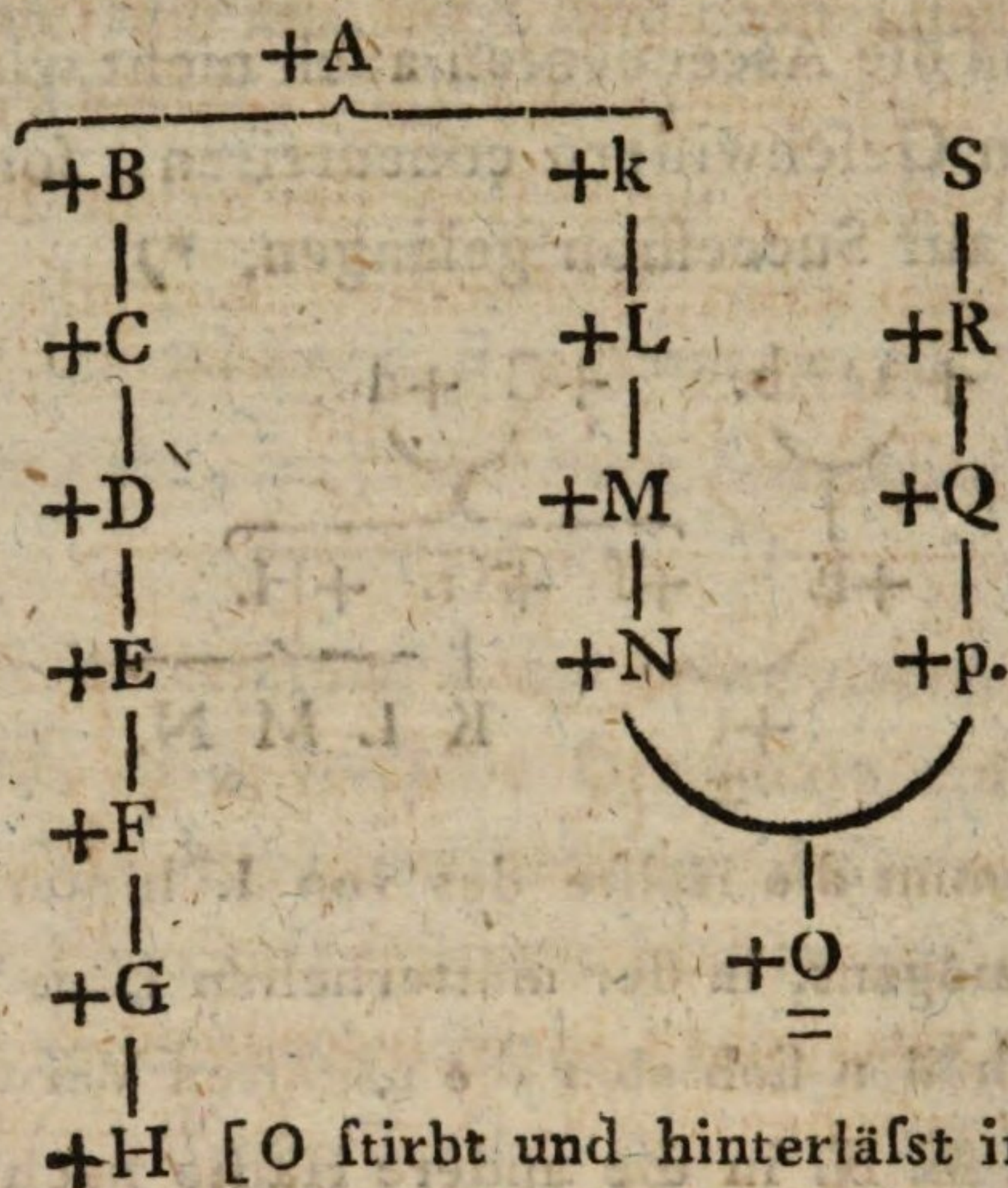
§. 370.

B. von dem Falle, wo in der einen Linie auch keine Seitenverwandten bis zum zwölften Grade einschliesslich vorhanden sind.

Wenn in der einen Linie auch keine Seitenverwandten bis zum zwölften Grade vorhanden sind, so

**) Der Art. 753. redet, wie man aus der Voraussetzung: wenn keine Geschwister oder Descendenten derselben vorhanden sind, schliessen muss, blofs von den Ascendenten die keine Aeltern sind, dass er aber auch von dem Falle gelte, wenn in der einen Linie keine Aeltern vorhanden sind, erhellet aus dem folgenden Artikel, der sich blofs auf die Aeltern bezieht.

erben die Ascendenten der andern Linie Alles. Dieser Fall kommt jedoch in der Wirklichkeit wohl schwerlich vor. *)



[O stirbt und hinterläßt in seiner mütterlichen Linie Niemanden, als seinen Ururgroßvater S, in der väterlichen aber Niemanden, als einen 6mal Urenkel I von seinem dreimal Urgroßvater A. Hier erbt S den O allein, weil I mit ihm im dreizehnten Grade verwandt ist.]

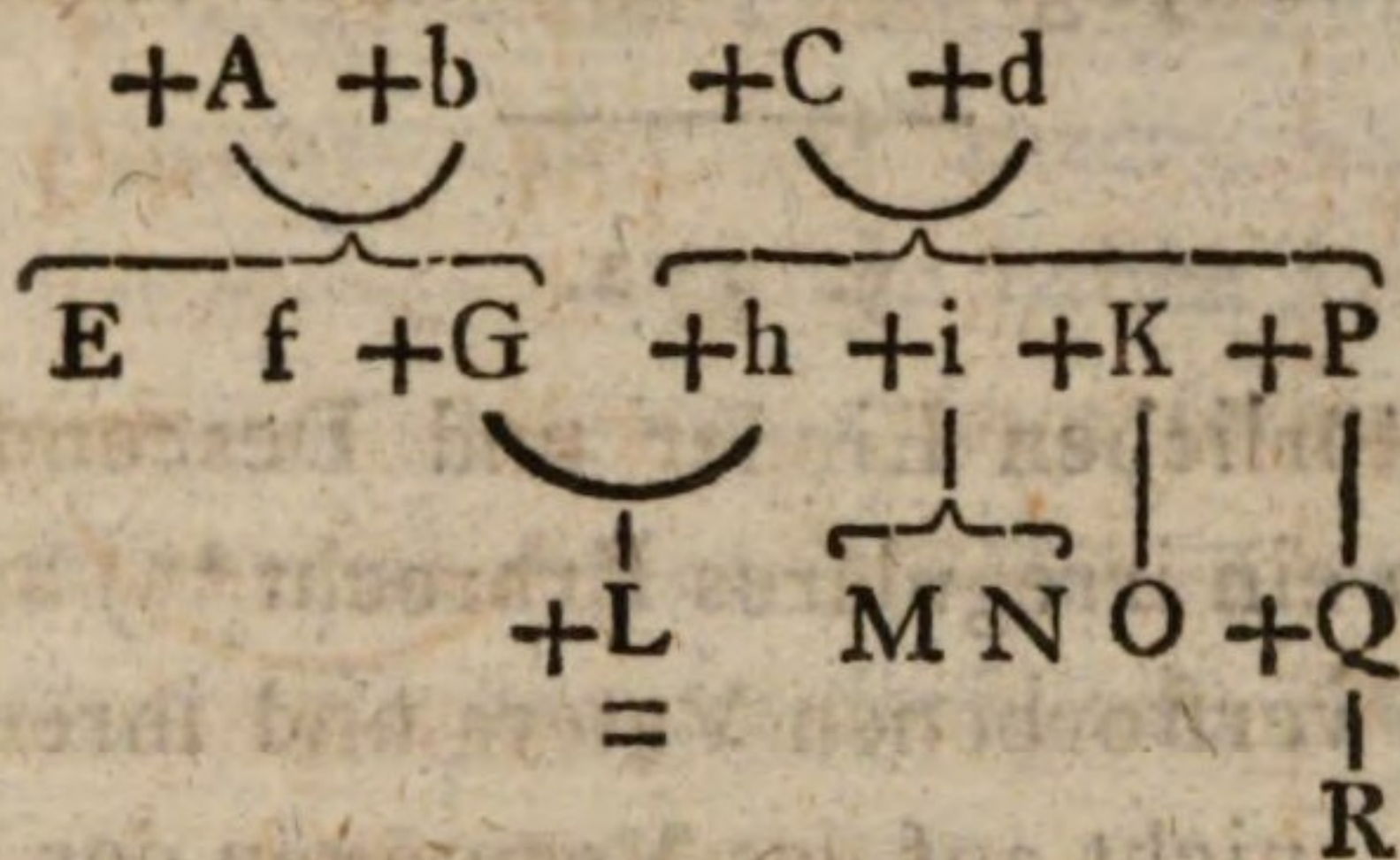
Vierte Classe:
Erbfolge der übrigen Collateralen.

§. 371.

Wenn endlich auch in keiner Linie Ascendenten vorhanden sind, so erben die übrigen Verwandten

*) Pfender S. 43. glaubt, daß er in den Grenzen der Möglichkeit liege.

bis zum zwölften Grade einschliesslich die gesammte Erbschaft, dergestalt, dass sie wieder in zwei gleiche Theile getheilt wird, der eine für die Verwandten der väterlichen, der andere für die der mütterlichen Linie, und dass wieder die im nächsten Grade verwandten Erben, da von Repräsentation hier keine Rede mehr seyn kann, zusammen in capita erben.



[In der väterlichen Linie succediren E. f., in der mütterlichen M. N. O. — R ist durch die Entfernung des Grades ausgeschlossen.]

Sind in der einen Linie keine erbfähigen Verwandten vorhanden, so erben natürlich die der andern Alles. Wenn z. B. E. und f. todt sind, so werden M. N. O. allein zur Erbschaft gerufen. *)

*) Der in dem Conspect erwähnte Anhang konnte wegbleiben, weil von dem Grundsatz, dass die Kinder der bürgerlich Todten und Unwürdigen suo iure erben, bereits beim Recht der Repräsentation geredet ist. Vgl. §. 361.

Z w e i t e r A b s a t z:

von der irregulären Erbfolge.

Quelle: Livre III. Titre 1. Chapitre 4.

E r s t e C l a s s e:

von der Erbfolge der natürlichen Kinder. *)

§. 372.

Die natürlichen Kinder und Descendenten derselben haben ein irreguläres Erbrecht**) auf das Vermögen ihres verstorbenen Vaters und ihrer verstorbenen Mutter, nicht auf das Vermögen der väterlichen oder mütterlichen Verwandten, wenn sie auf gesetzliche Weise anerkannt sind, unter folgenden Bestimmungen: 1) wenn der Vater oder die Mutter rechtmäßige Descendenten hinterlassen haben, so erhalten sie den dritten Theil der Erbportion, welche sie als ehelich gebohrne Kinder erhalten haben würden; 2) wenn keine Descendenten, aber doch Ascendenten oder Geschwister vorhanden sind, die Hälfte; 3) wenn auch keine Ascendenten oder Geschwister, aber erbfähige Verwandten bis zum zwölften Grade existiren, drei Viertel; endlich 4) wenn gar keine erbfähigen Verwandten Anspruch auf die Erb-

*) Art. 756 — 64.

**) Eigentlich ist dies, wie Siméon bemerkt, bloß „une dette „que leur pere et leur mere contracterent en leur donnant la naissance, et qu'ils avouerent en les reconnoissant.“

schaft machen können, so bekommen nun die natürlichen Kinder die ganze Verlassenschaft. *) Bei den drei ersten Fällen der Succession sind jedoch die natürlichen Kinder schuldig, dasienige sich anrechnen zu lassen, was sie bereits von dem Erblasser bei dessen Leben erhalten haben, es findet Collation statt. (Vgl. §. 406.). Die Ansprüche der natürlichen Kinder fallen aber ganz weg, wenn sie die Hälfte der ihnen schuldigen Portion unter der ausdrücklichen Erklärung von den Aeltern erhalten haben, daß sie damit auf ihren Antheil beschränkt seyn sollen; ist jedoch nicht die Hälfte mit dieser Erklärung ihnen ertheilt, so können sie die Ergänzung derselben verlangen. **)

Zweite Classe:

*von der Erbfolge des überlebenden Ehegatten. ***)*

§. 373.

Wenn der Erblasser auch keine natürlichen Kinder hinterläßt, so wird nun erst der überlebende Ehe-

*) Die natürlichen Kinder concurriren also theils mit den regulären Erben, theils kommen sie erst in subsidium zur Erbchaft.

**) „Une pareille donation est utile et pour l'enfant naturel, qu'elle fait jouir plutôt, et pour la famille, qu'elle débarrasse d'un créancier odieux: il est bien de la maintenir, mais sous la condition équitable qu'elle n'aura pas été excessivement lésive.“ Simeon. (Die aus Blutschande oder Ehebruch erzeugten Kinder können bloß Alimente verlangen, welche nach Verhältniß der väterlichen oder mütterlichen Verwandten und nach der Anzahl und Eigenschaft der rechtmäßigen Erben bestimmt werden. Vgl. §. 70. N. **)

***) Art. 767. 769 — 73. Der Grund, warum der überlebende Ehegatte erst hier zur Succession kommt, ist, weil derselbe zu einer fremden Familie gehört.

gatte subsidiair zur Erbschaft gerufen, vorausgesetzt, daß die Ehe nicht durch frühere Scheidung getrennt ist. *) Der Erwerb der Erbschaft geschieht jedoch hier ebenso wie bei den natürlichen Kindern nicht ipso iure, sondern es muß die Versiegelung vorgenommen und ein Inventar errichtet werden, (§. 401.) und der Ehegatte bei dem Gericht erster Instanz, die Einsetzung in den Besitz verlangen u. s. w.

Dritte Classe:
von der Erbfolge des Staates. **)

§. 374.

Wenn endlich auch kein erbfähiger überlebender Ehegatte vorhanden ist, so gehört jetzt die Erbschaft dem Staate, welcher sie nicht sowohl als Erbschaft, sondern vielmehr als herrnloses Vermögen in Anspruch nehmen kann. ***) Die Administratoren des Staatsvermögens müssen jedoch dieselben Vorschriften befolgen, die wir bei dem überlebenden Ehegatten bemerkt haben.

*) Ueber den Fall der Scheidung von Tisch und Bett vgl. Zachariä §. 341. N. 1.

**) Art. 768 — 72.

***) „Il prévient les désordres qu'entraîneroient les prétentions de ceux qui s'efforceroient d'être les premiers occupants d'une succession vacante.“ Siméon.

§. 375.

Anhang: von der Beerbung eines natürlichen Kindes. *)

Ein natürliches und gesetzmässig anerkanntes **) ohne legitime Descendenten ***) verstorbenes Kind wird auf folgende Art beerbt: 1) wenn beide Aeltern dasselbe anerkannt haben, von einem jeden derselben zur Hälfte, wenn aber nur ein Parens allein die Anerkennung vorgenommen hat, oder der andere früher gestorben ist, so erbt der anerkennende, oder überlebende Parens das Ganze; 2) nach geschehener Absonderung der von den Aeltern geschenkten noch wirklich vorhandenen Güter, der darauf gerichteten Vindicationen, und rückständigen Kaufgelder, wenn sie verkauft sind, zum Vorthail der rechtmässigen Geschwister, von den natürlichen Geschwistern oder deren Nachkommen u. s. w.

*) Art. 765. 66.

**) Von der Beerbung eines nicht anerkannten natürlichen Kindes kann natürlich keine Rede seyn.

***) Es ist falsch, wenn Pfender S. 60. die natürlichen Descendenten des natürlichen Kindes gleich nach den legitimen zur Erbschaft zulassen will. Siméon bemerkt ausdrücklich: „A défaut, l'enfant naturel n'a point d'héritier régulier: sa succession appartient à ses héritiers irréguliers, qui sont, premièrement ses enfans naturels, si, trop fidèle imitateur des vices de son pere, il ne s'est perpétué que d'une manière illégitime; secondement, sa femme; et troisièmement, la République.“ Vgl. jedoch Zachariä §. 339. N. 2.

Drittes Hauptstück:
von der testamentarischen Beerbung.

Erster Abschnitt:
von der Errichtung der Testamente.

Erster Absatz:
von den regulären Erfordernissen.

Quelle: Livre III. Titre 2. chap. 2. chap. 5. sect. 1.

§. 376.

*I. von der Person des Testators und
des Erben. *)*

Von der Person des Testators und des Erben ist oben (§. 163. 64.) bei der Lehre von den Schenkungen ausführlich geredet worden. Unter den dort dargestellten Voraussetzungen darf ein jeder durch ein Testament verfügen und ist fähig daraus etwas zu erhalten. Nur soll es zwei oder mehreren Personen nicht erlaubt seyn, weder zum Vorthail eines Dritten, noch unter dem Namen einer gegenseitigen oder wechselseitigen Verfügung, ein Testament in demselben Act

*) Art. 901 — 10. 12.

zu errichten. *) Die sogenannten Testamenta reciproca, die aus gegenseitiger Liebe zu gleicher Zeit errichtet werden, und die Testamenta correspectiva, d. h. die gegenseitigen gleichzeitigen Verfügungen, wobei insonderheit die Gültigkeit der einen von der fortdauernden Gültigkeit der andern abhängig gemacht wird, sind also verboten und ungültig. **) Aber auch die wechselseitigen Schenkungen auf den Todesfall können nicht als erlaubt betrachtet werden, der Ausdruck Testament begreift nemlich alle Dispositionen auf den Todesfall in sich. ***) Dasselbe läßt sich jedoch nicht auf die Theilungsacte anwenden, welche die Ehegatten zusammen unter Kindern und Descendenten machen (§. 185.), sie bilden eine ganz eigene Classe von Dispositionen. ****)

*) Art. 968. Es würde, wie aus der *Discussion* erhellet, unrichtig seyn, wenn man aus der Vorschrift des Artikels folgern wollte, daß bloß die wechselseitigen Verordnungen in demselben Testament verboten wären. „*Le même acte*“ möchte ich hier nicht mit Erhard durch eine und dieselbe Urkunde übersetzen. Der in den *motifs* angeführte Grund ist allgemein: „*Il falloit éviter de faire renaitre la diversité de jurisprudence qui avoit eu lieu sur la question de savoir si, après le décès de l'un des testateurs, le testament pouvoit être révoqué par le survivant. Permettre de le révoquer, c'est violer la foi de la réciprocité; le déclarer irrévocable, c'est changer la nature du testament, qui dans ce cas, n'est plus réellement un acte de dernière volonté. Il falloit interdire une forme incompatible soit avec la bonne foi, soit avec la nature des testaments.*“

**) Anders nach römischen Recht, welches bloß die *testamenta captatoria* verbietet. Vgl. Thibaut §. 804.

***) Vgl. Maleville ad Art. 968.

****) Vgl. Maleville ad Art. 1075.

§. 377.

II. *von der Art und Weise des Testirens:*A. *von dem eigenhändigen (olographischen) Testament. *)*

Das eigenhändige (olographische) Testament muß, wenn es gültig seyn soll, ganz von der Hand des Testators geschrieben, datirt, und unterschrieben seyn, sonst ist aber dabei keine Formalität vorgeschrieben. Im Fall das eigenhändige Testament mehrere Artikel von verschiedenem Datum enthält, sich aber darunter Verfügungen befinden, die nicht datirt sind, so sind die letztern aus dem Grunde ungültig, weil das Datum zur äußern Form gehört, deren Beobachtung das Gesetz unter Strafe der Nichtigkeit vorschreibt. **)

§. 378.

B. *von dem öffentlichen Testament. ***)*

Unter öffentlichem Testament ist dasjenige zu verstehen, welches von zwei Notarien in Gegenwart zweier Zeugen, oder von einem Notar in Gegenwart von vier Zeugen aufgenommen ist. Die nähern Erfordernisse sind folgende: 1) in beiden Fällen muß es vom Testator dictirt und von wenigstens einem Notar niedergeschrieben, darauf dem Testator vor-

*) Art. 970.

**) Einen sehr interessanten hierher gehörigen Fall erzählt Blanchard in seiner Uebersetzung des Commentars von Maleville Bd. II, S. 416. N. *)

***) Art. 971—75.

gelesen, und ausdrücklich bemerkt werden, daß Alles dieses beobachtet sey; *) 2) das Testament muß von dem Testator unterschrieben, oder seine Erklärung, daß er außer Stand sey zu unterschreiben, und die Ursache die ihn daran verhindert, ausdrücklich in der Urkunde angeführt werden; 3) das Testament muß von den Zeugen unterschrieben werden, auf dem Lande ist jedoch bei dem von zwei Notarien aufgenommenen Testamente, die Unterschrift eines der beiden Zeugen, und bei dem von einem Notar aufgenommenen die Unterschrift von zwei Zeugen hinreichend. Die Zeugen müssen übrigens überhaupt männlichen Geschlechtes, volljährig, **) im Königreich wohnhaft, und im Genuße der bürgerlichen Rechte seyn; ***) insonderheit aber können bei dem öffentlichen Testament weder die Legatarien, unter welchem Titel sie es auch sind, ****) und die mit

*) Der Notar namentlich, der das Testament aufnimmt, darf nicht vergessen, ausdrücklich anzuführen, daß er diesen Act niedergeschrieben habe. Das Testament der Demoiselle Letellier wurde durch mehrere Urtheile für nichtig erklärt, weil der Notar Mesnard dieses ausdrücklich anzuführen unterlassen hatte. Herr Düchatenet, Universallegatar der erwähnten Demoiselle, suchte um Cassation dieser Urtheile nach, aber vergebens! Vgl. Gutachten des Staatsraths vom 31. Jänner 1806. Maleville a. a. O. S. 420. N. *) Dabelow Archiv St. 4. S. 299.

**) Maleville erzählt auch hier aus dem *Journ. d. Aud.* einen sehr interessanten Fall, wo minderjährige Zeugen sich für großjährig ausgegeben hatten.

***) Art. 980.

****) Hierbei entsteht insonderheit die Frage: ob Geistliche bei einem Testament Zeugen seyn können, worin der Pfarr-

ihnen verwandten oder verschwägerten Personen, bis zum vierten Grade ausschliesslich, noch die Schreiber der Notarien, welche die Urkunde aufnehmen, Zeugen seyn. *)

§. 379.

C. von dem mystischen oder geheimen Testament:

*I. wer kann ein solches errichten? **)*

Der Testator muss bei diesem Testament ausser den allgemeinen Erfordernissen der Fähigkeit, vor allen Dingen eine Handschrift lesen können; wer nicht lesen gelernt hat, heisst es in dem Gesetz, oder sonst zu lesen ausser Stand ist, der kann in der Form eines geheimen Testamentes nicht verfügen. ***) Wie aber, wenn der Testator unfähig ist zu schreiben, oder zu sprechen? Bei der Unfähigkeit im Schreiben muss ein Zeuge mehr zur gemeinschaftlichen Unterschrift des gleich zu erwähnenden Aufschrittsactes berufen, und die Ursache erwähnt werden, warum dieß geschehen sey. Bei der Unfähigkeit im Sprechen muss das mystische Testament ganz von der eigenen Hand des Testators geschrieben, datirt und unterschrieben seyn, es muss dem Notar und den Zeugen

kirche, wozu sie als Religionsdiener gehören, etwas vermacht wird? Vgl. Maleville S. 433. N. *).

*) Es stimmt dieses Testament in vielen Puncten mit dem gemeinrechtlichen Privattestament überein, vgl. §. 1 — 3. J. II, 10. Thibaut §. 692 — 93.

**) Art. 977 — 79.

***) Also Blinde können kein mystisches Testament machen, vgl. dagegen L. 8, C. VI, 22.

übergeben werden, in deren Gegenwart der Testator noch ausserdem über den Aufschriftsact zu schreiben verbunden ist, dass das von ihm übergebene Papier sein Testament sey. Der Notar muss endlich in diesem Acte ausdrücklich bemerken, dass der Testator die eben erwähnten Worte in Gegenwart des Notars und der Zeugen geschrieben habe.

§. 380.

2. auf welche Art geschieht die Errichtung? *)

Die Errichtung eines gewöhnlichen mystischen Testamentes geschieht unter folgenden Voraussetzungen: 1) der Testator muss sein Testament, er mag es nun selbst geschrieben haben, oder von einem Andern haben schreiben lassen, unterschreiben; **) das Papier, welches die testamentarischen Verordnungen unmittelbar enthält, oder das zum Umschlage dienende Papier muss verschlossen und versiegelt werden. ***) 2) Hierauf legt der Testator das so verschlossene und versiegelte Papier dem Notar und wenigstens 6 Zeugen vor, ****) oder lässt es in ihrer

*) Art. 976. Vgl. L. 21. C. VI, 23.

**) Ein bloßer Namenszug oder ein Kreuz reicht jedoch hin, wenn ein Zeuge mehr zugezogen ist.

***) Das Gesetz hat hierbei bloß die Absicht, dass das Testament so verschlossen werde, dass man es ohne Verletzung nicht erbrechen kann. Versiegelung mit einem Pottschaff ist gerade nicht nöthig.

****) Also im ganzen wie nach röm. R. 7 Personen, nur dass die eine Notar seyn muss.

Gegenwart verschliessen und versiegeln, und erklärt sodann, dass in dem übergebenen Papier sein von ihm geschriebenes und unterschriebenes, oder von einem Andern geschriebenes und von ihm unterschriebenes Testament sey. 3) Der Notar muss auf eben dieses Papier, oder auf das Blatt, welches zum Umschlage dient, eine Aufschrift setzen, welche sowohl vom Testator, als vom Notar und den Zeugen unterschrieben werden muss. *) Alles bisher Erwähnte muss ununterbrochen geschehen, und ohne inzwischen andere Handlungen vorzunehmen. **) Sollte der Testator durch ein seit der Unterzeichnung des Testamentes zugeflossenes Hinderniss die Aufschrift nicht unterschreiben können, so muss seine darüber gemachte Erklärung bemerkt werden, ohne dass es in diesem Falle nöthig wäre, die Zahl der Zeugen zu vermehren.

*) Ueber die Frage: ob alle Zeugen den Aufschriftsact selbst dann unterschreiben müssen, wenn das Testament auf dem Lande gemacht wird? Vgl. Maleville a. a. O. S. 436.

**) Der Testator ist jedoch ausgemachter Weise befugt, zwischen der Errichtung seines Testamentes und den Aufschriftsact, so viel Zeit vorübergehen zu lassen, als ihm gut dünkt.

Zweiter Absatz:

von den abweichenden Erfordernissen.

Quelle: *Livre III. Titre 2. chapitre 5. sect. 2.*

§. 381.

Vor Erinnerung.

Abweichende Erfordernisse treten ein: 1) bei dem Testament des Testators der nicht schreiben, oder zwar schreiben aber nicht sprechen kann; 2) beim Testament der Soldaten und anderer bei den Armeen angestellter Personen; 3) beim Testament welches an einem Orte aufgenommen wird, mit welchem der Pest oder einer andern ansteckenden Krankheit wegen alle Gemeinschaft unterbrochen ist; 4) beim Testament welches während einer Seereise gemacht wird; 5) beim Testament welches ein im Auslande sich befindender Westphale errichtet. Von dem ersten dieser Testamente ist vorhin (§. 379.) die Rede gewesen, die andern vier Arten aber sollen ietzt erklärt werden.

§. 382.

I. von dem Testament der Soldaten und anderer bei den Armeen angestellten Personen. *)

Ein solches Testament kann in iedem Lande von einem Bataillons- oder Escadronschef, oder von ie-

*) Art. 981 — 84. Vgl. Thibaut §. 705. 706. (Privilegien in Hinsicht auf den Inhalt sind im C. N. nicht bemerkt.)

dem andern Officier höhern Grades, in Gegenwart von zwei Zeugen, oder in Gegenwart von zwei Kriegskommissarien, oder auch von einem Kriegskommissar und zwei Zeugen errichtet werden. *) Sollte der Testator krank oder verwundet seyn, so kann auch der Obergesundheitsbeamte (Officier de santé en chef) verbunden mit dem Militaircommandanten, welcher die Policey des Spitals zu besorgen hat, das Testament aufnehmen. **) Alle diese Verordnungen treten jedoch bloß ein zum Vortheil derjenigen, welche auf einer militairischen Expedition oder auswärts in Quartier oder Garnison sich befinden. Die, welche im Innern in Quartier oder Garnison stehen, können nicht anders Gebrauch davon machen, als wenn sie sich an einem belagerten Platze, oder in einer Citadelle, oder an sonstigen verschlossenen und durch den Krieg abgeschnittenen Oertern befinden. ***) Das nach den obigen Vorschriften errichtete Testament ist jedoch 6 Monate nachher

*) Nach röm. R. braucht der Soldat, der im Gefecht ist, weiter nichts zu beobachten, als was streng zum Beweise erforderlich ist, also entweder Scriptur oder zwei Zeugen. Wenn er nicht in Lebensgefahr ist stets zwei Zeugen. §. 1. J. II, 11. L. 24. 40. D. XXIX, 1. „*Faciant testamenta, quoque modo volent.*“ L. 15. C. VI, 21. „*Si quid in vagina, aut clypeo literis sanguine suo rutilantibus adnotaverint, aut in pulvere inscripserint gladio suo, ipso tempore quo in praelio vitae sortem derelinquunt, huiusmodi voluntatem stabilem esse oportet.*“

**) Man bemerkte nach Maleville, daß diese Verordnung in den Feldspitälern nützlich seyn werde.

***) Vgl. L. 17. C. eod.: „*Sancimus his solis, qui in expeditionibus occupati sunt, memoratum indulgeri circa ultimas voluntates faciendas beneficium.*“

ungültig, wenn der Testator an einen Ort gekommen ist, wo er die Freiheit hat, die gewöhnliche Form zu befolgen. *)

§. 383.

II. *von dem an einem solchen Orte errichteten Testament, mit welchem der Pest, oder einer andern ansteckenden Krankheit wegen, alle Gemeinschaft unterbrochen ist. **)*

Das an einem solchen Orte zu errichtende Testament kann entweder vor dem Friedensrichter oder vor einem der Municipalbeamten der Gemeinde, in Gegenwart von zwei Zeugen errichtet werden, einerlei, der Testator mag von der grassirenden Krankheit schon wirklich befallen seyn, oder nicht. ***) Das Testament ist aber 6 Monate nach hergestellter Gemeinschaft, oder nachdem der Testator sich an einen gefunden Ort begeben hat, wieder ungültig.

*) Nach röm. R. bleibt das Soldatentestament auch nachher bis zur Entlassung immer noch gültig, und selbst nach der Entlassung, wenn diese nicht entehrend war, noch ein Jahr lang. L. 21, 26, 38. §. 1. D. XXIX, 1. §. 3. J. II, 11. (Malleville hat es ganz übersehen, daß nur *post missionem* die Gültigkeit auf ein Jahr beschränkt seyn soll.)

**) Art. 985—87. Vgl. Thibaut §. 711.

***) Nach römischem Recht besteht das Privileg bloß darin, daß die Einheit der Handlung nachgelassen ist, nicht etwa in vermindelter Anzahl der Zeugen u. s. w. Vgl. L. 8. C. VI, 23.

§. 384.

III. von dem auf einer Seereise errichteten Testament. *)

Ein solches Testament kann am Bord der Seeschiffe, oder anderer Fahrzeuge von dem Schiffskommandanten und Verwaltungsbeamten (officier d'administration) oder ihren Stellvertretern; am Bord der Kauffahrteischiffe von dem Schiffschreiber und dem Schiffscapitain, Rheder, oder Schiffspatron, oder ihren Stellvertretern errichtet werden. Das übrige sehr ausführliche Detail interessirt uns weniger, da der Fall eines Seetestamentes selten in unserm Königreich vorkommen dürfte.

§. 385.

allgemeine Bemerkung. **)

Die drei bisher dargestellten Testamente müssen von dem Testator und denienigen, welche sie aufnehmen, unterzeichnet werden. Sollte der Testator erklären, dafs er nicht schreiben könne, so mufs diese Erklärung, so wie die Ursache derselben ausdrücklich bemerkt werden. Dasselbe gilt wenn die Gegenwart von zwei Zeugen erfordert wird, und Einer das Testament nicht unterschrieben hat.

*) Art. 988 — 97.

**) Art. 998.

§. 386.

IV. *von dem Testament, welches ein Westphale, der sich im Auslande befindet, errichtet. *)*

Im Auslande kann man entweder ein eigenhändiges olographisches Testament errichten, wie es oben beschrieben worden ist, oder ein öffentliches Testament unter den, an dem Orte wo es errichtet wird, üblichen Voraussetzungen. **) In beiden Fällen kann aber das im Ausland errichtete Testament, gegen das im Königreich gelegene Vermögen des Testators, nicht eher vollzogen werden, als nachdem es auf dem Bureau des Wohnortes, und bei Immobilien noch außerdem auf dem Bureau des Ortes wo die Grundstücke liegen, einregistriert worden ist. ***)

*) Art. 999.

**) Die Fähigkeit zu testiren wird iedoch immer nach den Gesetzen des Wohnortes beurtheilt.

***) Diese Bemerkung gehört eigentlich erst zu dem folgenden Hauptabschnitt, mußte aber hier des Zusammenhanges wegen mitgenommen werden.

Zweiter Abschnitt:
von dem Inhalte der Testamente.

§. 387.

Vorläufige Bemerkung. *)

Nach den Grundsätzen des römischen Rechts macht bekanntlich die Erbeinsetzung das Wesen eines Testaments aus, **) nicht so nach dem *Code Napoléon*. Nach diesem gibt es nur eine Art des letzten Willens, die unter einer der im vorigen Abschnitt bemerkten Formen zu Stande kommt, und wobei nur die Person hinreichend bezeichnet seyn muß, zu deren Vortheil etwas verordnet wurde, übrigens aber es völlig einerlei ist, ob dieser letzte Wille Erbeinsetzungen (Universalvermächtnisse), oder ob er Vermächtnisse unter einem Universaltitel, oder Particularvermächtnisse enthält. ***)

*) Art. 1002:

**) „*Heredis institutio est caput et fundamentum totius testamenti.*“

***) Laubert in dem Rapport bemerkt hierbei: „*le seul sacrifice que les pays de droit écrit aient à faire dans cette occasion, c'est celui de l'ancienne règle: Nemo pro parte testatus et pro parte intestatus decedere potest.*“

E r s t e r A b s a t z :

von den Universalvermächtnissen.

Quelle: *Livre III. Titre 2. Chapitre 5. Section 4.*

§. 388.

I. Bestimmung des Begriffes. *)

Unter Universalvermächtniß verstehen wir diejenige testamentarische Verordnung, wodurch der Testator einer oder mehreren Personen das ganze Vermögen ertheilt, welches er bei seinem Tode hinterlassen wird. **) Obgleich die allgemeine Lehre von dem Erwerb einer gehörig deferirten Erbschaft erst unten in dem zweiten Hauptabschnitt auseinandergesetzt werden soll, so müssen wir hier doch insonderheit untersuchen: wie der Erwerb eines Universalvermächtnisses geschieht, wenn keine sogenannten Notherben, d. h. solche, denen der Testator einen bestimmten Theil seines Vermögens hinterlassen muß, vorhanden sind, und auf welche Art dasselbe erworben wird, wenn Notherben vorhanden sind.

*) Art. 1003.

**) Ein solches Universalvermächtniß ist auch anzunehmen, wenn der Testator schlechthin Iemanden zu seinem Erben oder Legatar ernannt hat, eben weil die Eigenschaft des Erben oder Legatars nicht beschränkt worden ist.

§. 389.

II. von der besondern Art des Erwerbes,
im Falle

A. keine Notherben vorhanden sind. *)

Wenn keine Notherben vorhanden sind, so muß man unterscheiden: ob das erwähnte Testament ein öffentliches war, oder nicht; in jenem Falle tritt der Universallegatar durch den Tod des Testators von Rechtswegen und ohne Weiteres in den Besitz; **) in diesem Falle hingegen muß zuvor das olographische oder mystische Testament dem Präsidenten des Gerichts erster Instanz, in dessen Gerichtsbezirk die Erbdelation geschehen ist, vorgelegt, und von diesem, wenn es versiegelt ist, eröffnet werden. ***) Die Eröffnung des mystischen Testamentes kann aber nur in Gegenwart und nach geschehener Vorladung der bei der Errichtung mitgewirkt habenden Zeugen und Notarien vorgenommen werden, wenn diese sich gerade an dem Ort gegenwärtig befinden. In beiden Fällen nun, sowohl wenn das Testament ein eigenhändiges, als wenn es ein geheimes ist, muß der mit Notherben concurrirende Universallegatar sich durch

*) Art. 1006 — 1008.

**) „Un légataire universel qui a pour lui un testament par acte public n'est obligé à aucune précaution judiciaire. La forme authentique de l'acte doit en assurer l'exécution la plus prompte.“ Laubert.

***) Ueber Alles dieses wird von dem Präsidenten ein Protocoll verfertigt und befohlen, daß es bei einem hierzu bestellten Notar deponirt werde.

eine Verordnung des Gerichtspräsidenten in den Besitz setzen lassen. *)

§. 390.

B. *im Falle Notherben vorhanden sind.* **)

Wenn beim Tode des Testators Notherben vorhanden sind, so treten diese sofort ipso iure in den Besitz der ganzen Erbschaft, und der Universallegatar muß die Auslieferung des im Testament hinterlassenen Vermögens von ihnen verlangen. ***) Wenn jedoch die Auslieferung innerhalb einem Jahre erfolgt, so hat der Universallegatar den Genuß der ihm hinterlassenen Güter vom Augenblick des Todes an, sonst aber erst von dem Tage, wo gerichtlich geklagt, oder die Auslieferung freiwillig geschehen ist. Ue-

*) Der oben §. 357. aufgestellte Grundsatz, daß bei den Testamentserben die gehörig deferirte Erbschaft in der Regel durch Antretung, bei den Intestaterben aber ohne Weiteres von Rechtswegen erworben werde, ist nach dem Inhalt des gegenwärtigen §. näher zu bestimmen. Auch bei ienen findet nemlich nach dem Art. 1006. Erwerb ipso iure statt, wenn beim Tode des Testators keine Notherben vorhanden sind und von einem öffentlichen Testament die Rede ist; in allen andern Fällen aber ist ein besonderes Fact, nicht gerade Antretung, sondern vielmehr gerichtlich verlangte Auslieferung oder Einweisung in den Besitz erforderlich. Streng systematisch hätte der obige Grundsatz erst in der allgemeinen Theorie des Erwerbes, im zweiten Hauptabschnitte, wiewohl näher bestimmt und berichtigt, vorkommen sollen.

**) Art. 1004. 1005. 1009.

***) Die Gründe für und wider diesen aus dem Gewohnheitsrecht entlehnten Grundsatz finden sich bei Maleville ad Art. 1004.

brigens muß in diesem Falle der Universallegatar für die Erbschaftsschulden und Erbschaftslasten nach Verhältniß seiner Portion, und hypothekarisch für das Ganze haften u. s. w.

Zweiter Absatz:

von den Vermächtnissen unter einem Universaltitel.

Quelle: *Livre III. Titre 2. Chapitre 5. Section 5.*

§. 391a.

I. Bestimmung des Begriffes. *)

Vermächtniß unter einem Universaltitel ist dasjenige, wodurch der Testator einen in Hinsicht auf das Ganze bestimmten Theil, einen idealen Theil von der ganzen Erbmasse (*pars quota*), z. B. die Hälfte, ein Drittel, oder sein ganzes Immobilien- oder Mobilienvermögen, oder einen bestimmten Theil desselben, jemanden vermacht. Der Begriff scheint zwar von dem eines Universalvermächtnisses in dem Falle nicht verschieden zu seyn, wo der Testator Mehrern sein ganzes Vermögen hinterläßt, denn auch hier zertheilt sich das Vermächtniß nothwendig in Quoten; allein es tritt doch immer der Unterschied ein, daß bei dem Universalvermächtniß das ganze

*) Art. 1010. Nach röm. Recht heißt dieß Legat bekanntlich *legatum partitionis*. Vgl. Thibaut §. 753.

Vermögen Mehrern zusammen ohne Bestimmung der Theile, hier aber in abgeforderten Theilen, ursprünglich hinterlassen wird. *)

§. 391^b.

II. von der besondern Art des Erwerbes und den Wirkungen derselben. **)

Die Legatarien unter einem Universaltitel sind zunächst schuldig ihr Legat von den Notherben, sodann von den Universallegatarien, und endlich von den gesetzlichen Erben zu verlangen. Ist dieses geschehen, so müssen sie, ebenso wie die Universallegatarien, für die Schulden und Lasten der Erbschaft einstehen, d. h. verhältnismässig für ihren Theil, und hypothekarisch für das Ganze. ***)

*) Vgl. Maleville ad Art. 1010.

**) Art. 1011—13.

***) Nach röm. Recht gehen bloß verhältnismässig die Rechte des Erblassers auf den Legatar über, nicht aber die Schulden. Doch finden sogenannte stipulationes partis et pro parte statt: „ut et lucrum et damnum hereditarium pro rata parte inter eos commune esset.“ §. 5. J. II, 28. L. 8. §. 5. D. XXXI.

D r i t t e r A b s a t z :
 von den Particularvermächtnissen.

Quelle: Livre III. Titre 2. Chapitre 5. Section 6.

§. 392^a.

Begriff und nähere Bestimmungen in Hinsicht
 auf den Erwerb. *)

Der Begriff eines Particularvermächtnisses ergibt sich von selbst, es wird dadurch, wie der bloße Name schon sagt, eine einzelne Sache hinterlassen. In vieler Hinsicht abweichend von den Grundsätzen des römischen Rechts, sind aber die speciellen in Hinsicht auf den Erwerb vorgeschriebenen Bestimmungen. Jedes unbedingte Vermächtniß ertheilt nemlich dem Legatar, von dem Tage des Todes des Testators an, ein auf seine Erben oder sonstige Stellvertreter übertragbares Recht, **) er darf inzwischen nicht eher den Besitz des legirten Gegenstandes ergreifen, und die Zinsen und Nutzungen davon verlangen, bis die Auslieferung, gerade so wie bei den Legatarien unter einem Universaltitel, entweder gerichtlich verlangt,

*) Art. 1014. 15.

**) Das römische Recht unterscheidet bekanntlich die Legate welche auf die Erben übergehen (legata transmissibilia) von denen, wobei diess nicht der Fall ist; das Recht auf die letztern wird erst a die aditae hereditatis erworben; „dies ante aditam hereditatem non cedit.“ Vgl. L. 2. 3. D. XXXVI, 2.

oder freiwillig geschehen ist. *) Nur zwei Ausnahmen werden erwähnt, wo die Zinsen oder Nutzungen, auch ohne dafs die Auslieferung gerichtlich verlangt worden ist, vom Sterbetage des Erblassers an, dem Legatar zustehen, nemlich wenn der Testator dies ausdrücklich gewollt, oder Iemanden zu seinem Unterhalt eine Leibrente, oder jährliches Legat vermacht hat. **)

§. 392^b.

F o r t s e t z u n g. ***)

Die Kosten der Klage auf Auslieferung fallen der Erbschaft, jedoch unbeschadet des Pflichttheiles, zur Last, die Einregistrirungskosten aber mufs der Legatar entrichten. Die Erben des Testators oder sonstigen Onerati müssen für die Entrichtung der Legate für ihre Person verhältnismässig einstehen, und auch hypothekarisch für das Ganze haften, so weit sich der Werth der zur Erbschaft gehörigen von ihnen besessenen unbeweglichen Güter beläuft. ****) Dafs

*) Vgl. dagegen L. 80. D. XXXI.: „*Recta via dominium, quod hereditatis fuit, ad legatarium transit, nunquam factum heredis.*“ Der Oneratus braucht gleichfalls die Zinsen und Früchte nicht eher zu erstatten, bis er durch die Litiscontestation in mora versetzt ist. L. 1. 4. C. VI, 47.

**) Vgl. L. 70. §. 1. 18. §. 1. D. XXXIV, 1. (Auch bei dem einer milden Stiftung oder einem Minderjährigen hinterlassenen Legat mufsten die Früchte und Zinsen vom Tode des Testators an geleistet werden. L. 46. §. 4. C. 1, 3. L. 3. C. II, 41. Nov. 131. c. 12.)

***) Art. 1016 — 24.

****) Nach röm. R. sind die sämtlichen Erben zwar gleichfalls nach der Gröfse ihres Erbtheiles zur Entrichtung der Legate

die legirte Sache mit dem nothwendigen Zubehör und in dem Stande abgeliefert werden müsse, in welchem sie sich zur Zeit des testatorischen Todes befand, ist ein bekannter Grundsatz; *) merkwürdig aber, daß die Acquisitionen, wodurch der Testator das legirte Grundstück vergrößert hat, nicht als Theil des Vermächtnisses betrachtet werden sollen. Die Verordnung: daß der Oneratus die legirte Sache von der vor oder nach Errichtung des Testaments an derselben constituirten Hypothek, oder dem daran bewilligten Ususfruct, ohne ausdrücklichen Willen des Testators, nicht zu befreien brauche, **) ist ebenso singulair, als die Vorschrift, daß wenn der Testator eine fremde Sache legirt hat, das Vermächtniß ungültig seyn soll, einerlei, er möge die fremde Eigenschaft gewußt haben, oder nicht. ***) Ferner ist als eine vom römi-

verbunden, L. 33. pr. D. XXXI, aber nur dann in solidum einzustehen verpflichtet, wenn der Erblasser dies befohlen hat, oder das Object untheilbar ist. L. 8. §. 1. D. XXX. L. 11. §. 23. L. 25. pr. D. XXXII.

*) L. 35. §. 3. L. 52 in f. L. 100. §. 3. L. 102. §. 3. D. XXXII. u. f. w.

**) Das röm. Recht verordnet gerade umgekehrt, daß der Erbe die verpfändeten Sachen einlösen müsse, wenn bewiesen werden kann, daß der Erblasser diese Beschaffenheit der Sache gewußt habe, oder der Legatar zu den Personen gehört, von welchen vermuthet wird, daß ihnen der Testator auf jeden Fall die Sache würde vermacht haben. Vgl. Thibaut §. 751. Der Art. 874. läßt sich mit Art. 1020. leicht vereinigen, bei jenem wird nemlich vorausgesetzt, daß der Testator dem Erben ausdrücklich die Verbindlichkeit auferlegt hatte, das Vermächtniß frei zu machen. Vgl. Maleville ad Art. 1020.

***) Vgl. dagegen §. 4. J. II, 20. L. 14. §. 2. D. XXXII.

fchen Recht abweichende merkwürdige Bestimmung zu bemerken, daß bei einem generellen und alternativen Legat von einem Wahlrecht des Legatars *) keine Rede ist, sondern der Erbe soll verbunden seyn, eine Sache von mittlerer Güte zu geben. **) Uebrigens verordnet endlich schon das römische Recht: daß wenn der Erblasser dem Legatar eine eben so große Summe vermacht hat, als er ihm schuldig ist, ohne ausdrücklich zu sagen, daß er mit dem Legat seine Schuld zu tilgen die Absicht habe, ienes Vermächtniß nicht als *legatum debiti* betrachtet werden solle. ***)

*) Vgl. Thibaut §. 761.

**) Vgl. L. 37. D. XXX.

***) L. 4. D. XXXVII, 7. L. un. §. 3. C. V, 13.

D r i t t e r A b s c h n i t t :
*von den Arten der Ungültigkeit der letzten
Willensverordnungen.*

Quelle: *Livre III. Titre 2. Chapitre 5. Sect. 8.*

§. 393.

Eine letzte Willensverordnung (Vermächtniß) ist entweder gleich anfangs ungültig, oder wird erst in der Folge ungültig gemacht. Das Erstere ist der Fall, so oft die bei der Errichtung der Testamente im ersten Abschnitt dargestellten Formalitäten nicht beobachtet sind; das Letztere hingegen, so oft das Testament entweder vom Erblasser widerrufen wird, oder eine sogenannte Caducität eintritt, oder endlich ein richterliches Erkenntniß den Legatar des Legates für verlustig oder dessen für unwürdig erklärt. Wir müssen diese Fälle des Ungültigwerdens sowohl an und für sich betrachten, als die Wirkungen der dadurch bewirkten Ungültigkeit untersuchen.

E r s t e r A b s a t z:

*von den Fällen des Ungültigwerdens an und für sich. *)*

§. 394.

I. von dem Widerruf der letzten Willensverordnungen. **)

Testamente oder letzte Willensverordnungen überhaupt können sowohl ganz als zum Theil ***) widerrufen werden, und zwar entweder ausdrücklich, oder stillschweigend. Ienes ist der Fall 1) wenn ein späteres Testament ****) errichtet, und ausdrücklich dabei bemerkt wird, daß die vorigen Dispositionen ungültig seyn sollen; 2) wenn vor Notarien eine Erklärung des geänderten Willens erfolgt ist. †) Still-
schweigend auf der andern Seite wird das Testament widerrufen: 1) wieder durch ein errichtetes späteres

*) Vgl. überhaupt Thibaut §. 807 fg.

**) Art. 1035 — 38.

***) Schon nach röm. R. war bekanntlich die theilweise Revocation durch einen Codicill erlaubt.

****) Auch durch eine Universal-schenkung auf den Todesfall kann die letzte Willensverordnung nach geschehener Gleichsetzung der Testamente, Codicille und Schenkungen auf den Todesfall, unlängbar revocirt werden, ebenso durch eine im Heirathscontract geschehene Schenkung des gesamten Vermögens.

†) Es ist hinreichend, wenn diese Erklärung vor einem Notar und zwei Zeugen, oder vor zwei Notarien geschieht. Maleville ad Art. 1035. (Nach röm. R. kann bekanntlich ein Testament auch durch bloßen wörtlichen Widerruf vor 3 Zeugen, wenn dasselbe 10 Jahre alt geworden ist, revocirt werden. Vgl. L. 27. C. VI, 23.)

Testament, wenn nicht ausdrücklich dabei bemerkt worden ist, daß das frühere ungültig seyn solle; in diesem Falle sind nur die Bestimmungen als ungültig zu betrachten, welche sich mit den neuen nicht vereinigen lassen; *) 2) durch eine vom Testator entweder ganz oder zum Theil geschehene Veräußerung des legirten Gegenstandes; hier ist wieder ein stillschweigender Widerruf des Vermächtnisses in Ansehung Alles dessen anzunehmen, was veräußert worden ist, sollte gleich die Veräußerung ungültig oder die veräußerte Sache nachher in die Hände des Testators zurückgekehrt seyn. **) Auch die unter Vorbehalt des Rückkaufes geschehene Veräußerung, oder der Tausch hat diese Wirkung. Bei dem testamentarischen Widerruf muß endlich noch überhaupt bemerkt werden, daß wenn auch die anderweite Disposition aus irgend einem Grunde, z. B. wegen Unfähigkeit oder Unwürdigkeit des eingesetzten Erben oder Legatars, oder wegen der von ihm verweigerten Annahme, oder wegen äußerer Unvollkommenheit, ***)

*) Bloß in Hinsicht auf diese gilt also die Regel *posteriora prioribus derogant*, sonst aber kann der Erblasser so viele Testamente machen, als er will.

**) L. 18. 24. §. 1. D. XXXIV, 4. §. 12. J. II, 20.

***) Der Grundsatz, daß ein früheres Testament durch ein späteres auch dann ungültig werde, wenn das spätere nach seiner äußern Form ungültig ist, findet sich zwar nirgends im *Code Napoléon*. Allein Maleville bemerkt, nach meiner Ueberzeugung, sehr richtig, daß der Art. 1035. ihn ersetze, weil es sonderbar seyn würde, wenn ein zweites, wiewohl unvollkommenes Testament nicht wenigstens die Formalität des Widerrufs vor Notarien ersetzen sollte. Vgl. jedoch dagegen Zachariä §. 381. Anm.

nicht zur Vollziehung kommt, demohngeachtet der einmal dadurch geschehene Widerruf seine volle Wirksamkeit behält. *)

§. 395.

II. *von der Caducität derselben.* **)

Caducität einer testamentarischen Verordnung ist vorhanden, so oft die Bedingungen wegfallen, unter welchen das hinterlassene Emolument auf den Erben oder Legatar übergehen kann und soll. Sie tritt namentlich ein: 1) wenn der, zu dessen Vortheil disponirt wurde, den Testator nicht überlebt, oder vor Erfüllung der Bedingung stirbt, von welcher das hinterlassene Legat selbst, nicht die bloße Leistung desselben, abhängen soll. Wird indessen durch die hinzugefügte Bedingung bloß die wirkliche Leistung aufgeschoben, so hat der Erbe oder Legatar nichts destoweniger ein wirklich erworbenes auf seine Erben übertragbares Recht; ***) 2) wenn der vermachte Gegenstand vor dem Tode des Erblassers, oder nach seinem Tode, aber ohne Schuld des Erben, gänzlich zu Grunde geht; ****) 3) wenn der, dem das Vermächtniß hinterlassen ist, dasselbe nicht annehmen kann oder will.

*) Vgl. §. 2. J. II, 17. L. 16. §. 2. D. XXVIII, 3.

**) „*Dies cessit sed nondum venit.*“ Vgl. L. 3. pr. §. 1. D. XXXIV. 8. L. 10. §. 1. D. XLVIII, 7. L. 120. D. XLV, 1.

***) Sollte gleich der Oneratus sich in mora befinden, so wird das Vermächtniß doch unwirksam, wenn bewiesen werden kann, daß die Sache ebenso bei dem Honoratus hätte zu Grunde gehen müssen. Vgl. L. 88. §. 2. D. XXXII.

§. 396.

III. von der Ungültigkeit durch ein richterliches Erkenntnifs. *)

Das Vermächtnifs wird endlich ungültig, wenn der Erbe oder Legatar desselben durch ein richterliches Erkenntnifs für verlustig, oder für unwürdig erklärt wird. Diefs ist der Fall: 1) wenn er die vom Testator auferlegte Poteftativbedingungen nicht erfüllt; 2) wenn er ihm nach dem Leben strebt; 3) wenn er sich gegen ihn Gewaltthätigkeiten, schwere Iniurien, oder andere grobe Vergehungen erlaubt. In allen diesen Fällen kann gegen ihn eine Klage auf Einziehung des Vermächtniffes angestellt werden, und der Richter hat hierauf zu bestimmen, ob die Revocation sogleich erfolgen solle, oder ob die Umstände es nöthig machen, dem Berechtigten zuvor noch eine Frist zur Erfüllung einzuräumen. Wenn namentlich die Klage sich auf eine schwere Beleidigung gründet, die das Andenken des Testators in ein nachtheiliges Licht setzt, so muß sie in Jahresfrist, vom Tage des Vergehens an, erhoben werden. **)

*) Art. 1046. 47.

**) Ueber die Nichtigkeit der Testamente, die durch Schmeicheleien oder sonstige Kunstgriffe bewirkt, oder durch Eingebung Anderer, nicht durch eigene Ueberlegung veranlaßt sind, vgl. Maleville ad Art. 1047. (Von der Ungültigkeit wegen pflichtwidriger Enterbung oder Präterition eines geborenen oder noch nicht geborenen Saus kann überhaupt keine Rede seyn.)

Z w e i t e r A b s a t z :

*Wirkungen der erfolgten Ungültigkeit einer testamentarischen
Verordnung.*

§. 397.

I. *Wirkungen im Allgemeinen.* *)

Wenn eine testamentarische Verordnung aus irgend einer Ursache ungültig geworden ist, so behalten diejenigen natürlich den Gegenstand derselben, welche ihn entrichten sollten; ausgenommen 1) wenn der Erblasser auf den Fall, wo der eingesetzte Erbe oder Legatar das hinterlassene Emolument nicht erhält, einen Andern substituirt hat; **) 2) wenn ein Recht des Zuwachses zum Vorthail eines Mitlegatars statt findet. Von dem letztern Rechte müssen wir noch etwas näher reden.

§. 398.

**II. *insonderheit von dem Recht des
Zuwachses.* ***)**

Das Recht des Zuwachses (*ius accrescendi*) besteht darin, daß wenn eine testamentarische Verfügung zum Vorthail Mehrerer zusammen geschehen ist,

*) Vgl. Zachariä §. 384.

) Es ist bereits oben §. 162. N. *) bemerkt worden, daß bloß fideicommissarische Substitutionen verboten, die eigentlichen Vulgarsubstitutionen, wovon hier die Rede ist, aber erlaubt sind. Vgl. Art. 898.

***) Art. 1044. 45. Vgl. Thibaut §. 843.

und Einer das dadurch hinterlassene Emolument nicht annehmen kann oder will, dessen Antheil auf die übrigen mit ihm Verbundenen fällt. Eine solche Verbindung ist nun aber anzunehmen: 1) wenn das Vermächtniß in einer und derselben letzten Willensverordnung Mehrern ist zugedacht worden, der Testator nicht einem jeden der Mitlegatarien besonders seinen Antheil an der vermachten Sache angewiesen hat; 2) wenn eine Sache, die sich ohne Deterioration nicht theilen läßt, in demselben Acte mehreren Personen, obgleich einer jeden besonders, vermacht ist. Das *ius accrescendi* findet also nach dem Code Napoléon, um die römische Terminologie beizubehalten, nur *inter coniunctos re et verbis* statt, und *inter coniunctos re tantum* bloß in dem Fall, wenn die vermachte Sache sich nicht bequem theilen läßt; auf die *coniunctio verbis tantum* wird aber gar keine Rücksicht genommen. *)

A n h a n g :

v o n T e s t a m e n t s e x e c u t o r e n .

§. 399. **)

Ueber die Testamentsexecutoren, welche schon vor der Einführung des Code Napoléon in den Ge-

*) Viele sehr wichtige Punkte läßt der Code Napoléon ganz unentschieden, z. B. ob die *pars deficiens cum* oder *sine onere* zufällt u. s. w.

**) Art. 1025—1034. Vgl. Thibaut §. 849.

wohnheitsländern Frankreichs sehr gewöhnlich waren, sind hier bloß folgende Grundsätze zu bemerken: 1) der Testator kann einen oder mehrere Testamentsexecutoren ernennen, er kann ihnen den Besitz seines Mobiliarvermögens einräumen, der aber nicht über Jahr und Tag von seinem Tode an gerechnet, dauern darf, auch niemals von Rechtswegen übergeht; 2) der Erbe kann dem eingeräumten Besitze ein Ende machen, wenn er den Executoren eine zur Zahlung der Mobiliarvermächtnisse hinreichende Summe anbietet, oder die bereits geschehene Auszahlung derselben beweiset; 3) die Vollmacht des Testamentsexecutors geht zwar, da ihm die Execution als ein bloß persönliches Amt aufgetragen worden ist, nicht auf seine Erben über, von Mehrern kann aber, in Ermangelung der Uebrigen, Einer allein handeln, und sie sind in der Regel wegen des ihnen anvertrauten Mobiliarvermögens solidarisch verpflichtet.

Zweiter Hauptabschnitt:

von dem Erwerb und dem Ausschlagen des
gehörig deferirten Erbrechtes.

Erstes Hauptstück:

von dem Erwerb der deferirten
Erbſchaft.

Erster Abschnitt:

von dem Erwerb an und für sich.

Quelle: *Livre III. Titre 1. Chapitre 5. Section 1. 3.*

§. 400a.

I. im Allgemeinen.

Die allgemeinen bei iedem Erwerb eintretenden Grundsätze lassen sich auf folgende Fragen reduciren: 1) wer kann die Erbſchaft erwerben? 2) wie geschieht der Erwerb? 3) kann der Erbe des Erben die seinem Erblasser deferirte, aber von ihm nicht erworbene Erbſchaft annehmen? 4) kann ein Großjähriger sich gegen den von ihm geschehenen Erwerb in integrum restituiren lassen? In dem Gesetzbuche wird zwar die Lehre von dem Erwerb der Erbſchaft bloß mit der Intestatfolge dem äußern Zusammenhange

nach in Verbindung gesetzt, allein offenbar bezieht sich diese Lehre vorzüglich auch auf das testamentarische Erbrecht, und es mußte gleich durch die Stellung derselben darauf hingedeutet werden.

§. 400^b.

*A. wer kann die Erbschaft erwerben? *)*

In der Regel ist es der Willkühr der Erben überlassen, ob er die ihm deferirte Erbschaft annehmen will oder nicht; **) nur verheirathete Weiber, Minderjährige und Interdicirte sind beschränkt. ***) Verheirathete Weiber, selbst wenn sie in keiner Gemeinschaft der Güter mit ihrem Manne leben, oder wenn diese Gemeinschaft aufgehoben ist, können überhaupt ohne Mitwirkung oder schriftliche Einwilligung ihres Mannes nicht erwerben (§. 28.), also auch die ihnen deferirte Erbschaft nicht. Minderjährige und Interdicirte können nur mit Zuziehung des Vormundes die Erbschaft, welche ihnen deferirt ist, annehmen, der Vormund aber muß sowohl zu der positiven als negativen Bestimmung seines Willens die Erlaubniß des Familienrathes erhalten haben. (§. 101.) Ueberhaupt darf die Annahme nur sub beneficio inventarii geschehen, und es tritt dabei die gesetzliche Begün-

*) Art. 775. 76.

**) Der charakteristische Unterschied zwischen heres suus und extraneus kommt nicht mehr in Betracht.

***) Auch nach römischen Recht ist es bekanntlich eine Hauptbedingung des Erwerbes, daß der Erbe fähig seyn muß, sich zu verpflichten. Vgl. Thibaut §. 717.

stigung ein, daß selbst die ausgeschlagene Erbschaft, so lange noch kein anderer die Erbschaft erworben hat, immer noch angenommen werden kann, entweder von dem Vormunde, wenn er durch einen neuen Beschluß des Familienrathes die Erlaubniß dazu erhalten hat, oder durch den grofsjährig gewordenen Minderjährigen selbst. *) In beiden Fällen mufs jedoch die Erbschaft in dem Zustande angenommen werden, worin sie sich zur Zeit des beschlossenen Erwerbes befindet. Die in der Zwischenzeit abgeschlossenen Verkäufe, und die sonstigen gesetzlich vorgenommenen Handlungen können nicht angefochten werden. **)

§. 400^c.

B. *wie geschieht der Erwerb?* ***)

Der Erwerb einer Erbschaft kann, ebenso wie nach römischen Recht, sowohl ausdrücklich als stillschweigend geschehen; ausdrücklich wenn der Erbe in einem authentischen oder Privatact ****) er-

*) Nach den Grundsätzen des röm. Rechts war es ein Vorzug des *funs*, daß er während drei Jahre die Erbschaft, die er schon ausgeschlagen hatte, wieder zurücknehmen konnte, so lange sie noch von keinem Andern erworben war. Vgl. L. 6. C. VI. 31. Dieselbe Befugniss hatten die Kinder schon nach der L. 65. D. XXXVIII, 17. in Hinsicht auf die mütterliche Erbschaft binnen Jahresfrist.

**) Vgl. Art. 461. 62.

***) Art. 778 — 80. Vgl. Thibaut §. 716.

****) Es wird jedoch ein eigentlicher Privatact vorausgesetzt, d. h. ein Aufsatz, den man in der Absicht geschrieben hat, um sich verbindlich zu machen, nicht also ein einfacher Brief, eine Note, vielweniger eine mündliche Erklärung. Vgl. Maleville ad Art. 778.

klärt, daß er Erbe seyn wolle, wenn er den Titel oder die Eigenschaft als Erbe annimmt (*hereditatis aditio*); stillschweigend wenn der Erbe eine solche Handlung vornimmt, die nothwendig seine Absicht, die Erbschaft annehmen und erwerben zu wollen, voraussetzt, und die er bloß in der Eigenschaft als Erbe, zu machen befugt ist. (*Pro herede gestio.* *) Zu dem stillschweigenden Erwerb gehört namentlich die Verschenkung und der Verkauf einer erbchaftlichen Sache. Ferner die Uebertragung des Erbrechts sowohl an einen Fremden, als an alle oder einige Miterben, endlich auch die Verzichtleistung zum Vortheil der Miterben. **) Bloße conservatorische Handlungen, und ebenso Handlungen der Aufsicht und provisorischen Verwaltung, sind auch nach dem Code Napoléon nicht als Handlungen zu betrachten, welche den Erwerb der Erbschaft voraussetzen, oder in welchen ein stillschweigender Erwerb derselben liegt, der Erbe müßte sie denn nicht mit Protestation,

*) Vgl. L. 20. §. 4. D. XXIX, 2. „*Quoties quid accipit, quod citra ius et nomen heredis accipere non potest.*“

**) Iedoch diese Letztere nicht ohne nähere Bestimmungen. Geschieht sie nemlich bloß zum Vortheil eines oder mehrerer Miterben, so ist es einerlei, ob der verzichtleistende Erbe etwas dafür bekommt oder nicht, wenn sie aber zum Vortheil aller Miterben geschieht, so ist es wesentlich, daß er dafür eine Vergütung erhalte. Das Gesetz sagt: „*L'ors- qu'il en reçoit le prix de sa renonciation.*“ In dem erstern Falle ist sie entweder als eine Schenkung oder als ein Verkauf, mithin als wirkliche Annahme zu betrachten, in dem letztern Falle aber wird die unentgeltliche Verzichtleistung ganz wie eine gerichtliche Entsagung betrachtet.

sondern vielmehr ausdrücklich in der Eigenschaft als Erbe vorgenommen haben. *) Da nun, wie bereits angeführt ist, die regulären gesetzlichen Erben, ebenso wenn keine Notherben vorhanden sind, diejenigen testamentarischen Erben, welche in keinem olographischen oder mystischen, also in einem öffentlichen Testament eingesetzt worden sind, von Rechts wegen (*ipso iure*) in den Besitz der Güter, Rechte und Forderungen des Verstorbenen eintreten, die übrigen aber erst bestimmt erklären müssen, daß sie die deferirte Erbschaft annehmen wollen, und sich von dem Richter unter den gehörigen Voraussetzungen in den Besitz einsetzen lassen, so können wir wohl bei jenen den stillschweigenden, bei diesen den ausdrücklichen Erwerb als Regel annehmen. **)

§. 400d.

C. *kann der Erbe des Erben die seinem Erblasser deferirte, aber von ihm nicht erworbene Erbschaft annehmen? ***)*

Die Erben des Erben, der in Hinsicht auf die erstern zugleich Erblasser ist, sind allerdings befugt, die dem Erben (ihrem Erblasser) deferirte Erbschaft, statt seiner anzunehmen oder auszuschlagen, wenn er gestorben ist, ohne sie ausgeschlagen, oder ohne sie

*) Vgl. L. 20. 78. 85. D. XXIX, 2.

**) Der stillschweigende Erwerb ist bei den Letztern nicht hinreichend, es muß also der ausdrückliche Erwerb als Regel bei ihnen gelten, aber es ist nicht gesagt, daß bei den Erstern nicht auch ausdrücklicher Erwerb statt finden kann.

***) Art. 781. 82. In diesen beiden Artikeln ist das ganze so überaus wichtige Recht der Transmission enthalten. Vgl. Thibaut §. 675.

ausdrücklich oder stillschweigend angenommen zu haben. *) Wenn die Erben über die Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft nicht einig seyn sollten, so muß sie unter der Rechtswohlthat des Inventars angenommen werden.

§. 400e.

D. kann ein Grossjähriger sich gegen den von ihm geschehenen Erwerb in integrum restituiren lassen? **)

Es gilt der Grundsatz, daß ein Volliähriger die ausdrücklich oder stillschweigend von ihm geschehene Annahme einer Erbschaft nicht anfechten, und dagegen um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bitten kann; ***) ausgenommen in folgenden Fällen: 1) wenn die Annahme der Erbschaft durch einen gegen ihn verübten Betrug ist bewirkt worden; 2) wenn die Erbschaft durch spätere Entdeckung eines zur Zeit der Annahme noch unbekannt gewesenen Testaments erschöpft, oder über die Hälfte vermindert seyn sollte. ****)

*) Vgl. L. 7. D. XXIX, 2.

**) Art. 783.

***) Vgl. L. 4. C. VI, §1.: „Sicut maior vigintiquinque annis, antequam adeat, delatum repudiens successionem, post quaerere non potest: ita quaesitam renunciando nihil agit, sed ins, quod habuit, retinet.“

****) Man wollte diese Ausnahme im Staatsrathe auch auf den Fall ausdehnen, wenn nach der Antretung eine Schuld entdeckt werden sollte, die mehr als die Hälfte der ganzen Erbschaft überstiege, man bemerkte aber, wie Maleville erzählt: daß diese weitere Ausnahme den Gang der Geschäfte zu sehr hindern würde, der Erbe könnte ja auch, um gegen allen Schaden sicher zu seyn, die Erbschaft sub beneficio inventarii antreten.

§. 401.

II. *insonderheit von dem Erwerb unter der Wohlthat eines Inventars.*A. *Bedingungen dieser Wohlthat. *)*

Um die Wohlthat des Inventars zu genießen, muß der Erbe genau Folgendes beobachten: 1) er muß in drei Monaten, vom Tage der Erbdelation an gerechnet, ein treues und genaues Verzeichniß der zur Erbschaft gehörigen Gegenstände, auf die gehörige Weise verfertigen, und hierauf 2) nach Ablauf einer Frist von vierzig Tagen (*spatium deliberandi*), welche nach Beendigung des Inventars zu laufen anfängt, auf der Gerichtschreiberei des Gerichts erster Instanz des Bezirkes, wo die Erbschaft eröffnet ist, erklären: daß er die Erbschaft unter der Wohlthat des Inventars antreten wolle. **) Die beiden erwähnten Fristen können jedoch nach Verhältniß der Umstände verlängert werden, nur muß er, wenn ihm die Proceßkosten nicht zur Last fallen sollen, darthun, daß ihm der Tod des Erblassers nicht bekannt geworden ist, oder daß die Fristen wegen Entlegenheit der Güter, oder wegen eingetretener Streitigkeiten nicht hinreichen.

*) Art. 793 — 96. 798. 99. vgl. Thibaut §. 723.

**) Nach röm. Rechte muß das Inventar binnen 30 Tagen nach erhaltener Nachricht von der geschehenen Delation anfangen, und binnen 60 Tagen, oder wenn das Vermögen zerstreut ist, binnen lahresfrist vollendet werden. L. 22. §. 2. 3. C. VI, 30.

§. 401^b.

B. *Wirkungen dieser Wohlthat.* *)

Die Wirkungen dieser Wohlthat und zwar 1) während der zur Verfertigung des Inventars und zur Bedenkzeit bestimmten Fristen bestehen darin, daß der Erbe nicht als Erbe behandelt wird, und kein Urtheil gegen ihn gefällt werden kann; **) indeffen ist er doch verpflichtet und befugt solche Sachen der Erbschaft, welche ohne Verderben, oder ohne beträchtlichen Aufwand nicht erhalten werden können, ohne daß man hieraus eine Annahme folgern könnte, mit gerichtlicher Erlaubniß auf die gehörige Art verkaufen zu lassen. 2) Nach Ablauf der erwähnten Fristen, entsagt der Erbe entweder der Erbschaft, oder er erklärt sie behalten zu wollen; in jenem Falle muß die Erbschaft den bisher von ihm gemachten rechtmäßigen Aufwand tragen, und in diesem bewirkt das errichtete Inventar für den Erben, wenn er sich dessen nicht verlustig gemacht hat, ***) den Vortheil, daß er nur bis zum Betrag des Werthes der inventarisirten erbenschaftlichen Sachen für die Bezahlung der

*) Art. 797. 802. fg. Thibaut §. 725.

**) Vgl. L. 22. §. 11. C. VI, 50.

***) Dieß soll nach dem Art. 801. der Fall seyn, wenn ihm eine Verheimlichung zur Last fällt, oder wenn er gewisse Sachen wissentlich, oder bößlicher Weise nicht inventarisiert hat. Nach röm. Recht wird das arglistig Unterschlagene doppelt angerechnet und es kann davon den Legatarien nichts abgezogen werden.

Schulden einzustehen braucht, und den Gläubigern oder Legatarien die ganze Erbschaftsmasse cediren kann; *) dafs auf der andern Seite sein persönliches Vermögen nicht mit der Erbschaftsmasse vermischt wird, er vielmehr aus dieser die Bezahlung seiner eigenen Forderungen verlangen kann. **) Ueberhaupt ist endlich der Beneficiarerbe zur gehörigen Verwaltung des erbschaftlichen Vermögens und zur Rechnungsablage verpflichtet.

*) L. 22. §. 4. 5. 6. C. eod.

**) L. 22. §. 9. C. eod.

Zweiter Abschnitt:
von den Wirkungen des geschehenen
Erwerbes.

§. 402.

I. im Allgemeinen. *)

Nach dem bekannten Grundsatz: qui habet commodum etiam incommodum ferre debet, erhält der ernannte Legatar nicht nur, vom Augenblick des Erwerbes an, den ihm angewiesenen Vortheil, sondern er muß auch als Universallegatar, oder Legatar unter einem Universaltitel, zugleich alle Schulden und Lasten der Erbschaft verhältnismässig übernehmen. Diese allgemeine Bestimmung der Wirkungen des geschehenen Erwerbes ist jedoch nicht hinreichend, sondern wir müssen insonderheit 1) von der Theilung der Erbschaft; 2) von der dabei vorkommenden Collocation; 3) von der Bezahlung der Schulden handeln.

§. 403.

II. in besonderer Hinsicht:

A. auf die Theilung der Erbschaft:

I. von der Klage auf Theilung und der Art und Weise,
wie dieselbe geschieht.

a. wer kann die Klage auf Theilung anstellen? **)

Im Allgemeinen kann Niemand gezwungen werden in der Gemeinschaft zu bleiben, sondern ein

*) Art. 724.

**) Art. 815; — 18. Vgl. Thibaut §. 728. fg.

leder ist aller entgegenstehenden Verträge und Verbote ungeachtet, befugt, vor dem Gerichte des Ortes, wo die Delation der Erbschaft geschehen ist, auf Theilung zu klagen. *) Indessen ist es erlaubt, durch eine Uebereinkunft, die aber nicht länger als fünf Jahre verbindlich seyn, wiewohl erneuert werden kann, die Theilung auf eine bestimmte Zeit auszusetzen. **) Sie findet übrigens selbst in dem Falle noch statt, wenn einer der Miterben den abgesonderten Genuß von einem Theil der erbschaftlichen Güter bereits gehabt haben sollte, aber ohne Theilung, ***) oder Verjährung. ****) Bei min-

*) „*Nemo invitus compellitur ad communionem.*“ L. 26. §. 4. D. XII, 6.

„*Nulla societatis in aeternum coitio est.*“ L. 70. D. XVII, 2.

„*Arbitrium familiae eriscundae vel unus petere potest.*“ L. 42. D. X, 2.

**) L. 14. §. 2. D. X, 3. „*Si conveniat, ne omnino divisio fiat, huiusmodi pactum nullas vires habere manifestissimum est. Sin autem intra certum tempus, quod etiam ipsius rei qualitati prodest, valet.*“

***) Nach römischen Recht ist nicht gerade eine Theilungsurkunde nöthig. Vgl. L. 21. C. II, 3. L. 4. C. III, 27. L. 12. C. III, 36. „*Non ideo divisio inter te, et fratrem tuum facta, irrita habenda est, quod eam scriptura secuta non est: cum fides rei gestae ratam divisionem satis affirmet.*“

****) Nach Maleville ad Art. 816. müssen drei Fälle unterschieden werden. 1) wenn die Miterben als solche 30 Jahre lang in ungetheiltem Genuße waren, so kann dieser Besitz keine Verjährung der Theilungsklage begründen, sollte auch die Gemeinschaft 1000 Jahre bestanden haben; 2) wenn hingegen einer oder mehrere Miterben 30 Jahre ausschließend die Erbschaft besaßen, so ist nun die Klage in Hinsicht der Uebrigen ohne Zweifel verjährt; 3) wenn endlich ein jeder Miterbe einen Theil der Erbschaft ohne Theilungsurkunde abgesondert besaß, so will Maleville die bisher in Frankreich nach einem 101jährigen abgesonderten Genuße

derjährigen oder interdicirten Miterben wird die Klage natürlich von dem Vormunde angestellt, er muß aber hierzu einen speciellen Auftrag des Familienrathes haben. *) Bei Abwesenden steht die Klage den in den Besitz eingesetzten Verwandten zu. (Vgl. §. 12.) Bei einer verheiratheten Frau endlich, die als Miterbin in Betracht kommt, muß man unterscheiden: ob entweder die Theilung von den Miterben der Frau verlangt wird, oder von Seiten der Frau selbst. In einem Falle muß nicht bloß die Frau, sondern auch der Mann vorgeladen **) werden. In diesem Falle ist entweder von Gütergemeinschaft die Rede, oder nicht; dort ist der Mann allein als Herr der Gemeinschaft befugt, die Klage für seine Frau zu erheben; hier ist zwar der Mann nicht ohne Mitwirkung seiner

eingetretene Vermuthung, daß eine Theilung statt gefunden habe, noch jetzt anwenden. Zachariä §. 353. N. 2. glaubt das Gegentheil, weil sonst die Worte *de partie des biens* überflüssig gewesen wären. Allein offenbar beziehen sich diese Worte auf den zweiten Fall, das Gesetz redet bloß von dem Falle; wo nicht alle Miterben die Erbschaft ganz oder zum Theil besessen haben, hier nemlich soll nach 30 Jahren das von ihnen Besessene nicht mehr vertheilt werden können. Der von Maleville erwähnte Fall setzt aber voraus, daß alle abgesondert im Genuße eines dem Anschein nach gleichen Theiles des Vermögens gewesen sind. In Hinsicht auf Frankreich würde ich daher kein Bedenken tragen den Gründen Maleville's beizutreten.

*) Vgl. Art. 465. 66. Nach röm. Recht kann, wenn ein *maior socius* auf die Theilung provocirt, die Veräußerung eines unbeweglichen pupillarischen Grundstückes *sine decreto* geschehen. L. 17. C. V, 71.

**) Nicht abgeladen, wie Blanchard übersetzt!

Frau befugt auf Theilung zu klagen, aber ebenfowenig nach den obigen Grundsätzen, die Frau ohne Auctorität des Mannes oder der Obrigkeit *)

§. 323^b.

b. *welche äussere Formalitäten müssen dabei beobachtet werden und wie geschieht die Theilung? **)*

Was die äussern Formalitäten betrifft, so ist zu bemerken: dass gar keine vorgeschrieben sind, wenn alle Erben gegenwärtig und grossjährig sind; widrigenfalls aber muss in der kürzesten Zeit auf Ansuchen der Erben, oder der Gläubiger, ***) oder auch des königl. Procurators, eine gerichtliche Versiegelung vorgenommen werden. ****) Ueber die Theilung selbst und insbesondere über die Art und Weise wie sie geschehen soll, sind sehr viele specielle Bestimmungen vorgeschrieben, von denen wir nur einige der wichtigsten ausheben wollen: 1) die Schätzung der in der Erbschaft befindlichen Grundstücke ge-

*) Der Mann hat jedoch in Ansehung der Güter der Frau, welche er benutzen darf, das Recht, eine provisorische Theilung zu verlangen.

**) Art. 819. 42.

***) jedoch nur kraft eines executorischen Titels, oder einer vom Bezirksgericht ertheilten Erlaubniss. Ist die Versiegelung einmal geschehen, so können alle Gläubiger, auch ohne diese Voraussetzungen, Opposition einlegen, deren Wirkung die ist, dass die Erbschaft ohne Zuziehung der Opponenten nicht entsegelt und vertheilt werden dürfe. Art. 882. 2205.

****) Aus der unterlassenen Versiegelung entsteht jedoch keine Nichtigkeit der Theilung, sondern blos eine Vermuthung, die das Wegschaffen und die Verheimlichung der Erbschaftsachen, welche man den Erben zur Last legt, wahrscheinlicher macht. Vgl. Maleville ad Art. 819.

geschiebt von Sachverständigen, welche von den Parteien, oder subsidiär vom Gericht ernannt werden, und sie muß mit Gründen unterstützt seyn, damit das Gericht bei seiner Entscheidung sich darnach richten kann. Die Schätzung der Mobilien geschieht nach ihrem wahren Werthe. 2) Die Mobilien müssen öffentlich verkauft werden, wenn der grösste Theil der Miterben es so haben will, oder wenn Gläubiger vorhanden sind, die das Vermögen mit Arrest belegt, oder Oppositirn eingelegt haben. *) Die Immobilien müssen, wenn sie sich nicht bequem theilen lassen, gleichfalls gerichtlich, **) oder mit Einwilligung der grossjährigen Parteien vor einem Notar versteigert werden. 3) Nach geschehener Schätzung und darauf erfolgtem Verkauf geschieht das weitere Theilungsverfahren in der Regel vor einem von den Parteien gewählten, oder von Amtswegen ernannten Notar. ***)

§. 404.

2. von den Folgen und Wirkungen der geschehenen Theilung. ****)

Nach geschehener Theilung werden einem jeden Interessenten die Urkunden ausgeliefert, die sich auf die ihm ausschliessend zugefallenen Gegenstände beziehen. Die Urkunden, die sich auf einen unter die Miterben getheilten Gegenstand beziehen, erhält

*) Maleville glaubt mit Recht, dafs in diesem letzten Falle ein Miterbe durch Befriedigung der Gläubiger den Verkauf hindern kann.

**) Vgl. L. 3. C. III, 37.

***) Vgl. Art. 828 — 40.

****) Art. 842, 883 — 86.

derienige, dem der größte Theil zugefallen ist, mit der Verbindlichkeit, auch den übrigen Miterben auf Verlangen den Gebrauch zu gestatten. Diejenigen endlich, welche die ganze Erbschaft betreffen, bekommt ein Miterbe, der entweder von den Parteien selbst, oder vom Richter ernannt ist, unter derselben Verbindlichkeit, zur Aufbewahrung. *) Jeder Miterbe wird nun so angesehen, als habe er den ihm zugefallenen Antheil allein und unmittelbar geerbt, ohne an den übrigen Erbschaftsachen jemals ein Eigenthum gehabt zu haben. Insonderheit sind die übrigen Erben, wenige Fälle angenommen, verbunden, den Miterben im Fall der Eviction verhältnißmäßig zu entschädigen. Diese Verbindlichkeit dauert gewöhnlich 30 Jahre, ausgenommen wenn eine Rente durch Theilung zugefallen ist, denn in diesem Falle sind die übrigen Erben nur 5 Jahre nach der Theilung, für die vorher bereits existirende Insolvenz des Schuldners einzustehen verpflichtet. **)

§. 405.

3. von der Rescission der Theilung. ***)

Jede gerichtlich oder außergerichtlich geschehene Erbtheilung, einerlei mit welchem Namen sie be-

*) Vgl. dagegen L. 6. D. XXII, 4. „*Si de tabulis testamenti deponendis agatur, et dubitetur cui eas deponi oportet: semper seniore, iunior, et amplioris honoris inferiore, et marem foeminae, et ingenuum libertino praeferemus.*“

**) Vgl. Zachariä §. 353. N. 8.

***) Art. 887 — 92.

zeichnet ist, *) kann nicht nur wegen gebrachter Gewalt oder begangener Arglist, sondern auch wegen einer Verletzung von mehr als einem Viertel, auf Verlangen der Erben wieder aufgehoben werden. Die Aufhebung fällt jedoch weg: 1) wenn nach dem ersten Theilungsact, die Parteien sich über schwierige Punkte verglichen haben; 2) wenn der Beklagte dem Kläger seinen Antheil in baarem Gelde oder in Natur anbietet und leistet; **) 3) wenn der Kläger nach aufgehörtem Zwang, oder entdecktem Betrug, seinen Erbtheil ganz oder zum Theil veräußert hat. Um die Verletzung zu bestimmen, werden übrigens die Sachen nach dem Werthe zur Zeit der Theilung geschätzt. ***)

§. 406.

B. *Wirkungen des geschehenen Erwerbes in Hinsicht auf die Collation. ****)*

Da der Grund der Vertheilung einer Erbschaft verhältnißmäßige Gleichheit ist, so muß ieder Miterbe zur gemeinschaftlichen Masse dasienige conferi-

*) Also wenn gleich angeblicher Weise ein Kauf, Tausch, oder Vergleich zum Grunde liegen sollte. Die Aufhebung wegen Verletzung fällt jedoch weg, bei dem Verkauf, wodurch ein Miterbe oder mehrere dem Andern, auf dessen eignen Gefahr ihr Erbrecht angetreten haben. Vgl. Maleville ad Art. 889.

**) Auch das Anbieten in baarem Gelde muß gültig seyn, weil sonst alle bereits gemachten Loose in Unordnung gerathen würden. Sonst gilt bekanntlich der Grundsatz: *aliud pro alio invito creditore solvi non potest*. Vgl. Maleville ad Art. 891.

***) Vgl. L. 8. C. IV, 44.

****) Art. 843 — 69. Vgl. Thibaut. §. 731.

ren, was er vom Erblasser durch eine Schenkung unter Lebenden, oder durch ein Vermächtniß unmittelbar oder mittelbar bereits erhalten hat, und was er ihm schuldig ist. Diese Collation (Rapport) geschieht aber entweder in Natur, oder durch Abzug, sie ist also entweder eine positive oder negative Collation, jene tritt ein wenn sonst eine solche Ungleichheit entstehen würde, die nicht wieder ausgeglichen werden könnte, diese wenn noch durch andere erbenschaftliche Gegenstände eine Gleichheit bewirkt werden kann. Dasjenige was ohne Schuld des Beschenkten zu Grunde gegangen ist, ebenso die Geschenke, die mehr ein pflichtmässiges Geben oder Zeichen der Zärtlichkeit sind, als beträchtliche Vortheile, brauchen nicht conferirt zu werden, z. B. die Kosten des Unterhaltes und der Erziehung, ebenso die der Ausstattung und Hochzeit. *) Die Collation findet übrigens sowohl bei intestat- als testamentarischen Beerbungen statt, der Erblasser müßte denn ausdrücklich das Gegentheil verordnet haben. **) Indessen kann

*) Vgl. L. 1. §. 15. 16. D. XXXVII, 6. L. 50. D. X, 2. Was hingegen auf Iemandes Gewerbs- oder häusliche Einrichtung, oder zur Bezahlung seiner Schulden verwendet ist, muß conferirt werden. Art. 351. Was die zwischen dem Erblasser und einem der Erben gehörig eingegangene und bestandene Gesellschaft betrifft, so wie überhaupt alle von ihnen geschlossenen Verträge, woraus der Erbe Vortheil ziehen konnte, so kann daraus an und für sich keine Verbindlichkeit zur Collation gefolgert werden. Vgl. Art. 853. 54.

**) Nach römischen Recht fand die Collation ursprünglich bloß bei den emancipirten Kindern zum Vortheil der sui heredes statt, späterhin wurde sie auf alle ab intestato, oder als directe testamentarische Erben succedirenden Descenden-

der Erblasser nur bis zur Concurrenz des Theiles, worüber er verfügen konnte, davon dispensiren. Das Gesetz selbst dispensirt aber den Erben von der Collation, welcher auf die Erbschaft Verzicht geleistet hat, er braucht, so lange der Theil, worüber der Verstorbene nicht verfügen konnte, nicht verletzt ist, die von ihm erhaltenen Schenkungen unter Lebenden nicht wieder herauszugeben, und ist befugt die ihm gemachten Vermächtnisse zu fordern. Dasselbe ist der Fall bei allen Erben, die im Augenblick der Erbdelation nicht erbfähig sind, *) oder der Succession entsagen, **) oder die nicht durch Repräsentation zur Erbschaft gelangen. Aus dem letzten Grunde braucht 1) der Sohn, welcher für sich und in seinem Namen zur Erbschaft des Donators gelangt, die seinem Vater gemachten Schenkungen nicht zu conferiren, selbst wenn er die Erbschaft seines Vaters ange-

ten ausgedehnt. L. 1. §. 3 — 5. D. XXXVII, 6. L. 12. 16. 17. 19. C. VI, 20. Nov. XVIII, c. 6. Nach dem Code Napoléon findet die Collation allgemein statt, auch wenn Ascendenten und Collateralen succediren „*parceque la volonté du defunt est en faveur du rapport.*“

*) Hierauf bezieht sich Art. 847. Uebrigens ist es einerlei, ob der erbfähige Erbe, d. h. der welcher wirklich zur Succession gelangt, zur Zeit der Schenkung schon präsumtiver Erbe war, oder nicht. Art. 848.

**) Auch nach römischen Recht gilt der Grundsatz: daß wenn ein Descendent nicht Erbe wird, er nicht zu conferiren braucht. Vgl. L. 9. D. XXVII, 7. „*On ne doit pas craindre que ce soit un moyen de faire des avantages frauduleux, puisque la portion disponible étant fixée par la loi, le donateur ou testateur auroit pu lui même en disposer, même en dispensant expressément du rapport.*“ Chabot.

nommen haben sollte; *) 2) ebensowenig der Gatte dessen, der zur Succession gelangt, nicht dasienige zu conferiren, was er für seine Person erhalten hat; wenn aber die Legate oder Schenkungen beiden Ehegatten gemeinschaftlich gemacht sind, so muß derjenige, welcher erbt, in der Regel die Hälfte conferiren. Ueberhaupt sind bloß die Miterben einander, nicht den Legatarien oder Gläubigern zu conferiren schuldig, eben weil die Collation nur die Gleichsetzung der Miterben zum Zweck hat.

§. 407.

C. *Wirkungen des geschehenen Erwerbes in Hinsicht auf die Bezahlung der Schulden. **)*

Die Erben repräsentiren ihren Erblasser, so wie daher alles active Vermögen desselben auf sie übergeht, müssen sie auch alle Schulden und Lasten der Erbschaft übernehmen. Ebenso müssen die Legatarien unter einem Universaltitel pro rata contribuiren. ***) Die Gläubiger haben nun zwar gegen die Erben dieselben Rechte, welche sie gegen den Verstorbenen hatten, indessen ist es billig, daß jeder

*) Der Grund der Verschiedenheit liegt darin, daß wenn der Sohn durch Repräsentation seines Vaters erben würde, er auch dessen Obliegenheiten erfüllen müßte, weil er seine Rechte genießt; wenn er aber suo iure erbt, er wegen einer nicht ihm geschenkten Sache, auch nicht einzustehen braucht. Selbst wenn er die Erbschaft seines Vaters angenommen haben sollte, findet die Verbindlichkeit zur Collation nicht statt, weil er in Hinsicht auf die Verlassenschaft des Donators nicht als Miterbe in Betracht kommt.

**) Art. 870 — 92. Vgl. Thibaut §. 721.

***) Nicht die Legatarien unter einem Particulartitel, denn die Schulden und Lasten müssen vor Entrichtung der Particularvermächtnisse abgezogen werden.

Miterbe zur Bezahlung der Schulden und Lasten nur verhältnißmässig beizutragen brauche; wiewohl bei einer hypothekarischen Verbindlichkeit die Gläubiger die Totalität ihrer Rechte auf die einem Erben zugefallene Portion ganz ausüben können. Die Hypothek ist nemlich ein untheilbares Recht, das durch die Veränderung des Eigenthumes, oder durch die Theilung des Vermögens nicht gestöhrt, oder beeinträchtigt werden kann. Der auf das Ganze in Anspruch genommene Erbe kann jedoch gegen die übrigen Miterben oder Legatarien unter einem Universalitel verhältnißmässig seinen Recurs nehmen. Dieser Recurs erstreckt sich indessen, auch wenn der das Ganze bezahlt habende Erbe durch Subrogation in die Rechte des Gläubigers getreten ist, nur auf den Theil, welchen ein ieder Miterbe für sich an der Schuld übernehmen muß. *) Es würde auch sonst ein beständiger Cirkel von Klagen entstehen, denn gesetzt der bezahlt habende Erbe, wollte die Totalität der bezahlten Schuld nach Abzug seines Theiles, bloß von Einem der übrigen Erben sich bezahlen lassen, so würde dieser sogleich wieder nach Abzug seines Theiles gegen die Uebrigen auftreten können u. s. w. Sollte übrigens Einer der Interessenten insolvent seyn, so wird sein Antheil verhältnißmässig auf die Portionen der Uebrigen vertheilt.

*) Die Subrogation hilft ihm nichts, denn sie ist, wie Chabot sich ausdrückt: „un avantage qu'il doit communiquer à tous ses cohéritiers.“

Zweites Hauptstück:

von dem Ausschlagen der deferirten
Erbenschaft.

Quelle: *Livre III. Titre 1. chap. 5. sect. 2.*

§. 408.

I. Voraussetzungen. *)

Ein ieder dem eine Erbschaft deferirt worden ist, hat, so lange der Zeitraum von 30 Jahren, welcher zu der längsten Verjährung von Immobilienrechten erfordert wird, noch nicht verflossen ist, **) die Befugniß seinem Erbrechte auf der Expedition des Gerichtes erster Instanz, im Bezirk wo die Delation erfolgt ist, zu entsagen. ***) Die Entsagung hat jedoch nicht statt 1) so lange der Erblasser lebt; selbst in einem Ehecontract, wobei sonst die größte Freiheit sich äußert, kann man so wenig auf die Erbschaft einer noch lebenden Person Verzicht leisten, als die etwa künftig zustehenden Rechte an dieser Erbfolge

*) Art. 784. 89. 91. 92. vgl. Thibaut §. 843.

**) In derselben Zeit geht auch das Recht des Erben, die Erbschaft anzunehmen durch Nichtgebrauch oder unterlassene Ausübung, verloren.

***) Nach röm. Recht „*Recusari hereditas non tantum verbis sed etiam re potest, et alio quovis indicio voluntatis.*“ Vgl. L. 95. D. XXIX, 2.

veräußern; *) 2) wenn der Erbe erbschaftliche Sachen weggebracht oder verheimlicht hat; in diesem Falle bleibt derselbe, der geschehenen Entfagung ungeachtet, geradezu und unbedingt Erbe, ohne irgend einen Antheil an diesen Sachen fordern zu können. **)

§. 409.

II. *Wirkungen.* ***)

Im Allgemeinen besteht die Wirkung der auf die gehörige Weise ausgeschlagenen Erbschaft darin, daß der Erbe nun so betrachtet wird, als wäre er nie Erbe gewesen. Der Erbe, welcher Verzicht geleistet hat, kann aber insonderheit nicht repräsentirt werden, und die Gläubiger des zu ihrem Nachtheil Verzicht leistenden Erben können gerichtlich auctorisirt werden, die Erbschaft im Namen ihres Schuldners anzutreten. ****) Der durch die Entfagung erledigte Antheil wächst den übrigen Miterben zu, und wenn der Verzichtleistende alleiniger Erbe ist, oder wenn Alle Verzicht leisten, so können nun die Erben des folgenden Grades die Erbschaft suo iure erwerben.

*) Vgl. L. 15. 21. 30. C. II, 3. L. 4. C. VIII, 39.

**) Vgl. L. 71. §. 4. D. XXIX, 2.

***). Art. 785 — 88.

****) In diesem Falle wird jedoch die Verzichtleistung bloß so weit die Forderungen der Gläubiger reichen, nicht zum Besten des Erben aufgehoben.

A n h a n g :
*von vacanten Erbschaften. *)*

§. 410.

Wenn nach dem Tode des Erblassers innerhalb drei Monaten und vierzig Tagen, wovon erstere bekanntlich die gesetzliche Frist zur Errichtung des Inventars, und letztere die zur Ueberlegung des Erben ausmachen, wenn in dieser Zeit Niemand die Erbschaft in Anspruch nimmt, und kein bekannter Erbe vorhanden ist, oder die bekannten Erben auf die Erbschaft Verzicht geleistet haben, so ist nun die Erbschaft vacant und gehört dem Staate an. Das Gericht erster Instanz verfügt das Weitere darüber.

*) Art. 811 — 14. Vgl. Art. 539. (Der Grundsatz des römischen Rechts, daß die erblosen, dem Fiscus noch nicht angezeigten Güter, binnen 4 Jahren, ohne Titel, veräußert werden, ist in dem C. N. nicht erwähnt. Vgl. Thibaut §. 1029.)

Ende des zweiten Bandes.

R e g i s t e r

zu der systematischen Darstellung

des

Napoleonischen Privatrechts

von

Eduard Siegismund Löbell

aus Danzig.



Register

zu der systematischen Darstellung

Napoleonischen Privatrechts

Edward Siegmund Löbell

aus Leipzig

(Die Zahlen zeigen die Seite an.)

A.

- A**bläugnung des Kindes. 109.
Ablieferung der verkauften Sache. 326.
Abreißung von Erdschollen. 231.
Absetzung des Tutors, in welchen Fällen? 205. wie geschieht sie? 206.
Absonderung von Tisch und Bett. 163.
— — des von den Ascend. geschenkten Vermögens. 482.
Abtretung des Vermögens. 418.
— — der Mieth. 338.
— — einer streitigen Forderung. 332.
Abwesenheit. 79. Wirkungen derselben. 80.
Accession, Recht derselben. 224.
— — bei unbeweglichen Sachen. 226.
— — bei beweglichen Sachen. 235.
Accessorische Verträge. 383.
Acquæstus coniugalis. 140.
Adoption, wer kann adoptiren? 168. wer kann adoptirt werden? 169. wie geschieht sie? 170. Wirkungen. 171.
Adoptirte Kinder, Erbrecht derselben. 172. 481.
Aelterliche Gewalt. 165.
Aeltern, Erbrecht derselben. 482.
— Vormundschaft derselben. 187.
Aerzte. 157.
Aftervermiethung. 338.
Affiliation. 54.
Albisson. 116. 175. 365. 395.
Alimente, der Aeltern und Kinder unter einander. 113.
zwischen dem Adoptirten und Adoptanten. 172.
Alluvion. 213.
Allgemeine Gesellschaften. 355.
Alter, gesetzmäßiges bei der Ehe. 93.
Alternative Verbindlichkeiten. 311.
Anastasiana lex. 332.
Anbieten der Zahlung. 413.

- Anerkennung natürlicher Kinder. 137.
 Anrechnung der Zahlungen. 413.
 Antichresis. 393.
 Anwendung der Gesetze. 72.
 Arbeitsleute. 347.
 Arrha. 337.
 Ascendenten, Erbfolge derselben. 489.
 — — Vormundschaft derselben. 190.
 Aufgebot vor Schließung der Ehe. 102.
 Aufhebung der Verbindlichkeiten. 404.
 — — der Miethe. 343.
 Auflösung der Ehe. 150.
 Augenfällige Servituten. 291.
 Ausland, in demselben errichtete Testamente. 509.
 Ausländer, können sie erben? 465.
 Auslegung der Verträge. 310.
 Auschlagen der deferirten Erbschaft. 548.
 Aussicht, Recht darauf. 289.
 Aussteuer. 141.
 Austreichung der Inscriptionen. 459.
 Authentische Interpretation. 72.

B.

- Bauanschläge. 349.
 Baumeister. 350.
 Bedingungen. 305.
 Beerbung des Adoptanten. 172. des Adoptirten. 173.
 testamentarische. 498. intestat. 474.
 Beistand, gerichtlicher der Großjährigen. 214.
 Beivormund. 193.
 Beneficium ordinis s. excussionis. 385.
 — — divisionis. 386.
 — — cedendarum actionum. 387.
 — — inventarii. 534.
 Benutzung des auf einem Grundstück befindlichen Gewässers. 286. des Flusswassers. 200.
 Berlier. 116. 168. 184. 185. 377. 390.
 Bernardi. 92. 116. 259.
 Besitz. 243.
 Besondere Gesellschaften. 355.
 Betrug. 303.

Bevollmächtigungsvertrag. 377.

Beweis des Todes. 97.

— der rechtmässigen Kindschaft. 112.

— der Illation der Mitgift. 146.

— der Verbindlichkeiten. 319.

— der Existenz der Miethe und des Miethgeldes. 337.

Bezahlung der erbenschaftlichen Schulden. 546.

Bigamie, als Ehehinderniss. 152.

Blanchard, Wilhelm. 48.

Bonaparte. 47. 48.

Bona receptitia. 142.

Boutteville. 92. 354. 365.

Brewer. 276.

Bürgerlicher Tod. 84.

Bürgerlichtodte können nicht erben. 467.

Bürgschaft. 383.

— — gesetzliche und gerichtliche. 389.

C.

Caducität einer letzten Willensverordnung. 395.

Cambacérés. 46. 48.

Canonisches Recht. 476.

Capitalklage. 467.

Carrion - Nisas. 116. 155.

Caution, fructuarische. 280.

Cession der Forderungen. 331.

Cessio bonorum. 418.

Chabot. 383. 463.

Charnage. 238.

Clause d'ameublissement. 140.

Code civil. 51.

— Napoléon. 53.

Collateralen, Erbfolge derselben. 482. 492.

Collation bei dem Erwerb der Erbschaft.

Colonia partiaria. 345.

Commodat. 366.

Compensation. 425.

Computation der Verwandtschaft. 475.

Concurs der einfachen hypothekarischen und privilegirten Gläubiger. 440.

Confusion. 428.

Conninx. 55.

Consolidation. 293.

Consummation der Verträge. 324.

Conventionelle Strafe. 314.

Corps législatif. 48.

Cremer. 56.

Culpa. 431.

Curatel, persönliche. 209.

— dingliche. 210.

Curator der Leibesfrucht. 216.

— hereditatis vacantis. 216.

D.

Dabelow. 60.

Dachtraufe. 290.

Daniels. 56.

Dard. 57. 59.

Darlehungsvertrag. 368.

Dauer der Mieth. 339.

Delaporte. 58.

Delation des Erbrechts. 465.

Delicte. 404.

Deposition. 415.

Depositum. 371.

— — freiwilliges. 372.

— — nothwendiges. 375.

Deputation des Conventes. 46.

Descendenten, Erbrecht derselben. 480.

Desquiron. 58.

Didot. 49.

Dienstbarkeiten, persönliche. 276.

— — — dingliche. 285.

— — — durch das Gesetz begründete. 288.

— — — fortwährende augenfällige. 291.

Dienstboten. 347.

Dienstvertrag. 347.

Discours prononcés au corps législatif. 50.

Discussion publique. 48.

— — particulière. 48.

Distanz bei gewissen Anlagen. 288.

Domicil. 75.

- Doneau.* 51. 239. 240.
Dotalrecht. 142.
Dotalgüter, ihre Verwaltung während der Ehe. 144.
Dotation eines erblichen Titls. 54.
Dritte, inwiefern sie aus Verträgen verbindlich werden. 322.
Dritte, Verbindlichkeiten der Gesellschaften in Hinsicht auf dieselben. 358.
Dritte, Wirkungen der Privilegien und Hypotheken in Hinsicht auf dieselben. 460.
Droit d'aubaine. 76.
Dunkelheit bei den Verträgen. 310.
Durchgangsrecht. 290.
Duveyrier. 116. 361.

E.

- Eccard.* 57.
Ehe, Bedingungen ihrer Möglichkeit. 91.
 — Bedingungen ihrer Wirklichkeit. 102.
 — persönliche Wirkungen. 105.
Eheberedung, wer kann sie eingehen? 117.
 — — worüber kann sie eingegangen werden? 117.
 — — wie und zu welcher Zeit? 118.
Ehebruch. 155.
Ehehindernisse. 95.
 — — — welche haben bloß eine Strafe zur Folge? 153.
Ehehindernisse, welche können gut gemacht werden? 153.
Ehescheidung. 155.
Ehepacten. 272.
Eigenthum. 217.
Einspruch gegen die Ehe. 100.
Eintragung. 448.
Einzeichnung. 449.
Einwilligung, bei der Ehe. 93. 97.
 — — bei Verträgen. 302.
Eigenhändiges Testament. 500.
Emancipation. 201.
Emmery. 75. 209.
Empfangene, Erbrecht derselben. 466.
Entsagung auf die Gütergemeinschaft. 132.

- Entschuldigung von der Vormundschaft, von welchen Personen? 196. wie muß sie geschehen? 199.
 Erbfolge, *regulaire* gesetzliche. 480. 494.
 — — *irregulaire*. 494.
 Erbrecht. 463.
 Erbrönte. 362.
 Erbschaft, Verkauf derselben. 332.
 Erdreich, zurückgelassenes. 230.
Erhard. 52. 57.
 Erhöhung des Preises von Bauanschlägen. 345.
 Erlaß des Pachtgeldes. 346.
 Errungenschaft, eheliche. 140.
 Erwerb der deferirten Erbschaft. 528.
 Erwerbgrund, allgemeiner, besonderer. 223.
 Erziehung der Kinder. 162.
Esprit du Code Napoléon. 58.
 Eviction. 326.
 — bei der Miethe. 340.
 Existenz im Augenblick der Delation. 466.
 Expromission. 421.

F.

- Familienrath. 191.
Faure. 69. 323. 333.
Favard. 48. 259. 297. 371. 453.
 Fehler der verkauften Sache. 326.
 Fideicommissarische Substitutionen. 259.
 Flußbett. 233.
 Flußwasser, Benutzung desselben. 287.
 Fortwährende Servituten. 291.
 Freiwilliges Depositum. 372.
 Fruchterwerb. 224.
 Fructuar, Rechte desselben. 277.
 — — Verbindlichkeiten. 279.
 Fuhrleute. 348.

G.

- Galli*. 276. 335. 365.
Gary. 74. 168. 278. 390.
 Gebäude. 217.
 Gegenstand des Vertrages. 301.

Handlungen als Gegenstand des Vertrages. 302.

Haubold. 57.

Hieronymus König von Westphalen. 55.

Huber. 187.

Huguet. 79.

Hutteau. 217.

Hypotheken. 449.

— — gesetzliche. 450.

— — gerichtliche. 452.

— — conventionelle. 453.

— — Rang derselben. 455.

I.

Iacquemind. 46.

Iaubert. 259. 297. 335.

Illation der Mitgift. 146.

Indebitum. 401.

Inhalt der Testamente. 510.

Inseln, neue. 232.

Inscription der Privilegien und Hypotheken. 458.

Interdiction der Grofsjährigen. 210.

Interesse, Leistung desselben. 312.

Interpretationsregeln bei zweifelhaften Fällen. 470.

Intestatbeerbung. 474.

Inventar, Errichtung desselben. 534.

Iouanneau. 48.

Irregulaire Erbfolge. 494.

Irrthum. 303.

Ius albinagii. 76.

— accrescendi. 525.

— protimiseos. 328.

K.

Kaufpretium, Bezahlung desselben. 324.

Kaufvertrag. 323.

Käufer. 326.

Kindschaft, rechtmässige. 108.

L.

Lahary. 383.

Laffaulx. 56. 60. 184.

Lästige Verträge. 323.
Lebensfähigkeit. 466.
Lebrun. 48.
Legatum partitionis. 513.
Legitimation. 166.
Legitimирte Kinder, Erbrecht derselben. 481.
Leibrentenvertrag. 361.
Leihvertrag. 365.
Leist. 55.
Leistung, Zeit derselben. 305.
Leroy. 79. 184.
Licitation. 331.
Linie der Verwandtschaft. 94.
Literatur des Code Napoléon. 55.
Locré. 58.
Lucida intervalla. 210.

M.

Mahnung des Käufers. 327.
Mandat. 377.
Malherbe. 75.
Methode den C. N. auf eine wissenschaftliche Art darzustellen. 64.
Miethvertrag. 333.
Miethe von Sachen. 336.
— von Häusern. 343.
— von Diensten. 347.
— der Fuhrleute und Schiffer. 348.
Miethgeld. 341.
Minderjährigkeit. 96.
Miteigenthum. 219.
Mitgift. 141.
Moniteur, westphälischer. 69. 78.
Monogamie. 93.
Motifs. 48.
Mouricault. 75. 297. 335.
Müller, K. L. M. 57.
Müller, Ernst. 58.
Mündel. 184.
Mutuum. 368.
Mystisches Testament. 532.

N.

Nachgeburth eines rechtmässigen Kindes. 269.

Nachlass einer Schuld. 423.

Natürliche Kinder. 181.

— — — Beerbung. 497.

— — — Eingehung der Ehe. 99.

— — — Erbfolge. 494.

Nichtschuld. 401.

Niederlegungsvertrag. 371.

Negative Verträge.

Negotiorum gestio. 400.

Notherben. 512.

Nothwendiges Depositum. 375.

Novation. 420.

Nullität der Ehe. 150.

— der Verträge. 433.

O.

Oblatio debiti. 415.

Obligationenrecht. 297.

Observations, Opinions. 49.

Oeffentliches Testament. 500.

Officiers de santé. 157.

Olographisches Testament. 500.

Opposition gegen die Ehe. 100.

P.

Pacht von Grundstücken. 345.

Pachtcontracte abgeschlossen für die Güter der Frau. 128.

Pachtgeld, Erlaß desselben. 346.

Pandectes françaises. 58.

Paraphernalien. 148.

Pardeffus. 285.

Particularvermächtniß. 516.

Pausch und Bogen. 350.

Pays du droit coutumier et écrit. 46.

Perfection des Vertrages. 324.

Persönliche Güter der Frau. 127.

Perreau. 63. 79. 188. 276.

Pest, Testament zur Zeit derselben. 507.

Pfand-

Pfandrecht. 294.
 Pfandvertrag. 390.
Pfeiffer. 55. 60.
Pfender, K. Fr. 463. 477. 490.
 Pflanzungen. 227.
 Pflegekind. 174.
 Pflichttheil der Kinder und Descendenten. 263.
 — — der Ascendenten. 264.
Portalis. 47. 69. 323. 361.
 Positive Verträge. 323.
Pothier. 116. 217. 238. 297. 335. 354.
 Prävaricationen. 445.
Préameneu, Bigot. 47. 238. 259. 297. 333. 395.
 Préciput conventionell. 140.
 Principalverträge. 323.
 Privilegien. 441.
 Privileg der Mitgift. 146.
Proiet de Code civil. 47.
 Publication der Gesetze. 69.
 Pupill. 184.
 Putativehen. 154.

Q.

Quasicontracte. 400.
 Quasidelicte. 402.
 Quasiusufruct. 278.

R.

Rachat. 326.
 Rapports. 49.
 Rath der Aeltern bei der Ehe. 98.
Réal. 175. 371.
 Rechnungen, vormundschaftliche. 203.
 Recompensation der Zinsen. 327.
 Reduction der Inscriptionen. 460.
 — — der Schenkungen. 265.
 Regulaire gesetzliche Erbfolge. 490.
Réméré. 326.
 Remissio debiti. 423.
 Remission des Pachtgeldes. 346.
 Rentenkauf. 362.

Reparaturen der vermietheten Sache. 340.
 Repräsentation. 476.
 Rescission des Kaufes wegen Verletzung. 329.
 — — der erbenschaftlichen Theilung. 542.
 Resolutivbedingung. 308.
 Respectus parentelae. 95.
 Restitutio in integrum. 433.
 — — gegen die Erbantrittung. 533.
 — — der Mitgift. 145.
 Revocationen der Schenkungen. 268.
 Richter können nicht unbefchränkt kaufen. 325.
 Rückkauf, Recht desselben. 326.
 Runde. 76.

S.

Sachen, unbewegliche. 220.
 — bewegliche. 222.
 — als Gegenstand des Vertrages. 301.
 Sachenrecht. 217.
 Savigny. 243.
 Savoye Rollin. 155. 217. 238.
 Schätze. 234.
 Scheidemauer. 288.
 Scheidung der Ehe. 155.
 Schenkungen unter Lebenden. 266.
 — — zum Vortheil der Eheleute. 270.
 — — zum Vortheil der Enkel des Donators. 274.
 Schiffer. 348.
 Schmid. 60.
 Schöman, Franz. 60.
 Schulden, erbenschaftliche. 546.
 — — der Gütergemeinschaft. 123.
 Schwägerschaft. 93.
 Scriptur. 324.
 Sedillez. 259.
 Seen. 230.
 Seetestament. 508.
 Seidensticker. 45.
 Seitenlinie. 94.
 Separation de corps. 131. 163.
 — — de biens. 131.

Sequestration, conventionelle. 376.
 — — gerichtliche. 377.
Siméon. 56. 361. 463.
 Societät. 354.
 Soldatentestament. 505.
 Solidarität der Verbindlichkeiten. 316.
Solon. 48.
Spangenberg. 60.
 Specification. 136.
 Spiel. 361.
Spielmann. 57.
 Sponsalien. 91.
 Staat, Erbrecht desselben. 496.
Stickel, Franz. 58.
 Stipulationes partis et pro parte. 515.
 Strafe, conventionelle. 314.
 Streitige Forderungen, Abtretung. 332.
 Subrogation. 410.
 Subrogé tuteur. 193.
 Substitution. 259.
 Suspension der Verjährung. 247.
 Suspensivbedingungen. 307.

T.

Tarrible. 209. 377. 399.
 Tauschvertrag. 333.
 Teiche. 230.
 Testamentarische Beerbung. 498.
 Testament, eigenhändiges. 500.
 — — öffentliches. 500.
 — — mystisches. 502.
 Testamentsexecutoren. 526.
 Testamentum reciprocum und correspectivum. 499.
 Theilung des activen und passiven Bestandes der Güter-
 gemeinschaft. 137. 138.
 Theilung der Erbschaft. 537.
 — des Vermögens bei der Societät. 360.
 — der Verbindlichkeiten. 315.
 — Rechtswohlthat derselben. 386.
 Thiere. 233.
Tiffandier. 463. 484.

Tod, bürgerlicher. 84.

Tronchet. 47.

Transmission. 532.

Trauerzeit. 98.

Treilhard. 74. 155. 217. 354. 383. 399. 465.

Trennung von Tisch und Bett. 165.

Tribunat. 49.

Tutel. 154.

Tutela testamentaria. 188.

U.

Uebertragung der Forderungen. 331.

Ueberlebender Ehegatte, Erbrecht desselben. 495.

Unfähigkeit über das Vermögen zu disponiren. 260.

Ungültigkeit der Ehe. 150.

— — der letzten Willensverordnungen. 520.

— — derselben durch ein richterliches Erkenntniss. 523.

Universalvermächtniss. 511.

Unmündigkeit. 152.

Unstatthaftigkeit der Scheidungsklage. 158.

Unterbrechung der Verjährung. 246.

Unterbrochene Servituten. 292.

Untergang der schuldigen Sache. 430.

Unternehmungen. 349.

Untheilbare Verbindlichkeiten. 316.

Unwürdige können nicht erben. 467.

Urkunden, falsche, worauf der Vergleich beruht. 397.

— — erbenschaftliche. 541.

Ufus. 283.

Ufusfruct. 276.

V.

Vacante Erbschaften. 550.

Väterliche Gewalt. 175.

Velleianischer Rathschluss. 384.

Verbindlichkeiten. 297.

— — — welche ohne Uebereinkunft entstehen. 399.

Vergleich. 395.

- Verhältniß des C. N. zu dem ältern in Deutschland üblichen Civilrecht. 60.
- Veriährung. 238.
- — unbeweglicher Sachen. 251.
 - — beweglicher Sachen. 253.
 - — des Rückkaufsrechts. 328.
- Veriährungsarten, ordentliche. 250.
- — — außerordentliche. 285.
- Verkauf, dessen künftigen Nachlasses. 325. 332.
- — der erbenschaftlichen Gegenstände. 541.
- Verkäufer, dessen Verbindlichkeiten. 325.
- Verletzung, Aufhebung des Kaufes durch dieselbe. 329.
- Verlust bei Bauanschlügen u. s. w. 349.
- des bürgerlichen Rechts durch verlohrenes Bürgerthum. 78.
- Verlust des bürgerl. Rechts durch das Urtheil des Richters. 84.
- Vermächtniß unter einem Universaltitel. 514.
- Vermiether. 339.
- Vermischung. 236.
- Vermögenstheilung der Aeltern oder Ascendenten. 275.
- Vermögensabtretung. 418.
- Verschiedenheit des Vermögens. 474.
- Veriegelung der Erbschaft. 540.
- Versteigerung. 331.
- Vertrag, etwas zu geben. 320.
- — etwas zu thun. 321.
- Verträge. 297.
- — wodurch die Gütergemeinschaft näher bestimmt wird. 139.
- Verträge wodurch sie ausgeschlossen wird. 140.
- — welche ohne Uebereinkunft entstehen. 399.
- Verwaltung der persönlichen Güter der Frau. 127.
- Verwandschaft. 93.
- Verzichtleistung. 398.
- Ve zin. 175.
- Viehpacht. 352.
- — deren Arten. 335. 54.
- Vitalität. 466.
- Vorausklage, Rechtswohlthat derselben. 385.
- Vorkaufsrecht. 328.

Vormundschaft. 183.

— — — freiwillige. 174.

W.

Waaren, Verkauf derselben. 327.

Weber, Ad. Dietr. 400.

Westphalen, Einführung des C. N. in denselben. 54.

Wette. 361.

Widerruf der letzten Willensverordnungen. 521.

Wiederaufhebung der Verträge. 433.

Wiederverheirathung. 160.

Wirkungen der Gesetze. 71.

— — der Verbindlichkeiten. 316.

— — des geschehenen Erwerbes der Erbschaft. 537.

Wohlthätige Verträge. 365.

Z.

Zachariä. 59.

Zahlung. 404.

Zahlungstermin. 309.

Zeit der Leistung. 305.

— zu welcher die Erbschaft deferirt wird. 472.

Zinsen des Kaufpretiums. 327.

Zinsbares Darlehn. 370.

Zufälliger Schaden. 431.

Zuwachs, Recht desselben. 525.

Zweck des Vertrages. 300.

Zwischenwerke. 288.

Druckfehler.

S. 304. Z. 14. „so kann der Debitor gegen den Creditor,, l. der
Creditor gegen den Debitor.

S. 458. Vorschriften l. Vorschriften.

S. 459. N. ***) die verheiratheten l. der verheirathete.

S. 477. N. **) „oder alle Erben Enkel,, wegzustreichen.

S. 555. bei dem Worte Collation fehlt die Seitenzahl 543.

S. 562. desgleichen bei dem Worte: negative Verträge 395.

Andere Druckfehler, welche sich etwa eingeschlichen haben,
wird der Leser selbst verbessern.



Bucher, Karl Franz Ferdinand,

Systematische Darstellung des im Koenigreich Westphalen geltenden
Napoleonischen Privatrechtes

Bd.: 2

Halle und Berlin (1809)

J.germ. 28-2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10550803-5